

Gold!, kostbar, flimmernd, rotes Gold!
Soviel hievon, macht schwarz weiß, häßlich schön;
Schlecht gut, alt jung, feig tapfer, niedrig edel.
...Ihr Götter! warum dies? warum dies, Götter;
Ha! dies lockt Euch den Priester vom Altar;
Reißt Halbgenes'nen weg das Schlummerkissen;
Ja dieser rote Sklave löst und bindet
Geweihte Bande; segnet den Verfluchten;
Er macht den Aussatz lieblich; ehrt den Dieb,
Und gibt ihm Rang, gebeugtes Knie und Einfluß,
Im Rat der Senatoren; dieser führt
Der überjähr'gen Witwe Freier zu;
...Verdammt Metall,
Gemeine Hure du der Menschen.

Shakespeare, Timon of Athens
(zitiert nach MEW 23, S. 146)



Nr. 9, März 1992

Neubert/Dietzel/Siebert

Krise der internationalen Arbeiterbewegung

Hayasaka/Ikeda/Kotzias/Schmid

**Marxistische Diskussion in Japan,
Griechenland und Österreich**

Hedeler

Zerfall der KPdSU

Castro/Dorestal

Situation der Linken in Lateinamerika

Song

Die Linke in Korea

Vidal-Naquet

Die Mörder des Gedächtnisses (III)

Tremmel/Bömer

Sozialstrukturdebatte/"Transformation"

Schimmel/Katzenstein

Kohärenzproblem/Wert-Preis-Transformation

Schriftenreihe
Wissenschaft und Frieden



Ein sauberer Tod
Informatik und Krieg

Herausgegeben von
Ute Bernhardt • Ingo Ruhmann
für das Forum Informatik und Frieden und
gesellschaftliche Verantwortung e.V. (FIFF)

15

Schriftenreihe
Wissenschaft und Frieden
Band 15

Ein sauberer Tod - Informatik und Krieg

Herausgeber:
Ute Bernhardt, Ingo Ruhmann (FIFF)
Bonn, November 1991
320 Seiten / 20,- DM (zuzügl. Porto)

Bestellungen bei:
Bund demokratischer
Wissenschaftlerinnen und
Wissenschaftler (BdWi)
PF 543 • 3550 Marburg
Tel. (06421) 2 13 95
Fax (06421) 2 46 54

Informations- und Kommunikationstechnik: seit ihren Anfängen politisch geformt

Michalski: Der Einfluß des Militärs auf die Entwicklung der Telekommunikation in Deutschland • *Iburg:* Der Computer im Dienste amerikanischer Militärpolitik.

Computer auf dem Schlachtfeld

Scheffran: Neue Informationstechnologien und das C³I-System der NATO • *Josephy:* Informationstechnik in der militärischen Entscheidungsfindung • *Bernhardt/Ruhmann:* Elektronische Kriegsführung • *Ruhmann:* Avionik • *Bernhardt:* Der Mensch auf dem modernen Schlachtfeld • *Genrich:* Rückwirkungen der militärischen Degradierung menschlicher Intelligenz auf die Gesellschaft.

Dual-Use: zivil geforscht – militärisch genutzt?

Domka: Berücksichtigung militärischer Anforderungen bei der zivilen Entwicklung neuer Technologien • *Seidel/Hofer:* Informatik, Dual-Use und Rüstungsexporte • *Drewniak / Schröder / Lange/Dreschler-Fischer:* OSCAR – Ein Informatikprojekt in der Abrüstung.

Weiter so – oder umsteuern?

Bernhardt / Ruhmann: Der militärische Maßstab der Computersicherheit • *Klischewski / Rolf:* Informationstechnische Vernetzung und Kriegsunfähigkeit in hochentwickelten Industriegesellschaften • *Matthies / Grundmann:* Strukturwandel und Konversion in High-Tech-Unternehmen der Rüstungswirtschaft.

ZEITSCHRIFT MARXISTISCHE ERNEUERUNG

Vierteljahresschrift
3. Jahrgang
Heft 9 (März 1992)

Herausgegeben vom Forum Marxistische
Erneuerung e.V. (Wiesbaden)

und

Harry von Bargen, Joachim Bischoff,
Ulrike Bohnenkamp, Ulrich Briefs, Olaf
Cless, Monika Domke, Rainer Eienkel,
Heike Flessner, Wolfgang Gehrcke, Jörg
Heimbrecht, Johannes Henrich von
Heiseler, Jörg Huffs Schmidt, Stefan
Isensee, Heinz Jung, Peter Jung, Jörg
Jungmann, Fritz Krause, Stefan Krull,
Steffen Lehndorff, Anja Maschinsky,
Hans-Joachim Müller, Norman Paech,
Lothar Peter, Jürgen Reusch, Josef
Schleifstein, Ursula Schumm-Garling,
Susanne Schunter-Kleemann, Alexandra
Wagner, Harald Werner, Dietmar
Wittich

Redaktion:

Klaus D. Fischer, Johannes Henrich von
Heiseler, Heinz Jung

4 Editorial

Nach der Niederlage des Realsozialismus: Internationale marxistische Reaktionen und Diskussionen

- 6** *Harald Neubert*
Krise der Arbeiterbewegung, "Revitalisierung" des Kapitalismus, Zusammenbruch des "realen Sozialismus" (am Beispiel Europas)
- 22** *Horst Dietzel:*
Die internationale Sozialdemokratie: Gewinner oder Verlierer?
- 37** *Gerd Siebert:*
Internationale Gewerkschaftsbewegung im Umbruch
- 49** *Keizo Hayasaka/Shigekazu Ikeda:*
Der Marxismus als theoretische und politische Strömung nach der Niederlage des Realsozialismus - Japan -
- 64** *Nicos Kotzias:*
Die Linke im politischen System Griechenlands und ihre Krise
- 76** *Tom Schmid:*
Zwischen Import und Autonomie
Zur Krise des Marxismus in Österreich
- 81** *Wladislaw Hedeler:*
Zerfallsprozeß der KPdSU
(Stand: September 1991)
- 89** *Fidel Castro*
Unsere Verantwortung: Die Verteidigung des Sozialismus
(Auszüge aus der Parteitagrede)
- 95** *Yves Dorestal*
Die lateinamerikanische Linke heute
- 109** *Du-Yul Song*
Niederlage des Realsozialismus im koreanischen Kontext
-
- 117** *Udo Tremmel:*
Die Sozialstrukturdebatte der 80er Jahre
Ein präzisierender Lektürevorschlag nebst Seitenblick auf die linke Kritik

131 *Hermann Bömer:*
Theoretische und praktische Probleme der Transformation realsozialistischer Systeme in kapitalistisch marktwirtschaftliche und erste Erfahrungen

137 *Hans-Jörg Schimmel*
Rationalität und Kohärenz in der Politischen Ökonomie

148 *Pierre Vidal-Naquet*
Die Mörder des Gedächtnisses (1987) Teil III

Diskussion, Kritik

162 *Robert Katzenstein:*
Die Transformation ein Problem?

Berichte

169 *Jürgen Köster:*
Ein Lebenszeichen marxistischer Kapitalismusanalyse

173 **Buchbesprechungen, Annotationen:**
Strukturen im Umbruch (Huffschmid)
Zusammenbruchstheorie pur (Goldberg)
Reflexionen über den Golfkrieg (Fischer)
Abstrakter Materialismus (Jung)
Anregungen für den Gesellschaftswissenschaftler (Bessau)
Nach Rückschlägen vorwärts (Krause)

5 Impressum

63 Vorschau

192 AutorInnen

Editorial

Auch beim Schwerpunktthema dieser Ausgabe zeigte sich, daß unter den gegenwärtigen Bedingungen nicht alle Blütenräume der Redaktion Wirklichkeit werden. Trotz vielversprechender Kontakte und Zusagen ließ sich das Vorhaben, einen auch nach Ländern repräsentativen Überblick über den Marxismus als theoretische und politische Strömung nach der Niederlage des Realsozialismus vermitteln zu wollen, nur als Torso realisieren. Alte internationale Kommunikationszusammenhänge existieren nicht mehr, neue sind noch kaum aufgebaut - eine Aufgabe für die Zukunft, an deren Bewältigung wir uns im Rahmen unserer Kräfte und Möglichkeiten auch beteiligen wollen.

So haben wir das Thema dieses Schwerpunktes entsprechend der Situation modifiziert und NACH DER NIEDERLAGE DES REALSOZIALISMUS: INTERNATIONALE MARXISTISCHE REAKTIONEN UND DISKUSSIONEN genannt. Damit ist, wie wir meinen, ein erster wichtiger Schritt getan, um die Breite und Pluralität der in verschiedenen Ländern vertretenen marxistischen Positionen vorzustellen - eine Voraussetzung für die Aufnahme einer internationalen Diskussion und für die Erneuerung des (internationalistischen) Marxismus. Wir hoffen, daß wir in den nächsten Z-Ausgaben weitere Beiträge veröffentlichen können.

Der Schwerpunkt wird mit Überblicksbeiträgen zur Arbeiterbewegung Europas, zur internationalen Sozialdemokratie und zur internationalen Gewerkschaftsbewegung nach dem Ende des europäischen Realsozialismus eingeleitet. Es folgen Übersichten, Analysen, Standpunkte aus einzelnen Ländern und Regionen, die - in ihrer jeweils spezifischen Art - wohl die gegenwärtigen Haupttendenzen marxistischer Situationsbewältigung wiedergeben. Von besonderem Interesse dürfte die Analyse der Positionen des japanischen Marxismus sein. Es folgen Beiträge aus Griechenland und Österreich als weiteren Ländern des entwickelten Kapitalismus. Informationen über den Zerfall der KPdSU schließen sich an wie auch Auszüge aus dem Rechenschaftsbericht Fidel Castros vor dem IV. Parteitag der KP Kubas. Abgeschlossen wird das Schwerpunktthema durch einen Überblick über die heutige Situation der Linken in Lateinamerika und einen Beitrag über die Spezifik der Situation in Korea.

Die weiteren Hauptbeiträge beschäftigen sich mit der Sozialstrukturdebatte der 80er Jahre und Positionen zum sogenannten Transformationsprozeß in den Ländern des früheren Realsozialismus. Es schließt sich eine Untersuchung über das Kohärenzproblem für die Marktwirtschaft und die Planwirtschaft an. Den Abschluß bildet hier der letzte Teil des Essays von Pierre Vidal-Naquet.

Im Diskussionsteil wird die Auseinandersetzung über das Transformationsproblem (siehe Z 8) fortgesetzt. Wir hoffen, daß die Rubrik Berichte ebenfalls das Interesse der Leserinnen und Leser finden wird. Der Rezensionen- und Annotationsteil hat wieder den für Z inzwischen üblichen Umfang und - wie die Redaktion hofft - informativen Gehalt.

Dieser Ausgabe von Z liegt für die meisten Abonentinnen und Abonnenten die Jahresrechnung (für 1992) bei. Wir bitten um baldige Begleichung, denn das Mahnwesen ist für ein kleines Freizeitunternehmen wie das unsere äußerst aufwendig und überdies mit Zusatzkosten verbunden.

Als Beilage findet der geneigte Interessent und die wohlwollende Interessentin auch unseren neuen Z-Bestellprospekt. Wir hoffen auf Unterstützung durch Abo-Werbung bei unserem Bemühen, die zum Jahresende leider üblichen Abgänge auszugleichen. Auch Geschenk-Abos helfen, den Kreis unserer Leserschaft zu erweitern und unsere materielle Grundlage zu festigen. Wir bitten um rege Nutzung.

Impressum

"Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung" wird herausgegeben vom Forum Marxistische Erneuerung e.V. (Wiesbaden) und Harry von Barga, Joachim Bischoff, Ulrike Bohnenkamp, Ulrich Briefs, Olaf Cless, Monika Domke, Rainer Einkenkel, Heike Flessner, Wolfgang Gehrcke, Jörg Heimbrecht, Johannes Henrich von Heiseler, Jörg Huffschmidt, Stefan Isensee, Heinz Jung, Peter Jung, Jörg Jungmann, Fritz Krause, Stefan Krull, Steffen Lehndorff, Anja Maschinsky, Hans-Joachim Müller, Norman Paech, Lothar Peter, Jürgen Reusch, Josef Schleifstein, Ursula Schumm-Garling, Susanne Schunter-Kleemann, Alexandra Wagner, Harald Werner, Dietmar Wittich.

Redaktion: Klaus D. Fischer, Johannes Henrich von Heiseler, Heinz Jung.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers bzw. der Verfasserin, nicht unbedingt die der HerausgeberInnen oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Z. erscheint vierteljährlich. Der Abonnementspreis (vier Hefte) beträgt 45,- (incl. Versandgebühr). Das Einzelheft kostet DM 15,-. Das Abonnement verlängert sich jeweils um vier Hefte, wenn nicht sechs Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraums eine schriftliche Kündigung beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind unverzüglich mitzuteilen. Bankverbindung: Forum Marxistische Erneuerung e.V., Frankfurter Sparkasse, BLZ: 500 501 02, Konto: 34595.

Postanschrift von Redaktion und Vertrieb: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Kölner Str. 66, 6000 Frankfurt am Main 1, Tel. 069/739 29 34.

Satz: Su Sanne und Pampe PC.

Gestaltungskonzept: Udo Tremmel.

Druck: Fuldaer Verlagsanstalt.

ISSN: 0940-0648

Redaktionsschluß: 31.12.1991

Krise der Arbeiterbewegung, "Revitalisierung" des Kapitalismus, Zusammenbruch des "realen Sozialismus"

(am Beispiel Europas)

I.

Der Zusammenbruch der "realsozialistischen" Gesellschaften¹ stellt einen tiefen Einschnitt nicht nur in der Geschichte der Arbeiterbewegung dar. Was geschehen ist, welche Ursachen und Folgen es hat und wie all das historisch eingeordnet werden muß, wird noch lange Zeit Historiker und Politiker beschäftigen und zwischen den politischen Fronten kontrovers beurteilt werden, also Gegenstand heftiger Auseinandersetzung bleiben. Zu welcher Einschätzung man auch immer kommt, es wäre vereinfacht, wenn man den Ursachenkomplex für die heutige Krise der Arbeiterbewegung und des Sozialismus auf das Scheitern des "realen Sozialismus" reduzieren würde, wenn man nicht in Rechnung stellen würde, daß dieses Scheitern selbst Folge und Ausdruck einer sich seit langem anbahnenden Krise ist. Es ist ja hinlänglich bekannt, daß sich auch im Kapitalismus die in der Arbeiterklasse verwurzelten Parteien und anderen Organisationen in einer krisenhaften Lage befinden, und zwar aufgrund von Ursachen, die in diesen Gesellschaften selbst zu suchen sind.

Die Ursachen dafür, daß der "reale Sozialismus" als ein aus objektiven Erfordernissen resultierendes, mit Hoffnungen, Enthusiasmus, Opfern betriebenes Gesellschaftsprojekt historisch in einer Sackgasse endete, sind vielfältig und führen weit in die Geschichte zurück. Keineswegs vermag die Sieges euphorie der Herrschenden im Kapitalismus, es habe sich eben die bessere Gesellschaft durchgesetzt und es gebe zu ihr keine Alternative, Aufschluß geben über jene Vorgänge, die durchaus nicht nur für die Arbeiterbewegung weitreichende Konsequenzen haben. Die weltgeschichtliche Dimension dieser Vorgänge besteht auch darin, daß dieser heute scheinbar triumphierende Kapitalismus mit der ihm eigenen Robustheit, mit seinem existentiellen Zwang zur effektivsten, profitabelsten Kapitalverwertung, mit seinen nationalen und weltweiten Widersprüchen Natur und Menschheit, Wirtschaft und Kultur nicht nur weiterhin als Ausbeutungsobjekte behandelt, sondern daß er - und zwar ungehinderter als zuvor - dabei ist, die natürliche Umwelt zu zerstören, die Bedingungen seiner ei-

¹ Der Terminus "realer Sozialismus" wird lediglich zur Benennung der gesellschaftlichen Ordnung in den betreffenden Ländern gebraucht, ohne daß damit ein definitorischer Anspruch oder ein Werturteil verbunden wird.

genen Reproduktion zu vernichten und die Menschheit in die Apokalypse zu führen. Und es ist nicht ohne Tragik, daß sich jene im Aufbau befindliche Gesellschaft mit ihrem Anspruch, eine sozialistische Alternative zu verwirklichen, unter den Bedingungen, wie sie gegeben waren, und so, wie es konzipiert und praktiziert wurde, als nicht überlebensfähig erwies. Will man erneut nach einem Ausweg aus diesem Dilemma suchen, muß man ein solches Eingeständnis zum Ausgangspunkt nehmen.

Um die Ursachen der Krise von Arbeiterbewegung und Sozialismus zu ermitteln, muß man meines Erachtens einen großen Bogen zurück zu ihren Ursprüngen schlagen. Im Verlauf der wechselvollen Geschichte haben sich, vor allem in der Traditionslinie, die in die kommunistische Strömung mündete, allmählich Probleme angestaut, die aus verschiedenen Gründen - teils aus euphorischer Siegeszuversicht, teils aus der Dogmatisierung und Vulgarisierung ihrer theoretischen Grundlagen, teils aus Zwängen der Selbstbehauptung und der Machtsicherung, teils aus Realitätsverlust und aus Mangel an Erkenntnisfähigkeit usw. - nicht oder nicht rechtzeitig oder nicht gründlich genug gelöst wurden und deshalb jeweils Hemmnisse für die weitere Entwicklung bildeten. Ein großer Vorzug der sozialistischen Arbeiterbewegung wurde zugleich zu einem Verhängnis: Das theoretische und methodische Instrumentarium zur Erkenntnis und Veränderung der Welt, über das sie dank der Marxschen Lehre verfügte, wurde in beträchtlichem Maße in einen axiomatischen, unfehlbaren Katechismus verwandelt, aus dem von den kommunistischen Parteien allzuhäufig vereinfachte Erklärungsmuster für die komplizierte Realität unserer Welt abgeleitet wurden, anstatt es fortwährend und ausreichend kritisch an der veränderten Realität zu überprüfen. Wer letzteres tat, geriet schnell in den Verruf des Revisionismus. Und Revisionismus galt als verurteilenswert. Eine solche Praxis setzte nicht erst mit dem Leninismus oder gar seit der Oktoberrevolution ein. Sie bestimmte in gewissem Sinne bereits die Vorgeschichte der historischen Spaltung der Arbeiterbewegung.

II.

Welches sind die wichtigsten Probleme, deren Lösung nicht mit der Zeit Schritt hielt und deren akkumulative Wirkung die Krise von Arbeiterbewegung und Sozialismus mit verursachte? Einer historisch-kritischen Überprüfung ist vor allem das zu unterziehen, was das eigentliche Selbstverständnis und die historische Legitimation der Arbeiterbewegung ausmacht und Lenin als "das Wichtigste in der Marxschen Lehre" bezeichnete, nämlich "die Klarstellung der weltgeschichtlichen Rolle des Proletariats als des Schöpfers der sozialistischen Gesellschaft" (Die historischen Schicksale der Lehre von Karl Marx, 1913). Karl Marx war aufgrund seiner Analyse der kapitalistischen Gesellschaft und ihrer inneren Entwicklungsgesetze zum Schluß gelangt, daß sich eine soziale Polarisierung in ein großes, besitzlo-

ses, ausgebeutetes Proletariat und eine kleine, Produktionsmittel besitzende, ausbeutende Kapitalistenklasse vollzieht und daß dieses Proletariat historisch berufen ist, den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit durch die revolutionäre Überwindung des Kapitalismus und die Schaffung einer höheren, sozialistischen Gesellschaft, einer Gesellschaft ohne Ausbeutung und mit sozialer Gerechtigkeit zu lösen. Diese historische Berufung (Mission) des Proletariats leitete Marx nicht allein aus dessen objektiver Lage des Ausgebeutetseins und der Tatsache, daß die Arbeitskraft eine mehrwertproduzierende Ware ist, ab, sondern aus der Annahme, daß sich das Proletariat aufgrund der ökonomischen und sozialen Lage und des Emanzipationsstrebens in ein kämpferisches, revolutionäres politisches Subjekt verwandelt, dessen Interessen und Zielstellung, zumindest mehrheitlich, auf den Sozialismus gerichtet sind. Marx und Engels sprachen im "Kommunistischen Manifest" von einem, wenn auch von Rückschlägen begleiteten Prozeß der "Organisation der Proletarier zur Klasse, und damit zur politischen Partei", in der die zum Bewußtsein gelangten Klasseninteressen Ausdruck fänden. Logisch wurde daraus gefolgert, daß die Eroberung der Macht zur Mission der Klasse gehöre, Bedingung ihrer Emanzipation sei und daß die von der revolutionären Arbeiterbewegung zu erobernde Macht die Diktatur dieser Klasse (des Proletariats) sei, was sich schließlich als eine theoretische, ahistorische Konstruktion erwies. Errichtet wurde, wo das geschah, die Herrschaft einer politischen Elite, die mehr oder weniger, besser oder schlechter die Interessen der Klasse artikuliert und zu verwirklichen suchte, selbst aber verbürokratisierte und die Unterstützung großer Teile eben dieser Klasse verlor. Eine Identifizierung der Klasse mit dem eigentlichen machtausübenden Subjekt kam nicht oder nur partiell bzw. zeitweilig zustande.

Der Theorie entsprechend wäre für eine wahrhaft sozialistische Arbeiterbewegung entscheidend gewesen, daß sich einheitliche Klasseninteressen herausbilden, daß sich diese vermittle Einsicht und Erkenntnis in Bewußtheit umwandeln, das wiederum die Voraussetzung für eine zielgerichtete politische Aktion für den Sozialismus darstellt. Wo diese Vermittlung nicht stattfindet bzw. nicht hergestellt werden kann, kann die Klasse als solche eben die ihr zuge dachte Mission nicht erfüllen.

Im 19. Jh. beschleunigten Klassenpolarisierung, soziale Stellung, Notlage, soziokulturelles Milieu des Proletariats und die Verbreitung sozialistischen (marxistischen) Ideengutes durchaus die Formierung und Stärkung von Arbeiterparteien mit sozialistischen Programmen, die die Befreiung der Arbeiterklasse und die Erlangung menschenwürdiger Lebensbedingungen an die revolutionäre Überwindung des Kapitalismus knüpften. Es gab auch vielfältige Aktionen, bei denen seit Ende des vorigen Jahrhunderts beträchtliche Teile der Arbeiterklasse als politisches Subjekt in Erscheinung traten. Einen Höhepunkt stellten die russische Oktoberrevolution, die Revolutionen in Deutschland, Ungarn und die revolutionären Nachkriegsergebnisse in Italien und anderen Ländern dar. Dies schien das theoretische

Konzept zu bestätigen. Die kommunistische Bewegung hat stets an diesem Konzept festgehalten und sich bis zuletzt als Vollstreckerin der "historischen Mission" der Arbeiterklasse betrachtet. Daraus erklärt sich auch ihr Parteikonzept.

Aus heutiger Erkenntnis muß man eingestehen, daß die von Marx prognostizierten Tendenzen Modifizierungen unterlagen, die bei den einen aus revolutionärer marxistischer Orthodoxie weitgehend negiert und deshalb in der Politik kaum berücksichtigt wurden, bei den anderen zur schrittweisen Leugnung der Marxschen Ausgangspositionen und somit zur reformistisch-pragmatischen Anpassung an die modifizierten Realitäten führte. Um welche Modifizierungen handelte es sich? Die kapitalistische Produktionsweise führte zwar zur Polarisierung, nicht aber dazu, daß sich letztlich eine, die übergroße Mehrheit der Gesellschaft bildende Arbeiterklasse und eine verschwindend kleine Kapitalistenklasse in einem frontalen Antagonismus gegenüberstanden. Nach einer Aufstiegsphase beispielsweise der Industriearbeiterschaft ist ihr Anteil an den Lohnabhängigen in den entwickeltesten Ländern seit den 70er Jahren unseres Jahrhunderts rückläufig. Einen bedeutenden Anteil an den abhängig Beschäftigten stellen die werktätigen Mittelschichten, die sich sogar neu rekrutierten. Trotz Polarisierungstendenzen sind auch die harten Konturen zwischen den Klassen, die noch zu Beginn dieses Jahrhunderts existierten, abgeschwächt; die Möglichkeiten der sozialen Mobilität zwischen den Klassen und Schichten hat zugenommen. Die schon von Marx konstatierte Differenzierung (Segmentierung) und die weitreichenden Strukturveränderungen innerhalb der Arbeiterklasse, die sich inzwischen hinsichtlich der sozialen Stellung, der Rolle im Produktionsprozeß, des Lebensstandards, der Bedürfnisse und Interessen in beträchtlichem Maße vollzogen, bedeuteten, daß die Voraussage, die Klassenzugehörigkeit erzeuge in der Tendenz ein einheitliches, sich seiner "Klasseninteressen" bewußtes, sich demzufolge politisch artikulierendes und auf Sozialismus orientiertes bzw. orientierbares Subjekt, so nicht eingetreten ist, ohne daß die Klasse als solche verschwunden wäre. Selbstverständlich lag diesen Überlegungen schon in der alten Sozialdemokratie nicht der Glaube an einen Automatismus zugrunde. Schon Karl Kautsky begründete die sodann von Lenin aufgegriffene Funktion der politischen Partei, revolutionäre Bewußtheit in die Klasse hineinragen zu müssen, da die Erkenntnis von der "notwendigen" Überwindung des Kapitalismus und vom Sozialismus als "notwendiger" Alternative nicht spontan aus der sozialen Stellung entspringen könne. Eine solche an sich verständliche aufklärerische Aufgabe einer Arbeiterpartei barg allerdings die Gefahr in sich, daß sich die Führungen, so wie es dann in der kommunistischen Bewegung geschah, über die Mitgliedschaft und die Klasse erhoben, in deren Erziehung und Instrumentalisierung ihrerseits eine Mission sahen. Hier liegt auch ein Grund für die spätere Pervertierung des Prinzips des demokratischen Zentralismus in den kommunistischen Parteien, demzufolge die Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse von der Spitze der Pyra-

mide nach unten liefern. Zum eigentlichen agierenden Subjekt gesellschaftlicher Veränderungen, wie man sie auch immer qualifizieren möge, wurde die Partei. Anders läßt sich nicht erklären, weshalb die Arbeiterklasse in den sozialistischen Gesellschaften nicht oder nicht ausreichend das Bewußtsein ausbildete, Eigentümer der Produktionsmittel und machtausübende Klasse zu sein, und weshalb sich beträchtliche Teile der Arbeiterklasse im Vorfeld des Zusammenbruchs dieser Gesellschaften schließlich nicht nur gegen die Führungen wandten, sondern das sozialistische Experiment grundsätzlich ablehnten.

III.

Wenn von den Modifizierungen der sozialen und Klassenstruktur und namentlich der Arbeiterklasse die Rede ist, so lassen diese sich nicht trennen von den Modifizierungen der kapitalistischen Produktionsweise. Auf zweierlei Weise wurde die Stellung der Arbeiter im kapitalistischen Reproduktionsprozeß schon seit dem 19. Jh. "angehoben", wodurch jenes, ohnehin nur beschränkt wirksame Bindeglied zwischen sozialer Stellung und deren bewußter Wahrnehmung weiter fragmentiert wurde. Der Kampf der Arbeiterklasse, bereits in Gewerkschaften organisiert, um bessere Lebensverhältnisse, die Steigerung der Produktivität und auch gewisse Einsichten der kapitalistischen Unternehmer, daß ein besser ernährter und besser gebildeter Arbeiter mehr zu leisten, mehr Profit zu erwirtschaften vermag, führten zu kürzeren Arbeitszeiten, zu Lohnaufbesserungen, gewissen sozialen Absicherungen usw., und zwar mit dem Effekt einer weiteren Differenzierung. Die politökonomischen Aspekte dieser Entwicklung hatte schon Marx in späteren Jahren analysiert, indem er aufzeigte, daß die Grenze des Mehrwerts und seine Aufteilung nicht konstant sind. In diesem Zusammenhang vollzog sich eine weitere Modifizierung in der Stellung des Arbeiters im Reproduktionsprozeß, der bis heute besondere Relevanz besitzt. Zunächst wurde der Arbeiter vor allem in der Produktion, vermittelt niedrigster Löhne, ausgebeutet. An der Realisierung des Mehrwertes auf dem Markt war er in ganz geringem Maße beteiligt. Damit waren aber der Mehrwertrealisierung Grenzen gesetzt. Die Erweiterung des Marktes als Mittel der Mehrwertrealisierung verlangte es, den Arbeiter mit einem Anteil am Mehrwert als Kaufkraft auszustatten, um ihn auf dem Markt abzuschöpfen. Die Ausbeutung des Arbeiters beschränkte sich nicht mehr vorrangig auf den Produktionsprozeß, sondern verlagerte sich auch auf die Konsumtionssphäre. Dies war ein Weg, um die Warenproduktion auf dem Binnenmarkt steigern zu können. Damit aber entstand zugleich ein besonderes Interesse des Arbeiters am Funktionieren des kapitalistischen Produktions- und Zirkulationsprozesses. Es entstand für die Masse der Arbeiter in den Ländern des entwickelten Kapitalismus ein sozialer Zustand, demzufolge viele Proletarier schon mehr als nur ihre Ketten zu ver-

lieren hatten. Hier ist auch der Ausbau des sozialen Netzes zu nennen, über das der Staat einen Teil des Nationaleinkommens umverteilt. Dieser Zustand prägte eine bestimmte Bewußtseinsituation, die besonders in den letzten Jahrzehnten durch das Wissen um die Rückständigkeit und die Entwicklungsprobleme im "realen Sozialismus" erhärtet wurde, daß nämlich mehr und mehr revolutionäre, sozialistische Veränderungen abgelehnt wurden, weil man von ihnen einen Verlust der errungenen Lebensqualität befürchtete. Die Sozialpartnerschaft unserer Zeit hat hierin eine ihrer Ursprünge.

Für das Selbstverständnis der Arbeiterbewegung hatten die sozialen Strukturveränderungen und Fragmentierungen sowie klassenübergreifende Risikoprobleme in den modernen Gesellschaften gravierende Folgen, zumal sie lange Zeit nicht recht wahrgenommen wurden. Die übergreifenden Interessen der ganzen Klasse wurden in den Hintergrund gedrängt bzw. von den unterschiedlichen Interessen, von den Individualisierungs- und Entsolidarisierungsprozessen überlagert, so daß es immer weniger möglich wurde, der Arbeiterklasse eine einheitliche Subjektrolle in der Gesellschaft beizumessen. In den letzten Jahrzehnten äußerte sich dies auch im Rückgang der aktiven Mitgliedschaft vieler Arbeiterparteien und Gewerkschaften sowie in Wählerverlusten. Andererseits organisierten sich immer mehr Arbeiter, die sich häufig als solche nicht mehr verstehen, in ausgesprochen bürgerlichen, prokapitalistischen Parteien, die sich als "Volksparteien" deklarierten. Zugleich griffen die Organisationen der Arbeiterbewegung immer mehr über die sozialen Grenzen der Arbeiterklasse hinaus und entwickelten sich zu Volksparteien mit einem beachtlichen nichtproletarischen Anteil. Daraus ergab sich natürlich auch ein veränderter politischer und programmatischer Anspruch, dem man Rechnung tragen mußte, aber nicht immer trug, vor allem nicht in den kommunistischen Parteien, weil der Bezug zur Arbeiterklasse zu einem unanfechtbaren Mythos geworden war.

Das Zurückbleiben der Arbeiterbewegung gegenüber den Veränderungen in den sozialen Verhältnissen, in deren ideologischer Reflexion und gegenüber vielen neuen, klassenübergreifenden Problemen und Erfordernissen förderte geradezu die Formierung massenpolitischer Bewegungen des sozialen Protestes nicht nur außerhalb der Arbeiterbewegung, sondern zuweilen im Gegensatz zu ihr und befehdet von ihr. Bürgerbewegungen, Alternative, Grüne usw. rekrutierten sich teils aus den neuen Mittelschichten, aus Intellektuellen, teils aber auch aus der Arbeiterklasse und Bourgeoisie, um für die Lösung von Problemen einzutreten, die für die ganze Gesellschaft, ja für die ganze Menschheit ein Überlebensrisiko erzeugen, von der Arbeiterbewegung aber vernachlässigt wurden. Damit entstanden neben der traditionellen Arbeiterbewegung weitere ernstzunehmende politische Akteure (Subjekte), die - gänzlich oder partiell und häufig ohne einheitliche Programmatik - für gesellschaftliche Veränderungen eintreten. Diese Bewegungen lassen sich nicht in eine "historische Mission" der Arbeiter-

klasse einordnen und auch nicht von den Arbeiterparteien hegemonisieren; zugleich ersetzen sie aber weder die Arbeiter- noch die sozialistische Bewegung. Denn die genannten Veränderungen begründen durchaus nicht einen "Abschied" von der Arbeiterklasse und der Arbeiterbewegung; sie erfordern allerdings deren neue historische und politische Einordnung.

IV.

Ein langfristig wirkendes Krisenelement der Arbeiterbewegung ist ihre tiefe ideologische und politische Spaltung, die es ihr fortwährend erschwerte und noch immer erschwert, sogar jenen Anteil an Interessen, die der allgemeinen Lage der Arbeiterschaft entspringen und allen Arbeitern bewußt oder unbewußt - gemeinsam sind, wahrzunehmen und durchzusetzen. Die Ursprünge gehen ins 19. Jahrhundert zurück. Erinnert sei an den "Revisionismusstreit" der 90er Jahre, deren Protagonisten in der deutschen Arbeiterbewegung Kautsky und Bernstein waren. Führt man diese Auseinandersetzungen, die bis heute, wenn auch mit wechselhafter Geschichte, anhalten, auf ihr Wesen zurück, so lassen sich folgende Elemente ausmachen: Was ist Sozialismus und wie kommt man zu ihm? Muß der Weg ein revolutionärer sein, dessen Zäsur der radikale Bruch mit dem Kapitalismus ist, oder läßt sich der Kapitalismus durch Reformen überwinden, in Sozialismus transformieren? Kann und muß die Arbeiterbewegung, sofern sie auf die revolutionäre Überwindung des Kapitalismus orientiert, bereits vor der "Machtergreifung" mit Aussicht auf Erfolg reformerisch auf den Kapitalismus einwirken oder ist das aussichtslos bzw. ein Verrat an die Klasseninteressen des Proletariats? Oder kann man überhaupt auf die Überwindung des Kapitalismus verzichten und ihn (lediglich) im Sinne sozialistischer Prinzipien und Wertvorstellungen in einem ständigen Prozeß reformieren? Ein entscheidender Streitpunkt hierbei bestand und besteht in der Bewertung jener Modifizierungen in der Produktionsweise, in der Kapitalverwertung, in den sozialen Strukturen, von denen oben die Rede war, sowie in der Bewertung der Entwicklungsperspektiven des Kapitalismus. Die Oktoberrevolution und deren theoretische Reflexion im Leninismus brachten ein weiteres wesentliches Element der Spaltung hervor: das Verhältnis der Arbeiterbewegung zur Demokratie an sich und das Verhältnis von Demokratie und Sozialismus. Der zu dieser Problematik entbrannte Streit zwischen Kautsky und Lenin war dafür symptomatisch. Während diese Auseinandersetzungen lange Zeit zur Frontenbildung zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten beitrugen, griffen sie in den letzten Jahrzehnten auch auf die Strategiediskussionen innerhalb der kommunistischen Bewegung über, und zwar in dem Maße, wie sich die sozialistischen Ordnungen im Verhältnis zu den Gesellschaften im hochentwickelten Kapitalismus als nicht überlegen und nicht wettbewerbsfähig erwiesen

und wie eine kritisch-bilanzierende Analyse der realsozialistischen Erfahrungen innerhalb der kommunistischen Bewegung blockiert wurde.

Der Beitrag der reformistischen Arbeiterbewegung zur Entwicklung und Zivilisierung der kapitalistischen Gesellschaft darf keineswegs unterschätzt werden. Die Grunderkenntnis, daß man auf den Kapitalismus verändernd einwirken könne, um Interessen der Arbeiter und anderer Lohnabhängiger mit Erfolg durchsetzen zu können, hat die orthodoxe Auffassung widerlegt, derartige Veränderungen seien überhaupt nicht möglich oder wenn, dann nur als soziale Korruption, die man ablehnen müsse. Der Kampf der Arbeiterbewegung für Recht, Demokratie, bessere Arbeits- und Lebensbedingungen hat in der Tat zu bemerkenswerten Errungenschaften geführt, hat sozialen Fortschritt unter kapitalistischen Bedingungen ermöglicht. Dieser Kampf und diese Erfolge dürfen - wie das noch heute in links-sektiererischen Kreisen geschieht - nun nicht deshalb abgelehnt werden, weil sie Illusionen über den Kapitalismus und weil sie eine Abschwächung des Kampfeswillen für Sozialismus erzeugen können. Die realen Kämpfe und die reale Geschichte vollziehen sich eben nicht nach vorgefaßten und wünschenswerten strategisch-theoretischen Schemata. Hoch einzuschätzen ist auch, daß die Sozialdemokratie stets der Maxime treu geblieben ist, daß Sozialismus, Demokratie und Menschenrechte niemals voneinander getrennt werden dürfen, daß Demokratie und Menschenrechte Voraussetzungen und Wesenszüge des Sozialismus sein müssen. Demgegenüber hat sie den Sozialismusbegriff von seinen ökonomischen, eigentums- und machtpolitischen Voraussetzungen getrennt. Gerechtfertigt, aber nicht begründet, wird dies damit, daß die veränderten Eigentums- und Machtverhältnisse in den sozialistischen Ländern nicht automatisch Sozialismus hervorbrachten und keine Garantie bildeten gegen dessen Deformation und für dessen Überlebensfähigkeit.

Ganz abgesehen davon, worin die Gründe der Spaltung der Arbeiterbewegung liegen bzw. wer dafür die Schuld trägt, bestand eine latente Krisenerscheinung für die sozialistische Arbeiterbewegung und für den "realen Sozialismus" darin, daß eine Gesellschaft im Namen dieser Bewegung und mit sozialistischem Anspruch gestaltet werden sollte, der die Unterstützung eines einflußreichen Teils der Arbeiterbewegung versagt blieb. Besonders absurd war es, daß die Komintern unter Sinowjews und Stalins Einfluß die Sozialdemokratie, auch wenn es sich aufdrängte, deren Fehler, deren Opportunismus, deren Antikommunismus usw. in Rechnung zu stellen, faktisch als Hauptgegner im Kampf für Sozialismus betrachtete. Kurioserweise werden andererseits heute noch Kommunisten, die um Verständigung und Aktionseinheit mit der Sozialdemokratie bemüht sind, von Ultralinken beschuldigt, mit den "Verrätern von Revolution und Arbeiterklasse" gemeinsame Sache machen zu wollen.

Wenn es nun heute in der Sozialdemokratie Meinungen gibt, der Zusammenbruch des realen Sozialismus habe bewiesen, daß das kommunistische

Sozialismuskonzept gescheitert und das sozialdemokratische vor der Geschichte gerechtfertigt sei, so stimmt nur der erste Teil der Aussage uneingeschränkt. Die Sozialdemokratie gehört heute zu den Kräften, die die globalen Gefahren für das Überleben der Menschheit erkennen und abwenden wollen. Waren und sind aber ihre Politikkonzepte geeignet, die Entwicklung in die Katastrophe zu verhindern? Offenbar reicht es eben nicht, den Kapitalismus, die Gesetze seiner Reproduktion und seines Marktes, die nunmehr weltweit wirken und die globalen Probleme verschärfen, reformieren zu wollen. Muß man sie nicht, will man die Menschheit retten, zunächst einschränken und letztlich außer Kraft setzen?

Wenn man von ihren modifizierenden Einwirkungen auf den Kapitalismus absieht, haben alle bisherigen Sozialismuskonzepte nicht zum gewünschten Erfolg geführt. Sozialismus als lebensfähige und attraktive gesellschaftliche Ordnung, selbst wenn man diese prozessual bzw. als Verwirklichung von Grundwerten begreift, gibt es bisher nirgends. Zweidrittelgesellschaft und Zweidrittelwelt sind im Vormarsch und zerstören einem wachsenden Teil der Menschheit die Lebenschancen. Es besteht deshalb das dringende Erfordernis für eine Alternative, es fehlen aber, und zwar bei allen sozialistischen Kräften, reale Strategien für deren Verwirklichung und reale Konzepte für deren Funktionsweise. Wenngleich das heute nicht mehr allein in die Verantwortung der traditionellen Arbeiterbewegung fällt, gehört dieser Mangel dennoch mit zu den Ausdrucksformen der heutigen Krise der Arbeiterbewegung. Sie erweist sich in allen ihren Strömungen, besonders nach dem Scheitern des realsozialistischen Experiments, zunächst weniger denn je in der Lage, den Menschen eine überzeugende und mobilisierende sozialistische Perspektive aufzuzeigen.

V.

In das Wechselverhältnis von Fortschritt und Krise der Arbeiterbewegung ist auch die Oktoberrevolution in Rußland einzuordnen. Auch aus heutiger Sicht muß man konstatieren, daß diese Revolution ein Jahrhundertereignis war, das die weitere Weltentwicklung maßgeblich beeinflusste, das Tor zu einer sozialistischen Gesellschaft aufstieß und in diesem Sinne in der ganzen Welt nachhaltige Zustimmung, Hoffnung und Erwartung auslöste. Wie man die Gesellschaft, die aus ihr hervorging und schließlich zugrunde ging, auch immer einschätzt, sie war auf ihre Weise ein Beitrag zum widerspruchsvollen Fortschritt in der Welt, und sie bildete für den Kapitalismus in vielfacher Hinsicht eine Herausforderung, die er anzunehmen gezwungen war und die ihn sowohl zu einer erbitterten Feindschaft wie auch zu einer zivilisatorischen Anpassung zwang. Nicht alles, was in ihrem Gefolge hervorgebracht wurde, landet auf dem Müllhaufen der Geschichte. Die Bilanz weist eben auch Positives auf. Zugleich stellte die Oktoberrevolution für die ganze Arbeiterbewegung eine politi-

sche und ideologisch-theoretische Hypothek dar, die sie im weiteren Verlauf ihrer Geschichte nicht abzutragen vermochte. Zum Verhängnis dieser Gesellschaft gehörte, daß sie einige wesentliche Herausforderungen an den Kapitalismus - Demokratisierung, allseitige Durchsetzung von Menschenrechten, von staatsbürgerlichen Freiheiten u. a. - selbst vorbildlich zu verwirklichen außerstande war. Dies ist ein Teil dieser Hypothek. Das eigentliche Problem bestand darin, daß die reale Geschichte nicht gemäß der orthodox und als allgemeingültig verstandenen Theorie verlief. Es war, wie auch Antonio Gramsci feststellte, eine Revolution, die nicht den Marxschen Konzepten entsprach und demnach andere theoretische und strategische Konsequenzen erfordert hätte, als sie tatsächlich eintraten bzw. gezogen wurden. So, wie die Oktoberrevolution aufgrund der spezifischen Verhältnisse in Rußland nur durch Anwendung rigoroser Gewalt zum Erfolg geführt werden konnte, so blieb - wenigstens nach der Überzeugung der bolschewistischen Führung - die Gewalt die unabdingbare Voraussetzung der Fortexistenz der gesellschaftlichen und staatlichen Ordnung, wie sie im Gefolge der Revolution geschaffen wurde. Diese Überzeugung wurde - zu Recht oder zu Unrecht - von zwei Faktoren genährt: Die aus der ökonomischen und zivilisatorischen Rückständigkeit sich ergebende Unreife für Sozialismus zwang zu nachholender Modernisierung; diese erforderte strenge staatliche Zentralisierung und Leitung aller Mittel und Prozesse. Demokratisierung, Pluralisierung usw. standen ebensowenig auf der Tagesordnung, wie es während der Zeit der ursprünglichen Akkumulation in den anderen europäischen Ländern zuvor der Fall war. Dies traf dann nach 1944-45 auch auf die volksdemokratischen Länder zu. Zum anderen erlitten die Revolutionen in Deutschland und anderen entwickelteren "westlichen" Ländern zu Beginn der 20er Jahre eine Niederlage, so daß Rußland allein und isoliert blieb. Infolgedessen hatte es die Sowjetmacht von Anfang an mit einer feindlichen Übermacht im Innern und vor allem von außen zu tun, deren erklärtes und mit brutalen Mitteln verfolgtes Ziel es war, diese Macht zu stürzen. Die Existenzbedrohung erzeugte Gegenmaßnahmen und ein Festungsbewußtsein, von denen man sich bis zuletzt nicht zu befreien vermochte. Es begann mit dem Bürgerkrieg und der ausländischen Intervention gegen Sowjetrußland, wurde fortgesetzt von einem Wirtschaftsboykott und gipfelte im faschistischen Überfall mit seiner Vernichtungsstrategie. Nach kurzer Pause entbrannte der kalte Krieg, den beide Seiten erbittert und am Rande eines apokalyptischen atomaren Weltkrieges führten. Aus amerikanischer Sicht ging es dabei nicht allein um die Tilgung einer Ordnung mit antikapitalistischem, sozialistischem Anspruch, sondern in besonderem Maße auch darum zu verhindern, daß wirtschaftlich und politisch ein Machtfaktor in der Welt entsteht, der ebenbürtig und damit wettbewerbsfähig ist und der kapitalistischer Weltmachtpolitik Grenzen zu setzen vermag. Immerhin hatte sich im Windschatten des von der Sowjetunion konstituierten Weltkräfteverhältnisses in den Nachkriegsjahrzehnten ein Entkolonialisierungsprozeß vollzogen, der

- jedenfalls anfänglich - die Tendenz in sich barg, dem Weltsozialismus einen Kräftezuwachs zu bringen. Das gefährliche Kräftemessen mündete in eine unsinnige Spirale der gegenseitigen Überrüstung, die die Potenzen der sowjetischen Wirtschaft und Gesellschaft überstiegen und diese nichtreparabel ruinierten. Diese Entwicklung prägte seit 1917 eine bestimmte Mentalität, die sich zwar nicht rechtfertigen, doch aber erklären läßt. Sie bildete neben dem theoretischen Machtkonzept den praktischen Nährboden für das Auseinanderklaffen von Sozialismus, sofern man damals überhaupt sprechen konnte, und Demokratie, und sie bildete den Nährboden für die ungehemmte Entfaltung des verbrecherischen Stalinschen Terrors, der letztlich die eigenen, kommunistischen Kräfte härter traf als die erklärten Feinde. Zur Maxime der Überzeugung und des Handelns wurde, daß der Zweck alle Mittel heilige, wobei der Zweck selbst einer Deformierung und Pervertierung unterlag. Der vom Stalinschen Regime verursachte Schaden ist unermesslich und unentschuldigbar.

Ohne Zweifel mußte die Stalinsche Führung nach dem Ausbleiben siegreicher Revolutionen im Westen einen eigenen Weg finden, der nachholende Modernisierung und sozialistische Orientierung miteinander verband. In Wirklichkeit fehlte aber eine entsprechende Gesellschaftsstrategie; beide Aufgaben wurden nicht in ihrer historischen Spezifik begriffen, und schließlich wurde die erste für die zweite ausgegeben.

Die jungen kommunistischen Parteien in den anderen, kapitalistischen Ländern gerieten schon in den ersten Jahren ihres Bestehens in ein Dilemma. Im Zuge der sogenannten Bolschewisierung dieser Parteien seit Anfang der 20er Jahre, besonders aber unter der Ägide Stalins, wurden die spezifischen Erfahrungen der Oktoberrevolution und der nachfolgenden Entwicklung des Sowjetstaates mitsamt den Deformierungen sowie deren theoretische (vulgarisierende und dogmatische) Verallgemeinerung zum allgemeingültigen, verbindlichen Modell für Theorie und Politik. Das erklärte sich aus dem einzigartigen Erfolg der Bolschewiki und auch daraus, daß es in den anderen Parteien selbst einen linksradikalen, sektiererischen Nährboden gab. Die Kritik am Auseinanderreißen von Sozialismus und Demokratie wie auch jegliche Ansätze, den bolschewistischen Erfahrungsschatz zu relativieren (z. B. von Rosa Luxemburg), wurden entschieden bekämpft und ausgegrenzt. Die hoffnungsvollen, zunächst von Stalin nach 1944-45 gebilligten Konzepte von nationalen Wegen zum Sozialismus, d. h. von einer Pluralität sozialistischer Ordnungen, namentlich auch vom Übergang zum Sozialismus ohne "Diktatur des Proletariats", Konzepte von der Gleichberechtigung der sozialistischen Staaten usw. zerschellten an den Klippen des kalten Krieges, am machtpolitischen Hegemonismus und monistischen Dogmatismus Stalins. Das führte zu der Absurdität, daß Tito mit seiner Ablehnung der Unterordnung und seinem Konzept des Selbstverwaltungssozialismus in Jugoslawien als Verräter bekämpft wurde. Der Schaden einer derartigen ideologisch-politischen Gleichschaltung und Dis-

ziplinierung bestand vor allem darin, daß die Erneuerungsfähigkeit von kommunistischer Bewegung und Sozialismus zerstört wurden. Es setzte sich in der Komintern und den Nachfolgeparteien nach und nach das Unvermögen bzw. die strikte Ablehnung durch, einen schöpferischen Dialog unterschiedlicher Meinungen in Grundfragen zu führen und die eigenen Erfahrungen (die Erfolge, Mißerfolge und Fehler) einer wahrhaft kritischen, auf konstruktive, schöpferische Revision gerichteten Kritik zu unterziehen, sofern es nicht ex cathedra und mit einem Anflug von Apologetik seitens der jeweiligen Parteiführungen geschah. Ebenso gravierend und schädlich war es, daß sich die solidarische Verteidigung der Sowjetunion zu einer von Stalin mit Terror und physischer Vernichtung erzwungenen uneingeschränkten Identifizierung der Positionen und Interessen aller kommunistischen Parteien mit denen des Sowjetstaates transformierte. Zaghafte Versuche, eine objektiv gegebene Interessenpluralität in Rechnung zu stellen, liefen entweder ins Leere, wenn man an entsprechende Bemerkungen von Georgi Dimitroff auf dem VII. Kongreß der Komintern 1935 denkt, oder wurden polemisch zurückgewiesen, wenn man an Palmiro Togliattis Thesen vom Polyzentrismus (1956) und der Einheit in der Vielfalt (1964) denkt. Das Einschwören der kommunistischen Parteien Frankreichs, Deutschlands, Italiens auf jene sowjetischen Staatsinteressen, die im sowjetisch-deutschen Nichtangriffspakt vom 23. August 1939 und in dem Postulat Ausdruck fanden, nicht der deutsche Faschismus, sondern der englische und französische Imperialismus seien die Hauptkriegstreiber, provozierte den ersten großen Konfliktfall in dieser Hinsicht. Die Bemühungen der italienischen, spanischen und französischen kommunistischen Partei, in den 70er Jahren einen "Eurokommunismus" zu begründen, sind so recht nur vor dem Hintergrund der tschechoslowakischen Ereignisse, ihrer ungelösten Probleme und der erneuten Bekräftigung des sowjetischen als des allgemeingültigen Sozialismusmodells zu verstehen und liegen auf der gleichen Linie des unbewältigten Pluralismus.

VI.

Die These von der "Revitalisierung" des Kapitalismus als Ergebnis des Scheiterns des "realen Sozialismus" ist irreführend. Sie hat offenbar ihre Begründung in der euphorisch-unrealistischen Annahme, wie sie seit Anfang dieses Jahrhunderts im revolutionären Flügel der Arbeiterbewegung Oberhand gewann, daß sich der Kapitalismus gesetzmäßig in einem unaufhaltsamen Niedergang befände und die Bedingungen seiner Ablösung durch den Sozialismus herangereift wären. Und sie findet heute die Begründung in der irrigen Annahme, auf den Trümmern der zusammengebrochenen sozialistischen Ordnungen würde der Kapitalismus diese Länder zu der erhofften Blüte führen und sich dadurch generell revitalisieren.

Ohne Zweifel bleibt diesen Ländern in Ermangelung sozialistischer Optionen nur die Zuflucht zu kapitalistischer Marktwirtschaft, doch werden weder sie den ersehnten Anschluß an die kapitalistischen Wohlstandsgesellschaften erreichen noch wird der Kapitalismus seine ihm innewohnenden Widersprüche und Gebrechen abschütteln können. Es ist ein verbreiteter naiver Glaube, das Kapital der hochentwickelten Länder würde aus Dankbarkeit für den Abschied vom Sozialismus nun im Überfluß nach Osten fließen. Schon heute zeigt sich, daß für das Kapital die Wirtschaft dieser Länder mehr denn je ein Faß ohne Boden ist. Es besteht keine Gewähr, das investierte Kapital mit Profit, wie es die Gesetze der Marktwirtschaft erfordern, zurückzuerhalten.

Im gewissen Sinne kann man in unserem Jahrhundert von Revitalisierung des Kapitalismus in Gestalt zweier "passiver Revolutionen", um Gramscis Terminologie zu gebrauchen, sprechen. Mit der Durchsetzung des "Amerikanismus" in Europa, der kapitalistischen Massenproduktion, dem Eindringen des Kapitalverhältnisses in alle Lebenssphären der Lohnabhängigen, mit der Vermarktung aller Bereiche der Bedürfnisbefriedigung und Kultur usw. erhielt das Kapital in der ersten Hälfte des Jahrhunderts zusätzliche Instrumentarien seiner Hegemonie, die allerdings als solche immer weniger wahrnehmbar wurden. In der zweiten Hälfte unseres Jahrhunderts wurden mit der wissenschaftlich-technischen Revolution neue Profitquellen erschlossen, wurden die Produktionsstrukturen rigoros verändert und die Klassenstruktur reformiert, dem Schein nach aufgelöst. Mit der Zweidrittelgesellschaft entstanden soziale Widersprüche, die alle lohnabhängigen Schichten betreffen, sich nicht in das traditionelle Klassenschema einordnen lassen, Widersprüche von allgemeinemenschlicher, globaler Dimension, die die Klassenwidersprüche überlagern und das Überlebensrisiko der Menschheit auf die Tagesordnung gesetzt haben. Aus der gleichzeitigen Internationalisierung des Kapitals resultieren für die Arbeiterbewegung zwei Konsequenzen: Die Arbeiter der entwickelten Länder partizipieren an der Mehrwertrealisierung auf dem Weltmarkt, insbesondere aus dessen Umverteilung zugunsten der fortgeschrittensten Länder. Und aus dem Aktionsradius der national organisierten Arbeiterbewegung entschwanden tendenziell die ökonomischen Kontrahenten. Ihr steht ein international agierendes Kapital gegenüber, das sich dem Arbeiterkampf auf nationalem Boden und auch staatlicher Intervention entziehen kann und das - über die Dynamik des Weltmarktes vermittelt - immer mehr die Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeitenden von außen her bestimmt. Damit sind auch Vergesellschaftung und Selbstregulierung des Kapitals zu internationalen Erscheinungen geworden, die immer weniger einem nationalstaatlichen Zugriff unterliegen. Wer heute über Kapitalismus, über sozialen Fortschritt und sozialistische Alternativen nachdenkt, muß unbedingt die sozialen Verhältnisse und die Zivilisationsstufe der entwickeltesten Länder sowie die Entwicklungs- und Zivilisationsprobleme

der ganzen Menschheit, vor allem aber jene der armen Länder, als Einheit betrachten.

Die Entwicklung des Kapitalismus ist seit dem vorigen Jahrhundert bis heute von zwei Tendenzen gekennzeichnet, auf die sogar Lenin aufmerksam gemacht hatte, die aber dennoch, zumindest in der kommunistischen Bewegung, niemals realistisch eingeschätzt und richtig verstanden wurden. Die eine Tendenz besteht in der erstaunlichen Vitalität, Erneuerungs- und Entwicklungsfähigkeit, dem weitgehenden Anpassungsvermögen des Kapitalismus. Das Beeindruckendste ist sicher die von ihm hervorgebrachte wissenschaftlich-technische Revolution, die ihm die Arbeiterbewegung offenkundig nicht zutraute und die letztlich den realen Sozialismus völlig niederkonkurrierte. Hier hat wohl auch die schematische Bezugnahme auf Marxens Vorwort zur Kritik der Politischen Ökonomie, daß die kapitalistischen Produktionsverhältnisse zu Fesseln der Produktivkräfte werden, die richtige Wahrnehmung der Realität erschwert. Aus heutiger Sicht jedenfalls offenbart sich der Widerspruch zwischen Produktionsverhältnissen und Produktivkräften in der Weise, daß sich die gegenständlichen, die technologischen, wissenschaftlichen usw. Produktivkräfte infolge von Konkurrenz- und Effektivitätszwang rascher und ungehinderter als je zuvor entwickeln, daß diese Entwicklung aber völlig der gesellschaftlichen Kontrolle und Steuerung entgleitet. Und darin kommt eben die zweite Tendenz zum Ausdruck, die von der ersten überhaupt nicht zu trennen ist, die aber bisher von der Mehrheit der Menschen in ihrer Gefährlichkeit nicht erkannt wird. Mit kapitalistischer Marktwirtschaft, die das heutige Zivilisationsparadigma sowie die Gesetze von Weltmarkt und Weltwirtschaft bestimmt, kann weder die ökologische Katastrophe noch die Zweidrittelgesellschaft in den entwickelten Ländern, die Zweidrittelwelt und der weitere Ruin der Entwicklungsländer aufgehalten werden. Gerade hieraus erwachsen neue objektive Notwendigkeiten für eine ökonomische und gesellschaftspolitische Alternative zum Kapitalismus. Das bedeutet, daß sich heute die Suche nach einem Ausweg aus dem Dilemma des Kapitalismus - trotz seiner Vitalität, Prosperität und seinen Entwicklungspotenzen - nicht in erster Linie aus der ökonomischen Situation und der Interessenlage einer Klasse, aus dem Klassenwiderspruch zwischen Arbeitern und Kapitalisten ergeben, sondern aus den Überlebens- und Zivilisationserfordernissen der ganzen Menschheit. Zunächst aber, da hierfür die erforderlichen Einsichten und Mehrheiten wie auch die nötigen alternativen und mehrheitsfähigen Gesellschaftskonzepte fehlen, wird die Menschheit sich weiter der Katastrophe nähern.

VII.

Das Versagen des "realen Sozialismus" besteht nicht allein darin, daß er das Feld dem Kapitalismus überlassen muß, sondern daß er die Chance,

wenigstens konzeptionell und experimentell eine zukunftsfruchtige Gesellschaftsperspektive anzubieten, verpaßt hat. Er ist an seinen systemimmanenten Fehlern, Schwächen und Unzulänglichkeiten zugrunde gegangen; so, wie er existierte, konnte er nicht gerettet werden und kann er keine konkrete Zukunftsvision darstellen. Sozialismus als Idee, als System von Werten und Prinzipien sowie als Bewegung steht heute, wie die Menschheit insgesamt, vor ungelösten Grundfragen, denen er sich, und zwar unbedingt in deren weltweiter Dimension, stellen muß. Wesentliche Grundfragen resultieren direkt aus den Ursachen dafür, daß der "reale Sozialismus" aufs Nebengleis der Weltgeschichte geriet und in einem Sackbahnhof endete, in dem es nur den Kapitalismus gibt, der sich als Lokomotive für den Rückweg anbietet. Hierbei geht es nicht in erster Linie um moralische und emotionale Probleme, obwohl diese bei allen beteiligten Kräften gegenwärtig den nüchternen Blick überlagern.

Von den Ursachen des Zusammenbruchs des realen Sozialismus sollen nur einige genannt werden. Schon Stalins These vom Sozialismus in einem Lande, derzufolge Wunsch und Programm für Realität ausgegeben wurden, verwandelten den "realen Sozialismus" aus dem Konzept für eine postkapitalistische Gesellschaft, die Marx zufolge alle zivilisatorischen Errungenschaften bisheriger, auch kapitalistischer Menschheitsentwicklung hätte absorbieren müssen, in das Konzept einer antikapitalistischen Gesellschaft, die, noch dazu auf niedriger Stufe, das zivilisatorische Gegenbild des Kapitalismus, die Negation aller seiner Errungenschaften und Funktionsmechanismen darstellen sollte. Rückständigkeit wurde auf diese Weise zum positiven Programm- und Wesensinhalt Stalinschen Sozialismusverständnisses.

Das entscheidende ungelöste Problem für eine realisierbare und dauerhafte sozialistische Perspektive der Menschheit liegt m. E. darin, daß es keine eigentliche politische Ökonomie des Sozialismus und somit keine eigentliche sozialistische Produktionsweise gab. Eine sozialistische Wirtschaft hätte einen solchen, auf ökonomischen Gesetzen basierenden Funktionsmechanismus in Gang setzen müssen, der, vor allem in Anbetracht der höher entwickelten kapitalistischen Umwelt und der Einwirkungen des kapitalistisch dominierten Weltmarktes, Triebkräfte und Effektivitätskriterien hervorzubringen in der Lage ist, die den Triebkräften und Potenzen des Kapitalismus auf alternative Weise, wenn schon nicht überlegen, so doch ebenbürtig hätten sein müssen. Eine derartige, ökonomisch und nicht durch andauernde politische Intervention sich regulierende Produktionsweise wurde nirgends hervorgebracht. Sie müßte, um sozialistischen Prinzipien und Wertmaßstäben gerecht zu werden, verschiedene, in der kapitalistischen Gesellschaft entgegenwirkende Erfordernisse miteinander in Einklang bringen und realisierbar machen: die Aufhebung der auf Konkurrenz und profitabler Kapitalverwertung beruhenden Warenproduktion durch Regulierung und Planung von Produktion und Konsumtion im Interesse und zum Nutzen des Gemeinwohls; die Gewährleistung sozialer Ge-

rechtigkeit durch die Überwindung sozialer Differenziertheit, von Ausbeutung und Privilegierung, die sich aus dem Besitz und der profitablen Verwertung von Kapital ergeben; Sicherung von Effizienz und Effizienzsteigerung der gesellschaftlichen Produktion durch eine optimale Struktur, Organisation und Leitung der Produktion und die produktive Nutzung des gesamten verfügbaren Arbeitsvermögens der Gesellschaft (ohne Arbeitslosigkeit und Marginalisierung) bei gleichzeitiger Respektierung und Anwendung des Wertgesetzes als Kriterium der Effektivität der Arbeit und als wirtschaftliche Berechnungsgrundlage auch in den nichtproduktiven und den subventionsbedürftigen gesellschaftlichen Bereichen usw. Ob und wie es gelingt, die heute im Widerspruch zueinander stehenden Erfordernisse gleichermaßen zu verwirklichen, entscheidet darüber, ob Sozialismus erfolgreich sein kann. Die Zuflucht zur vorrangigen Absicherung des bisherigen, sich nicht selbsttragenden sozialistischen Experiments mit den Mitteln der Staatsgewalt war nur die Kehrseite dieses Defizits.

Diesem Defizit entsprang dann auch die "Verstaatlichung" der ganzen Gesellschaft, einschließlich der Wirtschaft, der Kultur usw., die Aufhebung der eigentlichen gesellschaftlichen Subjekte der neuen Gesellschaft. Wachsende Teile der sich formierenden sozialistischen Zivilgesellschaft gerieten in einen Gegensatz zum Staat und zu dessen politischer Führungselite, was schließlich, wie gut bekannt ist, Ende der 80er Jahre sogar mit dem Anspruch, diese Gesellschaft sozialistisch zu erneuern, zum Bruch und zum Zusammenbruch führte. Realitätsverlust, Fehlen konstruktiver Gesellschaftskonzepte, Hilf- und Sprachlosigkeit bei den Führungseliten waren Ausdruck erstarrter dogmatischer Theoriekonzepte und der in die Ausweglosigkeit geratenen Entwicklung.

Das Marschgepäck der linken, sozialistischen Kräfte ist schwer und leicht zugleich. Es enthält positive und negative Erfahrungen, ein fragmentarisches Wissen um die Ursachen des historischen Versagens des Sozialismus und die Überzeugung, daß der Kapitalismus die Zukunft der Menschheit nicht zu sichern vermag; es enthält Schlußfolgerungen, wie man es nicht machen kann und darf. Außer einigen theoretischen Grundprämissen, über die noch dazu rechthaberische oder liquidatorische Streitereien im Gange sind, enthält es aber keine umfassenden brauchbaren Gesellschaftsstrategien. Dieses Gepäck enthält - und auch das ist ein Krisenphänomen - ein Kompendium von Aufgaben, von denen viele noch gar nicht definiert und formuliert, geschweige denn gelöst sind. Und schließlich: Zu einer Zerreißprobe linker und sozialistischer Kräfte ist die Tatsache geworden, daß es heute - angesichts brennender Gegenwartsprobleme, negativer Erfahrungen, der Furcht vor der Zukunft, des Ideologieverfalls und Wertewandels - für ihren Masseneinfluß und ihre Politikfähigkeit weniger entscheidend ist, ob ein Parteiprogramm theoretisch mehr oder weniger richtig ist, sondern in welchem Maße die Politik verstanden wird und Unterstützung findet.

Die internationale Sozialdemokratie: Gewinner oder Verlierer?

"Einige von uns, mich eingeschlossen, haben zu früh und zu pauschal von einer Renaissance der Sozialdemokratie gesprochen".¹ Diese Worte von W. Brandt geben die Ernüchterung wider, die der anfänglichen Euphorie über die neuen Möglichkeiten der Sozialdemokratie nach dem historischen Scheitern des "Realsozialismus" weichen mußte. In der Tat: Die neugegründeten sozialdemokratischen Parteien in osteuropäischen Ländern sind zum Teil noch nicht einmal in die Parlamente gelangt oder spielen dort nur eine marginale Rolle. In Ungarn erhielt die Sozialdemokratische Partei (20 000 Mitglieder) bei den Wahlen im März/April 1990 3,55 Prozent der Stimmen und ist im Parlament nicht vertreten. Die Tschechoslowakische Sozialdemokratische Partei (11 000 Mitglieder) erzielte bei den Wahlen zur Föderativen Versammlung der CSFR am 8./9. Juni 1990 für die Volkskammer in der Tschechischen Republik 3,84 Prozent und in der Slowakischen Republik 1,51 Prozent der Stimmen. Auch sie ist im Parlament nicht vertreten.²

In Polen und Bulgarien sieht es etwas besser aus. Die Sozialdemokratie der Republik Polen hat in einem Wahlbündnis zusammen mit dem Club der Demokratischen Linken, Gewerkschaften, dem Bund der Sozialistischen Jugend und anderen 11,6 Prozent der Stimmen bei den Wahlen im Herbst 1991 erzielt. Sie stellt die Mehrheit der 60 Abgeordneten dieses Wahlbündnisses. In Bulgarien sind die Sozialdemokraten eine der 16 Parteien in der Union der Demokratischen Kräfte, die die Wahlen im Oktober 1991 mit 34,36 Prozent gegenüber den 33,14 Prozent der BSP gewonnen hatte.

Ein wiederum anderes Bild zeigt sich in der zerfallenen Sowjetunion, vor allem in Rußland. Hier existierten Ende des Jahres 1991 zwei Parteien, in denen sozialdemokratische Politikinhalt propagiert werden. Die eine nennt sich sozialdemokratische Partei Rußlands (SDPR) und hat ca. 5000 Mitglieder.

In den Führungsgremien der SDPR gibt es bisher kaum einen landesweit bekannten Politiker. Die Co-Vorsitzenden sind B. Orlow, O. Rumjanzew und L. Wolkow. Die SDPR versteht sich als "rechte" sozialdemokratische Partei. Jede Wortbindung mit "sozialistisch" wird vermieden. Das Pro-

¹ Zit. in: Neues Deutschland, Berlin, vom 24. Sept. 1991.

² Vgl. Horizont International, Berlin, Nr. 29/1990, S.11.

gramm ist von einer pathetischen Verklärung der individuellen Freiheit durchdrungen. Wirtschaftspolitisch setzt diese Partei auf einen ungehemmten Wirtschaftsliberalismus beim Übergang zur Marktwirtschaft. Dieser Übergang soll so rasch und radikal wie möglich vollzogen werden. Angesichts dieser Orientierungen stellt sich die Frage, was an dieser Partei außer dem Namen "sozialdemokratisch" ist? Diese ist offenbar die Orientierung auf die sozialdemokratischen Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Das Programm (dreimal so lang wie das Berliner Programm der SPD) enthält viele Versatzstücke aus der Programmatik westlicher sozialdemokratischer Parteien. Eine wirkliche sozialdemokratische Identität wird diese Partei erst noch in der Zukunft erlangen müssen. Auch ihre Idee von der breiten Streuung von Volksaktien ist nicht unbedingt typisch sozialdemokratisch.

Eine gewisse (aber nicht eindeutige) sozialdemokratische Richtung vertritt die Republikanische Partei Rußlands (RPR). Sie wurde im November 1990 von Aktivisten der "Demokratischen Plattform" innerhalb der KPdSU gegründet. Vorsitzende der Partei sind S. Sulakschin, W. Lyssenko und W. Schostakowskij. Die Parteigründer scheinen die Absicht gehabt zu haben (wie auch der Name sagt), sich von jeglicher Art von Sozialismus zu trennen. Ende 1991 hatte die Partei ca. 15 000 Mitglieder. Auf dem 2. Parteitag im Juni 1991 gab es einen Schwenk zum Liberalismus, so daß die weitere politische Ausrichtung auch dieser Partei ungewiß ist. Im russischen Parlament bilden die SDPR und die RPR eine gemeinsame, 54 Abgeordnete umfassende Parlamentsfraktion. Sie haben besonderen Einfluß auf die Ausarbeitung einer russischen Verfassung genommen.

Neben diesen Parteien existiert noch die "Bewegung für demokratische Reformen", die zu einer einflußreichen politischen Kraft werden kann, da sie reale Interessen verschiedener sozialer Gruppen vertritt und über eine Reihe bekannter Politiker verfügt (A. Jakowlew, I. Silajew, N. Petrakow, E. Schewardnadse, S. Schatalin u.a.). Diese Bewegung verfolgt eine mehr pragmatische Linie.³

Insgesamt ist das Bild noch unübersichtlich. Trotz einer sozialdemokratisch orientierten russischen Parlamentsfraktion scheinen die Aussichten für eine sozialdemokratisch ausgerichtete Reformpolitik sehr gering, da eher autoritäre politische Strukturen zu erwarten sind.

Bei den "letzten" Volksammerwahlen in der DDR konnte die (Ost-) SPD nicht den erhofften Wahlerfolg erzielen, obwohl sie alle nur erdenkliche Hilfe aus dem Westen (nicht zuletzt durch die dortige SPD-Polit-Prominenz) erhielt. Auch nach dem Anschluß der DDR an die BRD konnte bisher noch keine grundlegende Änderung erzielt werden. Die Mitgliederzahl

³ Die Aussagen über die russischen sozialdemokratischen Parteien sind einer unveröffentlichten Studie von Michael Harms, Berlin 1991, entnommen.

hat sich bekanntlich nicht wesentlich erhöht. Offiziell werden ca. 30 000 Ost-Mitglieder angegeben.

Die Ursachen für die relative Schwäche der Sozialdemokratie in Osteuropa (einschließlich in der ehemaligen DDR) werden von sozialdemokratischen Politikern vor allem in zweierlei Richtung festgemacht: Zum einen sei es die verbreitete "Verbitterung über den 'Realsozialismus'", von dem "auch demokratische Sozialisten etwas abbekommen". Es sei völlig klar, daß der politische Gegner versucht, dies auszunutzen.⁴

W. Brandt formulierte es noch drastischer: Auch die Sozialdemokraten hätten die "schweren Erblasten des Stalinismus wider Willen und Gerechtigkeit" zu tragen.⁵

Zum anderen sei die Umbruchphase vor allem in der Parteienlandschaft noch nicht abgeschlossen. Unklar sei, wohin sich die ehemaligen kommunistischen Parteien entwickelten. Es wird noch einige Jahre dauern, "bis das aufgewühlte Wasser wieder klar wird".⁶

Selbstverständlich sind beide Faktoren nicht von der Hand zu weisen. Dennoch gehen die Schlußfolgerungen, die für die Politik der Sozialdemokratie gezogen werden, auseinander. Der offenbar überwiegende Teil sozialdemokratischer Politiker betont neben den negativen Aspekten die Tatsache, daß schließlich die Sozialdemokratie historisch recht behalten hätte. Die Niederlage des Sozialismus und des von den Kommunisten eingeschlagenen Weges erscheint in ihrem Denken zugleich als Sieg der Sozialdemokratie und ihrer Reformkonzeption; nur im Osten könne das die Bevölkerung aufgrund der Wut auf den Kommunismus noch nicht erkennen. "Auf der einen Seite werden die Umwälzungen als Bestätigung jenes vom Kommunismus grundverschiedenen Weges, den die westliche Sozialdemokratie eingeschlagen hat, empfunden. Mit Genugtuung können sich die Sozialdemokraten, die dem Druck der Verlockungen des scheinbar schnelleren und erfolgreicher Weges zum Sozialismus standgehalten haben, sagen, daß sich ihre Standhaftigkeit gelohnt hat und es umgekehrt blamabel gewesen wäre, wenn sich die Sozialdemokratie durch eine Politik der Einheitsfront mit den Kommunisten kompromittiert hätte. Auf der anderen Seite ist auch die Sozialdemokratie von den Erschütterungen im Osten insofern negativ betroffen, sofern sie auch nur im Verdacht steht, die Zielvorstellungen der Kommunisten geteilt und sich von ihnen nur durch den Weg und die Wahl der Mittel, nicht aber in der Zukunftsvorstellung selbst unterschieden zu haben".⁷ Die wichtigste Schlußfolgerung lautet, die

⁴ Vgl. Auf radikale Weise neu nachdenken. Interview mit Wolfgang Thierse über sozialdemokratische Reformpolitik. In: Sozialismus, Hamburg, Nr.10/1991, S.8.

⁵ Vgl. Willy Brandt im horizont-Interview: Es wird einige Zeit brauchen, bis das aufgewühlte Wasser klarer wird. In: Horizont-International, Nr. 29/1990, S.7.

⁶ Ebenda.

⁷ Norbert Leser: Zusammenbruch des Kommunismus. Lektion für die Sozialdemokratie. In: Zukunft, Wien, Nr. 9/1990, S.16.

Sozialdemokratie dürfe auf keinen Fall als eine Spielart des Sozialismus angesehen werden, sonst komme sie unter die Räder der Geschichte; schon die Akzeptanz gemeinsamer Zielvorstellungen mit den Kommunisten würde großen Schaden anrichten. In diesem Sinne rechnet der hier zitierte österreichische Autor mit dem Austromarxismus ab. Verdrängung, nicht Aufarbeitung der Geschichte ist das Anliegen dieser Richtung.

Ganz anders dagegen E. Gehmacher. Er lotet tiefer: "In Wahrheit hatte der demokratische Sozialismus mit seinem 'kommunistischem Bruder' so viel gemeinsam, daß gewisse Krisenaspekte wohl nicht zufällig etwa gleichzeitig auftreten... Heute bricht im Osten der Realsozialismus de facto zusammen... und im Westen wird die klassische Arbeiterbewegung still zu Grabe getragen, da sich ja ihre eigenen Institutionen im demokratischen Wandel in etwas weitgehend anderes transformiert haben."⁸ Hier wird nicht nur die gemeinsame Wurzel von Kommunisten und Sozialdemokraten angenommen, sondern es wird auch auf die Probleme hingewiesen, vor denen die Sozialdemokratie als Teil der Arbeiterbewegung in den modernen kapitalistischen Gesellschaften steht. Dabei dürfen nicht die gravierenden Unterschiede, die zwischen dem Fiasko der traditionellen kommunistischen Bewegung und den Problemen der Sozialdemokratie bestehen, verwischt werden. Die Niederlage der Kommunisten ist aber nicht der Sieg der Sozialdemokraten. P. Hynnynen ist zuzustimmen: "Wenn von Krisen der Sozialdemokratie und der Krise des Kommunismus die Rede ist, dann existieren sie auf sehr unterschiedlichem Niveau."⁹

Das "Niveau der sozialdemokratischen Probleme" beschreibt Gehmacher wie folgt: "Die sozialdemokratischen Parteien des Westens sind heute noch große, erfolgreiche Wahlmaschinen, aber wenn sie längst im Mitgliederstand von Angestelltenmilieus dominiert werden, sich zuweilen zu einer 'Laufbahnpartei' des öffentlichen Dienstes entwickelt haben, wenn an ihrer Spitze Bankfachleute stehen und ihre Finanzminister - nicht nur in Neuseeland - sich zu Anhängern der Privatisierung entwickelt haben, dann ist hier ein evolutionärer Wandel vor sich gegangen, der dem revolutionären Wandel im Osten von der Auswirkung kaum nachsteht."¹⁰

⁸ Ernst Gehmacher: Partei: Mitglied oder Kunde? Brauchen wir neue soziale Kategorien? In: Zukunft a.a.O., Nr. 7/1990, S.8/9.

⁹ Pertti Hynnynen: Themen und Tendenzen der sozialdemokratischen Programmdiskussion in Europa. Rede auf der Tagung: Der demokratische Sozialismus in der internationalen Diskussion - Ein europäischer Vergleich. Bochum vom 10.-12. Okt. 1990. Manuskript, S.5.

¹⁰ Ernst Gehmacher: Partei: Mitglied oder Kunde? a.a.O., S.7/8.

hat sich bekanntlich nicht wesentlich erhöht. Offiziell werden ca. 30 000 Ost-Mitglieder angegeben.

Die Ursachen für die relative Schwäche der Sozialdemokratie in Osteuropa (einschließlich in der ehemaligen DDR) werden von sozialdemokratischen Politikern vor allem in zweierlei Richtung festgemacht: Zum einen sei es die verbreitete "Verbitterung über den 'Realsozialismus'", von dem "auch demokratische Sozialisten etwas abbekommen". Es sei völlig klar, daß der politische Gegner versucht, dies auszunutzen.⁴

W. Brandt formulierte es noch drastischer: Auch die Sozialdemokraten hätten die "schweren Erblasten des Stalinismus wider Willen und Gerechtigkeit" zu tragen.⁵

Zum anderen sei die Umbruchphase vor allem in der Parteienlandschaft noch nicht abgeschlossen. Unklar sei, wohin sich die ehemaligen kommunistischen Parteien entwickelten. Es wird noch einige Jahre dauern, "bis das aufgewühlte Wasser wieder klar wird".⁶

Selbstverständlich sind beide Faktoren nicht von der Hand zu weisen. Dennoch gehen die Schlußfolgerungen, die für die Politik der Sozialdemokratie gezogen werden, auseinander. Der offenbar überwiegende Teil sozialdemokratischer Politiker betont neben den negativen Aspekten die Tatsache, daß schließlich die Sozialdemokratie historisch recht behalten hätte. Die Niederlage des Sozialismus und des von den Kommunisten eingeschlagenen Weges erscheint in ihrem Denken zugleich als Sieg der Sozialdemokratie und ihrer Reformkonzeption; nur im Osten könne das die Bevölkerung aufgrund der Wut auf den Kommunismus noch nicht erkennen. "Auf der einen Seite werden die Umwälzungen als Bestätigung jenes vom Kommunismus grundverschiedenen Weges, den die westliche Sozialdemokratie eingeschlagen hat, empfunden. Mit Genugtuung können sich die Sozialdemokraten, die dem Druck der Verlockungen des scheinbar schnelleren und erfolgreicher Weges zum Sozialismus standgehalten haben, sagen, daß sich ihre Standhaftigkeit gelohnt hat und es umgekehrt blamabel gewesen wäre, wenn sich die Sozialdemokratie durch eine Politik der Einheitsfront mit den Kommunisten kompromittiert hätte. Auf der anderen Seite ist auch die Sozialdemokratie von den Erschütterungen im Osten insofern negativ betroffen, sofern sie auch nur im Verdacht steht, die Zielvorstellungen der Kommunisten geteilt und sich von ihnen nur durch den Weg und die Wahl der Mittel, nicht aber in der Zukunftsvorstellung selbst unterschieden zu haben".⁷ Die wichtigste Schlußfolgerung lautet, die

⁴ Vgl. Auf radikale Weise neu nachdenken. Interview mit Wolfgang Thierse über sozialdemokratische Reformpolitik. In: Sozialismus, Hamburg, Nr.10/1991, S.8.

⁵ Vgl. Willy Brandt im horizont-Interview: Es wird einige Zeit brauchen, bis das aufgewühlte Wasser klarer wird. In: Horizont-International, Nr. 29/1990, S.7.

⁶ Ebenda.

⁷ Norbert Leser: Zusammenbruch des Kommunismus. Lektion für die Sozialdemokratie. In: Zukunft, Wien, Nr. 9/1990, S.16.

Sozialdemokratie dürfe auf keinen Fall als eine Spielart des Sozialismus angesehen werden, sonst komme sie unter die Räder der Geschichte; schon die Akzeptanz gemeinsamer Zielvorstellungen mit den Kommunisten würde großen Schaden anrichten. In diesem Sinne rechnet der hier zitierte österreichische Autor mit dem Austromarxismus ab. Verdrängung, nicht Aufarbeitung der Geschichte ist das Anliegen dieser Richtung.

Ganz anders dagegen E. Gehmacher. Er lotet tiefer: "In Wahrheit hatte der demokratische Sozialismus mit seinem 'kommunistischem Bruder' so viel gemeinsam, daß gewisse Krisenaspekte wohl nicht zufällig etwa gleichzeitig auftreten... Heute bricht im Osten der Realsozialismus de facto zusammen... und im Westen wird die klassische Arbeiterbewegung still zu Grabe getragen, da sich ja ihre eigenen Institutionen im demokratischen Wandel in etwas weitgehend anderes transformiert haben."⁸ Hier wird nicht nur die gemeinsame Wurzel von Kommunisten und Sozialdemokraten angenommen, sondern es wird auch auf die Probleme hingewiesen, vor denen die Sozialdemokratie als Teil der Arbeiterbewegung in den modernen kapitalistischen Gesellschaften steht. Dabei dürfen nicht die gravierenden Unterschiede, die zwischen dem Fiasko der traditionellen kommunistischen Bewegung und den Problemen der Sozialdemokratie bestehen, verwischt werden. Die Niederlage der Kommunisten ist aber nicht der Sieg der Sozialdemokraten. P. Hynninen ist zuzustimmen: "Wenn von Krisen der Sozialdemokratie und der Krise des Kommunismus die Rede ist, dann existieren sie auf sehr unterschiedlichem Niveau."⁹

Das "Niveau der sozialdemokratischen Probleme" beschreibt Gehmacher wie folgt: "Die sozialdemokratischen Parteien des Westens sind heute noch große, erfolgreiche Wahlmaschinerien, aber wenn sie längst im Mitgliederstand von Angestelltenmilieus dominiert werden, sich zuweilen zu einer 'Laufbahnpartei' des öffentlichen Dienstes entwickelt haben, wenn an ihrer Spitze Bankfachleute stehen und ihre Finanzminister - nicht nur in Neuseeland - sich zu Anhängern der Privatisierung entwickelt haben, dann ist hier ein evolutionärer Wandel vor sich gegangen, der dem revolutionären Wandel im Osten von der Auswirkung kaum nachsteht."¹⁰

⁸ Ernst Gehmacher: Partei: Mitglied oder Kunde? Brauchen wir neue soziale Kategorien? In: Zukunft a.a.O., Nr. 7/1990, S.8/9.

⁹ Pertti Hynninen: Themen und Tendenzen der sozialdemokratischen Programmdiskussion in Europa. Rede auf der Tagung: Der demokratische Sozialismus in der internationalen Diskussion - Ein europäischer Vergleich. Bochum vom 10.-12. Okt. 1990. Manuskript, S.5.

¹⁰ Ernst Gehmacher: Partei: Mitglied oder Kunde? a.a.O., S.7/8.

Vielleicht ist es nicht übertrieben, so zu formulieren: Der revolutionäre Teil der Arbeiterbewegung ist "revolutionär", durch Revolutionen zuende gegangen; der evolutionäre, reformerische Teil der Arbeiterbewegung geht "evolutionär" zuende. Nur ist das selbstverständlich nicht das Ende der Sozialdemokratie. Im Gegenteil, dieser Prozeß kann einhergehen mit einem Aufschwung sozialdemokratischer Parteien in bestimmten Ländern. Ob diese Parteien eine zeitgemäße Emanzipationsbewegung verkörpern, bleibt fraglich. Darauf wird noch eingegangen werden.

Sozialdemokratische Hoffnungen zweifelhaft

Im Zusammenhang mit Osteuropa hoffen prominente Sozialdemokraten vor allem darauf, daß sich mit der Entwicklung des Kapitalismus auch Widerstandspotentiale für die Lösung nunmehr auftretender sozialer Probleme entfalten.

Hier sehen sie eine Chance für die Sozialdemokratie in Osteuropa und speisen daraus ihren Optimismus für einen noch zu erwartenden Aufschwung sozialdemokratischer Parteien in diesen Ländern. Die große Herausforderung, die W. Brandt für die Sozialdemokratie in Ost- und Mitteleuropa sieht, besteht darin, die "Marktwirtschaft sich entfalten zu lassen, sie aber gleichzeitig in sozial und ökologisch vertretbare Bahnen zu lenken." Und seine Hoffnungen begründen sich darauf, "daß die soziale Frage ebenso wie die der demokratischen Mitbestimmung auf der Tagesordnung bleibt."¹¹

Das Problem wird darin bestehen, daß die traditionellen sozialdemokratischen Politikmuster nur sehr bedingt und eingeschränkt greifen werden; schließlich stehen diese Länder vor einer geschichtlich völlig anderen Situation als die Sozialdemokratie in den vergangenen Jahrzehnten in den westeuropäischen Ländern. Der Weg, erstmal die "Marktwirtschaft errichten" und dann diese in soziale und ökologische Bahnen lenken, wird sehr schwierig sein. Über diesen Weg sind die sozialen und ökologischen Belange - wie andere elementare Emanzipationserfordernisse (Überwindung des Patriarchats) nur sehr bedingt durchzusetzen. Schließlich existierten in den staatssozialistischen Ländern auch soziale (gesellschaftliche) Elemente (so deformiert sie auch gewesen sind), die mit denen unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen nicht vergleichbar waren. Will man tatsächlich Erfolge in dieser Richtung erzielen, wäre eine andere Politik des Westens notwendig, die tatsächlich dem Osten Hilfe bringt. Es bleibt fraglich, ob die westliche Sozialdemokratie zu einer solchen Politik bereit ist.

Auf jeden Fall wäre es eine große Aufgabe für die Sozialdemokratie, "in den Gesellschaften Osteuropas jetzt eine generelle Abkehr von sozialisti-

¹¹ Willy Brandt im Horizont-Interview, a.a.O., S. 7.

schem Gedankengut und eine reaktiv motivierte, oberflächliche Hinwendung zu simplen, frühkapitalistischen Denkmustern verhindern zu helfen"¹² Dabei können auch die ehemaligen kommunistischen Parteien, die sich zum großen Teil zu linkssozialistischen Parteien profilieren, beitragen. Offenbar setzt sich von Seiten der Sozialistischen Internationale mehr und mehr eine offene, unvoreingenommene Haltung gegenüber diesen Parteien (im Unterschied zur deutschen PDS) durch. Schließlich sieht ein gewichtiger Teil sozialdemokratischer Politiker in ihnen eine mögliche potentielle Stärkung der internationalen Sozialdemokratie. H. Scheer plädiert deshalb dafür, möglicherweise mehrere Parteien aus den osteuropäischen Ländern in die SI aufzunehmen, sofern sie die programmatischen Voraussetzungen erfüllen.¹³ Noch deutlicher schrieb J. Pelikan: "Die reformistische Linke im Westen muß aufmerksam und verständnisvoll die Entwicklung innerhalb der nachkommunistischen Welt beobachten und ihre Zusammenarbeit und die Unterstützung für diese reformistischen Kräfte in den kommunistischen Parteien anbieten." Er plädierte für einen ehrlichen Dialog mit diesen Parteien, der zu einem politischen Bündnis führen müßte. Die Internationale dürfe sich "nicht auf den ausschließlichen Kreis der sozialdemokratischen Parteien in den östlichen Ländern beschränken, im Gegenteil, sie muß die Zusammenarbeit eröffnen und Arbeitskontakte mit diesen linken Kräften außerhalb der sozialdemokratischen Parteien beginnen". Schließlich kritisierte er die neuen sozialdemokratischen Parteien der osteuropäischen Länder, weil sie in vielen Fällen zu den "extremsten Antikommunisten" gehörten. Dadurch hätten sie "die Möglichkeit verspielt, Stimmen von den aus der Partei ausgestoßenen oder ausgetretenen Kommunisten zu erhalten".¹⁴ Die hier skizzierte Strategie stößt aber nach wie vor teilweise auf den erbitterten Widerstand sozialdemokratisch nennender Kräfte im Osten, die sich selbst an die Spitze setzen wollen, um ihre politischen Karrieren erfolgreich zu gestalten. Schon das Beispiel der Ost-SPD zeigt, daß die angestrebte Öffnung der SPD für ehemalige SED-Mitglieder (wie sie von der Bonner Parteispitze angestrebt wird) bei weitem nicht auf Gegenliebe in den östlichen Bundesländern stößt.

Zwar wird es insgesamt mittelfristig zu einer Stärkung sozialdemokratischer Kräfte kommen, aber wer im Osten dabei dominieren wird, ist noch nicht klar zu bestimmen. Auf jeden Fall werden es die sich sozialdemokratisch nennenden Kräfte schwer haben, zu einflußreichen po-

¹² Hermann Scheer: Die Sozialistische Internationale und Italiens Kommunisten. In: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, Bonn, Nr.3/1990, S. 206.

¹³ Vgl. Hermann Scheer: Die Sozialistische Internationale und Italiens Kommunisten. In: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte Nr.3/1990, S.208/209.

¹⁴ Vgl. Jiri Pelikan: Die Veränderungen im Osten Europas und der Sozialismus. In: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, Sonderheft 2, 1991, S.99/100.

litischen Kräften zu werden. Nationalistische Kräfte, konservative und wirtschaftsliberale Parteien werden aller Wahrscheinlichkeit nach in der nächsten Zeit bestimmend sein. Da die alte staatssozialistische Gewerkschaftsbewegung weitgehend zerschlagen ist und es keine neue (sozialdemokratisch geprägte) gibt, ist es auch eher unwahrscheinlich, daß sich soziale Proteste oder auch soziale Forderungen der Lohnarbeitenden unter vorwiegend sozialdemokratischem Einfluß vollziehen werden. Hinzu kommt, daß Vertreter der sich sozialdemokratisch bezeichnenden Parteien überwiegend wirtschaftsliberale Positionen garniert mit einigen sozialen Gerechtigkeitsfloskeln vertreten. Und schließlich: Die Sozialdemokratie steht in den osteuropäischen Ländern vor einer nicht vergleichbaren Situation in ihrer Geschichte. Sie hat zwar Rezepte für eine Reformpolitik auf dem Boden kapitalistischer Produktionsverhältnisse, nicht aber für die Umwandlung von staatssozialistischen Systemen in solche Gesellschaften, die ihren Zielvorstellungen entsprechen. Und für die Umwandlung in moderne kapitalistische Systeme sind andere besser prädestiniert.

Das sozialdemokratische Modell Schweden in der Krise

Die Hoffnungen sehr vieler Menschen in den osteuropäischen Ländern richten sich auf das "Modell Schweden", wenn von Sozialdemokratie die Rede ist. Hier fügen sich im Massenbewußtsein Wohlstand und soziale Absicherung zusammen.

Dabei wird oftmals verdrängt, daß auch das "Modell Schweden" in der Krise ist, obwohl diese schlecht vergleichbar ist mit den gravierenden Problemen, vor denen Osteuropa steht.

Andererseits wäre es völlig verfehlt, wollte man die Probleme, vor denen die Sozialdemokratie in Schweden und in anderen westeuropäischen Ländern steht, vorrangig auf den Niedergang des "Realsozialismus" zurückführen. Das Gegenteil ist der Fall: Die Schwierigkeiten resultieren in erster Linie aus inneren Faktoren und sie existieren nicht erst seit dem Sturz der vom Stalinismus geprägten Länder. Selbst der propagandische Effekt, den konservativen Parteien im Wahlkampf gegenüber der Sozialdemokratie erzielen könnten, ist äußerst begrenzt. Auch hier würde jetzt der zum Beispiel von der CDU/CSU 1980 bevorzugte Slogan "Freiheit statt Sozialismus" nicht mehr den gewünschten Erfolg bringen.

Die Mehrzahl der Länder Westeuropas war in den 80er Jahren konservativ dominiert. Die neokonservative Strategie der "Deregulierung", durch die sich die "Zwei-Drittel-Gesellschaften" ausprägten, beherrschte nicht nur Großbritannien, sondern auch andere Länder. Dabei schwand der Unterschied zu sozialdemokratisch bzw. sozialistisch regierten Ländern (Frankreich, Spanien) immer mehr; d.h. auch dort, wo Sozialdemokraten Regierungsverantwortung ausübten, wurden immer mehr neokonservative Politikelemente übernommen. Das allerdings war nicht immer eine Garan-

tie dafür, daß Sozialdemokraten in Regierungsverantwortung blieben. Das beste Beispiel dafür ist Schweden.

Die SAP erlitt bekanntlich eine große Wahlniederlage und mußte in die parlamentarische Opposition gehen. Vieles spricht dafür, daß eine konservativ dominierte Regierung nicht nur eine kleine Zwischenepisode bleibt. Ist das sozialdemokratische Modell Schweden am Ende? J. Bischoff schreibt: "Die Sozialdemokratie hat in Schweden die Hegemonie verloren. Das ist mehr als ein Regierungswechsel. Das Ende des 'schwedischen Modells' offenbart, daß die Sozialdemokratie weder Antworten auf die drängenden Gegenwartsprobleme noch eine Konzeption für die Gestaltung der künftigen Entwicklung hat. Die europäische Sozialdemokratie ist mit dem Ende des 'Modells' ärmer und schwächer geworden."¹⁵ Es hat in den letzten Jahren schon Risse im schwedischen Wohlfahrtsstaat gegeben. Die traditionelle Verbindung von Wirtschaftswachstum, relativ hohen Gewinnen und einer Verteilungspolitik zugunsten relativer sozialer Sicherheit für die Masse der Bevölkerung sowie niedrigen Arbeitslosenzahlen funktionierte nicht mehr in alter Weise. Tragende Säulen des schwedischen Modells, wie die solidarische Lohnpolitik und eine aktive Arbeitsmarktpolitik wurden zunehmend untergraben. Die ausgeprägte sozialstaatliche Orientierung wurde durch die Regierung Carlson schon teilweise verlassen und durch neoliberale Momente angereichert. "Gewerkschaften und Sozialdemokratie konnten sich demgegenüber zu keiner eigenständigen Alternativstrategie durchringen, sondern beschworen eher nostalgisch die sozialpartnerschaftlichen Erfolge der Vergangenheit. Soziale Klüfte und Risiken traten deutlicher hervor und assoziierten 'verfehlt Politik'. Der Versuch der Regierung, 1990 Lohnstopp und Streikverbot durchzusetzen, vergrößerte Unverständnis und Unsicherheit in breiten Kreisen der Lohnempfänger".¹⁶ Hinzu kam der Umstand, daß die sozialdemokratische Regierung bzw. die SAP-Spitze ihre Entscheidungen im wesentlichen an grünen Tischen der Chef-etagen und ohne die gewohnte demokratische Debatte an der Partei- und Gewerkschaftsbasis fällten. Das galt insbesondere für die EG-Frage (Aufnahmeantrag Schwedens), die Steuerreform und die Beschlüsse zur Kernkraftentwicklung.¹⁷

Es sind vor allem zwei miteinander verbundene Ursachen, die dieser Entwicklung zugrunde liegen: Die zunehmende Internationalisierung des Kapitals und die Tatsache, daß auch in Schweden das Zeitalter des "Postfordismus" begonnen hat. Schwedens wirtschaftliche Erfolge beruhten bekanntlich auf seiner exportstarken (und damit auch exportabhängigen)

¹⁵ Joachim Bischoff: Modell Schweden? In: Sozialismus, Hamburg, Nr.7/8, 1991, S.65.

¹⁶ Günther Politt/Rainer Schwenke: Linke Parteien und politische Bewegungen in Schweden, Studie, Greifswald 1991 (unveröff. Manuskript), S.32.

¹⁷ Vgl. ebenda.

Wirtschaft. Nachdem die Sozialdemokraten Anfang der 80er Jahre nach dem bürgerlichen Intermezzo wieder regierten, konnten sie zunächst erfolgreich eine deutliche Abwertung der Landeswährung, Steuersenkungen für Unternehmen sowiedurch eine maßvolle Lohnpolitik der Gewerkschaften die Exportoffensive der schwedischen Unternehmen unterstützen. Letztlich reichte das aber nicht aus, um schwedischen Unternehmen auf breiter Front die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. "Schweden wurde von der wirtschaftlichen Abschwächung auf den Weltmärkten voll erfaßt."¹⁸ Das sich noch von anderen westeuropäischen Staaten positiv unterscheidende sozialpolitische Netz wird in Zukunft noch weiter durch die Ausweitung der EG oder eine andere Art von "Großwirtschaftsraum" in Europa infrage gestellt. Die sozialpolitischen "Normen" werden niedriger sein als in Schweden. Das verlangt für die Konkurrenzfähigkeit Schwedens, dieser Entwicklung nachzugeben.

Das zweite Problem: Das Modell Schweden wurde von der Sozialdemokratie für den fordistisch geprägten Kapitalismus entwickelt und war auf diesen zugeschnitten. Zentrale Lohnverhandlungen, die auf dem Abkommen von Salsjöbaden zwischen der LO und dem schwedischen Unternehmerverband von 1936 fußen, die solidarische Lohnpolitik, die größere Unterschiede zwischen den Lohnabhängigen vermeiden half und die aktive Arbeitsmarktpolitik mit vielen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen u.a. gingen von der Dominanz der traditionellen Industrien, einer relativ einheitlichen Lohnarbeiterschaft und eines für alle überschaubar auszuhandelnden Kompromisses zwischen Kapital und Arbeit aus. Diese Bedingungen sind nicht mehr gegeben. Die Produktivkraftentwicklung, die weitreichenden Individualisierungsprozesse stehen der traditionellen Sozialstaatspolitik, die das schwedische "Volksheim" für alle schaffen sollte, entgegen. C. Buci-Glucksmann und G. Therborn schrieben: "Der Wohlfahrtsstaat behauptete, wenn auch in ungleicher Weise, die Bedürfnisse zu befriedigen, die Ungleichheit und die gesellschaftliche Marginalität abzubauen, die Armut abzuschaffen sowie Techniken einer sozialen Umverteilung in ihren sozialdemokratischen Varianten zu entwickeln. Er wollte die neuen sozialen Schichten, die aus der Entwicklung der tayloristischen Produktivkräfte und der des Staatsektors entstanden waren, an seiner inneren Dynamik teilhaben lassen. Daraus resultierte seine Fähigkeit, breite Bündnisse aufzubauen".¹⁹ Diese Fähigkeit ging der Sozialdemokratie verloren. Sie brachte den aufgeblähten Sozialstaat nicht mehr unter Kontrolle. Letztlich wurde der schwedische "Steuerstaat" auch von einem großen Teil der Lohnabhängigen nicht mehr

¹⁸ Joachim Bischoff: Modell Schweden? a.a.O.

¹⁹ C. Buci-Glucksmann, G. Therborn: Der sozialdemokratische Staat, Hamburg 1982, S. 118. Zit. in: Bernhard Sander: SPD: Die Modernisierer. In Sozialismus, Nr. 9/1991, S. 25.

akzeptiert. Selbstverständlich, daß dies konservative und bürgerliche Kräfte nutzten. Die Niederlage der Sozialdemokraten ist in diesem Zusammenhang auch darauf zurückzuführen, daß sie sich "übergewichtig" auf die traditionelle Arbeiterschaft stützten, obwohl die Kollektivmitgliedschaft von LO-Gewerkschaften in der SAP aufgehoben wurde.

Letztendlich ist das Modell Schweden in die Krise geraten, weil es keine Alternative zur neokonservativen Variante mehr war. Den Ausweg sahen die sozialdemokratischen Regierungspolitiker darin, Elemente der neokonservativen Politik selbst aufzunehmen und daran scheiterten sie.

Das eigentliche Problem der Sozialdemokratie

Das eigentliche Problem der Sozialdemokratie in den westeuropäischen Ländern besteht darin, daß ihre Erfolgskonzeption von einem (fordistischen) Kapitalismus ausging, der so nicht mehr existiert. Außerdem hat sich "die ökonomische Krise des Sozialstaats weiter zugespitzt" wie P. von Oertzen schreibt. Und er stellt fest, daß im Zusammenhang mit den Individualisierungsprozessen "eine wachsende Sensibilität gegenüber den bürokratischen Auswüchsen des Wohlfahrtsstaates" (wie in Schweden) vorhanden ist. "Die Leute sind es leid, sich von einer allmächtigen Sozialbürokratie bis ins private Leben hinein kujonieren zu lassen. Den neuen Individualismus und das prononcierte Streben nach Selbstverwirklichung, persönlicher Freiheit, Mobilität, autonomer Gestaltung hat die Linke, auch in der Sozialdemokratie, geprägt von staatssozialistischen Traditionen, nicht aufgreifen können".²⁰

Der alte Sozialstaatskompromiß: Wirtschaftswachstum und wohlfahrtsstaatliche Umverteilung ist auch aus ökologischen Gründen und wegen der Nord-Süd Problematik kein Fortschrittskonzept mehr. Dies wurde von einigen wichtigen sozialdemokratischen Parteien theoretisch reflektiert und mündete in neue Grundsatzprogramme mit einem neuen Fortschrittskonzept. Auch die neue Programmatik der SI reflektiert die neue Weltsituation. Wollten die sozialdemokratischen Politiker wirklich ernst machen, diese Programmatik umzusetzen, verstießen sie gegen die Interessen der Bevölkerungsmehrheit im Norden, also in den Ländern, die zu ihren Hauptbastionen gehören. Sie müßten sich an die Veränderung der Produktions- und Konsumtionsweise heranwagen. Der gewohnte Lebensstandard für Zwei-Drittel der Gesellschaften wäre nicht zu halten. Egal welche Klientel, ob die Mehrheit der Industriearbeiterschaft oder das Angestellten- und Beamtenmilieu, sie würde eine solche Politik nicht akzeptieren. Zumindest für die heutige Zeit scheint zu gelten, daß große eta-

²⁰ Rechtspopulismus und europäische Sozialdemokratie. Diskussion mit Peter von Oertzen über Modernisierungsprozesse, neuen Arbeitertyp und Strategie der SPD. In: Sozialismus, Nr. 12/1991, S.6.

blierte Volksparteien (ob sie sich rechts oder links bezeichnen) schon deshalb nicht in der Lage sind, von sich aus ein neues Fortschrittskonzept durchzusetzen. Das Streben dieser Parteien, als absolut dominierendes Ziel Mehrheiten bei Parlamentswahlen auf sich zu vereinigen, steht einem emanzipatorischen Ansatz entgegen. An dieser Frage gehen naturgemäß viele Diskussionen in der Sozialdemokratie zwischen Traditionalisten, sozialdemokratischen Gewerkschaftern und "Modernisierern" vorbei.

Damit ist nicht gesagt, daß die Debatten über mögliche strukturelle Mehrheiten sozialdemokratischer Parteien und um ihre "Modernisierung" unwichtig wären. Hier stehen sich (bei aller Differenziertheit der Meinungen im einzelnen) zwei Grundrichtungen entgegen: Die einen gehen davon aus, daß Mehrheitsfähigkeit heute nicht durch die Zielstellung einer ökologischen Erneuerung der Industriegesellschaft erreicht werden kann, wenn "davon auf den Normalbürger kaum etwas übergekommen ist, für den neben der Ökologie Aufstiegstreben, Besitz- und Wohlstandsdenken und individuelle Freiheiten eine noch größere Rolle spielten"²¹. Diese Position der "antiken Rechten" (wie B. Sander schreibt) verbleibt in einer schlichten Entgegensetzung von Ökonomie und Ökologie und geht der Frage aus dem Weg, ob es eine Alternative zur Anpassung an den Kurs der Neokonservativen gibt.²²

Auf der anderen Seite gibt es die "Modernisierer" verschiedener Couleur, die aufgrund sozialstruktureller Umwälzungen (andere Beschäftigtenstruktur, kleinere Industriearbeiterschaft, mehr hochqualifizierte Lohnabhängige, gewachsener Dienstleistungssektor u.a.) und dem damit verbundenen Wertewandel eher von einer Umkehrung der Prioritäten der "antiken Rechten" ausgehen. Für sie waren die Umweltpolitik, die Frauenfrage und die Friedensfrage die herausragenden Themen des vergangenen Jahrzehnts. Trotz Massenarbeitslosigkeit hätten nicht die sozialen Probleme dominiert (abgesehen von der 35-Stunden-Woche). Damit hätten auch nicht die Gewerkschaften die Tagesordnung der politischen Kämpfe bestimmt.²³

Das Dilemma der Sozialdemokratie besteht darin, daß sie beides (die traditionellen sozialen Fragen und die eigentlich gar nicht so neuen Emanzipationsfragen) nicht in einem schlüssigen Konzept bündeln kann. Dies ist aber kein Problem des Intellekts. Ein solches Konzept würde vielmehr dem Anspruch und dem Selbstverständnis der Sozialdemokratie als moderner Volkspartei, die die Interessen aller Schichten und Interessengruppen vertreten will, entgegenstehen.

²¹ Heinrich Potthoff. Zit. in: Bernhard Sander: SPD: Die Modernisierer. In: Sozialismus, Nr.9/1991, S.24.

²² Vgl. Bernhard Sander: SPD: Die Modernisierer. In: Sozialismus, Nr. 9/1991, S. 25.

²³ Vgl. ebenda.

Ein Teil der "Modernisierer" sieht den Ausweg darin, die SPD (und das gilt sicher parallel auch für andere sozialdemokratische Parteien) zu einer modernen Wahlkampfpartei zu machen. Die Autoren des NRW-Papiers entwickelten Vorstellungen, wie die SPD mit modernen Managementmethoden effektiver arbeiten könne. Sie meinen (wie andere auch), daß die SPD die Gruppen und Schichten erschließen müsse, die bisher nicht für sie stimmten. Und: "Wir müssen Gruppen zurückgewinnen, die uns nicht mehr gewählt haben". Bei diesen Aussagen bleiben sie nicht stehen. Ihre Empfehlungen lauten: "Viele der alten Ziele der Sozialdemokratie und der Arbeiterbewegung sind inzwischen erreicht. Darauf können wir stolz sein". "Wir leben in einer sozialdemokratisch geprägten Gesellschaft". "Wir identifizieren uns mit dieser Gesellschaft. Sie muß nicht grundlegend geändert werden." Die SPD müsse sich endlich von ideologischen Altlasten befreien, für die niemand mehr wirklich zu kämpfen bereit sei. Und sie ziehen die Schlußfolgerung: "Der Abschied von alten Lebenslügen sollte uns nicht schwerfallen, denn sie sind nutzlos und führen nur zu politisch folgenlosen Grundsatzdebatten, die im übrigen zur Konsequenz haben, daß eine regierende Sozialdemokratie sich in ihrer täglichen Arbeit mit Parteibeschlüssen konfrontiert sieht, von denen sie bei Beschlußfassung schon weiß, daß sie sie gar nicht umsetzen kann".²⁴

Hier ist der Weg der SPD in eine Wahlpartei amerikanischen Musters vorgezeichnet. Damit würden zwar auch die alten bürokratischen Strukturen und andere Relikte aufgehoben werden. Das Ergebnis wäre aber keine durchgreifende Demokratisierung, sondern eine nach technokratischen Managementmethoden geführte populistisch agierende Partei. Programmatik und Politik würden zwar weitgehend zusammengeführt werden, aber um den Preis, daß emanzipatorische Ansprüche auch auf dem Papier verschwinden.

Die Zukunft der Sozialdemokratie

Die "extreme Modernisierungsrichtung" wird sich nicht voll durchsetzen können. In der Programmatik sozialdemokratischer und sozialistischer Parteien werden kapitalismuskritische und sozialistische Elemente mehr oder weniger erhalten bleiben, wenn sie mit der praktischen Politik auch wenig zu tun haben werden. Auf das traditionelle Industriearbeitermilieu als einer tragenden Säule ihrer Stärke kann die Sozialdemokratie nicht verzichten. Hier haben konservative Parteien im letzten Jahrzehnt in solchen großen kapitalistischen Staaten wie in Großbritannien und Deutschland (in Italien ohnehin schon zuvor) und anderswo erhebliche Stimmengewinne im Verhältnis zur Sozialdemokratie erzielen können. Deshalb wird es auch

²⁴ Die Modernisierung der SPD. Zwischenergebnis der Arbeitsgruppe Parteireform beim Landesvorstand NRW-SPD, (Ende 1990), Manuskript, S.1 - 3.

für einen überschaubaren Zeitraum in den meisten westeuropäischen Ländern weiterhin eine besondere Verbindung zwischen Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbewegung geben. Dort, wo es eine historisch bedingte besondere organisatorische Verbindung gab (Großbritannien und Schweden), wurde sie gelockert, um den sozialdemokratischen Parteien mehr Spielraum zu geben, in neue Wählerschichten vorzudringen. Dort, wo diese Verbindung mittlerweile zu locker schien, wurde sie wieder deutlicher betont (Deutschland, Engholm). Traditionelle Reformpolitik auf sozialpolitischem Gebiet, die auf mehr Verteilungsgerechtigkeit zielt, wird deshalb nach wie vor ein wichtiges Element sozialdemokratischer Identität bleiben, wenn dies auch nicht mehr ausreicht, um mehrheitsfähig zu werden.

Andererseits wird es sich weiterhin als schwierig erweisen, neue lohnarbeitende Schichten für die Sozialdemokratie zu gewinnen. Ein neues sozialdemokratisches Konzept, das eine Alternative zur neokonservativen Strategie bietet und zugleich die unterschiedlichen lohnarbeitenden Schichten sowie Milieus zusammenführt, ist nicht in Sicht. Auf diese Prozesse in den sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien Westeuropas, die nach wie vor den einflußreichsten "Kern" der internationalen Sozialdemokratie bilden, hat der Zusammenbruch des "Realsozialismus" nur mittelbaren Einfluß.

Deshalb wird zum Beispiel die Umbenennung der SPÖ durch die Umwandlung des "S" von sozialistisch in sozialdemokratisch die eigentlichen Probleme dieser Partei nicht lösen.

P. von Oertzen zeichnet ein eher düsteres Bild über andere westeuropäische sozialdemokratische Parteien. In Italien sieht er "nur eine sozialdemokratische Partei, die ehemalige PCI und die steht rechts von der SPD". Die Sozialistische Partei Frankreichs hat nach seiner Auffassung "das Stadium der westdeutschen Sozialdemokratie der 70er Jahre noch lange nicht erreicht". Er befürchtet, daß "es erst im Gefolge einer furchtbaren Niederlage zu einem handfesten Erneuerungsdruck kommt". Felipe Gonzales habe "sein Damaskus noch vor sich". Die Labour Party sei der SPD im Abstand von 10 Jahren auf den Fersen.²⁵

Sicher tritt jetzt die Labour Party mit einer erneuerten Programmatik an und es werden zunehmend auch die Veränderungen im modernen Kapitalismus reflektiert. Aber sollte Labour an die Regierungsgeschäfte nach über 12-jähriger Oppositionszeit gelangen, so vor allem aufgrund der Tatsache, daß die konservative Ära zuviel an sozialpolitischer Wüstenlandschaft hinterlassen hat. Die Hauptthemen für Labour in der Öffentlichkeit sind Positionen gegen die Privatisierung im Gesundheits- sowie im Bildungs- und Erziehungswesen. "Zur Ablösung der Konservativen bietet

²⁵ Rechtspopulismus und europäische Sozialdemokratie. Diskussion mit Peter von Oertzen über Modernisierungsprozesse, neuen Arbeitnertyp und Strategie der SPD. In: Sozialismus, Nr.12/1991, S. 8.

Kinnock das an, was ohnehin 'in den meisten Ländern Westeuropas gängig' sei: Soziale Marktwirtschaft mit einer entwickelten Industriepolitik, einer Optimierung der Bereitstellung gesellschaftlicher Rahmenbedingungen (Bildung, Infrastruktur) und einem im Maße der Revitalisierung der Ökonomie erneuerten Sozialstaat (staatlicher Gesundheitsdienst).²⁶

Weitergehendere Gestaltungskonzepte (wirkliche Demokratisierung des Wirtschaftslebens u.a.) fehlen weitgehend.

Am deutlichsten ist noch die SPD vom Zerfall des "Realsozialismus" in Gestalt der DDR betroffen. Die SPD wird auf dem Boden der ehemaligen DDR über einen längeren Zeitraum ein Defizit behalten. Auch vom Erosionsprozeß der PDS konnte sie bisher keinen Mitgliedererfolg erzielen. Das wird sich in einem überschaubaren Zeitraum nicht ändern. Selbst bei besseren Wahlergebnissen wird sie Mühe haben, alle staatlichen Funktionen zu besetzen. Eine sozialdemokratische Identität strahlen die neuen Amtsinhaber ohnehin nicht aus.

Angesichts der hier skizzierten Verfaßtheit und Entwicklungstendenzen in den westeuropäischen Parteien sind die Erfolgsmeldungen über den weiteren weltweiten Ausbau des Einflusses der Sozialistischen Internationale zu relativieren. Sicher stimmt es, daß der SI bei ihrer Gründung im Jahre 1951 vornehmlich europäische sozialdemokratische Parteien angehörten und heute vierzig Jahre später, ein weltweiter Verband von Regierungs- und Oppositionsparteien geworden (ist), der in allen Erdteilen²⁷ wirkt.

Sicher hat die SI Beiträge zur Entspannung und Friedensgewinnung in Krisenregionen dieser Welt (Mittelamerika, Naher Osten und Südostasien) geleistet. Sie hatte Anteil an der Rückgewinnung der Demokratie und dem Wiederaufbau demokratischer Strukturen in Griechenland, Portugal und Spanien. Die SI aber zu der internationalen Organisation machen zu wollen, die nunmehr nach dem Zerfall des "Realsozialismus" die "lange gespaltene internationale Linke neu und in bisher nicht gekannter Breitenwirkung zusammenzuführen"²⁸ vermag, bleibt mehr als fraglich. Dazu verkörpern viele Parteien der SI ein weitaus größeres politisches Spektrum als es unter dem Begriff "links" subsumiert werden könnte. Im Gegenteil, die neue Breite, die weiterhin angestrebt wird, macht eine inhaltliche Identität immer weniger wahrscheinlich. Es bleibt mehr eine formell organisatorische Einheit erhalten. Außerdem lassen sich selbst die verschiedenen linken Kräfte nicht unter einem Dach vereinen. Deshalb wird die SI keine "prädestinierte und privilegierte Ebene einer neuen pluralen Einheit der

²⁶ Aufbruch? - Fehlanzeige. In: Sozialismus, Nr. 11/1991, S.14.

²⁷ Vgl. Erklärung des Parteivorstandes der SPD zum 40. Jahrestag der Wiederbegründung der Sozialistischen Internationale. In: Presseservice der SPD, Bonn, den 25. Juni 1991, S.1.

²⁸ Hermann Scheer: die Sozialistische Internationale und Italiens Kommunisten. In: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, Bonn, Nr. 3/1990, S. 206.

internationalen Linken²⁹ sein. Sicher bedarf es "international abgestimmter demokratischer, sozialer und ökologischer Gegenkräfte", um den Niedergang der Weltgesellschaft aufzuhalten. Dies wird aber nicht in einem organisatorischen Rahmen wie der SI möglich sein, wie sich das H. Scheer vorstellt. Dazu sind die Kräfte und die Probleme zu heterogen.

Euphorie ist nicht nur in Ost- und Westeuropa fehl am Platze, sondern auch in Lateinamerika. Hier hatte die SI ihren Einfluß vor allem seit der zweiten Hälfte der 70er Jahre ausweiten und ihren Eurozentrismus überwinden können. Auch in den 80er Jahren kamen noch einige Neuaufnahmen hinzu. Wenn auch in Lateinamerika kommunistische Parteien in der Krise sind, so gibt es hier doch eine starke linkssozialistische Parteiengruppierung, die nicht der SI angehört. Gerade solche Parteien, die sich einerseits vom sozialdemokratischen Reformismus abgrenzten und andererseits Kritik an der Praxis der sozialistischen Staaten übten, fühlen sich durch die jüngsten Entwicklungen eher bestärkt als geschwächt (Revolutionäre Sozialistische Partei Perus/APRA, Sozialistische Partei Uruguays, Partei der Werk tätigen Brasiliens u.a.).

Die in der SI vereinigten lateinamerikanischen Parteien reichen von konsequent oppositionellen Parteien, die den Guerillakampf in einigen Ländern unterstützten bis hin zu mehr oder weniger großbürgerlichen Parteien wie der Action Democratica Venezuelas. Diese Parteien sind zwar unter dem Dach der SI zusammenzufassen, aber nicht unter dem Begriff "links". Selbstverständlich haben aber die in der SI zusammengefaßten Parteien Lateinamerikas wichtige Aufgaben bei der weiteren Durchsetzung oder Sicherung elementarer demokratischer Rechte und Freiheiten ihrer Länder. In den ökonomischen Fragen stehen sie unter dem Druck der auch in Lateinamerika dominierenden neoliberalen Richtung. Soziale Erfordernisse durchzusetzen, erweist sich nach wie vor als problematisch, wenn nicht noch schwieriger als in den 80er Jahren. Die großen Hoffnungen, die lateinamerikanische SI-Mitglieder auf ihre westeuropäischen Vorbilder (SAP Schwedens und SPD) setzten, daß sie und ihre Länder ökonomisch unterstützt werden würden (Schuldenerlaß), sind mittlerweile auch weitgehend begraben worden. Zusammenfassend bleibt festzustellen: Auch in Lateinamerika wird es keinen großen Aufschwung der Sozialdemokratie (bzw. sozialdemokratisch geprägter Reformpolitik) geben.

Die internationale Sozialdemokratie ist weder Gewinner noch Verlierer des historischen Scheiterns des "Realsozialismus". Ihre Probleme sind in Westeuropa, in Osteuropa, in Lateinamerika und anderswo sehr verschieden. So wie die Sozialdemokratie den lateinamerikanischen Völkern ökonomisch nicht helfen konnte, wird sie auch den osteuropäischen Ländern nicht helfen können. Ein sozialdemokratisches Jahrzehnt ist nicht in Sicht.

²⁹ Ebenda.

Gerd Siebert

Internationale Gewerkschaftsbewegung im Umbruch

Der Zusammenbruch der realsozialistischen Systeme in Mittel- und Osteuropa hat neben der politischen Weltkarte der Staaten grundlegend auch die internationale Gewerkschaftsbewegung verändert. Diese Veränderung dauert an und vollzieht sich sowohl in organisatorischer wie in politisch-programmatischer Hinsicht. Zwar ist die weltanschaulich bedingte Dreiteilung in sozialdemokratisch-sozialistisch (IBFG), christlich (WVA) und kommunistisch-sozialistisch (WGB) dominierte Weltbünde noch keineswegs aufgehoben; die gesellschaftspolitischen Umwälzungen zwischen Lübeck und Wladiwostock haben jedoch zu einer so gravierenden Schwächung der kommunistisch-sozialistischen Richtung geführt, daß deren Existenz als Weltorganisation überhaupt in Frage gestellt ist. Die Herstellung einer einheitlichen globalen Weltgewerkschaftsbewegung, wie sie nach dem zweiten Weltkrieg für kurze Zeit schon einmal im Ansatz bestand und seitdem erklärtes Ziel namentlich von IBFG und WGB blieb, scheint nunmehr unter Vorzeichen in den Bereich des Denkbaren zu rücken, die keine der agierenden Seiten in der Vergangenheit auch nur annähernd ins Kalkül gezogen hatte. Aber auch für die Gewinnerseite, den IBFG, verläuft der unverhoffte Größenzuwachs keineswegs ohne Probleme.

Daten zur Ausgangslage

Die Gründung einer gemeinsamen Weltorganisation der nationalen Gewerkschaftsbünde erfolgte als eine der Lehren, die damals die internationale Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung aus dem zweiten Weltkrieg zog. Sie sollte weltweit die Solidarität der arbeitenden Menschen fördern und dazu beitragen, den Frieden sicherer zu machen. So gründeten im Oktober 1945 in Paris Vertreter der Gewerkschaften aus den entwickelten kapitalistischen Ländern, aus der Sowjetunion, den damaligen volksdemokratischen Ländern Osteuropas sowie aus unterentwickelten und kolonialen Ländern in Afrika, Asien und Lateinamerika den Weltgewerkschaftsbund (WGB).

Programmatische Auseinandersetzungen, Machtkämpfe und der beginnende kalte Krieg führten 1949 zur Spaltung. Sozialdemokratisch-sozialistisch dominierte Gewerkschaften der kapitalistischen Hauptländer und die US-amerikanischen Gewerkschaftsbünde AFL und CIO als treibende

Kräfte gründeten im Dezember 1949 in London den Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (IBFG). Der schon 1920 gegründete Internationale Bund Christlicher Gewerkschaften (IBCG) belebte sich nach der Spaltung der Weltgewerkschaftsbewegung neu, nachdem in den ersten Jahren einige Bünde im WGB mitgearbeitet hatten. Grundsätzlich war aber im Oktober 1945 von mehreren christlichen Bünden entschieden worden, eine eigene Weltorganisation beizubehalten. Auf dem Kongreß 1968 in Luxemburg gab sich der IBCG den Namen Weltverband der Arbeitnehmer (WVA), um die konfessionelle Enge zu überwinden.

In den folgenden Jahrzehnten erfuhren die weltanschaulichen Unterschiede, die zur Spaltung geführt hatten, vor allem im IBFG und im WGB eine immer stärkere Ausprägung. Der Ost-West-Konflikt schlug auf die internationale Gewerkschaftsbewegung voll durch. Während der WGB als Sammelbecken kommunistischer und sympathisierender Gewerkschaften galt, konnte und wollte der IBFG seine - oft militante - antikommunistische Stoßrichtung nicht verbergen. Eine Anzahl bedeutender nationaler Bünde, auch in Europa, zog es deshalb vor, keinem der beiden Weltbünde beizutreten. Auch der WVA bemühte sich streckenweise um eine neutrale Haltung.

Die so polarisierte Weltgewerkschaftsbewegung brachte in den rund 40 Jahren ihrer Existenz ein beachtliches Mitgliederpotential unter die jeweiligen Fittiche. Der IBFG zählte auf seinem 14. Kongreß im März 1988 in Melbourne 145 Gewerkschaftsbünde aus 97 Ländern mit 85 Millionen Mitgliedern.¹ Der WGB gab auf seinem 11. Kongreß im September 1986 in Berlin 84 nationale Organisationen aus 74 Ländern als Mitglieder an, die 206 Millionen Arbeitnehmer organisiert hatten (davon rund 130 Millionen in der UdSSR).² Auf dem bereits von den Folgen des Umbruchs in Osteuropa gekennzeichneten 12. WGB-Kongreß im November 1990 in Moskau war nur noch von 190 Millionen Mitgliedern die Rede. Nur der Vollständigkeit halber sei erwähnt, daß vergleichbare Mitgliederzahlen des WVA nicht existieren. Es ist fraglich, ob weltweit überhaupt 3 Millionen Mitglieder dem Bund angehören, zumal die europäischen christlichen Gewerkschaften nach 1974 alle dem Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) beitraten.

Zur internationalen Gewerkschaftsstruktur gehören auf Seiten des IBFG die nach Industrien und Branchen organisierten 16 Internationalen Berufssekretariate (IBS), die sich mehr oder weniger bemühen, eigenständig und vom IBFG unabhängig zu agieren. Auf Seiten des WGB gibt es eine nahezu parallele Gliederung in etwa 13 Internationale Vereinigungen der Gewerkschaften (IVG) mit formell autonomem Status, während der WVA

¹ Nachrichten zur Wirtschafts- und Sozialpolitik, April 1988, S. 34, Frankfurt/Main
² Der Weltgewerkschaftsbund, S. 151, Verlag Tribüne, 1986, Berlin (Ost)

12 Internationale Fachverbände unterhält, die aber zu schwach waren, um beachtete Aktivitäten zu entfalten.

Eine besondere Rolle spielt der Europäische Gewerkschaftsbund. Die 1950 von 20 IBFG-Gewerkschaften gegründete Europäische Regionalorganisation (ERO) erweiterte sich 1969 im Zuge der Entwicklung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) zum Europäischen Bund Freier Gewerkschaften (EBFG). 1973 wurde der EBFG durch eine Neugründung, den Europäischen Gewerkschaftsbund, als eine über die Europäischen Gemeinschaften (EG) und die Europäische Freihandelszone (EFTA) hinausgreifende gemeinsame Organisation der Gewerkschaften Europas ersetzt. Aber auch dabei handelte es sich um einen weltanschaulich ausgerichteten Bund, der die kommunistisch-sozialistisch dominierten Bünde und solche, die man dafür hielt, konsequent draußen ließ. Im Mai 1991 umfaßte der EGB auf seinem 7. Kongreß in Luxemburg 40 nationale Gewerkschaftsbünde aus 21 Ländern mit fast 47 Millionen Mitgliedern. 15 Europäische Gewerkschaftsausschüsse (EGA) auf der Ebene von Industriegruppen und Branchen ergänzen seine Struktur. Der gesellschaftspolitische Umbruch in Mittel- und Osteuropa hatte sich mitgliedermäßig noch nicht ausgewirkt. Für die neuentstandenen unabhängigen und reformierten Gewerkschaften dieser Länder wurde ein Europäisches Gewerkschaftsforum gebildet, in dem sich die Zusammenarbeit mit dem EGB zunächst vollziehen soll - eine Art "Warteschleife" für die demokratische Bewährung. Auch für die polnische Solidarnosc wurde keine Ausnahme gemacht.

Die neue Situation

"Der Weltgewerkschaftsbund, der stets Einigkeit predigte, aber Spaltungen praktizierte, hat eine einmalige Gelegenheit verpaßt, die von ihm erklärten Ziele zur Richtschnur seines Handelns zu machen und die Gewerkschaftseinheit durch Selbstauflösung zu stärken." Mit diesem sarkastischen Spruch kommentierten die IUL-Nachrichten, die vom IBS der Lebens- und Genußmittelarbeiter-Gewerkschaften herausgegeben werden, den letzten WGB-Kongreß Ende 1990 in Moskau.³ Zu der Zeit waren die UdSSR-Gewerkschaften, die von Beginn an die organisatorischen und finanziellen Hauptträger des WGB waren, noch Mitglied der Weltorganisation. Hätte man auf dem Kongreß nur ein Jahr weit in die Zukunft blicken können, wäre es möglicherweise tatsächlich zur Selbstauflösung gekommen. Eine geraffte Darstellung der Gewerkschaftssituation in Mittel- und Osteuropa mag das verdeutlichen.

Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS): Den Gewerkschaften in der ehemaligen Sowjetunion ist es auch in der Ära Gorbatschow nicht gelungen, aus ihrer parteiabhängigen Rolle herauszu-

³ "Die verpaßte Gelegenheit", IUL-Nachrichten, Nr.11-12/1990, S. 1, Genf

treten. Sie haben die Zeiten von Glasnost und Perestroika nicht genutzt, um etwa mit eigenen Positionen gestaltend in die sich wandelnde soziale und ökonomische Realität einzugreifen und eine autonome Interessenvertretung der Werktätigen aufzubauen. Es gab jedoch auch Ansätze von Reformen im organisatorischen Bereich. Eine wesentliche Umgestaltung war die Auflösung des Zentralrats der Sowjetischen Gewerkschaften, der zentralistisch über den Einzelgewerkschaften stand, die Politik bestimmte und ihnen Weisungen gab. Gleichzeitig mit der Auflösung auf dem Kongreß vom 22. bis 28. Oktober in Moskau erfolgte die Gründung des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes der Sowjetunion (AGBU), der föderalistisch strukturiert wurde und als lediglich koordinierende Dachorganisation der nunmehr autonomen Branchengewerkschaften fungieren sollte. Das war zwar mehr als eine bloße Namensänderung, aber die politischen Rahmenbedingungen - der rasche Zerfall der Union - verschonten auch die Gewerkschaften nicht. Die Gewerkschaften in Estland, Lettland, Litauen und Georgien beteiligten sich schon nicht mehr an der Umgründung des Bundes.

Mit dem Putsch am 19. August 1991 war mit der Union auch das Schicksal der einheitlichen Gewerkschaftsbewegung besiegelt. Aufgrund einer abwartenden, zweideutigen Erklärung zum Putsch schritt der Autoritätsverlust der Führung noch schneller voran; man stellte sich tot. Als Jelzin und Gorbatschow zum Jahresende 1991 die Auflösung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken auch formell abzeichneten, zerbrach die sowjetische Einheitsgewerkschaft endgültig in ihre 15 Republikbestandteile (und noch einige mehr).

Am Beginn des Jahres 1992 ist die Gewerkschaftssituation auf dem Territorium der ehemaligen UdSSR und in der GUS völlig unübersichtlich. Es kann davon ausgegangen werden, daß in allen Ländern - den 11 zur GUS gehörenden und in Estland, Lettland, Litauen und Georgien - die ehemals offiziellen Gewerkschaften sich auf Landesebene neu organisieren und einen organisatorischen sowie programmatischen Reformprozeß durchmachen. Aber die Orientierungslosigkeit ist groß. Denis Mac Shane vom Internationalen Metallgewerkschaftsbund (IMB), der im Herbst 1991 die Sowjetunion besuchte, um sich über die Lage der Gewerkschaften zu informieren, schrieb in der "Freien Gewerkschaftswelt", einer Publikation des IBFG: "Alle Welt schwadroniert über Marktwirtschaft, aber niemand weiß, wie sie aussehen soll. Wie in Lateinamerika, also mit einem gewaltigen Wohlstandsgefälle und Massenarmut? Wie in Korea oder Taiwan, wo Adam Smiths unsichtbare Hand über allem wacht und der Staat sagt, wo es langgeht, die Preise kontrolliert und den Gewerkschaften Vorschriften macht? Oder wie die gute alte Marktwirtschaft in Europa nach 1945 mit ihrer Betonung einer Zusammenarbeit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, wo der Staat durch Planung und Verteilung gewisse Rahmenbedingungen schafft? Aber heute ist es in der Sowjetunion unmöglich, von Planung und von Einkommensgefälle zu sprechen, geschweige denn über

die Rolle des Staates in der Wirtschaft. Wer so redete, würde sofort als verkappter Kommunist oder als westlicher Liberaler oder Sozialdemokrat mit schwammigen Positionen bezeichnet, der nichts von der brutalen Realität verstünde, die der Wechsel vom Kommunismus zum Kapitalismus mit sich brächte. Aber früher oder später sagt doch jemand, daß die Zaubertrickmittel aus dem 19. Jahrhundert, die die Harvard-Ökonomen predigen, unehrlich und oberflächlich sind."⁴

Die ehemals 130 Millionen Mitglieder der sowjetischen Gewerkschaften werden sich also in mindestens 15 (und vielleicht schon bald in 15 oder 30 weiteren, konkurrierenden) Dachverbänden wiederfinden, denen sich jeweils eine noch unbestimmte Zahl an Einzelgewerkschaften zurechnet. In der metallverarbeitenden Industrie Rußlands existieren heute bereits sechs Gewerkschaften, wo es bislang nur eine gab. Setzt sich eine solche Aufspaltung in allen 15 Republiken fort, könnte es allein in dieser Branche schon 90 Gewerkschaften geben, wo in der Vergangenheit nur eine tätig war. Aber auch wenn es in den einzelnen Industriezweigen und den Branchen nicht zu solchen vielfältigen Konkurrenzverhältnissen kommt, ist die pluralistische Aufspaltung des Gewerkschaftspotentials vorgezeichnet. Die diversen Neugründungen von unabhängigen Gewerkschaften wie die "Sozprof" mit angeblichen 200 000 Mitgliedern, die noch unionsweit erfolgten, sehen sich nun ebenfalls der Aufgliederung nach Ländern gegenüber. Als Kern der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung galt die 60 000 Mitglieder zählende Bergarbeitergewerkschaft. Aber sie erhebt nicht einmal Beiträge, und das dreimalige Auswechseln der Führung in den letzten zwei Jahren spricht nicht für eine stabile Struktur.

In den meisten Republiken gibt es inzwischen eine Gesetzgebung, die es jeder bestimmten Kriterien entsprechenden betrieblichen Arbeitnehmerorganisation erlaubt, sich als Gewerkschaft registrieren zu lassen: die Betriebsgewerkschaft, wie sie offenbar als "Idealtyp" einer basisorientierten, erneuerten Gewerkschaftsbewegung auch in anderen ehemals sozialistischen Ländern entsteht. Nichtsdestoweniger haben alle Neugründungen neben den ehemals offiziellen Gewerkschaften, die mehr oder weniger über einen eingespielten Apparat und über das Gewerkschaftsvermögen verfügen, nicht nennenswert Fuß fassen können. Das jedoch kann sich noch ändern.

Im übrigen sind die ehemals sowjetischen Gewerkschaften noch als einheitlicher Bund der UdSSR nach dem August-Putsch 1991 aus dem Weltgewerkschaftsbund ausgetreten.

P o l e n: In Polen war die Gewerkschaftsbewegung, anders als in den übrigen Ländern Mittel- und Osteuropas, wesentlicher Träger des gesellschaftlichen Umbruchs. Neben der offiziellen Gewerkschaftsbewegung, die von

⁴ "Die Probleme fangen erst an für die sowjetischen Gewerkschaften", Freie Gewerkschaftswelt, 31. Oktober 1991, S. 2, Brüssel

der regierenden Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAV) dominiert wurde, entwickelte sich seit 1980/81 die oppositionelle Bürger- und Arbeiterbewegung Solidarnosc, die bis heute ihre Doppelfunktion als politische Bewegung und Gewerkschaft beibehalten hat. Heute liegt in der politischen Funktion von Solidarnosc eindeutig der Schwerpunkt. Die Rolle von NZZ Solidarnosc als Gewerkschaft ist auf den zweiten Rang gerutscht, was sich auch mitgliedermäßig bemerkbar machte. Von den angegebenen rund 10 Millionen Mitgliedern Anfang der 80er Jahre bis zum Verbot verblieben ihr bis zum 2. Kongreß im April 1990 nur noch etwa 2 Millionen.

Dagegen konnte sich die Gesamtpolnische Verständigung der Gewerkschaften (OPZZ) auf einen Mitgliederstand von 4 bis 5 Millionen entwickeln. Die OPZZ war nach dem Parteien- und Gewerkschaftsverbot 1982 als von der PVAP unabhängige Dachorganisation für mehr als 5 000 Betriebsgewerkschaftsorganisationen und 130 Branchenföderationen 1986 gegründet worden. Die OPZZ war dem Weltgewerkschaftsbund beigetreten, verließ diesen aber im Dezember 1990 nach dessen 12. Kongreß. Sie befürwortet den Umbau der Wirtschaft und der Sozialbeziehungen hin zu einer sozialen Marktwirtschaft. Als Gewerkschaft ohne Parteibindung, anders als Solidarnosc, hat sie den Rücken frei für kritische Distanz zur Regierungspolitik und aktive Interessenvertretung. Das erklärt auch den gravierenden Mitgliedervorsprung - trotz Geburtsstunde der OPZZ in der Zeit Jaruzelskis. Neben beiden nationalen Dachorganisationen gibt es noch eine größere Zahl betrieblicher und regionaler Gewerkschaften, die aber keinen nennenswerten Einfluß haben.

Tschechoslowakei: Einzig in der CSFR hat die Gewerkschaftsbewegung den Charakter der Einheitsgewerkschaft erhalten können. In der landesweiten Streikbewegung Ende 1989 begann der Prozeß der demokratischen Erneuerung des damaligen Gewerkschaftsverbandes ROH von der betrieblichen Basis her. Die zentralistische Struktur wurde abgelegt. Es bildeten sich infolge der wiederbelebten Nationalitätenfrage je ein nationaler Verband im Landesteil Böhmen und Mähren (KOS) und in der Slowakei (NOS), die im tschechoslowakischen Dachverband CSKOS zusammenarbeiten und etwa 6 Millionen Mitglieder zählen. Die 17 Industriegewerkschaften des alten offiziellen Gewerkschaftsbundes gliederten sich auf in etwa 60 Gewerkschaften, von denen sich nur wenige auf das gesamte Gebiet der CSFR erstrecken. Sie arbeiten im CSKOS zusammen, der vom ROH eine intakte Infrastruktur, das Vermögen und zum großen Teil auch das Personal übernahm. Außerhalb dieser Struktur befindet sich nur der Gewerkschaftsbund für Kunst und Kultur.

Ungarn: Im Unterschied zu Polen und der Tschechoslowakei ist in Ungarn die extreme Aufsplitterung der Gewerkschaftsbewegung kennzeichnend. Etwa 1 000 Organisationen auf der Betriebs-, Unternehmens- und Berufsebene lassen sich nach zwei Kriterien unterscheiden: den Neugründungen und den ehemaligen, reformierten Gewerkschaften. Beide treten

jeweils in verschiedenen Dachorganisationen und Zusammenschlüssen in Erscheinung. Die aus dem früheren nationalen Dachverband SZOT hervorgegangene, erneuerte Nachfolgeorganisation MSZOSZ hat die meisten Mitglieder. Schätzungen und eigene Angaben schwanken zwischen 1,5 und 3,5 Millionen Mitgliedern (Frühjahr 1991). Zu den erneuerten früheren Gewerkschaften werden auch einige Dutzend autonome Organisationen mit rund 700 000 Mitgliedern gerechnet. Die rund 100 Gewerkschaften, die sich in der schon Ende 1988 als Teil der Oppositionsbewegung gegründeten Demokratischen Liga zusammenschlossen, konnten zur gleichen Zeit nur etwa 130 000 Mitglieder aufweisen. Allen Gewerkschaften gemeinsam ist die Ablehnung zentraler Strukturen; viele lehnen auch den als diskreditiert empfundenen Begriff "Gewerkschaft" ab und bezeichnen sich als "Arbeiterräte". Ein Teil von ihnen lehnt sich an eine nationale Föderation der Arbeiterräte an.

Rumänien: Recht vielfältig ist auch die Gewerkschaftsstruktur in Rumänien. Sie umfaßt sechs nationale Dachverbände und eine große Zahl von Betriebs-, Unternehmens- und Berufsgewerkschaften. Von nennenswerter Relevanz sind drei Dachverbände. Die meisten Mitglieder (zwischen 2 und 3,5 Millionen) zählt auch hier der reformierte ehemalige Gewerkschaftsbund, der sich Ende 1989 in Nationaler Bund Freier Gewerkschaften (CNSLR) umbenannte. Der im Dezember 1989 neu gegründete Dachverband "Fratia" (Bruderschaft) hat es auf über eine Million Mitglieder gebracht (Frühjahr 1991). Ihm gehören ausschließlich neugegründete Betriebs- und Berufsgewerkschaften an, die in der verarbeitenden Industrie, in Forschung und Wissenschaft, im Gesundheitswesen, dem Dienstleistungssektor, im Bau- und Transportwesen tätig sind. Der dritte Verband nennt sich Cartel Alpha und ist hauptsächlich in der Schwerindustrie präsent. Ihm gehören neugegründete Branchenorganisationen an, die nach eigenen Angaben 1,3 Millionen Mitglieder haben, darunter auch die Bergarbeitergewerkschaft, deren Mitglieder durch ihr brutales Auftreten in Bukarest nicht nur in Rumänien auffielen.

Bulgarien: Im wesentlichen sind es nur zwei Dachverbände, die das Gewerkschaftswesen in Bulgarien prägen: die aus den ehemaligen offiziellen Gewerkschaften im Februar 1990 hervorgegangene Konföderation der Unabhängigen Gewerkschaften Bulgariens (KUGB) und "Podkrepa", die bereits vor dem Umbruch im November 1989 gegründet wurde und aus einer Bürgerrechtsbewegung hervorging. Die KUGB hatte 1991 nach eigenen Angaben 3,5 Millionen Mitglieder, die sich auf über 50 Gewerkschaften verteilen. Zu "Podkrepa" zählen sich etwa 20 überwiegend nach Berufen organisierte Einzelgewerkschaften. Mitgliederzahlen sind nicht bekannt. Nach längeren heftigen Diskreditierungsversuchen "Podkrepas" gegenüber der KUGB, ist es inzwischen zu einer merklichen Entspannung und punktueller Zusammenarbeit gekommen. Dazu trug der Austritt der KUGB aus dem WGB ebenso bei, wie die gemeinsame Beteiligung an Streiks und verschiedene gegen die Regierung gerichtete Aktionen, aber

auch die vereinbarte Mitbenutzung der von der KUGB verwalteten Ferieneinrichtungen durch "Podkrepa"-Mitglieder.

Jugoslawien und Albanien: Der einheitliche jugoslawische Gewerkschaftsbund wird die nationalistisch-separatistischen Auseinandersetzungen nicht überstehen und am Ende in mehrere nationale Bünde (Serbien, Kroatien, Slowenien usw.) zerfallen. Der jugoslawische Bund gehörte weder dem WGB noch dem IBFG an, arbeitete aber lose im Europäischen Gewerkschaftsbund mit. Seine weitgehende Unabhängigkeit von der einst regierenden kommunistischen Partei machte dies möglich.

Über die albanischen Gewerkschaften, die in der Vergangenheit nur ein Anhängsel der KP waren, liegen keine neueren Informationen vor. Die Gewerkschaften hatten sich völlig von internationalen Aktivitäten und Verbindungen ferngehalten. Das dürfte sich in Zukunft ändern.

Internationale Auswirkungen

Wie eingangs angesprochen, ist es allein der Weltgewerkschaftsbund, der in allen diesen Ländern seine Mitgliedsorganisationen und damit seine organisatorische und finanzielle Basis verloren hat. Von den ehemals 206 Millionen Mitgliedern sind nicht mehr viele geblieben. Zieht man davon die 130 Millionen der ehemaligen UdSSR-Gewerkschaften ab und ebenfalls die über 40 Millionen Mitglieder der anderen nicht mehr real existierenden sozialistischen Länder (darunter auch die 9,5 Millionen des FDGB der DDR), so verbleiben rechnerisch weniger als 35 Millionen Mitglieder. Aber der Aderlaß ging auch nach dem 12. Kongreß weiter. Der nicaraguanische Gewerkschaftsbund CST trat im Dezember 1990 aus. Die Umwälzungen in Angola und Äthiopien brachten 1991 weitere (nicht quantifizierbare) Mitgliederverluste. Ausgetreten sind auch die Gewerkschaften von Benin und Zimbabwe. Informationen darüber, ob die Gewerkschaftsbünde von Laos und Kambodscha noch dem WGB angehören, lagen nicht vor. Bei realistischer Schätzung kann die heutige Mitgliederstärke des WGB mit höchstens 25 bis 30 Millionen veranschlagt werden.

Auf der Habenseite kann der WGB in Europa nur noch den Allgemeinen Gewerkschaftsbund CGT in Frankreich und die PEO in Zypern verbuchen. Auf dem 12. Kongreß waren auch 12 britische Regional- und Branchengewerkschaften durch 33 Delegierte vertreten. In Afrika gibt es eine Anzahl - zumeist kleinerer - Gewerkschaften, die der Organisation für die afrikanische Gewerkschaftseinheit (OATUU) und dem WGB angehören. Mitglieder hat er auch im arabischen Raum, so die FENASOL im Libanon und die (staatlich kontrollierten) Bünde in Irak, Syrien und Jemen. In Lateinamerika sind der CGTP Perus und der COB Boliviens hervorzuheben, in Asien der AITUC Indiens. Vom "sozialistischen Lager" sind dem WGB die Organisationen Kubas, Nordkoreas und Vietnams verblieben. Bemerkenswert war die Teilnahme einer Delegation des

Gesamtchinesischen Gewerkschaftsbundes am 12. Kongreß - erstmals wieder 27 Jahre nach dem offiziellen Bruch zwischen China und der UdSSR. Schon die nahe Zukunft dürfte zeigen, ob sich Chinas Gewerkschaften, nachdem es den großen Rivalen im Norden nicht mehr gibt, neu im WGB engagieren werden. China könnte zu seiner existentiellen Stütze avancieren und so das Überleben der antikapitalistischen Richtungsinternationale gewährleisten.

Unabsehbar ist gegenwärtig, wie sich - neben dem Verlust an finanzieller und Mitgliedersubstanz - der Verlust an ideologischer Identität auswirken wird. Denn der WGB hatte sich seit seiner Gründung als antikapitalistischer, die sozialistische Alternative vertretender Weltbund verstanden, der diese Alternative prinzipiell in den realsozialistischen Ländern bereits sah und akzeptierte. Vor allem sahen viele mit den Unabhängigkeitsbewegungen in der sog. Dritten Welt verbundene junge Gewerkschaften im WGB eine nicht nur materielle Basis. Mit großer Wahrscheinlichkeit dürfte die auf dem letzten Kongreß schon begonnene Diskussion um eine größere weltanschauliche Offenheit des WGB weitergehen. Ob der Beschluß, durch Einrichtung von Büros in Havanna, Neu Delhi, Brazzaville und einem vierten - noch nicht feststehenden - Ort auch eine bessere regionale Nähe zu erreichen, noch verwirklicht werden kann, ist ebenfalls ungewiß. Der bisherige Hauptsitz in Prag befindet sich in der "Abwicklung", ohne daß jemand sagen kann, wo sich künftig das WGB-Hauptquartier befinden wird.

Wenn der IBFG im März 1992 in Caracas (Venezuela) seinen 15. Weltkongreß abhält, wird er eine stolze Mitgliederbilanz präsentieren können: 110 Millionen Gewerkschafter in genau 150 Mitgliedsbünden aus 102 Ländern. Das ist ein Zuwachs gegenüber dem 14. Kongreß 1988 um reichlich 20 Millionen.⁵ Zum Teil handelt es sich bei diesen IBFG-Zugängen bereits um WGB-Abgänge, so z. B. um den CSKOS der Tschechoslowakei (Polens NZZ Solidarnosc wurde schon Anfang der 80er Jahre in den IBFG und den WVA aufgenommen) und den Gewerkschaftskongreß ZCTU Zimbabwes. Eine Organisation aus Benin steht auf der Warte-Prüfliste. Im November 1991 wurde nunmehr auch die italienische CGIL Mitglied des IBFG, nachdem ihre Loslösung von (jeder Richtung) der kommunistischen Partei nicht mehr angezweifelt wird. Die CGIL hatte den WGB schon 1978 verlassen. Mehrere dem IBFG zuzurechnende Internationale Berufsekretariate haben inzwischen ebenfalls eine Anzahl von Fachgewerkschaften mittel- und osteuropäischer Länder, die vorher in den WGB-nahen IVG's organisiert waren, aufgenommen.

Im allgemeinen aber verhalten sich IBFG und EGB bei der Ausbeute der gewerkschaftlichen Hinterlassenschaften Mittel- und Osteuropas und des WGB sehr zurückhaltend. Offenkundig will man abwarten, welche Kräfte-

⁵ "Durchbruch für IBFG in Afrika", ebenda, 30. November 1991

konstellationen sich entwickeln werden. Die eigene Geschichte und Identität, die auch in einem engen Kontext zu kaltem Krieg und Antikommunismus steht, verträgt es wohl nicht, Gewerkschaften in die saubergehaltenen Reihen zu bekommen, in denen sich möglicherweise noch Spuren von klassenkämpferischem oder gar marxistischem Denken erhalten haben.

Aber auch reine "Besitzstandsabsicherung" dürfte eine Rolle spielen. Zum Beispiel der EGB: Bislang rekrutierte er seine Mitgliedsorganisationen aus 21 Ländern Nord-, West- und Südeuropas. Die größten Bünde sind der britische TUC mit ca. 8,5 Millionen Mitgliedern und der Deutsche Gewerkschaftsbund mit 13 Millionen. Dementsprechend besetzten seit der Gründung von den sechs EGB-Präsidenten zweimal der TUC, zweimal der DGB, einmal ein niederländischer und einmal ein belgischer Bund diesen Posten, die anderen 17 Länder niemals. Die Dominanz der Großen ist auch im Apparat in Brüssel nicht zu übersehen. Sollten aber demnächst Gewerkschaftsbünde aus dem noch nicht vertretenen Teil Europas in den EGB drängen, so kann das nicht ohne gravierende personelle, strukturelle und auch programmatische Einschnitte bleiben. Immerhin handelte es sich um 16 Länder - sieben europäische auf dem Gebiet der ehemaligen UdSSR (von denen allein Rußland vermutlich mehr Mitglieder einbrächte als der EGB heute insgesamt zählt), Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Albanien, Kroatien, Slowenien und den Rest von Jugoslawien mit Serbien als Kern. Selbst der größere IBFG könnte einen derartigen Run nicht problemlos verkraften.

Perspektivisches

Die Daten und Fakten zur Situation der Gewerkschaftsbewegung in Europa und der Welt sind Momentaufnahmen am Jahreswechsel 1991/92. Der Wandel ist noch lange nicht abgeschlossen, und schon nach wenigen Wochen und Monaten gelten neue Daten, neue Fakten. Neue Entwicklungen und Strukturen sind erkennbar und auch neue Probleme, von denen einige wichtige hier angerissen werden sollen:

- Die Auflösung des ehemals "sozialistischen Blocks" bewirkt schon heute weltweit Umorientierungen von Gewerkschaften, die einst in ihm eine politisch-moralische (und finanzielle) Stütze hatten. Die mit dem Zusammenbruch verbundene Krise der kommunistisch-sozialistischen Weltbewegung führte in zahlreichen Ländern von bloßen Umbenennungen kommunistischer Parteien und programmatischen Wegorientierungen vom Marxismus bis zur Aufgabe antikapitalistischer Grundpositionen, zu Spaltungen und Selbstaflösungen von Parteien. In Ländern mit kommunistisch-sozialistisch dominierten Richtungsgewerkschaften bleibt das auf diese nicht ohne Wirkung; Annäherungen an sozialdemokratisch-sozialistisch dominierte Organisationen und die allgemeine Entschärfung des Richtungsstreits sind zunächst die Folge. Ob

damit auch eine Stärkung der Gewerkschaftsbewegung - sowohl national wie international - einhergeht, sei dahingestellt.

- In den ehemals sozialistischen Ländern verläuft der Trend umgekehrt: weg von der als Zwang empfundenen künstlichen Einheit, hin zu Richtungsgewerkschaften und zur Atomisierung.

Dies vollzieht sich unter den Prämissen von Demokratie, Autonomie und Basiskompetenz. Fraglich ist, ob der zweifellos erlangte Gewinn an demokratischer, autonomer und basisnaher Selbstbestimmung den Verlust an organisatorischer Einheit aufwiegen wird. Bei der bevorstehenden "Durchkapitalisierung" dieser Länder wird eine zersplitterte Gewerkschaftsbewegung kaum als Garant für das Entstehen einer "sozialen" Marktwirtschaft in Erscheinung treten können. Als ernstzunehmender Faktor wird sie nur akzeptiert, wenn sie die abgestreifte organisatorische Einheit durch Einheit im Handeln ersetzen kann.

- Infolge der allgemeinen Diskreditierung der politischen Linken entwickelt sich in diesen Ländern, wie die Beispiele Polen, Ungarn und die Tschechoslowakei bereits zeigen, ein überwiegend konservativ-liberales Parteienspektrum mit entsprechender parlamentarischer Dominanz, so daß die Gewerkschaften sich kaum - wie in den entwickelten kapitalistischen Ländern üblich - an "natürliche" Bündnispartner anlehnen können. Das macht sie zusätzlich schwächer. Zudem haben sie es mit den Ansätzen eines Kapitalismus zu tun, der auf die in Westeuropa geläufigen Spielregeln eines "humanen" und "sozialen" Kapitalismus, die sich unter dem jahrzehntelangen Druck einer erfahrenen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung herausgebildet haben und manchen Gewerkschaftsführer schon vom "Ende der Klassegegensätze" schwärmen ließen, keine Rücksicht nimmt. In den ehemals sozialistischen Ländern - wie schon im Osten Deutschlands - demonstriert der Kapitalismus, daß er immer, wenn respektabler Gegendruck fehlt, in eine brutale Manchestervariante zurückfällt.

- Als "modern" gilt zwischen Oden und Kurilen, daß sich auch Gewerkschaften zum Aufbau einer kapitalistischen Wirtschaft und Gesellschaft bekennen, die mit "soziale Marktwirtschaft" umschrieben wird. Vielen kommt das ausländische Kapital zu zögerlich, sie sehnen die kapitalkräftigen multinationalen Konzerne herbei und bekennen sich zur Privatisierung des gesellschaftlichen Produktionseigentums. Wer die Kampagnen des DGB und seiner Gewerkschaften gegen die Privatisierung des Volkswagenwerks oder der VEBA in den 60er Jahren und später im öffentlichen Dienst oder der Bundespost in Erinnerung hat, der mag das programmatische und Bewußtseinsdefizit in den neugegründeten und reformierten alten Gewerkschaften erahnen. In einer Studie von Mielke und Rütters heißt es: "Der weitgehende Ideologieverzicht der Gewerkschaften zeigt sich auch im Fehlen christlicher Gewerkschaftsgründungen. Demgegenüber gibt es ein überall zu findendes Bekennt-

nis zur Einführung der Marktwirtschaft, die durch soziale Komponenten (Vorbilder sind das schwedische oder das österreichische Modell sowie die soziale Marktwirtschaft der Bundesrepublik) abgesichert sein soll, während sozialistische Zielsetzungen oder nur Modelle einer wirtschaftlichen Mitbestimmung der Arbeitnehmer selten zum programmatischen Repertoire der neuen wie der reformierten Gewerkschaften zählen...; diese sind durch den auf allen Ebenen gescheiterten Realsozialismus grundlegend diskreditiert. Auch die westeuropäischen Gewerkschaften und die internationalen Gewerkschaftsorganisationen, die intensive Kontakte zu den Gewerkschaftsbewegungen in Mittel- und Osteuropa aufgebaut haben, waren bisher nicht in der Lage, dieses konzeptionelle Defizit mit alternativen Zielsetzungen zu der von den neuen Parteien und Regierungen überwiegend angestrebten neoliberalen Wirtschaftspolitik zu füllen.⁶

- Die westeuropäischen Gewerkschaften gerieten mit dem Binnenmarktprojekt der Europäischen Gemeinschaft Ende der 80er Jahre stark unter Druck, die fortgeschrittenen sozialen Standards verteidigen zu müssen. In der Bundesrepublik äußerte sich das u. a. in der Drohung von Regierung und Unternehmerverbänden, wegen zu hoher Soziallasten Arbeitsplätze in billigere EG-Länder verlagern zu müssen (Standortdiskussion), in Angriffen gegen weitere Arbeitszeitverkürzungen (Forderung nach Sonntagsarbeit) und der Flexibilisierungsoffensive. Die Umbrüche in Mittel- und Osteuropa mit dem Wegfall der Systemkonkurrenz werden auch aus dieser Himmelsrichtung den Druck auf das "Soziale" in der Marktwirtschaft spürbar verstärken. Die Appelle ostdeutscher Länder-Ministerpräsidenten (8. Jan. 92) an die "Tarifpartner", im Interesse von Arbeitsplätzen in der ehemaligen DDR 1992 nur niedrige Einkommensabschlüsse zu tätigen, deuten an, wie das gehen soll. Die von BDA-Präsident Klaus Murmann zum Jahresbeginn ausgegebene Losung: "Wir brauchen eine grundsätzliche Korrektur unseres Kurses", bei gleichzeitiger Diffamierung der Sehnsucht der Menschen nach sozialer Sicherheit als "Vollkasko-Mentalität" und "wohlfahrtsstaatliche Maßlosigkeit", gibt schon die Richtung an.⁷ Der billige "Standort" und "genügsame" Arbeiter in Osteuropa könnten ein nächster Wink sein. Derart in die Zange genommen, werden nicht nur die Gewerkschaften in Deutschland zusammenrücken und sich auf ihr traditionelles Selbstverständnis als Kampforganisationen für die Arbeitnehmerbelange besinnen müssen. Das gilt erst recht auch für die internationalen Gewerkschaftsorganisationen in dieser grundlegend veränderten Welt.

⁶ Mielke/Rütters, "Die neuen Gewerkschaftsbewegungen in Mittel- und Osteuropa und ihre Auswirkungen auf die internationale Gewerkschaftsbewegung", in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 22. März 1991, S. 42, Bonn

⁷ PDA-Pressedienst, 30. Dezember 1991, Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Köln

Keizo Hayasaka / Shigekazu Ikeda ¹

Der Marxismus als theoretische und politische Strömung nach der Niederlage des Realsozialismus - Japan -

Vorbemerkung

In Japan gibt es schon seit Anfang der 60er Jahre eine Kritik des Realsozialismus von links. Im Einklang damit haben sich die Kommunistische Partei Japans (KPJ) und ihr verbundene Theoretiker um den Aufbau einer "autonomen" politischen Linie bemüht und eine alternative Strategie der sozialistischen Revolution in einem entwickelten kapitalistischen Land zu finden versucht. In diesem Konzept wurde der Realsozialismus als "werdender (sich gerade im Werden befindender)" bestimmt. Diese Position entstand in vielen harten Auseinandersetzungen sowohl mit den in Japan besonders starken traditionellen Strömungen des Antikommunismus als auch mit den verschiedenen Gruppen der Neuen Linken und 'prosojetischen' oder 'prochinesischen' Gruppierungen. Gleichzeitig konnte die KPJ bis Anfang der 80er Jahre ihre Organisation erweitern und zunehmende Unterstützung bei Wahlen gewinnen (s. IV.).

Mitte der 80er Jahre stagnierte diese Entwicklung und wurde rückläufig. Besonders nach dem Schock des Umbruchs 1989, dessen Auswirkungen auch auf die japanische Linke weitaus stärker als vorhergesehen waren, kam es in der Linken erneut zu heftigen ideologischen Debatten, in denen auch der Sozialismus und Marxismus zur Disposition gestellt wurden.

Dabei wurden schon vorher bekannte Positionen und Thesen aufgegriffen und z.T. radikalisiert, aber bislang keine neuen theoretischen Erkenntnisse in die Diskussionen eingebracht.

Vor diesem Hintergrund wollen wir einige Aspekte des gegenwärtigen Marxismus in Japan für deutsche Leser darstellen. Dabei halten wir es für nützlich, mit Rücksicht auf eine Arbeit Kosolapows (Kosolapow, 1975, 42), auf die sich Fujita und die KPJ positiv beziehen, die folgenden drei Dimensionen des Problems voneinander zu unterscheiden:

¹ Die Autoren gehören keiner politischen Organisation oder Partei an, sondern einer kleinen lokalen Forschungsgruppe für Marxismus an der Fakultät der Human- und Sozialwissenschaften, Universität Iwate. Wir danken Herrn Hans-Otto Röber für seine Anregungen und seine Hilfe bei der Endredaktion der deutschen Fassung unseres Beitrages.

1. die Dimension der Idee und Theorie des Sozialismus als Maßstab der Beurteilung des Realsozialismus sowie als Perspektive der zukünftigen Gesellschaft;
2. die Dimension der sozial-politischen Bewegungen für die Realisierung der sozialistischen Idee;
3. die Dimension des realsozialistischen Systems als einer bestimmten historischen Realität (Fujita, 1979, 5).

Wir meinen, daß man mit Hilfe dieser Unterscheidungen nicht nur begründeten konservativen und journalistischen Demagogien entgegenzutreten, sondern auch unnötige Verwechslungen in innermarxistischen Debatten vermeiden kann.

I. Die verschiedenen Ansichten über den Realsozialismus

Im Mittelpunkt der japanischen Diskussion über den Niedergang des Realsozialismus stand die Frage, ob dieser Prozeß als Revolution oder Gegenrevolution zu bewerten ist (Kato, 1990, 120). Denn Bürgerbewegungen in den realsozialistischen Ländern schlossen zwar insofern ein "revolutionäres" Element ein, als sie auf die Befreiung von einem Regime abzielten, das verschiedene unentschuldig negative Seiten der Politik wie Bürokratismus und Verletzungen der Menschenrechte zu verantworten hatte, sie waren aber selbst heterogen, enthielten z.B. Strömungen, denen es um die demokratische Reform des Sozialismus ging, und Strömungen, die den Sozialismus abschaffen wollten und sich am Westen orientierten. Diese komplizierte Situation reflektiert sich in der Vielfalt der Ansichten, wonach der Niedergang des Sozialismus zu bewerten sei als "Sieg des Kapitalismus", "Fehlschlag des Sozialismus", "demokratische Revolution gegen den Despotismus", ein "Fortschritt hin zum demokratischen Sozialismus", "Gegenrevolution", eine "Ludditen-Bewegung gegen den Sozialismus" usw.. Diese Vielfalt impliziert je verschiedene Ansichten über den Charakter des Realsozialismus selbst.

Feststellbar sind:

1. die Ansicht, die den sozialistischen Charakter des Realsozialismus bestreitet,
 - a) und ihn qualifiziert als "Staatskapitalismus" unter dem Regime zuerst eines Arbeiter-, dann eines Parteibürokratiestaates. Der Umbruch sei demnach eine Veränderung hin zum "Marktkapitalismus".
 - b) und ihn von Anfang an für einen Partei- und Staatskapitalismus mit Lohnsklaverei hält. Der Umbruch sei demnach der revolutionäre Übergang zur bürgerlichen Gesellschaft.
 - c) ihn aber auch nicht für Kapitalismus hält, sondern für eine Art "primitiven Sozialismus".

- d) weil sie die "Entprivatisierung" der Produktionsmittel nicht für ein hinreichendes Sozialismuskriterium hält, sondern die Überwindung des Warencharakters der Arbeitskraft. Demnach müsse vielmehr der hochentwickelte Kapitalismus als "heranschleichender Sozialismus" ("creeping socialism") qualifiziert werden.
2. die Ansicht, die den Realsozialismus als Sozialismus affirmiert,
 - a) der dabei nur von einem Leitungs- und Verteilungstypus ohne Markt zu einem marktförmigen übergehe, was teilweise den Rückgang zu kleinkapitalistischen Eigentumsformen einschließe.
 - b) der sich grundsätzlich normal entwickelt.
3. die Ansicht, die ihn als Sozialismus an der Basis und Nicht-Sozialismus im Überbau betrachtet:
 - a) dabei betont sie den Stalinismus als Hauptgrund der Deformationen.
 - b) dabei betont sie die besonderen Hindernisse, die aus seiner Entstehung aus unterentwickelten kapitalistischen Verhältnissen resultieren, als Hauptgrund der Deformationen.
 - c) dabei betont sie den Systemgegensatz und seine Folgen (z.B. ökonomisch-technischer Boykott, drückende Militärausgaben) als Hauptgrund der Deformationen.

Indem die Implikationen einiger dieser Ansichten weiter verfolgt werden, stehen auch die Theorie des Sozialismus und der Marxismus selbst zur Disposition. Das gilt nicht für die Ansichten 1a, 2a und 2b, wohl aber für die anderen, die in verschiedener Hinsicht die beiden ersten von Kosolapow-Fujitas drei Dimensionen berühren.

1b impliziert:

1. eine Kritik der Leninschen Staatstheorie;
2. eine Kritik seiner Parteitheorie, besonders des "demokratischen Zentralismus";
3. eine Kritik seiner Imperialismustheorie;
4. eine Kritik der Oktoberrevolution selbst;
5. eine Kritik der "kommunistischen Separierung", also der Leninschen Spaltung der II. Internationale;
6. eine Kritik der Marxschen Formel von der Diktatur des Proletariates;
7. eine Kritik der geschichtsphilosophischen These vom Ende der Vorgeschichte der Menschheit.

1c impliziert eine ähnliche Kritik wie 1b.

1d impliziert:

8. die Ablehnung der Vergesellschaftung der Produktionsmittel als wesentliches Sozialismuskriterium;
9. die Betonung der Kontinuität im Systemübergang.

Ansichten 3a differieren in der Bewertung der Deformationen als

10. notwendig und unvermeidbar oder
- 10'. wesentlich vermeidbar.

Ansichten 3b differieren in der Beurteilung der Oktoberrevolution als

4. draufgängerisch und voluntaristisch oder
- 4'. gerechtfertigt.

3c impliziert:

11. die Ansicht, daß die Deformation des Sozialismus hauptsächlich Resultat der starken und langfristigen 'Ausradierungspolitik' des Kapitalismus gegen den Sozialismus ist und daß der Sozialismus aufgrund seiner historischen 'Frühgeburt' zu schwach war, dieser Politik erfolgreich Widerstand zu leisten.

Aus 3 insgesamt läßt sich ableiten:

12. eine Kritik des Prinzips der Entsprechung von Basis und Überbau.

Im Zusammenhang damit wird

13. die Diskussion um Objektivismus und Subjektivismus wiederbelebt; die Diskussion um den "subjektivistischen Materialismus" war eine der wichtigsten in der Geschichte des japanischen Marxismus.
14. dem Marxismus eine einseitige Orientierung auf die Produktivkräfte und die Technik vorgeworfen.

Die hier aufgelisteten Meinungen sind natürlich nicht plötzlich 1989 entstanden, sondern haben sich seit der Stalinkritik 1956 entwickelt.

II. Die politische und theoretische Reaktion der linken Parteien auf den Umbruch

Um zu verstehen, wie die linken Parteien auf den Niedergang des Realsozialismus reagiert haben und warum sie daraus unterschiedliche Konsequenzen gezogen haben, halten wir eine kurze Darstellung ihrer jeweiligen Geschichte für hilfreich.

1 Die KPJ (zum folgenden s. C.C. of JPC, 1984) vertrat seit ihrer Gründung 1922 eine zweistufige Revolutionsstrategie, wonach die sozialistische Revolution auf eine erfolgreiche bürgerlich-demokratische Umwälzung folgen sollte. Diese Strategie basierte auf Analysen der "Koza"-Schule², die die Besonderheit des japanischen Kapitalismus als den eines militärischen halbfeudalen Imperialismus bestimmte. Die konkurrierende

² Eine Forschungsgruppe marxistischer Gesellschaftswissenschaftler für den japanischen Kapitalismus, die am Anfang der 30er Jahre nach den Prinzipien der "These 1932" der KPJ eine Serie ("Koza") über die Entwicklungsgeschichte des japanischen Kapitalismus herausgegeben hat.

"Rono"-Schule³ hingegen sah nur graduelle Unterschiede zwischen dem japanischen und dem westlichen Kapitalismus und legte - als strategische Konsequenz - die unmittelbare Notwendigkeit der sozialistischen Revolution nahe. Die Orientierung an der "Koza"-Schule bedingte nicht nur den elastischen Charakter der Politik, mit der die KPJ den spezifischen komplizierten Umständen Rechnung trug, sondern sie gewann in weiten Kreisen der fortschrittlichen Intelligenz, die die Halbheiten und Verspätungen der Modernisierung Japans kritisierten, intellektuelle Autorität als Träger "moderner Ideen". Diese Autorität konnte die Partei über den II. Weltkrieg hinaus aufrechterhalten und ausbauen. Hinzu kamen die neugewonnene moralische Autorität aus ihrer Opposition gegen den Krieg und das Kaisertum und ihr gewachsener Einfluß auf die Arbeiterbewegung. Diese Entwicklung wurde umgekehrt, als die US-Besatzungsadministration 1950 im Rahmen der Wende zur "Kalten Kriegsstrategie" umfangreiche "Kommunistenüberungen" veranlaßte und die öffentliche Arbeit der Partei weithin unter Verbot stellte, aber auch durch die faktische Spaltung der Partei, deren Mehrheitsflügel im bewaffneten Aufstand die adäquate Revolutionsstrategie sah.

Nach der Wiedervereinigung der Partei und der Wiederaufnahme öffentlicher Aktivitäten 1955 beschloß die KPJ 1961 ein neues Parteiprogramm, das an die Stelle der Orientierung auf den bewaffneten Kampf eine neue zweistufige Revolutionsstrategie setzte. Auf eine antiimperialistische, antimonopolistisch-demokratische Umwälzung sollte die sozialistische Revolution folgen. Diese Strategie war aus der Analyse der japanischen Gesellschaft abgeleitet. Der japanische Kapitalismus wurde als hochentwickelter, zugleich aber dem US-Imperialismus untergeordneter bestimmt. Gegenüber den realsozialistischen Ländern betonte das Programm die Autonomie der KPJ in Reaktion auf 'großmachtchauvinistische' Versuche der Einflußnahme auf ihre Politik, etwa auf Versuche Maos, ihr die Strategie des Volksbefreiungskrieges anzudienen, oder auf Versuche Chruschtschows, sie auf die Politik der "friedlichen Koexistenz" zu verpflichten, in der die KPJ eine Linie der "Verzierung des US-Imperialismus" sah.

Das Programm markierte eine Distanz zu den realsozialistischen Ländern, ohne schon den Realsozialismus selbst ausdrücklich in Frage zu stellen⁴.

In der Folgezeit akzentuierte die Partei ihre Linie mit dem Konzept des parlamentarischen Übergangs zum Sozialismus ("Mehrheitsrevolution"), der Befürwortung der Beibehaltung des Mehrparteiensystems auch unter sozialistischen Bedingungen (11. Parteitag) sowie mit dem Manifest zu

³ Diese Gruppe war um die Zeitschrift "Rono (Arbeiter und Bauer)" zusammengeschlossen. Sie arbeitete auch mit einigen damaligen marxistischen Parteien zusammen.

⁴ Typisch hierfür war die damalige Haltung der KPJ zu Rumänien.

Freiheit und Demokratie (13. Parteitag 1976). Diese programmatische Entwicklung war verbunden mit einer beträchtlichen Vermehrung der Parlamentsmandate der Partei (1967: 5, 1969: 14, 1972: 39, 1976: 19, 1979: 41). Obwohl die Partei ihre Hegemonie in der Gewerkschaftsbewegung verloren hatte, gelangen ihr diese Erfolge durch die Hinwendung zu neuen, durch das kapitalistische Wirtschaftswachstum virulent gewordenen Problemen wie Umweltgefährdung, Monopolpreise, Regierungskorruption usw. und ihre Zusammenarbeit mit Bürgerinitiativen.

Ihrer zweistufigen Transformationsstrategie schaltete sie eine dritte Stufe vor, die Strategie der Bildung einer Regierung der demokratischen Einheit, die vor allem die demokratische Kontrolle der Großkonzerne durchsetzen sollte. Da dieses Ziel aber nicht dauerhaft erfolgreich zu erreichen sei, ohne die Abhängigkeit von den USA zu beseitigen, müsse in die zweite Phase der antiimperialistisch-antimonopolistischen Umwälzung übergegangen werden.

Seit Mitte der 70er Jahre empfand die Partei das Prinzip der 'Nichteinmischung' in Angelegenheiten der sozialistischen Länder, d.h. das Schweigen zu problematischen Aspekten des Realsozialismus, als ein Hindernis für ihre Entwicklung. Der Realsozialismus wurde als nicht ausgebildeter Sozialismus, als Sozialismus im Prozeß des Werdens charakterisiert. Die geschichtlichen Schranken seiner Ausgangsbedingungen hätten zu bedenklichen Abweichungen vom Weg des wirklichen Sozialismus geführt, etwa in der mangelnden Respektierung der Menschenrechte und der mangelnden Realisierung der Demokratie (Ansicht 3b). In hochentwickelten Ländern sei ein demokratischer Übergang zum Sozialismus möglich, was wiederum den realsozialistischen Ländern helfen könnte, ihre negativen Seiten möglichst schnell zu beseitigen. Diese Position hatte viele Gemeinsamkeiten mit dem gleichzeitigen "Euro-Kommunismus" und unterschied sich auf der anderen Seite von denen der japanischen "Neuen Linken", die den Realsozialismus als Pseudo-Sozialismus und sogar als eine Art von Imperialismus kritisierten (Ansicht 1b, 1c).

Nach der sowjetischen Intervention in Afghanistan und der Verhängung des Kriegsrechtes in Polen radikalisierte die KPJ ihre Kritik und sprach von sowjetischem Großmachtchauvinismus und Hegemonismus. Gegenüber der "Perestroika" brachte sie ihren Anti-Reformismus in Stellung, der sie bereits deutlich vom euro-kommunistischen 'Reformismus' insbesondere der KPI unterschieden hatte. Sie charakterisierte das "Neue Denken" als größten Fehler nach der Leninzeit, als Preisgabe des Marxismus, Leugnen des Klassenkampfes und 'Verzierung' des Kapitalismus. Wurden somit alle innerhalb der kommunistischen Parteien der realsozialistischen Länder artikulierten Positionen von der KPJ mehr oder weniger abgelehnt, stand sie vor der Frage nach dem Subjekt der von ihr als möglich unterstellten Transformation des Realsozialismus in einen wirklichen Sozialismus, zumindest mit Rücksicht auf die Sowjetunion. Implizit beantwortete

die Partei diese Frage, indem sie nach dem Staatsstreichversuch in der Sowjetunion die KPdSU eines der "ungeheuersten Übel" nannte und ihre Auflösung "herzlich begrüßte" (Erklärung des ständigen Vorstandes des ZK der KPJ, September 1991). Dies bekräftigte der Vorsitzende des ZK, T. Fuwa, der die Auflösung der KPdSU "ein großes Plus" nannte, weil der Zusammenbruch des "Sozialimperialismus" eine Behinderung des wissenschaftlichen Sozialismus beseitige. Fuwa ging in seinen Ausführungen nicht auf die bislang offiziellen Ansichten der Partei über den Realsozialismus ein. Seine Äußerungen implizieren jedoch eine Revision dieser Ansichten. Inwieweit die Partei insgesamt diese Konsequenzen ziehen wird, ist beim Abschluß unseres Manuskriptes noch offen.

Die Sozialistische Partei Japans (SPJ) (zum folgenden s. Watanabe, 1990), die nach dem Niedergang des Realsozialismus die ausländische Version ihres Namens in "Sozialdemokratische Partei Japans" geändert hat, hatte eine ihrer Wurzeln in der bereits erwähnten "Rono"-Gruppe, was ihren Unterschied zu sozialdemokratischen Parteien europäischen Typus mitbedingte. Allerdings war die nach dem II. Weltkrieg neukonstruierte Partei immer eine heterogene Organisation, die einen linken, mittleren und rechten Flügel besaß, wobei anzumerken ist, daß die beiden letzteren Flügel in der Kriegszeit ihre eigenständigen Organisationen aufgelöst hatten, um sich dem Faschismus anzudienen. Der Charakter der SPJ besaß einige Ähnlichkeiten mit dem italienischen 'Maximalismus'. Einer radikalen Programmatik entsprach keine operative reformerische Politikkonzeption, so daß die Partei in vielen politischen Einzelfragen ausgesprochen opportunistisch reagierte. In der Betonung der Friedensfrage und des Widerstandes gegen die Militarisierungspolitik unter dem US-amerikanisch-japanischen Sicherheitspakt, des Antikolonialismus und des Klassenantagonismus war die SPJ ein wichtiger Faktor der japanischen Linken in der Formierung der Opposition gegen die konservative Politik.

Zugleich sind ihre Mängel nicht zu übersehen, die daher rühren, wie sich ihre Rolle als linke Opposition mit systemstabilisierenden Funktionen verbindet. Wichtig ist dafür die 'Arbeitsteilung' zwischen der Linken mit ihrem starken organisatorischen und theoretischen Einfluß auf die Gewerkschaften und der Mitte und der Rechten, die für die Stimmenmaximierung unter den breiteren Schichten der Gesellschaft wichtig sind. 1947 konnte die SPJ für kurze Zeit an die Regierung gelangen, weil sie die Bedingungen der US-Besatzung akzeptierte, auf keinen Fall mit den Kommunisten zu koalieren. So wurde in dieser Zeit die kommunistische Hegemonie in den Gewerkschaften gebrochen, und die SPJ-Linke errichtete die Hegemonie der "kämpferischen Sozialdemokratie". Aber die SPJ ließ viele vorteilhafte Bedingungen ungenutzt und versäumte, Grundlagen für eine "wohlfahrtsstaatliche" Perspektive zu legen, auf der der Erfolg der europäischen Sozialdemokratie beruhte.

Diese Heterogenität führte in den 60er Jahren - nach dem Abklingen des kämpferischen, das ganze Land umfassenden Widerstandes gegen den Abschluß eines neuen Sicherheitspaktes Japan-USA - zur Polarisierung der Fraktionierungen bzw. zu Spaltungen. Eine rechte Fraktion gründete die Demokratische Sozialistische Partei (DPS), die mit dem Marxismus offiziell brach und sich am "Realismus" der europäischen Sozialdemokratie orientierte. Sie stützte sich auf den infolge des hohen Wirtschaftswachstums deutlicher werdenden "Alltagskonservatismus" der Arbeiter und den "spezifisch japanischen Korporatismus zwischen Kapital und Arbeit". Praktische "Erfolge" erzielte sie vor allem bei der Spaltung "kämpferischer" und beim Aufbau "gelber" Gewerkschaften. Dagegen verstärkte die linke Fraktion der SPJ ihre Kritik am reformistischen Realismus der "Strukturereformen" und strich 1960 sogar den Passus "Abgrenzung gegen die KPJ" aus ihren Richtlinien, um die Zusammenarbeit mit der KPJ zu verstärken. Das hatte um 1970 zur Folge, daß viele fortschrittliche Politiker als Präfektur-Gouverneure oder als Bürgermeister gewählt wurden.

Die internationale Politik der Partei wurde fast ganz vom linken Flügel bestimmt, was eine fast unbedingte Unterstützung des Realsozialismus zur Folge hatte (Ansicht 2b). Es ist zu berücksichtigen, daß die SPJ dabei, insbesondere gegenüber Nordkorea, China und der SU, auch Staatsfunktionen wahrnahm, also als quasi-diplomatische Agentur fungierte und so die in dieser Frage ideologisch blockierte Politik der konservativen Regierungspartei ergänzte. Das weist eine Parallele auf zur "Ostpolitik" der deutschen Sozialdemokratie, aber auch einen wichtigen Unterschied. Denn während die SPD ihre Ostpolitik verband mit einer scharfen innenpolitischen Abgrenzung nach links, blieben die internationalen Beziehungen insbesondere zu den sozialistischen Ländern und ihren Parteien eine Domäne der SPJ-Linken, auch als sich die SPJ insgesamt seit Mitte der 70er Jahre nach rechts bewegte und wie die Gewerkschaftsbewegung vor den konservativen Angriffen auf den Lebensstandard und die sozialen Rechte zurückwich. Im Parteiprogramm trat die "sozialdemokratische Wahl" an die Stelle der "sozialistischen Revolution" als Ziel der Partei, der Marxismus wurde fallengelassen. Deshalb war der Einfluß der Linken zwar seit dieser Zeit rückläufig, was natürlich auch durch die Skandalchronik des Realsozialismus vom sowjetisch-chinesischen Schisma bis hin zum "Tian An Men-Zwischenfall" beeinflusst war, aber da die SPJ bis zur letzten Stunde enge freundschaftliche Beziehungen zu den Regierungsparteien der sozialistischen Länder unterhalten hatte, wirkte sich der Zusammenbruch des Realsozialismus viel schockartiger auf die SPJ als auf die KPJ aus und brachte die marxistische Linke als relevante Strömung in der Partei mit einem Schlag zum Verschwinden.

III. Theoretische Richtungen unter den marxistischen Intellektuellen

Bis zu seiner Unterdrückung Ende der 30er Jahre war es dem Marxismus aufgrund seines umfassenden, systematischen und kritischen Charakters gelungen, unter den japanischen Intellektuellen einen größeren Einfluß zu erringen als der bis dahin dominierende Neukantianismus (Ishida, 1984, 120ff.).

Diesen Einfluß konnte er nach dem II. Weltkrieg bis in die 60er Jahre halten. Er konkurrierte dabei mit den nach dem Krieg Fuß fassenden Strömungen wie Pragmatismus, Neo-Positivismus und Existentialismus, bildete mit ihnen aber zugleich eine Art 'ideologischer Einheitsfront' in der Friedensfrage und bei anderen Problemen. Denn es war auch zu dieser Zeit nicht zu übersehen, daß sich ausgesprochen reaktionäre ideologische Strömungen nach der Wende zum "Kalten Krieg" in der Besatzungspolitik zu erholen begannen (Hayasaka 1989, 16ff.). Diese Strömungen konnten sich seit dem Anfang der 60er Jahre und dem Scheitern der Bewegung gegen den amerikanisch-japanischen Sicherheitspakt formieren, wobei die amerikanische Kulturstrategie gegenüber den japanischen Intellektuellen, das ökonomische Wachstum und der sowjetisch-chinesische Gegensatz Auswirkungen zeigten.

Auf der anderen Seite radikalisierte sich die Studentenbewegung und die sich herausbildende "Neue Linke". So war der Marxismus einer wachsenden Kritik aus zwei entgegengesetzten Richtungen ausgesetzt.

Nach der "Öl-Krise" setzte eine zweite Welle konservativer ideologischer Formierung ein, ergänzt um die Einführung modischer Ideologien wie Strukturalismus, Post-Strukturalismus und -Modernismus, anarchistische Wissenstheorie ("anything goes!"), mystische "Neue Wissenschaft", Sinnlichkeitsphilosophie usw. - insgesamt eine auch in Europa bekannte Situation "Neuer Unübersichtlichkeit" (ebd., 22-27). In ihr konnte der Marxismus seinen Einfluß halten, der relativ größer war als in anderen westlichen Ländern, vor allem aufgrund seiner starken personellen Verankerung im Wissenschaftsbetrieb. Dieser Einfluß geht jedoch seit Beginn der 80er Jahre zurück. Die jüngeren Generationen der Intellektuellen sind stärker von Post-Modernismus und Post-Strukturalismus beeinflusst als vom Marxismus.

Es gibt in Japan, auch aus spezifisch historischen Gründen, eine Vielzahl einflußreicher akademischer Gesellschaften und Forschungsorganisationen marxistischen Charakters, etwa die Gesellschaften für Politische Ökonomie, für sozialistische Wirtschaft, für sozialistische Betriebswirtschaftslehre, für Sozialstatistik sowie für Agrargeschichte, die Institute für Sowjetforschung, für Kredittheorie, den Verein für Materialismus-Forschung usw.. Daneben kann man auch die wissenschaftlichen Organisationen aufzählen, worin Marxisten einen gewissen Einfluß haben, wie z.B. die Wis-

senschaftlerkonferenz Japans (s. Onuma, 1975). Eine der vielen Indikatoren zur Beurteilung der Stärke des akademischen Marxismus wäre, daß von jedem deutschen Band der MEGA² etwa 1.000 Exemplare in Japan verkauft werden. - Wir beschränken uns im folgenden auf ausgewählte Beobachtungen.

Die Gesellschaft für Politische Ökonomie, die 1959 zur Erforschung der marxistischen Wirtschaftstheorie gegründet wurde und etwa 1000 Mitglieder hat, richtete seit den 70er Jahren eine ständige Sektion für Sozialismus-Forschung auf ihren Jahresversammlungen ein. Auf den Jahresversammlungen 1987, 1990 und 1991 war "Sozialismus" das Hauptthema.

In dieser Gesellschaft charakterisierte Hirata als Vertreter der Schule der "Zivilgesellschaft" (S. Yamada, 1989) den Niedergang des Realsozialismus als Übergang von "Staatskapitalismus und Lohnsklaverei unter der Diktatur der Partei zum Kapitalismus" (Ansicht 1b). In dieser Perspektive erscheint die Oktoberrevolution als "extrem konservative Gegenrevolution gegenüber der Möglichkeit einer bürgerlichen Entwicklung unter der Regierung Kerenskis" (Ansicht 1b-1.-7.) (Hirata, 1991). Dies verstand sich als Antithese zur orthodoxen Ansicht, die in der Oktoberrevolution und in der NEP-Zeit einen erzwungenermaßen isolierten Sozialismus auf unterentwickelter Stufe sah und dann die Stalinzeit als eine grundsätzliche Abweichung davon besonders im politischen Bereich betrachtete (Ansicht 3a, b) (z.B. Taniuchi, 1988).

Shibagaki schlug vom Standpunkt der "Uno-Schule" (s. Yamada, 1989) eine Neureflexion des Sozialismusbegriffs vor, für den eher die Aufhebung der Ware Arbeitskraft als die des Privateigentums entscheidend sei, weil nach Unos Theorie der Grundwiderspruch des Kapitalismus auf der Notwendigkeit der Ware Arbeitskraft beruhe. Daher sei der Realsozialismus von vornherein eine Fiktion gewesen, weil dort die Aufhebung des Warencharakters der Arbeitskraft kaum verwirklicht gewesen sei im Unterschied zum hochentwickelten Kapitalismus, wo diese Aufhebung wenigstens teilweise realisiert sei. Daher könne man im gegenwärtigen Kapitalismus einen "kriechenden Sozialismus" sehen (Ansicht 1d) (Shibagaki, 1991).

Die 1967 mit etwa 300 Mitgliedern gegründete Gesellschaft für sozialistische Wirtschaft widmete sich empirischen Forschungen zur Wirklichkeit des Realsozialismus, dessen prinzipiell sozialistischen Charakter sie nicht in Frage stellte (Ansicht 2a) (Ide, 1991). Das bedeutet aber keineswegs eine kritiklose Haltung. Vielmehr sollte durch objektive, empirische Analysen der ganzen Geschichte des Realsozialismus von seinem Entstehen bis hin zur "Perestroika" als dem Versuch, seiner Stagnation und Krise zu entkommen, ein zweckmäßigerer Weg für ein künftiges sozialistisches Japan gefunden werden. Die grundlegende Annahme war: Der unterentwickelte und isolierte Sozialismus benötigte auf seiner ersten Stufe eine starke Staatsmacht für die sozialistische ursprüngliche Akkumulation. Mit der

Entwicklung der Produktivkräfte aber wurde dieses politische System zu einem Hindernis. Die dadurch heraufgeführte Stagnationskrise erfordert den Übergang zum "Marktsozialismus" mit Elementen des alten Kapitalismus (Ansicht 2a, teilweise 3b, 3c) (z.B. Nagasuna, 1989; Ide, 1991).

Wie nicht nur Shibagaki zeigt, haben diese Debatten Konsequenzen für die theoretische Perspektive eines "Sozialismus in Japan". Hirata etwa sieht die Spezifik des japanischen Kapitalismus in seinem Charakter als "körperschaftlichen Kapitalismus", der nicht nur durch eine korporative Struktur gekennzeichnet ist, sondern durch eine Verflechtung der Großkonzerne untereinander durch wechselseitige Teilhaberschaften in Form von Aktienbesitz. Diese Verflechtung funktionierte als "innere Betriebsorganisation zur koordinierten Preis-, Leitungs- und Gründungsstrategie". Ein weiteres Charakteristikum sieht er in der Vielfalt der Betriebspolitiken gegenüber den Beschäftigten, z.B. das Lohnsystem nach Dauer der Betriebszugehörigkeit, gelbe Betriebsgewerkschaften, innerbetriebliche Sozialeinrichtungen und Ausbildungsmaßnahmen. Dagegen stellt Hirata, beeinflusst von Gramsci und der Regulationsschule, die Perspektive einer "zivilgesellschaftlichen Gestaltung", in der den Bürgerinitiativen eine größere Rolle zukommt als den Gewerkschaften und Parteien (Hirata, 1988).

Im Vergleich dazu nimmt sich Nagasunas Vorschlag orthodoxer aus. Er stellt neben die Kategorien Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse die neue Kategorie der "ökonomischen Mechanismen" als die Gesamtheit von elastischen und koordinierenden Methoden, Mitteln und Einrichtungen. Diese Mechanismen wirkten viel aktiver und bewußter auf die objektiven Prozesse ein, weil sie auf dem schon erreichten hohen Stand der Produktivkräfte eine viel wichtigere Rolle spielen als im Realsozialismus. Diese Mechanismen bestehen seiner Ansicht nach zwar im Kern in Planung und demokratisch-zentralistischer Verwaltung, aber auf der Grundlage einer vielstufigen und möglichst allseitigen Autonomie, verschiedener Eigentumsformen und starker Kontrolle der Verwaltung. Die zentralen Hebel sollen vor allem ökonomischer Art sein (Finanzpolitik, Kreditpolitik); die Eigenverantwortlichkeit der Betriebe schließt die Möglichkeit des Konkurses ein. Wie sich Nagasunas Position von bekannten (und gescheiterten) Reformversuchen im Realsozialismus unterscheidet und das Problem ihrer Kohärenz wären genauer zu diskutieren. Die konkreten japanischen Bedingungen sind auch ein Grund dafür, daß auch antikommunistische Reaktionen auf den Niedergang des Realsozialismus selten auf eine simple Apologie der 'reinen' Marktwirtschaft hinauslaufen (Berndt, 1991, S. 295ff.).

Der Verein für Materialismus-Forschung mit 400 Mitgliedern diskutierte auf seinen letzten beiden Jahreskonferenzen 1990 und 1991 über den Sozialismus. In dem Verein spielen marxistische Philosophen eine zentrale Rolle, aber ihm gehören auch viele Natur- und Sozialwissenschaftler an. Innerhalb der marxistischen Philosophie gibt es schon seit den 70er Jahren

zwei Strömungen: die eine betont die Wissenschaftlichkeit des Marxismus im Sinne der modernen Naturwissenschaften und versteht marxistische Philosophie als Methodologie der Wissenschaften, die andere versteht den Marxismus als "praktischen Materialismus". Diese kritisiert konkurrierende Versionen marxistischer Philosophie als 'stalinistische Varianten', behauptet den logisch und historisch grundlegenden Charakter des historischen gegenüber dem dialektischen Materialismus, betont die Aktivität des Bewußtseins, hat den Begriff der "Entfremdung" rehabilitiert und den Begriff des "Wertes" in die philosophische Diskussion eingeführt (Ansicht 3a, teilweise 4., 12.; auch 1b).

Während sich die Diskussion in den 70er Jahren auf die Marx-Interpretation konzentrierte und die Auseinandersetzung mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit und anderen Denkströmungen vernachlässigte, bewirkte die kritische Situation der realsozialistischen Länder und der Einflußverlust des Marxismus unter den Intellektuellen eine Umorientierung. Beeinflußt von der Ökologiebewegung und vom Feminismus wird insbesondere in der jüngeren Generation über 'Produktivismus' und 'Technikfetischismus' im Marxismus (Ansicht 1b-14.) oder über den kognitiven Status des Klassenbegriffes diskutiert. So zeichnet sich auch innerhalb des Kreises marxistischer Philosophen eine "neue Unübersichtlichkeit" ab.

Gegenwärtig bemerkenswert ist die Hinwendung zur Untersuchung der Besonderheiten der japanischen Gesellschaft. Das Stichwort lautet "Betriebsgesellschaft"; gemeint ist eine Gesellschaft, in der den Betrieben nicht nur wirtschaftlich und politisch, sondern auch kulturell und ideologisch eine führende Rolle zukommt. Diese Struktur hat den wirtschaftlichen Erfolg Japans in den 80er Jahren ermöglicht, aber auch neue Widersprüche hervorgebracht wie z.B. "Karoschi" (Tod durch Arbeitsstreß), lange Arbeitszeiten, Hauptstadtfixierung, Explosion der Bodenpreise, Ausweitung der Vermögensdifferenzen usw. Hinzu kommen kulturelle Phänomene wie Konsumismus und Privatismus.

Um die Frage nach den Eingriffsmöglichkeiten der Linken gibt es derzeit eine politische Kontroverse innerhalb des Vereins. Eine Tendenz sieht in der 'sozialstaatlichen' Wirksamkeit der west- und nordeuropäischen Sozialdemokratie ein Vorbild. Sie geht davon aus, daß in Japan die eigentliche Sozialdemokratie wegen des Mikro-Korporatismus der Gewerkschaften sehr schwach ist und ihre Rolle von den bisherigen marxistischen Gruppen wahrgenommen werden müsse. Politisch trifft sich diese Tendenz mit Positionen, die im Mangel an "Öffentlichkeit" und Zivilgesellschaft den hauptsächlichsten Grund für die Ausprägung der japanischen "Betriebsgesellschaft" sehen. Demgegenüber besitzt die Kritik der Sozialdemokratie unter heutigen Bedingungen erst wenig ausgebildete Konturen.

IV. Die öffentlichen Meinungen, gegenwärtige Lage der Volksschichten und Perspektive

Ein wichtiger Indikator für den Einfluß des Marxismus in Japan sind die Wahlergebnisse der KPJ. Diese erreichten 1950 eine erste Spitze mit 1,334 Millionen oder 4,9 % der Stimmen. 1953 gehen die Stimmen auf 294.000 oder 1,0 % zurück, um danach wieder allmählich zu steigen: 1,123 Mio, 3,1 % (1962); 3,219 Mio, 8,1 % (1971); 4,932 Mio, 9,1 % (1974) (zweite Spitze); 4,072 Mio, 7,3 % (1980); 5,431 Mio, 9,5 % (1986) (dritte Spitze); 3,954 Mio., 7,0 % (1989). Diese Zahlen kann man auf zweierlei Weise bewerten. Einmal zeigen sie, daß die KPJ ihren parlamentarischen Einfluß trotz des Antikommunismus und der Skandale des Realsozialismus halten konnte. Insofern gibt es einen Unterschied zwischen der allgemeinen politischen Atmosphäre und der Stimmung unter den Intellektuellen. Man muß jedoch hinzufügen, daß die nächsten nationalen Wahlen ein kritisches Datum sein werden. Zum anderen gelang es der KPJ nie, ihre Isolierung im japanischen Parteiensystem zu durchbrechen und eine Regierung der demokratischen Einheit zu verwirklichen.

Von Bedeutung ist auch der Grad der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiter. Diese hatte schon 1949 ihre Spitze erreicht mit 55,8 %, betrug 1960 33,8 %, 1970 35,4 %, und fiel 1980 auf 30,8 % und 1990 auf 25,2 %. Außerdem änderte sich in diesem Zeitraum das politische Profil der Gewerkschaftsbewegung von der Hegemonie der KPJ in den 40er Jahren, der der SPJ-Linken in den 50er und 60er Jahren zur DSP-Dominanz seit Mitte der 70er Jahre, begleitet von einer teilweisen Wiederbelebung der KPJ-Initiativen am Ende der 80er Jahre. Die Mehrheit der Arbeiter befindet sich unter dem Einfluß der Kultur- und Betriebspolitik ihrer Firmen, der religiösen Organisationen oder der Massenmedien.

Unter den Bürgerinitiativen sind die Konsumgenossenschaften und die Friedensbewegung relativ einflußreich, obwohl letztere nach den sowjetischen Eingriffen in den 60er Jahren gespalten ist. Es gibt zwar noch viele andere Bürgerinitiativen, aber sie sind meist relativ klein und einflußlos, weil sich unter den jüngeren Generationen eine Tendenz zum "Privatismus" und zur "politischen Apathie" ausbreitet. Dabei spielt neben der materiellen Prosperität der Verlust der Anziehungskraft des Sozialismus die größte Rolle. Nach einer Meinungsumfrage von NHK stieg die Zahl derer, die die KPJ auf keinen Fall unterstützen wollen, von 28,5 % 1988 auf etwa 40 % am Ende 1989. Das verweist, wie bereits gesagt, auf die entscheidende Bedeutung der nächsten nationalen Wahlen auch für die KPJ. So stehen insgesamt die "subjektiven Bedingungen" in schroffem Gegensatz zur objektiven Reife der japanischen Gesellschaft für eine grundsätzliche Umwälzung, wie die jüngsten Dokumente der KPJ betonen.

Abschließend möchten wir nur noch einige Probleme anführen, die nicht nur unter japanischen Marxisten offen sind, sondern u.E. einer internationalen marxistischen Diskussion bedürfen:

1. Wie ist die gegenwärtige Epoche zu bestimmen? Muß man bekannte Versuche wie die Bestimmung als "Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus" und die Theorie von der "allgemeinen Krise des Kapitalismus" völlig aufgeben, und, wenn ja, was könnte an ihre Stelle treten?
2. Wie und in welchen Punkten unterscheiden sich Sozialismus und Sozialdemokratie wesentlich voneinander und inwieweit haben sie theoretische, praktische und realpolitische Gemeinsamkeiten?
3. Wie ist die Rolle des gegenwärtigen japanischen Kapitalismus in der Welt von heute zu bestimmen? Wie kann man dabei den japanischen Kapitalismustyp vom europäischen unterscheiden?
4. Wie könnte eine empirisch gehaltvolle Gesellschaftstheorie aussehen, die die Gesamtkomposition von Klassen-, Schichten- und Generationsaufbau berücksichtigt?
5. Kann es eine neue "globale Solidarität" der Subjekte einer "globalen Umwälzung" geben, die an die Stelle des diskreditierten "proletarischen Internationalismus" treten könnte?

Literatur

- Berndt, E., Japanische Sichten auf den Umbruch in Mittel- und Osteuropa, in: INITIAL H. 3, Berlin 1991.
- C.C. of J.C.P., Sixty Year History of Japanese Communist Party 1922-1982, Japan Press Service, Tokio 1984.
- Fujita, I., Gendai-shakaishugiron no jokyo to kadai (Die Situation und Aufgaben der gegenwärtigen Sozialismusforschung), in: Shimada, Y. u.a. (Hrsg.), Koza: Shiteki-yuibutsuron to gendai (Serie: Über die materialistische Geschichtsauffassung in der Gegenwart) Bd. 6, Aoki-Shoten Vlg. Tokio, 1979.
- Hayasaka, K., Gendai shiso no bunseki-shikaku o megutte (Zur Analyse der gegenwärtigen Ideen in Japan), in: ders. (Hrsg.), Gendai shiso no tagenteki shoso (Aspekte der gegenwärtigen Ideen in Japan), Forschungsberichte der Iwate-Universität, Morioka, 1989.
- Hirata, K., Shakaishugi no puroburematiku (Problematik des Sozialismus), in: Keizai Riron Gakkai (Gesellschaft für politische Ökonomie) (Hrsg.), Keizai Riron Gakkai Nenpō (Jahresberichte der Gesellschaft für politische Ökonomie) Nr. 25, Aoki-Shoten, Tokio, 1988.
- Ders., Shakaishugi to shihonshugi (Sozialismus und Kapitalismus), in: Keizai Riron Gakkai, a.a.O., Nr. 28, 1991.
- Ide, K., Shakaishugi no motodeno shohin seisan, shijo mekanizumuron no gendankai (Eine neue Stufe der Diskussion über Warenproduktion und Marktsystem im Sozialismus), in: Shakaishugi Keizai Kenkyukai (Gesellschaft für sozialistische Wirtschaft) (Hrsg.), Shakaishugi Keizai Kenkyu (Studien zur Sozialistischen Wirtschaft), Nr.11, 1988.
- Kato, T., Shakaishugi no kiki no tetsugakuteki shoso (Die philosophischen Aspekte der Krise des Sozialismus), in: Verein für Materialismus-Forschung (Hrsg.) Shiso to Gendai (Gedanken und Gegenwart) Nr. 23, Siraishi-Shoten Vgl. Tokio, 1990.
- Ishida, T., Nihon no shakaikagaku (Sozialwissenschaften in Japan), Tokio Universität Press, Tokio, 1984.
- Kosolapow, R.I., Sozialism: K woprossam teorij (Sozialismus: Zum theoretischen Problem), M., 1975.

- Masamura, K., Shakaishugi no seimeiryoku kaifuko no tameni (Zur Wiederherstellung der Vitalität des Sozialismus), in: Asahi Journal (Hrsg.), Gendai shakaishugi Ronso (Debatte über den gegenwärtigen Sozialismus), Gakuyo-Shobo Vlg., Tokio, 1978.
- Nagasuna, M., 'Shakaishugi Nihon keizai' koso ni kakawaru shomondai (Einige Probleme zum Entwurf der 'japanischen sozialistischen Ökonomie'), in: Keizai Riron Gakkai, a.a.O., Nr. 25, 1988.
- Ders., Shakaishugi Keizai Gakkai dai 28-kai taikai (zur 28. Tagung der Gesellschaft für Sozialistische Ökonomie), in: Kagaku to Shiso (Wissenschaft und Ideen) Nr. 71, Shinnihon-Shuppansha Vlg. 1989.
- Nozawa, M., Shijo mekanizumu to kyodo-bungyopo-sanka-gata kigyo (Marktmechanismus und der kooperierende dezentralisierte und mitbestimmte Betriebstypus), in: Keizai Riron Gakkai (Hrsg.), Broschüre zur 39. Jahrestagung, 1991
- Onuma, M. u.a., Sengo Nihon kagakusha undo shi (Geschichte der Bewegung der japanischen Wissenschaftler nach dem 2. Weltkrieg) 2 Bde., Aoki-Shoten Vlg., Tokio, 1975.
- Sibagaki, K. Rodoryoku no shohinka to sono 'shiyō' (Der Warencharakter der Arbeitskraft und seine 'Aufhebung'), in: Keizai Riron Gakkai, a.a.O., Nr. 28.
- Taniuchi, Y., Gendai shakaishugi o kangaeru (Eine Überlegung zum gegenwärtigen Sozialismus), Iwanami-Shoten Vlg., Tokio, 1988.
- Watanabe, O., 'Yutakana shakai' Nippon no Kozo (Das reale Bild des 'reichen Landes'-Japan), Rodo-Jumposha Vlg., Tokio, 1990.
- Yamada, T., Marxismus in Japan, in: Das Argument, Nr. 173, 1989.

Vorschau

Z - Nr. 10

erscheint Anfang Juni 1992
mit dem Schwerpunktthema

Barbarei in der Zivilisation

Beiträge über Lateinamerika 1992ff; Berlin als Weltstadt von morgen; Walter Benjamin; Rassismus und Patriarchat

Außerdem: Subjektkonzeption; Das "falsche Ganze" und die Totalisierung der Wertformen (Adorno, Sohn-Rethel u.a.); SMK-Kritik; Methodik der Zusammenbruchsanalyse (Realsozialismus)

Die Linke im politischen System Griechenlands und ihre Krise¹

In dem folgenden Artikel werden wir versuchen aufzuzeigen, daß sich in der bestehenden Krise der griechischen Linken die Krise der internationalen kommunistischen Bewegung mit den eigenartigen griechischen Verhältnissen und politischen Entscheidungen ihrer Führung kreuzen. Wir meinen, daß jede politische Krise sowohl internationale als auch nationale Elemente beinhaltet.

Am Ende des 20. Jh. sollte man vermeiden, zwei Fehler zu wiederholen. D.h. man sollte nicht versuchen, noch einmal alles (hier die Krise) anhand der internationalen Ereignisse und "Gesetzmäßigkeiten" zu erklären, eine Einstellung, bei der wichtige "nationale Erkenntnisse", die sehr oft internationale Bedeutung haben, verloren gehen; man sollte auch endlich damit aufhören, sich vor der Krise zu fürchten bzw. vor ihr zu flüchten.

Wir kennen bereits aus der marxistischen Politischen Ökonomie, daß jede Krise auch konstruktive Elemente beinhaltet, d.h., daß sie für diejenigen, die diese Krise miterleben, produktiv sein kann. Die Krise endet nicht immer mit dem Endsieg des Gegners desjenigen, der diese Krise durchlebt. So etwas passiert meistens nur, wenn das Subjekt dieser Krise sie nicht verarbeiten kann, um sie produktiv aufzuheben, wenn er selbst also nur ein Element dieser Krise ist.

In diesem Artikel werden wir die historische, sowie auch kulturelle Eigentümlichkeit Griechenlands kurz skizzieren, um die Eigenartigkeit der griechischen Linken insgesamt und ihre Lage heute zu verstehen. Es geht dabei um die Analyse einer linken Bewegung, die Züge der Massenverbundenheit und -wirksamkeit mit dem Dogmatismus verbunden hatte, die Theorie im Rahmen einer Überpolitisierung unterschätzt und die fehlende Verarbeitung der Strategie durch große Fähigkeiten zum Taktieren ersetzt hatte. Wir stellen die These auf, daß diese Charakteristika der griechischen Linken ein Ergebnis der Besonderheiten der Entwicklung des griechischen Kapitalismus sowie der Volksbewegung in Hellas waren. Deswegen muß man, unserer Meinung nach, zum Verständnis der Entwicklung der griechischen Linken und ihrer heutigen Lage, die Elemente des politischen Systems und die Geschichte der Linken berücksichtigen, welche ihre Eigentümlichkeit in der einen oder anderen Weise bestimmt haben.

¹ Der Beitrag wurde am 30.9.1991 abgeschlossen.

1. Einige Charakteristika der Geschichte Griechenlands

Bei der Herausbildung der politischen Kultur des Landes, der Besonderheiten der politischen Parteien spielten die Traditionen des Landes, die Art und Weise der Entstehung der politischen Tendenzen sowie die Struktur der Sozialgruppen, die von den organisierten politischen Kräften vertreten wurden, eine große Rolle.

Die griechische Linke entwickelte sich in einem Land, das vier Jahrhunderte lang zum Osmanischen Reich bzw. zu einem despotisch-orientalischen Reich gehörte bzw. unter einem despotisch-orientalischen Regime lebte.²

Das griechische Kapital entstand nicht in erster Linie durch die Transformation der Manufaktur in eine kapitalistische Industrie, sondern über den nichtrevolutionären Weg, d.h. über die Akkumulation von Handelskapital. Dies hatte zum Ergebnis, daß die griechische Bourgeoisie in ihrer gesamten historischen Entwicklung charakterisiert wird durch ihre Vermittlungsfunktion im geographischen Raum zwischen Europa und Asien, daß sie hauptsächlich darauf orientiert war, Unterfunktionen des international agierenden Kapitals zu übernehmen und selten Versuche unternahm, das Land zu industrialisieren.

Die ursprüngliche Akkumulation des griechischen Kapitals fand nicht im Rahmen eines sich entwickelnden Nationalstaates statt, sondern erstreckte sich auf das gesamte Gebiet des Osmanischen Reiches. Dies war einer der Hauptgründe dafür, daß der radikale und aufgeklärte Flügel der griechischen Bourgeoisie, der für nationale Unabhängigkeit kämpfte, nur sehr schwer Zugang zu den mächtigsten Kreisen seiner eigenen Klasse fand. Von Beginn der Herausbildung des griechischen Staates, der gegen die Widerstände von wichtigen Teilen der griechischen Bourgeoisie erfolgte, die das gesamte Gebiet des damaligen Osmanischen Reiches zu ihrem "nationalen Markt" transformieren wollten, versuchten die verschiedenen Flügel der griechischen Bourgeoisie in Zusammenarbeit mit den internationalen Großmächten des 19. Jhs. die politische Szene des Landes zu bestimmen.³

Es ergaben sich nicht nur in der Ökonomie, sondern auch direkt in der Politik Abhängigkeitsbeziehungen zwischen den herrschenden Schichten Griechenlands und denen der Großmächte des 19. Jhs., wobei jede von ihnen Griechenland in ihre direkte Einflußsphäre zu integrieren versuchte. Im Grunde genommen wurde Griechenland für lange Zeit vom Ausland

² Zur Geschichte Griechenlands siehe ausführlicher: Nikos G. Svoronos (in Griechisch): Überblick über die neugriechische Geschichte, mit einem bibliographischen Anhang. Zusammenge stellt von Spyros I. Asdrachas, Athen 1976, zweite Ausgabe.

³ Leider gibt es über das Thema der ursprünglichen Akkumulation in Griechenland keine ausführlichen Untersuchungen. Ansatzweise gibt es einige Daten dazu in: Giannis Kordatos: Einleitung in die Geschichte des griechischen Kapitalismus, Athen 1930, und in: Serafim Maximos: Die Geburt des griechischen Kapitalismus, Athen 1945.

regiert, und die politischen Parteien spielten, teilweise, die Funktion eines Vermittlers zwischen den Interessen des Auslands und der nationalpolitischen Szene.⁴

Charakteristisch für diese Art der Beziehungen war unter anderem, daß zum ersten Ministerpräsidenten Griechenlands der damalige Außenminister Rußlands, Kapodistrias, ernannt wurde. Entsprechend war der erste König Griechenlands, Othon der Erste, ein Prinz aus dem Bayerischen Hof. Um die gleiche Zeit (bis Mitte des 19. Jhs.) bildeten sich die ersten Parteien, die eher drei Richtungen darstellten: die proenglische, die auch die königstreueste war, die profranzösische und die dem Volk am meisten nahestehende prorussische Partei.

Diese Parteien waren keine festen Organisationen, sondern eher Clubs von Politikern mit unmittelbaren Beziehungen zum Thron, zu den Botschaften der Großmächte sowie zu den sozialökonomisch herrschenden Kreisen. Sie schufen ganz besondere Beziehungen zu ihrer Wählerschaft, die nicht unmittelbar politische waren, sich nicht als klassenspezifisch artikulierten (was die Stoßrichtungen ihrer Praxis eindeutig zeigten), sondern eher "kundenartige" (*pelatiakes*) auf der Basis der osmanischen Traditionen von *Bachsisi* und *Rusfeti*.⁵

Hierbei muß man berücksichtigen, daß die nichtrevolutionäre Art der Entstehung des griechischen Kapitalismus und der Bourgeoisie ein Prozeß war, der in seinen historischen strukturellen Zügen individuell permanent wiederholt wurde. Man braucht nur daran zu denken, daß die bekanntesten und reichsten griechischen Kapitalisten bis heute ihr Kapital ursprünglich außerhalb Griechenlands akkumuliert hatten und Griechenland erst nachträglich als eine Art verspätete nationalstaatliche Basis betrachteten. So z.B. Onassis, Niarchos, Koskotas, Saliarelis, Laimos, Latsis usw.

Gleichzeitig und zwar als Ergebnis jahrhundertelanger Traditionen und Widerstandserfahrungen sowie der Art und Weise, wie sich der neue griechische Staat herausgebildet hatte, war die große Mehrheit der Bevölkerung hoch politisiert. Die Eigentümlichkeit dieser Politisierung besteht darin, daß sie nicht immer die entsprechenden Sozialfelder besetzte. Es ergab sich eine Überpolitisierung, die sich oft formal und abseits der unmittelbaren Klassenkämpfe am Ort der Arbeit entwickelt hatte. Diese Politisierung hatte einen tiefen demokratischen Inhalt und orientierte sich sehr

⁴ Zu den Parteien Griechenlands, siehe: J. Meynaud: Politische Kräfte in Griechenland, Athen 1966

⁵ *Pelatiakes* heißen in Griechenland die politischen Beziehungen, die durch Kundschaftsverhältnisse zwischen dem Wähler (der seine Stimme abgibt) und dem Politiker (der ihm als Äquivalent ein *Rusfeti* macht) mit der Anwendung eines ganz bestimmten Wahlgesetzes entstehen. Mit *Rusfeti* wird ein staatlicher Akt bezeichnet, der nicht gesetzlich vorgesehen wird und zugunsten eines Freundes der regierenden Partei beschlossen bzw. geschenkt wird. *Bachsisi* ist ein Wort, das aus dem Türkischen stammt und die Ausgabe von Geld für die Bezahlung einer bestimmten Dienstleistung bedeutet. In der Politik bedeutet es den Kauf von bestimmten Gefälligkeiten.

stark an der Frage der nationalen Unabhängigkeit. Diese Überpolitisierung der griechischen Gesellschaft hatte eine Reihe von widersprüchlichen Folgen. So erkämpfte sich Griechenland 1832 die fortschrittlichste Verfassung in Europa, ohne daß aber diese formalen Rechte, die die radikalsten Gedanken Westeuropas enthielten, jeweils zur Anwendung kamen.⁶

Griechenland, das Land der unzähligen Militärputsche, der Überpolitisierung und einer Bourgeoisie, die unfähig war, eine bürgerliche Revolution zu gestalten und bis zu Ende zu führen, ist ein Land, wo die elementarsten gesetzlich verankerten Rechte nicht zur Geltung kamen, wo grundlegende demokratische Rechte erst noch erkämpft werden mußten. Diese Widersprüche hingen damit zusammen, daß die griechische Bourgeoisie, die sich historisch über den oben beschriebenen nicht-revolutionären Weg formiert hatte, sich mehrmals - dank der bewaffneten Unterstützung der Großmächte - vor einer offenen politischen Niederlage im inneren Sozialkampf "retten" konnte, daß sie als herrschende Klasse unflexibler als jede andere in Europa war und nicht über das erforderliche schöpferische ideologisch-theoretische Vermögen verfügte. Die Art ihres Überlebens machte sie unfähig und desinteressiert an größeren und Modernisierungseffekte anstrebenden Reformen. So wie sie nur eine Vermittlungsfunktion in der Ökonomie hatte, so wie sie ihre ursprüngliche Akkumulation im Ausland machte, so übernahm sie auch aus dem Ausland Schemata und Theorien und übertrug die dadurch gewonnenen Kenntnisse mechanisch auf die griechische Gesellschaft. Sie war und ist eine Klasse, die sehr dogmatisch dachte und denkt und deswegen unter anderem immer ein verkürztes Demokratieverständnis hatte.

Die Charakteristika der griechischen Bourgeoisie beeinflussten stark die "Persönlichkeit" der Arbeiterklasse und -bewegung des Landes. Die griechische Linke entsprach zeitweise ihren Gegenspielern, d.h. einer undemokratisch handelnden, ideologisch relativ desinteressierten und im Bereich der Theorie unterentwickelten Klasse. Mit anderen Worten, das kulturell-geistige Erbe, das die Volksbewegung vorfand, war viel unbedeutender als im übrigen Westeuropa und beeinflusste ihre Beziehung zur Theorie negativ.

Gleichzeitig mit der Geburt des Kapitalismus und entsprechend der Art seiner Geburt entstand auch die griechische Arbeiterklasse und Arbeiterbewegung mit Verspätung (auch im Vergleich zu anderen Balkanländern). Hinzu kommt, daß die Kommunistische Partei (KKE), die im Jahre 1918 entstand, nicht aus der Spaltung einer sozialdemokratischen Partei hervorging, sondern aus dem Zusammenschluß verschiedener linker Gruppen sozialistischer Prägung. So war die erste große linke Gruppe, die in Grie-

⁶ Siehe Tasos Vournas: Das griechische 1848, o. Ort, 1956, sowie Pavlos Bakojannis: Militärrherrschaft in Griechenland, Köln-Berlin-Stuttgart-Mainz 1972, insb. S. 13 - 87, und L. Bossle, K. Hornung, G. Mergl: Blick vom Olymp, Stuttgart-Degerloch 1973.

chenland entstand, die Kommunistische Partei Griechenlands (KKE), die sehr schnell Mitglied der Komintern wurde.⁷

Die Entstehung der KKE ohne die parallele Existenz einer sozialdemokratischen Partei mit Einfluß in der Arbeiterklasse oder anderen ärmeren Schichten trug mit dazu bei, daß einerseits die sozialdemokratischen Parteien, die sich zwischen 1920 - 1970 gebildet hatten, aus einigen Intellektuellen ohne bedeutenden politischen Einfluß bestanden und daß andererseits in den breiteren Bündnisorganisationen der KKE bzw. in den eigenen Organisationen die sozialdemokratischen Ansichten mitvertreten bzw. integriert waren. Dies war die Grundlage für die Entstehung scharfer innerer Auseinandersetzungen innerhalb dieser Organisationen bzw. der wichtigste Grund dafür, daß sich diese breiteren Organisationen - die auf Initiativen der KP gebildet worden waren - gegenüber der KKE verselbständigten (z.B. die EDA in den 60er Jahren und Synaspismos heute).⁸

Hinzu kam, daß die KKE, entsprechend ihrer Gegenspieler und der Traditionen des Landes, einerseits wenig Sinn für tiefgehende und perspektivische theoretische Arbeit aufbrachte, andererseits aber eine überdurchschnittliche Fähigkeit zeigte, sich trotz der Jahrzehnte der Illegalität stark in die Politik einzumischen, oft erfolgreich politisch-taktisch zu denken und vorzugehen.

2. Die griechische Linke vom Zweiten Weltkrieg bis heute

Während des Zweiten Weltkrieges leitete die KKE und die übrige griechische Linke einen opfervollen nationalen Widerstand, den stärksten neben Tito in Europa. Während der deutschen Besatzung standen mehr als 80 % der Bevölkerung unter dem direkten moralisch-politischen Einfluß der EAM (Nationale Befreiungs-Front), die mehr als 3,5 Millionen Mitglieder hatte (bei einer Gesamtbevölkerung von 7,8 Mill.). Schon im Jahre 1942 waren mehrere Gebiete von der ELAS (Nationale Volksbefreiungsarmee) befreit. Die KKE war neben dem Bund der Kommunisten Jugoslawiens die KP mit dem größten politisch-moralischen Einfluß in Europa.

Die Niederlage der Linken gegen die königstreuen Kräfte und westlichen Streitkräfte, die direkt in den von den Engländern provozierten Bürgerkrieg interveniert hatten⁹, sowie das Verbot ihrer legalen Tätigkeit zwang

⁷ Zur Geschichte der griechischen Arbeiterbewegung siehe: Kordatos, Giannis: Geschichte der griechischen Arbeiterbewegung, Athen 1956.

⁸ Auch nach Gründung der PASOK, einer eigenartigen sozial-reformistischen Bewegung, konnte man weiterhin das gleiche Phänomen beobachten. Erst jetzt in den 90er Jahren, als PASOK sich zu einer sozialdemokratischen Partei umzuwandeln begann, tendiert der "rechtere" oder "Erneuerungs"-Teil der griechischen Linken dazu, sich nicht nur von der kommunistischen Bewegung zu trennen, sondern sich langfristig PASOK anzunähern, auch wenn den Akteuren dies noch nicht bewußt ist.

⁹ Über den griechischen nationalen Widerstand und Bürgerkrieg siehe: H. Richter: Griechenland zwischen Revolution und Konterrevolution 1936 - 1946, Frankfurt 1973, sowie

die KKE dazu, den Kampf in der Illegalität zu organisieren sowie im Bündnis mit anderen kleineren sozialistischen Gruppen und unabhängigen Persönlichkeiten eine legale politisch aktive Organisation zu bilden. So entstand Anfang der 50er Jahre die EDA (Einheitliche Demokratische Linke).

Trotz äußeren Terrors und innerer Auseinandersetzungen in der griechischen Linken - Auseinandersetzungen, die das Ergebnis einer der KKE aufgezwungenen Entstalinisierung von Seiten der Parteileitungen der KP's in den Ländern des sogenannten "realen Sozialismus" waren¹⁰ -, oder gerade deswegen erreichte die EDA 1958 einen großen Wahlerfolg. Sie erreichte 24,5 % der Stimmen und wurde zur oppositionellen Hauptkraft im griechischen Parlament.

Innerhalb der EDA strebten aber die Geister auseinander. Ein Teil ihrer Führung wollte die Umwandlung dieses Bündnisspektrums zu einer einheitlichen selbständigen Partei, unabhängig von der KKE, wenn nicht in Gegensatz zu ihr. Der andere Teil wollte weiter die EDA als legalen Träger der Bündnispolitik der K.P., deren Leitung sich im Ausland befand, erhalten.

1958 wurde ein Beschluß des ZK der KKE bekannt, der die vorläufige Auflösung ihrer Grundorganisationen vorsah, mit der Begründung, daß diese vom Klassenfeind unterwandert seien. Gleichzeitig war die sofortige Bildung von "Partei-Stützen" vorgesehen. Der erste Teil des Beschlusses wurde sofort angewandt und erleichterte die Tendenz der Verwandlung der EDA von einer Bündnisorganisation in eine Partei. Andererseits und nachdem die EDA 1963-4 nicht in ganz Griechenland kandidierte, um den Wahlsieg der liberalen Zentrumsunion unter der Führung von Georg Papandreou zu ermöglichen, wurden in der KKE diejenigen Stimmen laut, die einer Reihe ihrer innerparteilichen Gegner und der Leitung der EDA eine Politik der Liquidation vorwarfen.

Seit 1965 verschärfte sich die Lage innerhalb der KP und der EDA. Die Auseinandersetzung wurde hauptsächlich geführt zwischen der Mehrheit der Leitung der EDA (dazu gehörte die Mehrheit der Inlandsleitung der KKE) und der Minderheit in der EDA in Zusammenarbeit mit der Mehrheit der Leitung der KKE, der illegalen Parteistützen sowie dem noch in der Halbilllegalität sich befindenden Apparat der KKE und den KKE-Funktionären, die aus den KZ's entlassen wurden und wieder die aktive politische Tätigkeit aufnahmen.

den Sammelband: Griechenland 1936 - 1944, Akten des Internationalen Symposiums, Athen 1989, und H. Fleischer-S. Bowman: Griechenland im Jahrzehnt 1940 - 50, Bibliographische Sammlung, Athen 1984.

¹⁰ Es wurde von diesen Parteien eine Kommission gebildet, die eine außerordentliche ZK-Sitzung der KKE einberief, auf der Sachariadis, Stalins linke Hand, aber auch ein außergewöhnlich populärer Politiker und der damals beliebteste, trotz seiner linkssektiererischen Linie, unter den griechischen Kommunisten (Held von Auschwitz), abgesetzt wurde. Siehe dazu den Zweiten Band der Ausgabe: Chronik der KKE, Athen 1978.

In dieser Zeit bildete sich die Lambrakis-Jugend. Dies war eine massenwirksame, breite Jugendorganisation der Linken, die aus der EDA-Jugend hervorging und versuchte, die breite, sich nach der Ermordung des EDA-Abgeordneten Lambrakis (1963) formierende Bewegung zu artikulieren. Aus Funktionären der EDA-Athen und der Lambrakis-Jugend entstand die Gruppe Anagennisis (Wiedergeburt), die sich später in verschiedene M-L-Organisationen spaltete. Hier ist festzustellen, daß nach 1965 der Einfluß von KKE und EDA unter der Jugend, insbesondere der Intelligenz, immer mehr zurückging.¹¹

Der erfolgreiche und fast widerstandslose Putsch der Junta der Obristen am 21.4.1967, verschärfte die Widersprüche und Gegensätze innerhalb der griechischen Linken. Die KP-Leitung warf der EDA-Mehrheit vor, daß sie legalistische Illusionen gehabt habe und damit mitschuldig daran sei, daß die Bewegung unvorbereitet auf den Widerstand gewesen sei. Die EDA-Mehrheit ihrerseits warf der KP-Leitung Entfremdung von den tatsächlichen Entwicklungen in Griechenland und Dogmatismus vor. Die maoistischen Gruppen erwiesen sich als viel "harmloser" gegenüber ihrer Parole vom "Sieg im Volkskrieg" und noch weniger vorbereitet auf den Kampf gegen den Faschismus als die KP.

Sofort nach dem Putsch der Obristen verschärfen sich die Gegensätze zwischen Teilen der Leitung der KP sowie, dementsprechend, zwischen den Linken, die sich in den Gefängnissen und KZ-Kollektiven befanden, wie auch innerhalb der verschiedenen Widerstandsbewegungen, vor allem der Jugendorganisation Rigas Pheräus (einer Organisation, die nach der Spaltung der KKE zur KP-Inland übergang und sich zu einer kommunistischen Jugendorganisation transformierte) und der Widerstandsbewegung PAM (Panhellenische antidiktatorische Front).

Während des 12. Plenums des ZK der KPG wurde die Spaltung der KKE vollzogen. Die Mehrheit warf der Minderheit Fraktionismus und Spaltertum, Legalismus und Entwaffnung der Volksbewegung sowie Revisionismus vor. Der andere Teil, der sich zuerst "Einheits-ZK" nannte und später "KP-Inland" (KKE esoteriko), warf dem ersteren Dogmatismus und Abhängigkeit von Moskau vor.¹² Wegen der Spaltung näherte sich ein Teil der Funktionäre von EDA und Lambrakis-Jugend der Panhellenischen Befreiungsbewegung (PAK), die sich aus linken Funktionären der ehemaligen Zentrumsunion unter der Leitung von Andreas Papandreu gebildet hatte.

Es war nicht die harte Auseinandersetzung zwischen diesen beiden Teilen der damaligen kommunistischen Linken, durch die das Kräfteverhältnis

¹¹ Für diese Zeit, besonders für die Entwicklung und Politik von EDA, siehe: Spyros Linardatos: Vom Bürgerkrieg zur Junta, Band a'1949-1952, Athen 1977, insb. S. 270 - 316, 342 - 343, 527 - 535, Band b'1952-1955, Athen 1978, S. 267 - 303, Band c'1955-1961, Athen 1978, S. 59 - 80, 143 - 4, 502 - 506, und Band d'1962-1967, Athen 1981.

¹² Siehe dazu alle Hefte der Zeitschrift "Neos Kosmos" in der Zeit zwischen 1968 bis 1973.

zwischen den beiden bestimmt wurde. Die Hauptentscheidung für die deutliche Mehrheit der KKE fiel in den Gefängnissen und in den KZ's und später durch die Stärkung der Kommunistischen Jugend Griechenland (KNE), die sich im September 1968 konstituiert hatte. Die KNE erfuhr nach den ersten großen Protesten an den Unis und im öffentlichen Dienst eine sehr starke Verbreitung.

Um die gleiche Zeit drückte die Führung der KP-Inlands, die sich zum Eurokommunismus bekannte, ihre Bereitschaft aus, den sogenannten Institutionalisierungsprozeß der Junta zu unterstützen (nach dem Sommer 1973). Im Namen dieser Politik stellte sie sich gegen die größten Widerstandsaktionen der Jugend, nachdem sie sich zuerst von der Besetzung des Athener Politechnikums, dem Hauptkatalysator für die Verurteilung der Junta durch das Volk, distanziert hatte.

Nach dem Zusammenbruch der Junta im Jahre 1974, sammelte die KKE 6 % der Wähler hinter sich und die EDA in Zusammenarbeit mit der KP-Inlands und anderen kleineren Gruppen 3 %. Dieses Verhältnis verschob sich in den nächsten 5 Jahren zugunsten der KKE auf 11 % gegenüber 1,5 %, bzw. nach der Spaltung der KP-Inlands in die Partei der "EAR" (griechische Linke) und der "KKE es. an.ar." (KP-Inlands erneuerte Linke) gegenüber weniger als 1 %.

Ein Hauptgrund für diese Verschiebung des Kräfteverhältnisses waren die Bündnisangebote, die diese mehr eurokommunistisch orientierten Parteien in den '70er Jahren an die Rechten gerichtet hatten. Es wurde von ihnen die Konzeption der Zusammenarbeit mit der sogenannten antidiktatorischen Rechten erarbeitet, womit sie sich scharf von denjenigen Bewegungen abgrenzten, die sich in einer harten Auseinandersetzung mit den rechten Regierungen befanden.

In den 80er Jahren, als die KKE in eine immer tiefere Krise geriet, gleichzeitig die Geschichte der Spaltung und die Auseinandersetzungen mit dem Eurokommunismus nicht mehr im Zentrum der Beziehungen zwischen den Linken standen sowie das Verhältnis zur PASOK (eine Kraft, die sich in den 90' Jahren zu einer Sozialdemokratischen Partei entwickelte) immer gespannter wurde, gewannen auch die internen Auseinandersetzungen an Gewicht.

In der KP bildeten sich vor allem 4 Gruppen heraus. Die erste war die sogenannte Politbüro-Fraktion, d.h. die Gruppe der älteren Funktionäre, die Träger der Psychologie der Niederlage und der Formen des illegalen Kampfes waren, in Zusammenarbeit mit demjenigen Teil der jüngeren Generation, die Träger rückständiger Ansichten und eines eigenartigen Antiintellektualismus war. Diese Gruppe ist auch heute vorherrschend in der KKE, indem sie besondere Fähigkeiten der Kontrolle des Apparats und eine besondere Art von Identitätsbeziehung mit Teilen der ärmeren Schichten des Landes ausgebildet hat. Diese Gruppe (die heutige KPG) vertritt die Meinung, daß die herrschenden Organisationsformen und An-

sichten innerhalb der Linken, also die seit 70 Jahren bestehende KKE, immer noch das revolutionäre Subjekt seien, das die Gesellschaft transformieren könne.

Die zweite Gruppe bestand aus Funktionären, deren Ansichten eine große Verbreitung in den Massenmedien fanden, und die sich auf dem 13. Kongreß der KKE (Frühling 1991) als "Strömung der Erneuerer" bezeichnete. Diese Gruppe setzte sich für die Umwandlung des Synaspismos in eine eigenständige Partei ein. Somit sollte der Synaspismos, der bis vor kurzem ein Block-Bündnis war, in dem "orthodoxe" Kommunisten und ehemalige "Eurokommunisten", rechte Sozialdemokraten (die früher zusammen mit der N.D. - der Partei des Großkapitals - kandidiert hatten und deren früherer erster Vorsitzender, Jankos Pesmatzoglou, Europarlamentarier dieser Partei ist) sowie einige Unabhängige, die aus der PASOK kamen und die Zusammenarbeit mit den Rechten derjenigen mit Pasok vorziehen, mehr und mehr zu einer einheitlichen politischen Institution mit mehreren Strömungen umgewandelt werden. Diese zweite Gruppe bildete bis Mai 1991 zusammen mit der ersten Gruppe die Mehrheit in den Leitungsorganen der KKE, unterhielt in den 80er Jahren zur ersten Gruppe enge Beziehungen und stand dieser zumindest in der Anwendung undemokratischer Maßnahmen in nichts nach, obwohl sie gleichzeitig stärker als die erstere den Weg der KP-Modernisierung suchte. Diese Gruppe vertritt die Ansicht, daß mit der KKE jede Form einer die Welt radikal verändernden Politik zu Ende gegangen ist.

Die dritte Gruppe bildeten Funktionäre, die zur KKE über die Leitungen der KNE (Kommunistische Jugend Griechenlands) gestoßen waren und zu der ca. 80 % der Funktionäre der KNE gehörten. Diese Gruppe wurde in der Zeit zwischen Frühling 1989 und Winter 1990 aus der KKE entfernt bzw. per undemokratischer Beschlüsse von der Leitung der KNE abgesetzt. Die Ansichten dieser Gruppe waren anfangs radikal-links, versuchten in einer neuen Art und Weise klassenmäßig an die Probleme der Gegenwart heranzugehen. Mit der Zeit wurden sie mehr und mehr von Sektierertum in der Taktik, Radikalität ohne Inhalt in der Sprache und Ausweglosigkeit in der Strategie gefärbt. Sie bilden die NAR (Neue Linke Strömung), die im Grund genommen den Versuch unternimmt, eine "gute, richtige" KKE aufzubauen, und zwar mit den gleichen dogmatischen Methoden und fehlender innerer Demokratie wie diese. Ein Teil dieser Gruppe bildete im Sommer 1991 eine neue Gruppe um die Zeitschrift "Aristeri Anasyntaxi" und erinnert mehr an die Positionen der KKE in den 70er Jahren.

Zu der vierten und kleinsten Gruppe innerhalb der KKE zählten verschiedene Funktionäre und Mitglieder, die größtenteils Partei-Intellektuelle und Gewerkschaftler in für griechische Verhältnisse relativ großen Betrieben waren. Diese sind nach Bekanntmachung der Regierungskoalition zwi-

schen der konservativen Partei "Neue Demokratie" und dem Synaspismos aus der KKE ausgetreten.¹³ Diese Gruppe, die sich um die theoretische Zeitschrift "Dialektiki" gesammelt hatte, ist der Meinung, daß auch heute ein radikales linkes politisches Subjekt nötig ist, daß aber dies eine neuartige Formation sein muß, die mit den bestehenden Formen bricht bzw. sie dialektisch überwindet.

3. Die Linke heute

Die griechische Linke, und insbesondere die KKE, erlebt heute eine tiefe Krise. Richtiger wäre es, von mehreren Krisen zu sprechen, die sich in der griechischen Linken kreuzen.

Es ist zum einen die Krise, die die kommunistische Bewegung, aber auch andere fortschrittliche Kräfte durchmachen. Der Zusammenbruch des alten Sozialismus wirkt negativ auf die Moral und die Identität der größten Teile der Linken. Mit anderen Worten: die Ursachen und Wirkungen dieser Krise sind international bestimmt und ceteris paribus wirkt die Krise in Griechenland ähnlich wie in den übrigen kapitalistischen Ländern Westeuropas unter der Berücksichtigung des relativ niedrigen Entwicklungsniveaus des griechischen Kapitalismus.

Zum anderen kommen zu den internationalen Faktoren, die diese Krise bestimmen, die nationalen Eigentümlichkeiten Griechenlands hinzu. Dabei spielen vor allem zwei Faktoren eine Rolle:

Erstens befinden sich die KKE sowie alle anderen linken Kräfte in einem Land, das selbst von einer tiefen sozialen und ökonomischen Krise erfaßt ist. Griechenland ist ökonomisch in den 80er Jahren, was Nationaleinkommen und Produktivität anbetrifft, erstmals von Portugal überholt worden und gehört jetzt mehr denn je zur EG-Peripherie. Das Land hat die höchste Inflationsrate in der gesamten EG und ist das einzige Land, in dem in den letzten 25 Jahren keine neue größere Investition getätigt wurde. Die Hauptstütze der griechischen Ökonomie (Devisen durch die Handelsflotte, die Gastarbeiter im Ausland und den Tourismus) wird immer mehr begrenzt, und die Auslandsverschuldung des Landes nimmt permanent zu, wohingegen die Kreditfähigkeit des Landes abnimmt. Die relative Ausweglosigkeit des Landes und die immer sichtbarer werdende individuelle Perspektivlosigkeit für den "kleinen Mann" sind die Grundlage für einen verbreiteten sarkastischen Pessimismus.

Die Tatsache, daß gerade bei einer solchen Krise diejenige Kraft (die Linke), die die Gesellschaft aus der Krise herausführen könnte, sich selbst in einer tiefen Krise befindet, verstärkt sowohl das Bewußtsein der Krise in der Gesellschaft als auch das Gefühl der eigenen Krise der Linken.

¹³ Siehe dazu N. Kotzias-K. Batikas: Eine Diskussion, die nicht stattfand, Athen 1989.

Ein zweiter Faktor ist die Art der Politik, mit der die KKE und der Synasmos auf diese Krise reagiert haben. Statt den Versuch zu unternehmen, die sich in der Geschichte des Klassenkampfes historisch herausgebildete linke radikale Linie weiterzuführen, durch demokratische Diskussionen über die Lage des Landes und der politischen Parteien auch ihre eigene Lage rational und vernünftig einzuschätzen, nahmen sie Zuflucht zu der sogenannten "großen" Politik, bildeten sie zusammen mit der rechten Partei "Neue Demokratie" (N.D.) die Regierung Tzannetakis und schickten die Leitung der PASOK¹⁴ vor Gericht. Politisch-finanziellen Skandalen wurde nicht mit politischen Mitteln entgegengetreten, sondern sie wurden mit der Zustimmung der Linken der juristischen Behandlung überantwortet. Insbesondere durch diesen Akt stellten sich die beiden Hauptkräfte der griechischen Linken als Apologeten bürgerlicher Regierungen dar und versuchten während ihrer Beteiligung an den Regierungen Tzannetakis (1989) und Zolotas (1989-90), die Regierungspolitik dem Volk gegenüber zu erklären und zu verteidigen, obwohl es sich um bürgerliche Regierungen ohne Transformierungsperspektiven handelte. Sie gaben es sogar auf, die elementarsten Rechte der Werktätigen zu artikulieren und erschienen somit ab Sommer 1989 als eine Partei wie jede andere auch.

Der strategischen Krise folgte die Identitätskrise dieser Linken innerhalb des politischen Systems. Sie wurde Element dieses Systems, stand nicht mehr in Opposition zu diesem und erhob die Fähigkeit der Linken zu regieren - welchen Preis es auch koste - zum einzigen Prinzip linker Politik und Ethik. Die traditionelle oder "offizielle" Linke Griechenlands geriet in eine Identitätskrise sowohl als Institution als auch in Bezug auf die inneren Beziehungen zwischen ihren verschiedensten Elementen. Die Identitätskrise ging einher mit einer moralischen Vertrauenskrise.

Eine Folge davon war unter anderem, daß die kleinen linken Parteien im Grunde genommen zerfielen. Bis jetzt überlebten als Gruppen ohne bedeutende Organisationen ein Teil der ehemaligen "KKE-Inland erneuerte Linke" sowie die Gruppe NAR, die aus ehemaligen Funktionären der KNE hervorgegangen war. KKE und Synasmos¹⁵ befinden sich in einer tiefen Krise. Der Erneuerungsflügel der KKE, der sich immer mehr der Sozialdemokratie annähert, versucht gegen den Willen der Mehrheit der KKE, den Synasmos in eine eigenständige Partei zu transformieren. Dies führte zum Austritt der KKE aus dem Synasmos und zu einer inneren Spaltung dieser Partei, wobei die Mitgliederfluktuation von beiden Seiten zunimmt.

Die Spaltungen und Auflösungen der bestehenden linken Organisationen sind als solche nicht a priori negativ einzuschätzen. Negativ ist die Art und

Weise, wie die bestehende Linke auseinanderbricht und zersplittert. D.h., dieser Prozeß ist nicht Ergebnis einer längeren Diskussion und der Erkenntnis, daß diese Art linker Organisationen heute historisch überholt ist. Es ist z.B. keine Diskussion vorangegangen, durch die hätte geklärt werden können, daß etwa die bestehende Linke, die historisch als die Linke des Fordismus und Taylorismus entstanden war, eine Linke ist, die den Formen einer gesellschaftlichen Organisation entspricht, die weit davon entfernt ist, zu der neuen Phase der Entwicklung des Kapitalismus und des Zusammenbruchs im "Osten" zu passen.

Ein Ergebnis davon ist, daß die Krise immer mehr in nicht zivilisierten Formen verläuft (wie auch die Auseinandersetzungen zwischen den Führungen von KKE und Synasmos nach ihrer Trennung zeigt), nicht konstruktiv ist und nicht zur bewußten Formierung einer neuen radikalen linken Bewegung führen kann. Mit anderen Worten: die bestehenden Formen der linken Organisationen und Institutionen werden nicht mit linken Methoden überwunden. Was schon besteht, ist nicht nur von der Krise betroffen, sondern wird selbst zum Element und Träger dieser Krise.

Die Krise und relative Zersplitterung der Linken hat auch eine andere Seite. So entstehen vor allem zwei Formen des Entgegenwirkens, die noch nicht genug Kraft aufbringen, um den Tendenzen des unproduktiven Verlaufs der Krise entgegenzuwirken. Es bilden sich unabhängige Bewegungen, Initiativen und politisch-theoretische Zeitschriften, die den Versuch unternehmen, ohne "Generäle" die Diskussionen voranzutreiben, die Fronten des Kampfes zu erhalten. Es entstehen neue Ideen und gesellschaftliche Widerstandsformen.

Eine weitere Form ist die Bildung eines "Diskussions-Forums der Kräfte der Ökologie und der Linken", an dem sich Bürger aus verschiedenen politischen und ideologischen Strömungen der Linken und der Ökologen beteiligen. Diese sind nicht Vertreter von Parteien oder anderen Organisationen, obwohl viele auch Mitglieder von Leitungsorganen linker Parteien oder politischer Bewegungen sind. Gleichzeitig haben deren Parteien beschlossen, die sogenannte Initiative der "50" - "Politisch Aktive Bürger" zu unterstützen und ihre Massenmedien dem Forum zur Verfügung zu stellen. Die Frage ist, ob den Worten auch Taten folgen werden und ob diese Parteien an den programmierten vielfältigen Diskussionen und Publikationen konstruktiv teilnehmen werden.

Wir glauben, daß die Krise der Linken produktiv werden kann, wenn sie demokratisch kollektiv erlebt und diskutiert wird, wenn man sie nicht nur als eine Frage von Personen betrachtet, sondern als das Ende einer Epoche, d.h. als das Ende von bestimmten Formen und Inhalten, von Organisationen und Parteien, Bewegungen und Kampfmitteln, und wenn man sie gleichzeitig als historische Chance versteht, aus der Erfahrung der Vergangenheit die Wette um die Zukunft zu gewinnen.

¹⁴ Über PASOK siehe: N. Kotzias: Der Dritte Weg von PASOK, Athen 1984, 5. Ausgabe.

¹⁵ Zum Synasmos siehe: N. Kotzias: Der Synasmos der Linken, Athen 1988, 3. Ausgabe.

Tom Schmid

Zwischen Import und Autonomie

Zur Krise des Marxismus in Österreich

Wenn man selbst erst vor kurzem in einen sozialen Prozeß tief involviert war, tut man sich schwer, darüber seriös sozialwissenschaftlich zu arbeiten. Diese alte Weisheit ist mir mit der Arbeit an diesem Artikel wieder einmal schmerzlich zu Bewußtsein gekommen. Wahrscheinlich hätte das jemand anderer besser gekonnt....

Ich will und kann daher auch kein geschlossenes Bild vermitteln, sondern versuchen, meine Überlegungen in einigen Thesen zur Diskussion zu stellen.

1.

Die Krise und der Zusammenbruch des Realsozialismus hat auch die Linke in Österreich, insbesondere aber die KPÖ in starke Turbulenzen gebracht. Im letzten Jahr ist die organisierte marxistische Bewegung unseres Landes offensichtlich zerbrochen. Das hat aber nicht nur "importierte" Ursachen. Ein Teil der Gründe für diese Krise ist durchaus hausgemacht.

2.

In Österreich gab es bereits in den achtziger Jahren keinen entwickelten marxistischen Diskurs. Hauptursachen dafür sind: die generell gering entfaltete politische Kultur in unserem stark korporatistisch organisierten Land, die starke Einbindung der Sozialdemokratie in die "Sozialpartnerschaft", eine insgesamt schwache Linke. Sowohl bei den Grünen als auch in der KPÖ waren theoretische Diskussionen kaum üblich. Selbst in der Studentenbewegung kam es nach dem Verschwinden des Maoismus und der sinkenden Innovationsfähigkeit der GO-Kräfte in den achtziger Jahren zu keinen eigenständigen theoretischen Diskussionsprozessen des Marxismus mehr. Wir können also sagen: die Marxismusdiskussion beschränkte sich in den achtziger Jahren weitestgehend auf eine (deformierte) Rezeption von Diskussionsprozessen im westlichen Ausland, insbesondere in der BRD.

3.

Wir müssen eine weitestgehende theoretische Absenz der KPÖ in dieser Periode konstatieren. Trotz einiger Ausnahmen (insbesondere in der wirtschaftspolitischen Abteilung der KPÖ) fand in dieser Partei in den letzten 15 Jahren kaum theoretische Arbeit statt, die diesen Namen verdient hätte: es fehlte schlicht an empirischen Arbeiten, die die reale uns umgebende Gesellschaft zur Grundlage genommen hätten. So wurde marxistische Theorie auf Agitation und Propaganda reduziert. Berührungsangst und das Leben und Publizieren in scheinbaren Gegenwelten (etwa der Gegenwart der "Parteiöffentlichkeit") war an die Stelle öffentlicher Beteiligung an Diskursen der scientific und politic communities dieses Landes (oder auch nur der Linken) getreten. Dadurch sank die Ausstrahlung, die Marxismus auch in Österreich vom Ende der sechziger bis Ende der siebziger Jahre hatte, bedeutend. Auch wir tragen unseren Teil von Schuld an dieser Entwicklung.

Der Einfluß, den die KPÖ in Bewegungen (noch) hatte, resultierte vor allem aus ihren organisatorischen Stärken und Fähigkeiten sowie der Anerkennung, die einzelne VertreterInnen als Personen erwerben konnten. Theoretisch hatte diese Partei kaum (mehr) etwas zu sagen.

4.

Ein tiefer Grund für diese Entwicklung liegt in den Auseinandersetzungen innerhalb der KPÖ in den sechziger Jahren begründet, und in der Art, wie diese "Parteikrise" (so die parteiamtliche Geschichtsschreibung) gelöst wurde: durch organisatorische Maßnahmen. Neue inhaltliche Orientierungen (antimonopolistische Strategie) wurden beschlossen, aber nicht erarbeitet.

Aber auch die Gruppen derer, die sich damals von der KPÖ getrennt hatten oder von ihr getrennt wurden, waren nicht in der Lage, einen eigenständigen und tragfähigen marxistischen Diskurs zu entfalten.

Aus dem marxistischen Zugang (vor allem von Intellektuellen, die im oder nach dem Krieg in der KPÖ waren) konnten vor allem in zwei Phasen der jüngsten politischen Entwicklung dieses Landes Impulse ausgehen: im Zusammenhang mit der sozialdemokratischen Modernisierung in der ersten Hälfte der siebziger Jahre und bei der Entstehung der Grünen in der ersten Hälfte der achtziger Jahre (ohne daß MarxistInnen aber jeweils prozeßgestaltend oder gar prozeßentscheidend gewesen wären).

5.

Am Ende der achtziger Jahre gab es einen kurzen Moment, wo es so schien, als könne sich der Marxismus aus Eigenem von "importierten" und "hausgemachten" Deformationen befreien. Im Zuge des Gorbatschowschen Aufbruches zerbrachen feste marxistische Dogmen - zumindest in intellektuellen Diskussionszusammenhängen und Publikationen. Gleichzeitig erlangte die Linke und auch die KPÖ eine gesteigerte Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit und durch die veröffentlichte Meinung. Sowohl die kritische und offene Aufarbeitung der eigenen Geschichte als auch die radikale Infragestellung der eigenen Positionen auf allen politischen Gebieten (von der Friedens- über die Europapolitik bis zu innen- und gewerkschaftspolitischen Themen) bewegten die Öffentlichkeit. Diese kurze Phase euphorischen theoretischen Aufbruches erfaßte auch die KPÖ, zumindest Teile von ihr.

6.

Allerdings wurde hier von vielen AkteurInnen die Rolle von Fundamentalismus in Phasen großer Verunsicherung übersehen. Denn als aus dem Gorbatschowschen Aufbruch der realsozialistische Zusammenbruch gekommen war, stellte sich auch für die marxistische Diskussion in diesem Lande bald heraus, daß die neuen Freiheiten im Denken und Handeln mit der nahezu vollständigen Aufgabe alter Sicherheiten erkauft werden mußte. Das führte zu Verunsicherungen, individuellen Rückzügen oder Verabschiedung aus der Linken - und zum Hervortreten eines radikalen (und in dieser Heftigkeit von vielen bereits totgeglaubten) Fundamentalismus.

7.

Ähnliche krisenhaften Prozesse am Ende der achtziger Jahre lassen sich weit über die Linke hinaus in allen traditionellen Parteien dieses Landes feststellen. Denn mit der Infragestellung bisheriger klassengebundener Politik durch die sich verändernde Wirklichkeit wurde auch die Position anderer "Klassenparteien" verunsichert - sowohl der bürgerlichen Partei ÖVP, die in große organisatorische, politische und ideologische Schwierigkeiten gekommen ist, als auch der SPÖ (die sich flugs von Sozialistische in Sozialdemokratische Partei umbenannte). Auf der Linken setzte sich diese Entwicklung wie gesagt in einem Erstarren eines Fundamentalismus von unten durch, sowohl bei den Grünen (die in den letzten beiden Jahren sehr viel an intellektueller Nachdenklichkeit verloren haben) als auch bei der KPÖ.

8.

Während sich die Grünen aber stabilisieren und nach einigen Mißerfolgen bei den jüngsten Landtagswahlen in Wien einen beachtlichen Erfolg verzeichnen konnten, wirkte sich diese Entwicklung auf die ohnehin schon schwache KPÖ verheerend aus. Spätestens mit dem Rücktritt eines Großteils der in Veränderungsabsicht im Jänner 1990 angetretenen Parteileitung entwickelte sich die Absetzbewegung von der KPÖ im Frühjahr 1991 zur Lawine. Heute scheint es so, daß nur mehr die materiellen Rücklagen und der immer noch relativ große Funktionsapparat (mit rund 200 von der KPÖ materiell abhängigen Beschäftigten) diese Partei vor dem totalen Verschwinden bewahren - aber auch vor dem Aufgehen in einer neuen zeitgemäßen linken Bewegung.

9.

Mir scheinen die Prozesse, die sich in den letzten zwei Jahren innerhalb der KPÖ und in ihrem Umfeld vollzogen haben, die direkte (aber von den meisten Akteuren viel zu spät erkannte und immer noch nicht wirklich reflektierte) Fortsetzung der "Lösung" der Auseinandersetzungen aus den späten sechziger Jahren zu sein: mit administrativen statt inhaltlichen Mitteln. PolitikerInnen wurden in der KPÖ 1991 (wieder) durch FunktionärInnen ersetzt.

10.

Zwar haben sich in den letzten Jahren im Umfeld der KPÖ und unabhängig von ihr neue Gruppen gebildet, neue (kleine und kleinste) Medien etabliert und finden marxistische Diskussionen bruchstückhaft und in kleinen Zirkeln statt. Aber insgesamt ist gegenwärtig in Österreich kein marxistischer Diskurs zu beobachten, der diesen Namen verdienen würde, der die konkreten österreichischen und internationalen Probleme aufarbeiten und interessenbezogen verallgemeinern und damit wieder politikwirksam machen könnte. Doch damit, und das ist meine Kernthese, steht die österreichische Linke in Wirklichkeit vor keiner neuen Situation - hier wird nur (allerdings unter extrem prekären Bedingungen) die Theorieferne (mancherorts auch Theoriefeindlichkeit) der österreichischen Linken, wie sie mindestens schon zwanzig Jahre existiert, fortgesetzt und "verallgemeinert". Dieses Warten auf importierbare Lösungsvorstellungen lähmt vielfach den Blick auf die eigenständige Aufarbeitung anstehender Fragen. Dazu würde etwa die Aufarbeitung des Stalinismus gehören, aber auch die radikale Infragestellung bisheriger Verwendung marxistischen Instrumentariums am Kriterium der gesellschaftlichen Wirklichkeit.

11.

Dies ist für Marxistinnen und Marxisten ein trübes Bild, zugegeben. Aber es bietet keinen Grund zur Resignation. Denn außerhalb aller marxistischer Diskurse (und von diesen auch bislang nicht beachtet) findet in den letzten Jahren ein Aufbruchprozeß verschiedener Bewegungen, der an konkrete Interessen bestimmter Menschengruppen geknüpft ist, statt: von der Frauenbewegung über die Krüppelbewegung bis zu den Sozialprojekten, von der Memorialgruppe bis zu Transitgegnern und schließlich bis tief in die traditionelle Gewerkschaftsbewegung hinein bildet sich eine neue Kultur lokaler "Widerstandsnester" und entstehen Netzwerke gegen die postfordistische "zweite Modernisierung" und die damit verbundene (manchmal auch nur scheinbare) Rechtsentwicklung heraus. Hier gälte es nun, marxistisches Instrumentarium zu nutzen und teilzunehmen - freilich nicht (mehr) im "Parteiauftrag", sondern dort, wo es auch um die eigenen Interessen geht.

So könnte marxistisches Denken, indem es (endlich) seine Lehrgebäude verläßt, wieder zu einer Methode kritischer und daher gestaltender Aneignung der Wirklichkeit werden - gleichberechtigt mit anderen Methoden, wahr nur dort, wo sie sich bewährt.

Z auch für die Zukunft sichern!

Mit Z 9 gehen wir den 3. Jahrgang an.

Redaktion und Vertrieb danken allen, die durch ihr Abonnement, durch Spenden und andere Formen der Unterstützung die Herausgabe der Zeitschrift ermöglichen.

Z braucht auch in Zukunft Ihr Engagement!

Sichern Sie durch Spenden, Abo-Werbung und Geschenkabonnements auch weiterhin unser Projekt.

Unsere Bankverbindung:

Forum Marxistische Erneuerung e.V.
Frankfurter Sparkasse (BLZ 500 501 02)
Konto-Nr. 34 595

Z-Redaktion und Vertrieb
Kölner Str. 66
6000 Frankfurt/M. 1

Wladislaw Hedeler

Zerfallsprozeß der KPdSU

(Stand: Ende September 1991)

"Ganz ohne Avantgarde. Die KPdSU hat sich überlebt."

Treffender kann die Situation der ehemals mitgliederstärksten staatstragenden Partei nicht umschrieben werden. Diese Feststellung diskutierten TeilnehmerInnen und Gäste, darunter der Erste Sekretär der Kommunistischen Partei Estlands, Enn-Arno Sillari und Leonid Zaiko, ein Politökonom aus Minsk, in einem Arbeitskreis während des vom Parteivorstand der PDS am 5. und 6. Oktober 1991 in Berlin organisierten Kongresses "Nach der Perestroika: Sozialismus am Ende - Kapitalismus ohne Ende?". Mit ihren Berichten über die Rolle und Lage der Kommunisten in Estland und Bjelorußland knüpften sie an die Diskussionsbeiträge auf dem Juli-Plenum des ZK der KPdSU an.¹ Diesem Plenum ging am 17. und 18. Juni die Generalprobe für den Putsch im August voraus.² Bereits im April hatten 32 von 72 russischen GebietsparteiSekretären die Absetzung M.S. Gorbacevs befürwortet.³

Im folgenden sollen ausgewählte Veröffentlichungen, die Ergebnisse soziologischer Umfragen über die Veränderungen in der KPdSU enthalten,⁴

¹ Siehe Wladislaw Hedeler: Die Berichterstattung über die Diskussion auf dem Juli-Plenum des ZK der KPdSU in der "Prawda" vom 26. bis zum 30. Juli 1991. In: Berliner Debatte. Initial. Zeitschrift für Socialwissenschaftlichen Diskurs, 5, 1991, S. 492-495.

² Christian Schmidt-Häuer: Was geschah in Moskau? In: Die Zeit, 28. Juni 1991, S. 10; Zwei Tage nach der Publikation des Aufrufs an das russische Volk in der "Sovetskaja Rossija" veröffentlichte die "Pravda" am 25.7.1991 eine gemeinsame Erklärung der Büros der Parteikomitees der Roten Armee, des KGB und der Truppen des Innenministeriums, in der der antidemokratische Kurs Jelzins verurteilt wurde. Ende Juni hatten sich elf regionale Parteichefs Sibiriens gegen den Kurs Gorbacevs ausgesprochen.

³ Razgovor s Prezidentom SSSR za casnoj caja. In: Izvestija, 20.9.1991, S. 3; Wir brauchen jetzt eine starke Hand. Interview mit Oberst Viktor Alksnis, Volksdeputierter der UdSSR, Angehöriger der Gruppe "Sojus", Beiname "Schwarzer Obrist", zu aktuellen Problemen der Sowjetunion. In: Junge Welt, 20.3.1991, S. 3; Im Februar dieses Jahres veröffentlichte die "Unionsweite Vereinigung der Deputierten aller Ebenen" Sojuz eine Erklärung der "gesellschaftlich-politischen Organisationen und Bewegungen der sozialistischen Entscheidung". Diese Erklärung unterschrieben etwa 30 Organisationen, die in der sowjetischen Öffentlichkeit gewöhnlich als "rechts" bezeichnet werden: darunter die KPR, die "Internationalistische Bewegung der UdSSR", die "Vereinigte Front der Werktätigen", die "Marxistische Plattform in der KPdSU", die Gesellschaft für russische Kultur "Vaterland", die "Bewegung Frauen für eine kommunistische Zukunft unserer Kinder", die Jugendorganisation "Kommunistische Initiative" und N. Andrejewas "Jedinstvo". Vgl.: B. Kerneck, Konservative gehen zum Angriff über, In: taz, 25.4.1991, S. 3.

⁴ V zerkale sociologii. In: Pravda, 25.6.1990, S. 3 (Diskussionnyi listok, Nr. 48); Krisis v partii. In: Kommunist (Moskau), Nr. 13, 1991, S. 15-21. (Der Autor stellt Ergebnisse einer vom Institut für Soziologie der AdW der UdSSR im Sommer 1990 unter 1.000 Moskauer Bürgern durchgeführten repräsentativen Umfrage vor.); N. Kozanov: Nuzno li zadelyvat "tresciny"? Zametki s naucno-prakticeskoj konferencii. In: Pravda, 15.7.1991, S.

die Stimmung im Land⁵ sowie neue Dokumente aus der KPdSU hervorgegangener Parteien⁶ vorgestellt werden.

2. (Bericht über eine Allunionskonferenz an der AfG beim ZK der KPdSU zum Thema "Probleme der organisatorisch-politischen Festigung der KPdSU unter Bedingungen der sozialistischen Erneuerung"); Z.T. Toscenko; V.E. Bojkov, E.-E. Levanov. Kak obnovljatsja KPSS. Opyt sociologeskoj analiza. In: Voprosy istorii KPSS, Nr. 8, 1990, S. 3-14. Im Artikel werden mehrere 1990 durchgeführte Befragungen, darunter eine unter 5326 Mitgliedern und 822 Sekretären von Grundorganisationen der KPdSU, zwei Befragungen unter Delegierten des Gründungsparteitages der KPR sowie von Delegierten des 28. Parteitages der KPdSU, ausgewertet. V. Bojkov: Obretacm uverenost'. V zerkale sociologii. In: Pravda, 9.4.1991, S. 3 (Diskussionnyj listok, Nr. 88). Die Krise in der Partei ist noch nicht überwunden, es mehren sich die Anzeichen für eine Entwicklung hin zum Positiven. (In diesem Sinne wurde die abzusehende Stabilisierung im Mitgliederschwind und die Bejahung des Mehrparteiensystems gedeutet). Befragt wurden 1600 Kommunisten aus 19 republikanischen Parteiorganisationen, darunter 910 Sekretäre von Grundorganisationen und 129 Leiter der Organabteilungen des Unions-ZK's.

5 Ju. Levada: I vse-taki oni nas ne ponjali. Razmyslenija o svjazj vremen po danomy opra nakanune togo samogo avgusta. In: Moskovskie novosti, Nr. 38, 22.9.1991. Gegenstand der Befragung von 2798 Bürgern im Juli 1991 waren folgende Themen: Welche Stimmung dominierte im letzten Jahr? (Gleichgültigkeit 48 %) Hat sich die Partei diskreditiert? (80 % Leser der MN, 56 % Leser der Pravda) Hängt die Rettung Rußlands an einer Person? (48 % Leser MN; 68 % Leser Pravda; 78 % Leser Trud) Hätten Sie gewußt, wohin die Umgestaltung führt, hätten Sie sie 1985 unterstützt? (52 % antworteten mit "Nein") Auf die Frage, was sie am meisten beunruhigt, antworteten 69 %, die Preissteigerungen und die Lebensmittelversorgung (Laut Beschluß des Moskauer Stadtsowjets stehen jedem Hauptstädter monatlich 200 Gramm Butter, 500 Gramm Mehl und anderthalb Kilo Fleisch und Wurstwaren zu. Wer über das Zehnfache eines durchschnittlichen Einkommens verfügt, ist vielleicht gerade noch in der Lage, das Spiel von Angebot und Nachfrage mitzumachen.) Bis zur stabilen sozialen Situation ist es noch weit, fassen die Wissenschaftler das Ergebnis ihrer Umfrage zusammen. Vergleichbare Zahlen nannte Toscenko bereits vor einem Jahr. Vom Februar bis April 1990 hatte sich die Zahl jener, die von einer Verschlechterung der Situation in der Sowjetunion sprachen, verdoppelt. Hoffnung auf Verbesserung der Situation äußerten nur 10 %. Auf die KPdSU setzten zu diesem Zeitpunkt lediglich 17 %. Ungeachtet dessen waren 40 % der Auffassung, daß die reale Macht in ihrem Rayon in den Händen der KPdSU ist. Die Sowjets als Machtorgan nannten 20 %. Die KPdSU habe sich diskreditiert, betonten 36 %. Wenn es der Partei gelingen würde, die innere Zerrissenheit zu überwinden, wäre ein Ausweg aus der Lage denkbar.

6 Statut und Resolution, angenommen auf der Gründungskonferenz der Demokratischen Partei der Kommunisten Rußlands am 3. August 1991 sowie Erklärungen des Vorstandes der DKPR vom 20. August 1991 und 24. August 1991; Vgl. Borischiuk, Viktor: Das gefährlichste wäre ein Sturm negativer Emotionen. ND-Interview mit dem Moskauer Chef der Demokratischen Partei der Kommunisten Rußlands. In: Neues Deutschland, 23.9.1991, S. 5; (Die von Aleksander Ruckoj, dem jetzigen russischen Vizepräsidenten, auf dem III. Kongreß der Volksdeputierten der RSFSR als Parlamentsfraktion zur Unterstützung Jelzins gegründete Bewegung "Kommunisten für Demokratie" erklärte sich am 3. und 4. August zur Demokratischen Partei der Kommunisten Rußlands. Die Partei entstand als Gegenpol zur Kommunistischen Partei Rußlands. Das Plenum des ZK der RKP schloß Ruckoj und Lipickij am 6. August wegen spalterischer Aktivitäten aus. Der 46jährige Viktor Borischiuk, Mitglied der zeitweiligen Parteiführung und Chef der Moskauer Stadt- und Gebietsorganisation der DKPR, ist Wissenschaftler am von Arbatov geleiteten Akademiejnstitut für die USA und Kanada.); Ein Parteitag war für Oktober geplant. I. Polozkov: O programme dejstvij kommunistov Rossii. In: Pravda, 15.12.1990, S. 2; Donath, K.-H.: Russische KP sucht nach neuem Image. Die Russische KP wählt den bisher unbekanntenen Walentin Kupzow zu ihrem neuen Vorsitzenden. Hardliner <Iwan> Poloskow <Mitglied des Politbüro des ZK der KPdSU und Erster Sekretär des ZK der KPR> haut ab. Initiatoren der Demokratischen Partei der Kommunisten <Lipickij und Protasenko> ausgeschlossen. In: taz, 8.8.1991, S. 8; Typisch für den Stil der Auseinandersetzung zwischen Vertretern der KP der RSFSR und den Demokraten ist der im

Ergebnisse soziologischer Untersuchungen über die Situation in der KPdSU vor, vor allem aber nach dem Putsch, sind rar. Wenn jedoch Ergebnisse veröffentlicht werden, so vermitteln sie, egal ob sie der "Pravda" oder den "Moskovskie novosti" zu entnehmen sind, ein weitgehend übereinstimmendes, nicht in das einfache polare Schema "Konservative contra Reformen" zu pressendes Bild. Zu den Konservativen gehören sowohl Liberale wie Neostalinisten, die Schicht der Pragmatiker, oft gleichgesetzt mit der Nomenklatura in der Partei, ist ausgesprochen groß, die Radikalen haben sowohl Sozialisten als auch Anarcho-Kommunisten in ihren Reihen.⁷

Jede der genannten Richtungen ist heute in der UdSSR durch eine eigene Partei vertreten. Im März 1991 waren in der UdSSR über 1773 Zeitungen und Zeitschriften zugelassen, 850 davon existierten erst seit einem Jahr.⁸ Aufschluß über das Parteienspektrum gibt ein Material, in dem 26 zwischen Mai 1989 und Dezember 1990 gegründete Parteien sowie Bewegungen⁹ vorgestellt werden. Das Spektrum reicht von den Anarcho-Syndikali-

"Diskussionnyj listok" Nr. 102, Pravda, 23.7.1991, S. 3, veröffentlichte Wortwechsel. Der Pravda-Redakteur, der das Ressort Leserbriefe und öffentliche Meinung betreut, kommentierte den Disput unter der Überschrift "Beschwörungen werden die Menschen nicht glauben".

Zajavlenie iniciativnoi grupy po ob "edineniju rossijskich levych sil socialisticeskoj orientacii". In: Pravda, 3.10.1991, S. 2. Unterzeichner der Erklärung der Initiativgruppe zur Vereinigung russischer linker Kräfte sozialistischer Orientierung in einer neuzugründenden linkssozialistischen Partei sind A. Denisov (Abgeordneter der UdSSR), A. Mal'cev (Erster Sekretär des Nizgorodskover Stadtparteikomitees, Abgeordneter des Stadtsowjets), V. Sevast'janov (Abgeordneter der RSFSR), A. Solov'ev (Abgeordneter der RSFSR, Chefarzt), R. Medvedev (Abgeordneter der UdSSR), G. Skljär (Erster Sekretär des Obninsker Stadtparteikomitees, Abgeordneter des Stadtsowjets), I. Rybkin (Abgeordneter der RSFSR), N. Solodnjakova (Abgeordnete der RSFSR), E. Krasnickij (Arbeiter aus St. Petersburg), Ju. Lavrent'ev (Arbeiter aus Moskau). Die Initiativgruppe steht auf dem Boden des am 8. August in der "Pravda" veröffentlichten Programmwerfungs "Sozialismus, Demokratie, Fortschritt" und tritt für Freiheit, Moralität, Gerechtigkeit, Schutz vor Willkür, Arbeitslosigkeit und Verelendung ein. Für Ende Oktober ist eine Gründungskonferenz einberufen; V. Stepov berichtete aus Voronez, daß die Deputierten R. Medvedev und B. Olejnik von der Parteibasis aufgefordert wurden, ihre Auffassungen über die Zukunft einer Kommunistischen Partei zu äußern. V. Stepov: V moral'nom podpol'e. In: P., 13.9.1991, S. 2.

7 Keiner der 135 sowjetischen Politiker erreichte laut einer Umfrage der "Moskovskie novosti" (Nr. 22, 2.6.1991, S. 5) unter Parlamentariern die "Vertrauensmehrheit". B. Jelzin lag mit 20 % vorn, gefolgt von Nursultan Nasarbaev - 17 % und Gorbavev - 15 %. I. Silaev, A. Sobcak und G. Javlinskij erreichten 12, 11 und 11 %. V. Pavlov und V. Bakatin je 8 %, G. Popov 5 %, Severdnadze 4 %, V. Fokin, R. Chasbulatov, S. Satalin und I. Kravcuk je 3 %. Im Apparat lag V. Pavlov, verglichen mit G. Javlinskij (0 %) mit 14 % vorn. Gromov, Jazov, Pugo, Gubenko und Archomeev wurden unter 10 Mal erwähnt.

8 233 Zeitungen gehörten Redaktionen und Verlagen, 291 gesellschaftlichen Organisationen, 124 Vereinigungen, 99 Genossenschaften, 55 Gemeinsamen Unternehmen, 27 Parteiorganen, 25 Aktiengesellschaften, 19 religiösen Vereinigungen, 241 private Zeitungen. Allein in Moskau gibt es über 2,6 Tausend Zeitungen und Zeitschriften. Vgl. M. Nenasev, Tjzkoje bremja svobody. In: Pravda, 5.4.1991, S. 3.

9 Toscenko benannte in seiner Studie (S. 7) die Akzeptanz der Programmatik folgender Parteien und Bewegungen: Memorial 51 %; Die Grünen 45 %; Komitee für soziale Verteidigung 40 %; Vereinigte Front der Werktätigen 38 %; Sozial-demokratische Assozia-

sten bis zur Partei der Islamischen Wiedergeburt. Darüber hinaus werden weitere 50 genannt, die Teil unterschiedlichster politischer Blöcke von lokaler Bedeutung sind.¹⁰ Auch auf diesem Hintergrund wird die Frage formuliert, ob es lohnt, die KPdSU wiederzubeleben.¹¹

Viele Aktivisten der neuen Parteien und Bewegungen kommen aus der zum Zeitpunkt des Juli-Plenums 1991 in 10 bis 14 Strömungen und Fraktionen gespaltenen KPdSU.¹² Der Zerfall der KPdSU, die vor dem Putsch schon nicht mehr als Interessenvertreterin der Arbeiterklasse galt, "kommunistisch" aus ihrem Namen streichen wollte und in ihrer seit März 1991 geführten Programmdiskussion den Weg der Sozialdemokratisierung beschritt, war nicht mehr aufzuhalten.¹³

Die Krise der KPdSU war ein Thema, das über weite Strecken die Programmdiskussion und die letzte Plenartagung prägte. Damals sprach M.S. Gorbacev von drei bis vier Gruppierungen¹⁴ in der KPdSU. Für sie stehen die Namen von Nina Andreeva¹⁵, A. Buzgalin¹⁶ und Aleksandr Vladimiro-

tion 29 %; CDU 23 %; Moskauer Tribüne 20 %; Demokratische Union 20 %; Einheit 19 %; Konföderation der Anarcho-Syndikalisten 18 %; Pamjat 16 %.

¹⁰ Novye politiceskie partii, dvizenija i koalicii. Informacionno-analiticeskij obzor. Mart 1991 g. Hrsg.: Otdel CK KPSS po svjazjam s obscestvenno-politiceskimi organizacijami. Moskau 1991, 74 S.

¹¹ B. Sapargaliev: Stoit li reanimirovat' KPSS. In: Pravda, 18.9.1991, S. 2. Eine Wiederbelebung der alten Partei auf dem Wege der Überarbeitung von Programm und Statut, schreibt der Politologe aus Alma-Ata, zögert das Ende nur hinaus. Man muß mit der Schaffung einer neuen linken Partei beginnen. Die Unterzeichner des Briefes "Idei nel'zja zapretit", Pravda, 13.9.1991, seien dazu in der Lage; Laut einer in den "Moskovskie novosti" vom 4.8.1991 veröffentlichten Umfrage stimmten dem Jelzin-Erlaß über das Verbot der Tätigkeit der KPdSU in Betrieben 55 % völlig, 18 % z.T. und 6 % unter Vorbehalt zu. 14 % waren unschlüssig, 7 % dagegen.

¹² An einem von der Pravda (26.9.1990, S. 3 Diskussionnyj listok Nr. 66) initiierten Rundtischgespräch "Sotrudnicestvo ili protivoborstvo?" nahmen u.a. V.A. Kupcov, Sekretär des ZK der KPdSU, Abteilungsleiter Verbindungen zu gesellschaftlich-politischen Bewegungen; I.I. Antonovic, Mitglied des Politbüros des ZK der KP der RSFSR und Sekretär des ZK der KPdSU; A. V. Buzgalin, Marxistische Plattform; V.V. Bezgulov, Demokratische Plattform; V.V. Dam'e, Vorsitzender Die grüne Alternative; V.V. Zirinovskij, Vorsitzender Liberal-demokratische Partei der UdSSR; I.O. Mal'jarov, Koordinationsrat Vereinte Front der Werktätigen; E.B. Sachon'ko, Kommunistische Initiative und S.B. Seboldaev, Demokratisches Rußland, teil; I. Semina: O cem sporjat "platformy". Analiz problemy. In: Pravda, 22.8.1990, S. 3 (Diskussionnyj listok, Nr. 61).

¹³ Auf die Frage "wessen Interessen vertritt die KPdSU?" antworteten 12 % die Interessen der Werktätigen; 67 % des Partei- und Staatsapparates. Die Zukunft der KPdSU sahen 11 % in der Wiedererlangung der führenden Rolle; 31 % in der Umwandlung in eine parlamentarische Partei; 36 % in der Auflösung. Moskovskie novosti, Nr. 30, 28.7.1991, S. 6.

¹⁴ An der Programmklärung der KPdSU orientieren sich 48 % der befragten Kommunisten und 65 % der Sekretäre; der Marxistischen Plattform folgen 14 und 10 %; den Demokraten 10 und 12 %; den russischen Kommunisten 6 und 4 %, der Einheit-Bewegung 3 und 1 %. Vgl. Z. Toscenko, Diskussionnyj listok, Nr. 88, Pravda, 9.4.1991

¹⁵ Roland Heine: Nina Andrejewas konservativer Kreuzzug. Autorin des berühmten Anti-Perestroika-Manifestes führt "Bolschewistische Plattform" in der KPdSU. In: Berliner Zeitung, 20./21.7.1991, S. 7. Die Plattform konstituierte sich wenige Tage vor dem Juli-Plenum des ZK in Minsk. Ihr gehören vor allem Militärs, Veteranen sowie Vertreter der russischsprachigen Interfronten des Baltikums und der Moldau an.

vic Ruckoj.¹⁷ Niemand in der Partei war vor dem Putsch mit dieser Situation zufrieden. Auf dem Juli-Plenum gelang es ein letztes Mal, die Diskussion auf den von der Zentrale vorgelegten Programmentwurf auszurichten.¹⁸ Eine der immer wieder aufgeworfenen Fragen lautete, ob es sich um das Programm einer erneuerten oder um das einer neuen Partei handelt. 1/3 der Mitglieder sagten vor dem Juli-Plenum den Zerfall der KPdSU voraus, 2/3 sahen noch die Möglichkeit einer Konsolidierung. Der Riß, der durch die Partei geht, verläuft zwischen Basis und Nomenklatura. Dieser Widerspruch lähmt die KP.¹⁹ Inkonsequenz, Sabotage der Beschlüsse und Apparat galten zu diesem Zeitpunkt in der zentralen Parteipresse als Synonyme.

Unter 50 % der Mitglieder vertraten die Auffassung, die Partei habe die Perestroika vorangebracht. Diese Zahlenangaben halten sich mit denen über abschlägige bzw. unentschiedene Stimmen die Waage. 65 % waren der Auffassung, in den Basisorganisationen habe sich nichts geändert, nur 20 % sprachen von positiven Veränderungen, 8 % von Veränderungen zum Negativen.

Befragt nach den Wurzeln der Krise in der Partei führte Leon Onikov, seit über dreißig Jahren Parteifunktionär und zuletzt Mitarbeiter der Abteilung Ideologie im ZK der KPdSU, einige Fakten über die in der Arbeitsordnung des ZK seit dem XVII. Parteitag unverändert festgeschriebenen bü-

¹⁶ Wir wollen Sozialismus von unten und keine Parodie. Alexander Buzgalin, <Dr. oec. an der MGU und Mitglied des ZK der KPdSU>, Mitbegründer der Marxistischen Plattform in der KPdSU, gegenüber ND. in: Neues Deutschland, 6.3.1991, S. 5; Konsolidacija esce vozmozna? Diskussion über die Marxistische Plattform. In: Pravda, 13.6.1990, S. 5 (Diskussionnyj listok, Nr. 45); Die Plattform war ein Ausdruck des Protests gegen die sozialdemokratische Ausrichtung der "Demokratischen Plattform". Das programmatische Dokument wurde am 14./15.4.1990 angenommen. An der Gründungskonferenz nahmen über 300 Kommunisten aus 54 Städten teil. A.V. Buzgalin: Skol'ko platform nuzno marksistam? In: Pravda, 9.5.1990, S. 3 (Diskussionnyj listok Nr. 30); A. Il'in: "Nelegal'scina - put'v nikuda". In: Pravda, 11.9.1991, S. 2; F. Belejubskij: Nikakie my ne "podpol'sciki"... Interview mit A. Buzgalin über ein angeblich konspiratives Treffen der Marxistischen Plattform in der KPdSU in Moskau am 9.9.1991. In: Pravda, 20.9.1991, S. 2. Die Mehrheit der Anwesenden unterstützte die Forderung der Neugründung einer kommunistischen Partei. Es bildeten sich zwei Initiativgruppen: Die erste kommt der konservativen zentralistischen Position der von A. Prigarin geführten "Kommunistischen Initiative" nahe, die andere neigt den von A. Krjuckov formulierten Zielen (Demokratie und Sozialismus, bei Wahrung der Kommunistischen Perspektive) zu. Sie treten für eine Partei unter dem Namen "Bund der Kommunisten" ein, die die besten Traditionen der KP fortsetzen soll (Im Unterschied hierzu tritt die neostalinistische Gruppierung "Edinstvo", für eine Reorganisation der KPdSU ein.) Die Minderheit, zu der auch Buzgalin gehört, plädiert für die (von Aktivisten der Sozialistischen Partei, der Anarcho-Syndikalisten und den Moskauer Gewerkschaften angestrebte) Gründung einer Partei der Arbeit. Diese Partei setzt sich für den Schutz der Lohnabhängigen sowie für Selbstverwaltung in Betrieb und Territorium ein.

¹⁷ Na sluzbe Otecestvu. Intervju s A.V. Ruckim. In: Pravda, 7.9.1991, S. 1-2.russ. Text

¹⁸ Die daran gebundene Hoffnung fand ihren Ausdruck im Titel des von Boris Olejnik verfaßten Artikels "Und wird wieder auferstehen ... Gedanken über das Schicksal der Partei". In: Pravda, 25.7.1991, S. 3.

¹⁹ Leon Onikov: Ja obvinjaju apparatnych mecenonoscev Stalina v tragedii KPSS! In: Pravda, 7.10.1991, S. 1-2.

rokratischen Bestimmungen im ZK-Apparat an. Eine Überprüfung, wie Parteileitungen vor Ort mit zentralen Dokumenten am Vorabend der 19. Parteikonferenz umgehen, ergab, daß von 328 Rednern auf 15 Plenartagungen von Gebiets- und Kreisorganisationen, 313 Dokumente der *Perestroikazeit* (1985 - 1989) mit keinem Wort erwähnten.²⁰ Das beständig rotierende Kaderkarussell - seit 1987 wurden ca. 60 % der Parteisekretäre neu gewählt, 111 ZK-Mitglieder stellten auf dem Aprilplenium 1987 den Antrag, in die Rente entlassen zu werden, usw. - führte keine Änderung herbei. Der Apparat blieb weiterhin am Erhalt bestehender Strukturen interessiert. Die Demokratisierung der KP konnte nur gegen ihn erfolgen. In den Metropolen war man eher geneigt, den demokratischen Bewegungen einen Vertrauensvorschuß zu geben. Das Scheitern der Reform in der Partei bewies ihre Reformunfähigkeit und läutete das Ende der Revolution von oben ein. Im Juli stießen die Aktivitäten von A.N. Jakovlev und E.A. Sevardnadze, die im Anschluß an ihren Parteiaustritt²¹ zur Sammlung der Kräfte für Demokratie und Reformen aufriefen, in der KPdSU auf Unverständnis.²²

Erste Anzeichen für Versuche, vorerst aus der Partei heraus einen Neubeginn in Angriff zu nehmen, sind an die Bildung der Demokratischen Partei der Kommunisten Rußlands gebunden. Die Gründung stieß in der Diskussionsbeilage der "Pravda" auf heftige Kritik. Sekretariat des ZK der KPdSU und ZK der KP der RSFSR waren sich einig: Die neue Partei stehe der möglichen Konsolidierung im Wege.²³

Noch während des Putsches, am 19. August, verurteilte die Führung der DPKR in einer im "Weißen Haus" abgegebenen Erklärung die KPdSU,

²⁰ I. Onikov: Gde istoki krizisza? In: Pravda, 4.12.1990, S. 3.

²¹ Eduard Schewardnadze tritt aus der KPdSU aus. In: taz, 5.7.1991; O zjavlenii E.A. Sevardnadze. V Bjuro Prezidiuma CKK KPSS. In: Pravda, 12.7.1991, S. 3; Gorbatschow-Berater <A. Jakovlev> trat zurück. In: taz, 29.7.1991, S. 7. Beide unterstützen die von Gorbacev tolerierte "Bewegung für demokratische Reformen"; Ju. Marchin: Novoe dviženie. In: Pravda, 3.7.1991, S. 8. Der Initiativgruppe der "Bewegung" gehören an: A. Jakovlev, N. Petrakov, G. Popov, A. Ruckoj, S. Satalin, E. Sevardnadze, I. Silaev, A. Sobcak und A. Vol'skij.

²² V. Ivanicij: Karusel' vokrug kresel. In: Pravda, 23.7.1991, S. 4 (Diskussionnyj listok Nr. 102); So hatte es die am 20./21.1.1990 gegründete "Demokratische Plattform in der KPdSU" nach ihrer Abspaltung im Sommer 1990 nicht vermocht, nennenswerten Maseneinfluß zu erlangen. Zum Zeitpunkt der Spaltung war laut der von Toscenko vorgelegten Studie ihr Einfluß, sie vertrat 162 Parteiklubs aus 102 Städten in 13 Unionsrepubliken, noch im Steigen begriffen. (a.a.O., S. 8); Demokraticeskaja platforma k XXVIII. s'ezdu KPSS In: Pravda, 3.3.1990, S. 3 (Diskussionnyj listok, Nr. 11); V. Anfilov: Kak pe-restrajvalsja istorik-radikal. In: Pravda, 22.2.1991, S. 3. 1985 arbeitete Jurij Nikolaevic Afanas'ev als verantwortlicher Redakteur für Geschichte der Zeitschrift "Kommunist". Zwei Jahre später wurde er Rektor des Moskauer Instituts für Archivwesen. Seine Veröffentlichungen in der Zeitschrift "Nauka i zizn", die vorerst auf die Revision des Begriffs "realer Sozialismus" zielten, lösten heftige Debatten auf den Seiten der "Pravda", der "Sovjetskaja kul'tura" und der "Literaturnaja Rossija" aus. 1991 gehörte er der "Demokratischen Plattform" in der KPdSU an.

²³ V. Nikiforova: Upredzajuscie... edinstvo? In: Pravda, 13.8.1991, S. 4 (Diskussionnyj listok Nr. 104).

ihre Mitglieder als Geiseln zu mißbrauchen. Sie begrüßte die zeitweiligen Maßnahmen zur Unterbindung der Tätigkeit der Strukturen der KPR, warnte aber gleichzeitig vor einer Hexenjagd auf Kommunisten. Die Demokratische Partei rief alle ehrlichen Kommunisten auf, die KPR zu verlassen.

Am 20. August folgte die Erklärung, daß die DPKR unter den gegebenen Bedingungen ihren Kurs der allmählichen Trennung vom reaktionären Flügel der KPdSU nicht mehr weiterverfolgen könne. Sie erklärte ihren Bruch mit der KPdSU. Als programmatische Ziele der DPKR wurden Menschenrechte, soziale Marktwirtschaft, Zivilgesellschaft und Rechtsstaat benannt. Auf dem bevorstehenden Parteitag werden "Kommunistisch" aus dem Namen gestrichen, und das Selbstverständnis als Partei der linken Demokraten präziser definiert. Angestrebt wird eine aus dem Altvermögen der KPdSU finanzierte Allianz der demokratischen Kräfte, die für Markt und Privatisierung ohne ökonomische Monopolisierung, die Schaffung eines freiwilligen Staatenbundes sowie eine starke politische Exekutive eintritt. Neben dem in Entstehung befindlichen linksliberalen/linksdemokratischen Spektrum formiert sich eine Sammelbewegung für eine neue linkssozialistische Partei. Der von A. Butenko, P. Volobuev, V. Danilov und V. Kelle unterzeichnete und in der "Pravda" vom 13.9.1991 veröffentlichte Artikel "Ideen lassen sich nicht verbieten" markiert eine Zäsur in der Sammelbewegung für eine neue linke Partei.²⁴ Ihre Befürworter grenzen sich vom reaktionären sozialistischen Fundamentalismus und dem Versuch der Wiederbelebung der KPdSU ab.²⁵ Die Meldungen aus den Republiken sind ein weiterer Beweis für die Sinnlosigkeit solcher Bestrebungen. Wenig aufschlußreich war in diesem Zusammenhang das Interview, das der stellvertretende Generalsekretär des ZK der KPdSU, Vladimir Antonovic Ivasko, der "Pravda" gewährte.²⁶ Die KP Litauens ist verboten. Ihre Sekretäre und der Leiter der Abteilung Ideologie im ZK werden mit Haftbefehl gesucht. Die Tätigkeit der KP der RSFSR ist durch einen Erlaß des Vorsitzenden des Ministerrates der RSFSR I. Silaev vom 28.8.1991 ausgesetzt. Das Gericht muß über die weitere Existenz der Partei, deren Funktionäre heute schon weitgehend entlassen sind, entscheiden.

²⁴ A. Butenko (u.a.): Idei nel'zja zapretit'. In: Pravda, 13.9.1991, S. 2.

²⁵ Vladlen Loginov: Est'sans. In: Pravda, 7.10.1991, S. 1. Neben der Orientierung auf eine derartige Partei wird die Forderung nach einer Zeitung, die deren Ziele zum Ausdruck bringt, gefordert. Die "Pravda" sei hierzu, das zeigen die Ausgaben seit dem Putsch, offensichtlich nicht in der Lage. Der Chefredakteur der Pravda, I. Frolov, hielt sich vom 7.8. bis zum 22.9. wegen einer Beinoperation in der BRD auf. Bei seiner Rückkehr gab er den "Moskovskie novosti" ein Interview, aus dem hervorgeht, daß sich vor seiner Abreise die Konflikte zwischen ihm und einigen Politbüromitgliedern (namentlich werden Senin und Prokofev genannt) zuspitzten. Sein bereits vor einem Jahr eingereichtes Rücktrittsgesuch wurde ausgesetzt. Er zog sich aus der Arbeit in der Redaktion weitgehend zurück und widmete sich fast ausschließlich der Arbeit am Programmwurf der KPdSU. (A. Gurkov: Frolov spasal nogu, a ne partijnuju valjutu. In: Moskovskie novosti, Nr. 39, 29.9.1991, S.2.)

²⁶ Vladimir Ivasko: Za ljubyje perevoroty rasplscivaetsja narod. In: Pravda, 30.9.1991, S. 1, 3.

Die KP Kasachstans hat auf einem außerordentlichen Parteitag beschlossen, aus der KPdSU auszutreten und eine selbständige Organisation zu gründen. Die neue Partei, die sich als Rechtsnachfolgerin der alten versteht, hat sich in Sozialistische Partei Kasachstans umbenannt. Die KP Armeniens hat auf der dritten Tagung ihres 29. Parteitages auf dem nur 1/3 der ehemals gewählten Delegierten vertreten waren, vorgeschlagen, ihre Tätigkeit einzustellen. Die vom Ersten Sekretär eingebrachte Forderung nach Selbstauflösung wurde abgelehnt, worauf er zurücktrat. Auf dem Parteitag wurde ein Organisationskomitee gewählt, das die Neugründung einer "Demokratischen Partei Armeniens" vorbereiten soll.²⁷ Eine vergleichbare Entwicklung nahm die KP Tadzikistans, einer Unionsrepublik, in der jetzt der Ausnahmezustand ausgerufen wurde.²⁸

Fidel Castro

Unsere Verantwortung: die Verteidigung des Sozialismus

Auszüge* aus dem wirtschaftlichen Rechenschaftsbericht Fidel Castros vor dem IV. Parteitag der KP Kubas am 10. Oktober 1991

Genossen, ich glaube, die wichtigste Aufgabe dieses Kongresses, unsere erste Aufgabe, liegt darin, mit großem Realismus die gegenwärtige Lage unseres Landes zu analysieren. Wir müssen in aller Klarheit begreifen, daß wir in einer außergewöhnlichen Zeit leben. Einige Leute nennen diesen Kongreß bereits einen historischen Kongreß. Sie haben Recht, wenn sie das tun. Es ist ein historischer Kongreß, und es muß ein historischer Kongreß sein, weil die Zeit, in der er stattfindet, so außergewöhnlich ist. (...)

"Universelle Verantwortung"

Heute fällt uns universelle Verantwortung zu. Wir sind das einzige sozialistische Land in der westlichen Welt, in der ganzen westlichen Welt und einem Teil des Ostens. Wir sind das einzige sozialistische Land. Einige hassen uns wirklich. Sie hassen uns aufgrund der Fähigkeit unseres Volkes, Herausforderungen anzunehmen und seine Ideale und seinen Willen zur Verteidigung dieser Ideale aufrechtzuerhalten. Wie wir schon früher festgestellt haben, sind es die gerechtesten und menschlichsten Ideale, die es in der Geschichte der Menschen je gegeben hat. Wir kämpfen nicht nur für uns selbst, wir kämpfen nicht nur für unsere Ideale. Wir kämpfen auch für die Ideale all der ausgebeuteten, ausgeplünderten und unterworfenen Völker, für die hungrigen Menschen dieser Welt. Unsere Verantwortung ist viel größer. (...)

Solange es ein sozialistisches Lager gab und die Probleme in der UdSSR nicht vorhanden waren, hatten wir ein festes Bollwerk, bei dem wir Unterstützung finden konnten und an das wir uns in den letzten 30 Jahren halten konnten. Heutzutage gibt es dieses feste Bollwerk nicht mehr. Das Bollwerk sind wir und all jene in der Welt, die mit unserer Sache sympathisieren, die unsere Sache bewundern und den Heldenmut und die Entschlossenheit unseres Volkes bewundern. Deshalb bin ich der Meinung, es ist wichtig, daß wir diese Dinge nicht nur abstrakt, sondern auch konkret verstehen ...

Nun, jetzt müssen wir den Tatsachen eben ins Auge sehen. Einfach gesagt, ist das sozialistische Umfeld zusammengebrochen, ganze Staaten wurden

* Übersetzung nach der Fernsehaufzeichnung des kubanischen Fernsehens vom 11.10.1991

 <p>Sieger und Besiegte im Fünfhundertjährigen Reich</p> <p>J. Cabot, K. Columbus, N. De Vries, D. Pineda, W. Paul & Montenegro, I. Sotelo, K.D. Torgersen</p> <p>Emanzipation und lateinamerikanische Identität: 1492 - 1992</p>	 <p>DAS FÜNFHUNDERT-JÄHRIGE REICH</p> <p>M. Barrios, A. Bonifacio, A. Cronley, A. Guitián, H. Devesa, A. Espin, J. G. Solís, J. M. Riquelme, A. H. San, A. Schmidt, A. Tabo</p> <p>Emanzipation und lateinamerikanische Identität: 1492 - 1992</p>	<p>Diese beiden Bände sind in enger Zusammenarbeit mit dem internationalen Projekt "Emanzipation und lateinamerikanische Identität" entstanden. Ziel des Projekts ist es, zu dem Feiern Spaniens und der EG unter dem Euphemismus "Begegnung zweier Kulturen" eine kritische Gegenöffentlichkeit zu schaffen.</p>
<p>Sieger und Besiegte im Fünfhundertjährigen Reich Emanzipation und lateinamerikanische Identität: 1492 - 1992. 24,80 DM ISBN 3-89144-040-5</p> <p>Mit dem Ende des kalten Krieges ist der permanente heiße Krieg gegen die "Dritte Welt" noch lange nicht eingeläutet. Die Metropolen streben anlässlich des halben Millenniums zum Endsieg über die Hoffnungen der "Verdammten dieser Erde".</p>	<p>Das Fünfhundertjährige Reich Emanzipation und lateinamerikanische Identität: 1492 - 1992 19,80 DM ISBN 3-89144-000-6</p> <p>1492 entdeckt Columbus die von Indios bevölkerte Neue Welt. So steht es in den Geschichtsbüchern. In Wirklichkeit handelte es sich weder um eine "Neue Welt", noch wurde sie von Columbus "entdeckt", noch gab es "Indios" in ihr.</p>	<p>Ich bestelle (zzgl. Porto) ... "Fünfhundertjährige Reich" ... "Sieger und Besiegte"</p>
<p>Name _____ Vorname _____</p>		<p>Name _____ Vorname _____</p>
<p>Strasse _____</p>		<p>Strasse _____</p>
<p>PLZ _____ Ort _____</p>		<p>PLZ _____ Ort _____</p>
<p>Unterschrift _____</p>		<p>Unterschrift _____</p>
<p>Pahl-Rugenstein Verlag Nr Breite Str. 47 5300 Bonn 1 Tel. 0228/632306 Fax 634968</p>		

²⁷ Cto sejkas s partiej? In: Pravda, 9.9.1991, S. 2.

²⁸ A. Azamova: GKCP teper' v Dusanbe. In: Moskovskie novosti, Nr. 39, 29.9.1991, S. 6.

von anderen Staaten verschlungen, die Arbeiterklasse hat die Macht verloren und der Weg zurück zum Kapitalismus ist geebnet. Tatsache ist, daß sich in der UdSSR im Grunde genommen eine Katastrophe ereignet hat. Es ist wirklich so, daß in der UdSSR niemand mehr vom Sozialismus redet. Sie reden über Marktwirtschaft. Kurz gesagt, die vorherrschenden Stimmen sind die Stimmen jener, die sich für den Kapitalismus aussprechen, die ganz und gar klassische Form des Kapitalismus. Die tatsächliche und äußerst bedauernde Tatsache ist die, daß die Kommunistische Partei heutzutage in der UdSSR nicht mehr existiert. Die Kommunistische Partei ist illegal geworden. Sie wurde per Erlaß aufgelöst. Tatsache ist auch, daß die UdSSR außerordentlich schwach geworden ist und daß sie in großer Gefahr ist, sich aufzulösen. Dies sind die wahren Tatsachen.

Können wir so tun, als ob diese wahren Tatsachen unser Land nicht betreffen? Oder leben wir etwa auf einem anderen Planeten? Oder leben wir etwa auf dem Mond? Leben wir nicht auf dieser Erde? Ist es vielleicht so, daß die Revolution sich in einem Glaskasten entwickelt hätte, fernab vom Rest der Welt und seinen Problemen? Ist es möglich, daß wir das vergessen können? Aus diesem Grunde ist es so wichtig, daß wir uns bewußt machen, wie diese Ereignisse uns materiell und direkt beeinflussen. (...)

Diese Ereignisse haben sich materiell gesehen sehr nachteilig für uns ausgewirkt, insofern als wir seit Beginn der Revolution unsere erste Hilfe, die ersten Akte der Solidarität, von der UdSSR und dem sozialistischen Lager erhalten haben. Wir haben unseren tief empfundenen Dank dafür zum Ausdruck gebracht und werden in alle Ewigkeit fortfahren, unserer Wertschätzung für die Völker, die historischen Ereignisse, die Solidaritätsbekundungen Ausdruck zu verleihen. Das kann niemals vergessen werden... (...)

85 Prozent unseres Handels erfolgt mit den sozialistischen Ländern. Das meiste davon mit der UdSSR. Wir hatten mit der UdSSR Vorzugspreise für Zucker vereinbart. Was bedeutet das? Daß die Sowjetunion nicht den Preis bezahlt hat, der den Schleuderpreisen des Weltmarkts für Zucker entspricht. Der internationale Preis wird durch den Abladeplatz für Zucker festgesetzt. Der Zucker, der irgendwo übrig bleibt, wird auf einem Abladeplatz verkauft, den man Weltmarkt nennt. All die Länder, die Zucker kaufen, kaufen ihn zu anderen Preisen...

Wir haben von der UdSSR einen Vorzugspreis erhalten. Das war nicht einfach Glück. Es war das Ergebnis historischer Erfahrung. Wir hatten mit der UdSSR Fünfjahresverträge. Wir haben für fünf Jahre im voraus die Waren kalkuliert, die wir in jedem Jahr während des Fünfjahreszeitraums von der UdSSR erhalten sollten.

Dann haben wir Jahr um Jahr darüber geredet, wieviel Zucker Kuba schicken soll, wieviel Nickel, wieviel Zitrusfrüchte. Im Laufe der Jahre stellten wir fest, daß die Preise der sowjetischen Güter anstiegen und der Zucker-

preis gleich blieb. Da kam uns der Gedanke der Formel für gleitende Preise, und wir schlugen dies vor. In den ersten Jahren kaufte die UdSSR unseren Zucker zum Weltmarktpreis. Aber wegen dieses Phänomens, das man ungleiche Terms of Trade nennt, wurden diejenigen Industrieprodukte, die von den entwickelten Ländern erzeugt werden, immer teurer und teurer, während die Erzeugnisse der Entwicklungsländer, der Länder der Dritten Welt, auf dem gleichen Preisniveau blieben und tendenziell sanken...

Da Öl das wichtigste Produkt war, das die UdSSR nach Kuba exportiert, stieg wegen des Gleitpreis-Abkommens auch der Zuckerpreis. Dann stiegen die Preise für Nickel und andere Erzeugnisse, und wir bemühten uns um einen Ausgleich. Das sind die berühmten Subventionen, von denen der Westen so viel redete, obwohl es lediglich ein gerechtes Abkommen war. Alle Länder der Dritten Welt setzen sich dafür ein, daß die Ausplünderung aufhört, daß die ungleichen Terms of Trade aufhören, daß vernünftige Preise für die Waren bezahlt werden, die die Länder der Dritten Welt exportieren. Das ist die Grundlage der hohen Preise für kubanischen Zucker in der UdSSR.

Wenn wir Zucker zu 800 Rubeln in die UdSSR geliefert haben, so möchte ich, daß Ihr wißt, daß es 1.000 oder mehr Rubel kostete, eine Tonne Zucker in der UdSSR zu produzieren. Die haben uns einen hohen Preis bezahlt, aber der Preis lag unter dem, was es die UdSSR gekostet hätte, eine Tonne Zucker aus Rüben herzustellen. Ist das klar? Wenn das nicht genug war, so hatten wir die Kredite, Handelskredite, um Importe und Exporte auszugleichen. Zusätzlich gab es Kredite im Rahmen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, um Kraftwerke, Fabriken, Metallverarbeitungsbetriebe zu bauen, verschiedene Projekte, die wir mit der UdSSR errichtet haben...

Ich sagte, 1989 war die Situation noch mehr oder weniger normal. Die Probleme begannen 1990, aber wir hatten immer noch ein gutes Abkommen mit der UdSSR. Wir einigten uns auf sowjetische Exporte im Wert von 5,131 Milliarden Rubel. Davon wurden uns bis zum 31. Dezember 1990 Waren im Wert von 3,828 Milliarden Rubel geliefert, also etwa 75 Prozent dessen, was vereinbart war. Produkte im Wert von insgesamt 1,3 Milliarden müssen noch geliefert werden.

Nun, von diesen 1,3 Milliarden, die noch offen waren, wurden Waren im Wert von rund 300 Millionen Rubel bis Mai 1991 geliefert und mit den noch ausstehenden Lieferungen von 1990 verrechnet. (...)

Ende 1990 erzielten wir tatsächlich ein Abkommen (mit der SU), das wir als vernünftiges Abkommen für 1991 bezeichnen konnten. Es war nicht so, wie die früheren Abkommen, es war nicht so, wie die Abkommen, die 1990 erreicht wurden. Der Preis für Zucker war beträchtlich geringer. Er wurde nur in Dollar statt in Rubel berechnet. Von mehr als 800 Dollar für den Zucker wurde der Preis auf 500 verringert, ein wenig mehr als 500. Der

Preis für Zucker wurde um mehr als 300 Dollar gesenkt. Aber es wurde ein Handelsabkommen erzielt.

Es war angesichts der in der UdSSR herrschenden Verhältnisse ein vernünftiges Abkommen. Es war das beste, was erreicht werden konnte. Aus den Gründen, die ich dargelegt habe, wegen der Verringerung der Preise für unsere Produkte, die ich erläutert habe, bedeutete dieses Abkommen einen Verlust von mehr als einer Milliarde Dollar an kubanischer Kaufkraft. Denn neben Zucker waren auch Nickel und andere Erzeugnisse betroffen. Wir hatten einen Verlust von über einer Milliarde Dollar. Wenn wir im Jahr 1990 Exporte nach Kuba im Wert von 5,131 Milliarden Dollar vereinbart hatten, so einigten wir uns in diesem Fall, für 1991, auf Exporte in Höhe von 3,940 Milliarden. Das ist also mehr als eine Milliarde weniger. Von den 13 Millionen Tonnen Öl, die wir üblicherweise erhalten hatten, einigten wir uns auf 10 Millionen als maximale Menge, die die UdSSR an Kuba liefern konnte.

Bis zum 31. Mai 1991 hatten wir Produkte im Wert von 710 Millionen Dollar erhalten. Bis Ende September, vier Monate später, belief sich die Zahl auf 1,305 Milliarden Dollar. Das entspricht 38 Prozent des Wertes der Erzeugnisse, die wir im Laufe dieses Jahres erhalten sollten. Mit anderen Worten, nachdem drei Viertel des Jahres vergangen sind, haben wir 38 Prozent der Güter erhalten... (...)

Außer all dem bereits Genannten muß man noch zahlreiche negative Auswirkungen nennen, die mit dem Zusammenbruch des Sozialismus in Europa zusammenhängen, mit dem der Handel praktisch aufhörte. Diese Nationen hatten uns immer Vorzugspreise für Zucker eingeräumt und uns mit wichtigen Gütern für die nationale Wirtschaft und den inländischen Konsum versorgt. Ich werde nur einige dieser negativen Auswirkungen erwähnen: Da sind zum Beispiel die 22.000 Tonnen Milchpulver aus der DDR, woraus 220 Millionen Liter Milch hergestellt wurden, das entspricht fast dem unmittelbaren Verbrauch der Bevölkerung an Flüssigmilch in fünf Monaten... Als der Zusammenbruch kam und die beiden Deutschlands vereint wurden - beziehungsweise, als die Bundesrepublik die DDR schluckte, blieben all diese Vereinbarungen unerfüllt. Infolgedessen haben wir die 22.000 Tonnen Milchpulver nicht bekommen, obwohl dies eines der vernünftigsten und vorteilhaftesten Geschäfte für unsere Wirtschaft war. (...)

Als die Bundesrepublik und die DDR sich vereinigten, beschloß die deutsche Regierung einseitig, alle Regierungsabkommen, die zwischen Kuba und der DDR in Kraft waren, zu annullieren - eine Entscheidung, die für unsere Wirtschaft schädlich war. (...)

Seit Beginn unserer Wirtschaftsbeziehungen zum sozialistischen Block, deren Grundlage Fünfjahresabkommen und Pläne für eine koordinierte Entwicklung im Verlauf von 20 Jahren waren, haben wir unsere wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungspläne schrittweise ausgearbeitet.

Diese Pläne halfen uns, der imperialistischen Blockade zu widerstehen. So wuchs unsere Bevölkerung von 6,5 auf elf Millionen. Die Zahl der mit Elektrizität ausgestatteten Haushalte stieg auf mehr als 90 Prozent, und der Stromverbrauch pro Haushalt verdoppelte sich. All unsere wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungspläne ruhten auf den Säulen unserer hervorragenden wirtschaftlichen Beziehungen zu den sozialistischen Ländern. Der Ölverbrauch stieg auf 13 Millionen Tonnen. Jetzt war es zwar erforderlich, ihn drastisch auf zehn Millionen Tonnen zu senken, aber noch gehen die Lichter nicht aus.

Die Verbrauchssenkungen werden allerdings fortgesetzt. Niemand weiß, wieviel Kraftstoff im nächsten Jahr verfügbar sein wird, wie hoch der Zuckerpriis ist oder ob die UdSSR überhaupt in der Lage sein wird, Öl zu exportieren. Wir wissen, daß die UdSSR unseren Zucker braucht, aber wird sie Öl exportieren können? Wer wird es exportieren? Die UdSSR? Die Republiken? Welchen Preis werden sie für Zucker zahlen? Sie werden wenig zahlen wollen, niedrige Preise. Mit wem wird man verhandeln müssen? All diese Dinge stellen schwierige Probleme dar. Deshalb sage ich, unser schwächster Punkt ist der Kraftstoff. Es ist nicht ein einziger Tag vergangen, an dem wir in unserem Land nicht nach Öl gesucht hätten. (...)

Was für eine Art von Wunder ist uns nun also abverlangt? Welches Wunder verlangt man von uns, von der Partei, von den Kommunisten, vom Staat, vom Volk, von den Bauern, von den Genossenschaftsarbeitern, von den Arbeitern in der Landwirtschaft? Ein wahres Wunder, und es bleibt uns keine andere Wahl, als es zu vollbringen.

Wir müssen mehr Milch und mehr Fleisch produzieren, ohne Futter oder Dünger zu haben, aber wir müssen es tun. Wir müssen es einfach tun. Wir müssen mehr Reis produzieren, mehr Zuckerrohr, mehr Knollen und mehr Gemüse, und zwar ohne Düngemittel und oft auch ohne Unkrautvernichtungsmittel. Und wir müssen einen Weg finden, wie das gehen soll. (...)

Es sind ungefähr 100.000 Ochsen abgerichtet worden, und weitere 100.000 müssen noch abgerichtet werden. Wir können sie nicht essen, denn sie sind nun unser Kraftstoff, unsere Traktoren und unsere Arbeitswerkzeuge. Sie werden nicht nur eingesetzt, um neuen Boden zu bestellen, wo Traktoren - deren Einsatz Kraftstoffkosten mit sich bringen würden - nicht benutzt werden können, sondern auch zur Produktion und Erfüllung von Aufgaben, die Traktoren während der Regenzeit nicht ausführen können. (...)

Das Problem mit dem Zucker ist nicht nur das Problem des Marktes, das wir zuvor erläutert haben. Es ist auch ein Problem der Preise. Welche Preise werden wir für unseren Zucker bekommen? Es ist ein Problem dessen, wie viele Tonnen Benzin heute mit einer Tonne Zucker gekauft werden können. Wir müßten den gesamten Zucker des Landes dafür einsetzen, zehn Millionen Tonnen Öl zu Weltmarktpreisen zu kaufen. Darüber hinaus brauchen wir außer Öl auch noch andere Dinge. Wir müssen mit

unserem Zucker, unserem Nickel, unseren Zitrusfrüchten und Exporterzeugnissen auch Nahrungsmittel kaufen, die im Inland nicht produziert werden können... (...)

Das Land hat heute Dinge, die es zuvor nicht hatte. Wir sind nicht mehr das ungebildete Volk von 1959, sondern ein Volk mit Hunderttausenden von Universitätsabsolventen und Technikern mittleren Niveaus und einem hohen Bildungsstand. Ihr solltet die Leute sehen, die in unseren Hotels arbeiten. Kein Land der Dritten Welt hat ein Personal mit diesem Bildungs- und Ausbildungsstand wie das, welches bei uns in den Hotels arbeitet... (...)

Angesichts unserer Vorstellungen von lateinamerikanischer Integration, sind wir bereit, mit Lateinamerika sogar noch weiter zu gehen (als in Kooperation mit anderem ausländischen Kapital - die Red.). In Übereinstimmung mit dem, was während des Guadalupe-Gipfels über die Notwendigkeit der lateinamerikanischen Integration gesagt wurde, wollen wir lateinamerikanischem Kapital eine gewisse Vorzugsbehandlung zukommen lassen. Wir haben immer gesagt, daß Lateinamerika der natürliche Schauplatz unserer wirtschaftlichen Integration sein muß... Wir sind für die Integration mit Lateinamerika, deshalb sind wir sogar bereit, für lateinamerikanische Investitionen Vorzugsabkommen zu schließen. (...)

Ich habe wirtschaftliche Dinge erwähnt, aber ich muß noch hinzufügen, daß wir (heute) hier sind wegen unseres Mutes, wegen unserer Entschlossenheit, bis zum Tod zu kämpfen, und wegen unserer Entschlossenheit, jeden Aggressor einen hohen Preis zahlen zu lassen. Der Imperialismus wird versuchen, uns zu spalten, um so einen Vorwand für die Rechtfertigung seiner interventionistischen Aktionen in unserem Land zu finden. Unsere feste und geschlossene Einheit wird sie daran hindern, diesen Vorwand zu bekommen. Trotzdem werden wir in jedem Fall auf einen Krieg vorbereitet sein, der vom ganzen Volk geführt würde. Wir werden uns verteidigen, wir werden unser Land bis in den letzten Winkel verteidigen, solange es noch einen Revolutionär und eine Waffe zu seiner Verteidigung gibt. (...)

Die Revolution, die vor 123 Jahren geboren wurde, hat vor mehr als 30 Jahren den Sozialismus geschaffen. Was für ein historischer Fortschritt! Was für ein Fortschritt gegenüber dem Rest der lateinamerikanischen Länder! Was für ein Fortschritt gegenüber den anderen Ländern der Dritten Welt! Genau das ist es, was wir verteidigen. Wenn der Imperialismus Kuba in die Knie zwingen könnte und wenn der Imperialismus den Kapitalismus in unserem Lande wieder einführen könnte, was wäre dann noch übrig von all dem, was wir in 123 Jahren getan haben? (...) Was bliebe von all dem, was wir mit unserem Schweiß und Blut aufgebaut haben? Was bliebe von unserer Flagge übrig? Was bliebe übrig von unserer Würde? Deshalb können und müssen wir und nur wir unsere Probleme lösen. Wir müssen uns dieser Herausforderung stellen.

Yves Dorestal

Die lateinamerikanische Linke heute

Der Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus und das Ende der Sowjet-Union bedeuten für Lateinamerika die Neuordnung in einer neuen internationalen Kräftekonstellation. Die Linke steht dort vor neuen Herausforderungen und neuen Fragen. Bisherige politische Standorte müssen kritisch überprüft werden, um wirksame Strategien für die Gegenwart und Zukunft zu entwickeln.

Das Ende des real existierenden Sozialismus, der Anfang eines neuen internationalen Kräfteverhältnisses?

Im Unterschied zu westeuropäischen Sozialismustheoretikern (Balibar, Magri), die in der Beseitigung der politischen Spaltung Europas einen positiven historischen Schritt nach vorn sehen, sind die Meinungen über den Untergang des sozialistischen Lagers in Lateinamerika viel differenzierter.

Bei aller Kritik an dem real existierenden Sozialismus soll man nach Meinung des Kommandanten der FMLN und Generalsekretärs der KP El Salvadors Schafik Jorge Handal nicht vergessen, daß das in der zweiten Hälfte des XX. Jahrhunderts erreichte militärstrategische Gleichgewicht zwischen den zwei Blöcken ein neues internationales Kräfteverhältnis schuf. Dieses begünstigte den revolutionären Weltprozeß und damit wurden alle progressiven Ideen und Bewegungen in der Welt unterstützt. Dank der materiellen Hilfe der Sowjet-Union konnten die siegreichen Revolutionen in Asien, Afrika und Lateinamerika sich verteidigen und ihren wirtschaftlichen Aufbau vollziehen. Nur unter diesen Bedingungen konnte sich die kubanische Revolution gegen die Aggression der USA wehren und ihrer wirtschaftlichen Blockade widerstehen.¹

Das Ende der Ost-West-Konfrontation ist zwar positiv in dem Sinne, daß die Gefahr eines Nuklearkrieges beseitigt wurde. Es wäre jedoch falsch, die neue internationale Lage als spannungsfrei zu deuten. Im Gegenteil. Der Nord-Süd-Konflikt tritt jetzt in den Vordergrund. Die imperialistischen Länder, die bisher der Eindämmung des Kommunismus den größten Teil ihrer Kräfte widmen mußten, können jetzt mehr Mittel zur Bekämpfung des Südens einsetzen. Auf der Tagesordnung steht das Projekt einer

¹ Siehe Marta Harnecker: El socialismo. Una alternativa para America Latina? Entrevista a Schafik Handal, S. 31.

imperialistischen Umstrukturierung der gesamten internationalen Ordnung.²

Die bipolare Welt wurde durch eine multipolare Welt abgelöst, in der die USA eindeutig über die militärische Hegemonie verfügen. Ein Grundunterschied zu der Nachkriegsperiode läßt sich jedoch feststellen. Die imperialistische Hegemonie ist eine fragmentarische Hegemonie geworden, da die ideologisch-politische und militärische Überlegenheit der USA im Gegensatz zu ihrer ökonomischen Unterlegenheit gegenüber Konkurrenten wie Japan und Deutschland steht.

Die interimperialistischen Rivalitäten eröffnen den revolutionären Kräften in Lateinamerika einen günstigen Spielraum, aber die neue Lage enthält vier Gefahren:

Erstens wird Kapital aus den kapitalistischen Zentren zunehmend in dem ehemaligen sozialistischen Lager investiert, das auf dem lateinamerikanischen Kontinent nötig ist.

Zweitens führt die wirtschaftliche Schwäche der USA ihren Konkurrenten gegenüber zu härterer Haltung in der Frage der Auslandsverschuldung Lateinamerikas, der Rohstoffpreise bis zur Forderung der Länder nach einer gerechten Weltwirtschaftsordnung.

Drittens: weil die wirtschaftliche Hegemonie brüchig geworden ist, können die USA dazu neigen, nach einer neuen Auflage der Einflußsphären in der Welt eine größere Kontrolle Lateinamerikas anzustreben. Im Geheimdokument von Santa Fe "Eine neue interamerikanische Politik für die 80er Jahre" heißt es: "... Die Ausstrahlungskraft der globalen Macht der USA stützt sich auf die Kooperation mit der Karibik und die Unterstützung durch Südamerika. Die Ausschaltung der Seemächte der Alten Welt in Kuba, der Karibik und Lateinamerika ermöglichte den USA eine Macht- ausdehnung, die ausreicht, um ein Gegengewicht zu den Aktivitäten in Europa, Asien und Afrika zu schaffen".³

Viertens setzen die USA auf die militärische Karte, wenn es darum geht, ihre ökonomischen Interessen in ihrer Einflußsphäre gegenüber Konkurrenten zu verteidigen. Der amerikanische Soziologe James Petras weist auf die wachsende Tendenz der amerikanischen Politik hin, der Zerstörung gegnerischer politischer Bewegungen eine größere Rolle beizumessen, ohne über die Fähigkeit zu verfügen, dynamische Alternativen zu unterstützen und zu finanzieren.⁴ Der Fall von Grenada, Panama und Nicaragua ist dafür der Beweis. Unter der New JEWL-Regierung von Maurice Bishop sank die Arbeitslosigkeit in Grenada bis auf 18 %. Sie liegt heute bei 50 %.

² Siehe Agustin Cueva: *América Latina ante "el fin de la historia"*, El Día 9/9/1990.

³ Eine neue interamerikanische Politik für die 80er Jahre, Frankfurt am Main, S. 8.

⁴ Siehe James Petras: *Transformaciones globales y el futuro del socialismo en América Latina*, El Día 20/5/1990.

Der von der US-Armee eingesetzte Präsident Guillermo Endara mußte in Panama in den Hungerstreik treten, um seiner wiederholten Bitte nach wirtschaftlicher Hilfe Nachdruck zu verleihen.

Die finanzielle Unterstützung der jetzigen Regierung Nikaraguas unter Violetta Chamorro durch die USA sieht erbärmlich aus im Vergleich zu der damaligen großzügigen materiellen Hilfe für den Krieg der "Contras".

Auch in Lateinamerika traf man weltfremde Geister, die von einer "Perestroika" in der Lateinamerikapolitik der USA als einer Art von "fair play" gegenüber der Haltung der ehemaligen Sowjetunion zu den Umwälzungen in Osteuropa geträumt hatten. Die nüchterne Wirklichkeit hat sie belehrt: Die Veränderungen in der internationalen Situation bedeuten keineswegs für die USA, daß sie gegenüber Lateinamerika auf eine imperialistische Politik verzichten. Keine politische Botschaft war so eindeutig wie der brutale Überfall auf Panama im Dezember 1989. Zum ersten Mal war die Begründung nicht mehr der Kampf gegen den Kommunismus, sondern die Notwendigkeit, demokratische Verhältnisse in dem mittelamerikanischen Land zu schaffen und das Drogengeschäft zu bekämpfen. Zwei Jahre danach bleibt Panama ein besetztes Land und das Torrijos-Carter-Abkommen von 1978 zur Übergabe des Kanals an Panama ist heute in Gefahr.

Ein anderes Kriterium für eine Analyse der Politik Washingtons gegenüber Lateinamerika liegt in die Haltung zu Kuba. Zahlreiche Stimmen in Lateinamerika und in der Welt erheben sich nach der Überwindung der Ost-West-Konfrontation für das Ende der wirtschaftlichen Blockade gegen Kuba. Die Ablehnung einer friedlichen Koexistenz mit Kuba beweist, daß die USA mit dem Ziel der Liquidierung des Sozialismus auf der Karibikinsel die totale politische Kontrolle über Lateinamerika wieder erlangen möchten, wie das Santa Fe Dokument II es offen formulierte.⁵

Die amerikanische Regierung hat nicht bekanntgegeben, daß sie ihre militärische Präsenz in Honduras, in Guantanamo/Kuba einstellen will. Unter dem Vorwand der Drogenbekämpfung baut sie sie im Gegenteil in Kolumbien, Peru, Bolivien aus. Es geht in der Tat um eine "schweigende Besatzung", wenn man bedenkt, daß schon Ende 1989 mehr als 227 amerikanische Offiziere in diesen Ländern tätig waren neben der wachsenden Zahl von Militärberatern.⁶

⁵ Dort heißt es: "... The goal is to restore Cuba as a free and independent member of the international, and, in particular, the Western Hemisphere community so the 30 years of war between Cubans and Americans will at last come to end", Santa Fe II: A Strategy for Latin America in the Nineties, 13. August 1988, S. 33.

⁶ Siehe: John Saxe-Fernandez: *Iberoamerica en el contexto internacional, continuidades y discontinuidades*, El Día 26/11/1990.

Kein Lob des Kapitalismus, sondern Klage über die größte Krise des abhängigen Kapitalismus.

Im August 1990 lud der mexikanische Schriftsteller Octavio Paz 17 mexikanische und 30 ausländische Intellektuelle zu einem Treffen zum Thema: "Das XX. Jahrhundert: Die Erfahrung der Freiheit" ein. Unter den Teilnehmern befanden sich Vertreter der neuen lateinamerikanischen Rechten, wie der peruanische Schriftsteller Mario Vargas Llosa, Exmarxisten wie der Spanier Jorge Semprun und der Italiener Lucio Coletti, konservative Journalisten wie Jean-Francois Leopolodo Zea und Adolfo Sanchez Vazquez u.a., die sich zum Sozialismus und Marxismus bekennen.

Die Grundthese, die auf dieser Konferenz den Ton angab, war die des Endes des Marxismus und des Sozialismus. Am klarsten formulierte sie Octavio Paz. Er sagte: "Es ist aus mit dem Sozialismus. Der Marxismus gehört ja schon zu der Geschichte der Philosophie wie der Neoplatonismus und Giordano Bruno."⁷

Trotz der Tatsache, daß diese Themen massiv von den Medien verbreitet werden, verfügen sie in Lateinamerika in der Linken nicht über so viel Akzeptanz wie in Westeuropa.

In einem Interview mit der mexikanischen Zeitung "El Dia" erklärte der ehemalige Innenminister Nikaraguas, Tomas Borge, folgendes: "Der Marxismus ist nicht nur eine Leuchte, eine wissenschaftliche Theorie, sondern auch ein Evangelium des Optimismus. Ich bin optimistisch, was die Zukunft des Marxismus und des Sozialismus in Lateinamerika und in der Welt anbetrifft. ... Nach dem Fall der Pariser Kommune wandte sich Marx nicht vom Sozialismus ab. Die Marxisten von heute werden sich nicht nach dem Fall der Berliner Mauer vom Sozialismus abwenden."⁸

Die in Kuba lebende chilenische Theoretikerin Marta Harnecker legt großen Wert auf den Unterschied zwischen der Krise des Marxismus und der Krise des Sozialismus. Der Marxismus ist eine Wissenschaft. Im Gegensatz dazu ist der Sozialismus ein Gesellschaftsentwurf. Sobald eine Wissenschaft nicht permanent ihre theoretischen Instrumente erneuert durch die Aneignung neuer Realitäten, gerät sie in eine Krise. Die Erhebung des Marxismus während der Stalinschen Ära zur offiziellen Wissenschaft, zu einem Körper von Dogmen, führte zum jahrzehntelangen Stillstand des Marxismus. Jedoch hat der Marxismus an seiner Gültigkeit als Methode zur Gesellschaftsanalyse nichts eingebüßt. Es hört sich wie ein Paradox an, aber es ist wahr, daß die Kapitalisten den Marxismus zur Herausarbeitung ihrer konterrevolutionären Strategie mehr benutzen als ihre Gegner für die Entwicklung ihrer revolutionären Strategie. Zwei Beweise

⁷ Siehe: *Semana Latinoamericana*, Mexiko, 10. September 1990.

⁸ *El Dia*, 26. Dezember 1990.

dafür sind die Strategie der Kriege geringerer Intensität und die Überlegungen im Sante Fe Dokument II zum Staat.

Marta Harnecker greift das Argument des uruguayischen Schriftstellers Eduardo Galeano auf: "Man hat uns zur Beerdigung eines Toten eingeladen, der nicht der unsere ist". Nicht der Sozialismus im allgemeinen ist tot, sondern eine besondere, historische Form von Sozialismus. Daher bleibt der Sozialismus als Gesellschaftsentwurf nach dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus gültig.⁹

Der Salvadorianer Schafik Jorge Handal hält auch an dem Unterschied zwischen dem Sozialismus und seinen historischen Formen fest, führt aber eine Nuance ein, die gegen eine undifferenzierte, unhistorische Analyse solcher Theoretiker gerichtet ist, die im Marxismus oder im Leninismus die Keime des Stalinismus sieht. Er sagt:

"Der autoritäre Sozialismus entstand weder aus der Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus, noch aus dem Ideal des Sozialismus, sondern aus dem konkreten Boden des damaligen Rußland. Eine andere Sache ist, daß nachher die "Theoretiker" dieser Gesellschaft behauptet haben, daß der real existierende Sozialismus reiner Ausdruck der marxistisch-leninistischen Wissenschaft sei. Die historische Wahrheit ist aber, daß dieses Modell, das in die Krise geraten ist, weder theoretisch-ideologische Fundamente in der Auffassung des Sozialismus von Marx noch von Lenin hat".¹⁰

Ein Grundunterschied in der gegenwärtigen Debatte der Linken in Europa und in Lateinamerika besteht darin, daß im ersten Fall zu oft die Krise des real existierenden Sozialismus die dominierende Erscheinung bleibt und die Krise des Kapitalismus, besonders die Krise des abhängigen Kapitalismus, von der drei Viertel der Menschheit betroffen sind, ausgeblendet wird. James Petras stellt fest, daß das Scheitern des Kapitalismus der freien Marktwirtschaft in Lateinamerika ein so bedeutendes Phänomen der gegenwärtigen Weltgeschichte wie der Zusammenbruch der stalinistischen Regime in Osteuropa ist. Die sozio-ökonomische Krise des Kapitalismus in Lateinamerika hat seiner Meinung nach, nach allen vernünftigen Indizien, viel tiefere Auswirkungen. Jedoch wird in den kapitalistischen Medien in der ganzen Welt nur von der Krise des Sozialismus gesprochen.¹¹

Am schärfsten formulierte der ekuadorianische Sozialwissenschaftler Agustin Cueva einen ähnlichen Gedanken: "... Trotz des Ausmaßes des wirtschaftlichen Scheiterns des Sozialismus kann man es nicht mit dem wirtschaftlichen Scheitern des Kapitalismus in Lateinamerika vergleichen.

⁹ Siehe: *Hallegado la hora de Cuba? Entrevista a Marta Harnecker*, S. 5, 6, 7.

¹⁰ Marta Harnecker. *Entrevista a Schafik Jorge Handal*, S. 24.

¹¹ Siehe James Petras: *Transformaciones globales ...*, *El Dia* 20/5/90.

Trotz alledem ist Polen nicht Peru und die DDR läßt sich nicht mit Argentinien vergleichen".¹²

In Lateinamerika besteht ein breiter Konsens darüber, von dem vergangenen Jahrzehnt als von dem verlorenen Jahrzehnt zu sprechen. Die neoliberale Politik, die unter der Kontrolle der internationalen Institutionen des Kapitalismus durchgeführt wurde, hat dramatische Folgen hervorgerufen. Die Auslandsverschuldung Lateinamerikas beträgt heute mehr als 410 Milliarden Dollars. 250 Millionen Menschen leben unter der Armutsgrenze.¹³ Das heißt, die Lateinamerikaner leben heute schlechter als vor 13 Jahren. Nach einem Bericht der CEPAL (Wirtschaftliche Kommission für Lateinamerika) berührt die Krise alle Aspekte des gesellschaftlichen Lebens, zum Beispiel die Austauschverhältnisse. Der Wert von 27 Grundexportprodukten in 11 von 19 Ländern sank zwischen 1980 und 1989 bis zu 35 %. Auch das Gewicht der lateinamerikanischen Wirtschaft in der Weltwirtschaft nimmt ständig ab. So stellte 1960 der Wert des gesamten Exports des Kontinents in dem Weltexport 7,7 %, 1980 5,5 % und 1988 3,9 % dar.¹⁴

Bunte lateinamerikanische Linke

Die heutige lateinamerikanische Linke umfaßt eine breite Palette von politischen Strömungen. Zu ihnen gehören die Organisationen, die sich auf die kommunistische Strömung berufen, nämlich die kommunistischen Parteien. Unter dem Einfluß der kubanischen Revolution, der Kontroverse zwischen der KPdSU und der KP Chinas in den 60er Jahren und des Sieges der sandinistischen Revolution, traten weitere Umgruppierungs- und Neuformierungsprozesse ein. In den 80er Jahren wurden weitere linke Organisationen gegründet, zum Beispiel das "Maurice Bishop Patriotic Movement" (1984) in Grenada, der Partido Revolucionario Democrático (Revolutionäre demokratische Partei) in Mexiko (1987) oder der Partido dos Trabalhadores (Partei der Arbeiter) in Brasilien (1980).

Neue Organisationen traten vor kurzem auf die politische Bühne wie die Bewegung "Lavalas" (Lawine) in Haiti (1990). Wie das schon in Kolumbien mit der ehemaligen Guerillaorganisation M19 passierte, werden als Ergebnis der Verhandlungen zwischen den Regierungen von Honduras, Guatemala und El Salvador und den Befreiungsbewegungen dort neue politische Parteien der Linken gegründet werden.

Ein wesentlicher Aspekt der Krise der Linken in Westeuropa besteht nicht nur in den negativen politischen Folgen des Zusammenbruchs des real existierenden Sozialismus, sondern in ihrer Erfolglosigkeit seit den 70er Jahren bei der Entwicklung einer Alternative zur Politik der Herrschenden. In diesem Zusammenhang weisen mit Recht Sozialwissenschaftler wie Frank Deppe darauf hin, daß die Krise der europäischen Linken viel älter ist als der Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus.¹⁵

¹² Agustin Cueva: America Latina ante "el fin de la historia". El Dia 9/9/90.

¹³ Siehe: Rede von Fidel Castro auf dem Treffen der iberoamerikanischen Präsidenten in Guadalajara/Mexiko.

¹⁴ Siehe: Luis Maira: America Latina y el nuevo escenario internacional, El Dia 2/12/90.

Die Bilanz der Politik der Linken in Lateinamerika sieht anders aus. Im größten Land Lateinamerikas, Brasilien, wurde die Linke bei den Wahlen von 1989 die zweitstärkste politische Kraft. Die Partei der Arbeiter (PT) bekam 31 Millionen Stimmen und ist heute eine Organisation von 650.000 Mitgliedern. Der Präsidentschaftskandidat Luis Inacio da Silva Lula wurde von 48 % gewählt.

In Uruguay hat die breite linke Koalition (Frente Amplio) 1989 ein Rekordziel erreicht. Sie eroberte das wichtige Rathaus von Montevideo und hat günstige Perspektiven für die Wahl von 1994.

In Mexiko baut sich der Partido Revolucionario Democrático (PRD) von Gardenas auf der Basis seines Wahlergebnisses von 1988 als ernsthafte Alternative zu der herrschenden Partei PRI aus.

In Haiti wurde der Befreiungstheologe Jean-Bertrand Aristide, der Kandidat einer breiten Front von politischen Organisationen und Bewegungen FNCD (Nationale Front für Veränderungen und Demokratie) war, im Dezember 1990 mit 67 % der Stimmen zum Präsidenten gewählt. Trotz des Militärputsches vom September 1991 und der Repressivmaßnahmen gegen linke Organisationen liegen ihre Wurzeln so tief, daß sie nicht einfach zerschlagen werden können.

Die Sandinisten haben zwar die Wahlen verloren, aber sie bilden heute die stärkste politische Partei in Nicaragua. In El Salvador ist die Rechnung der Armee und der US-Regierung, die FMLN militärisch zu besiegen, nicht aufgegangen. Mit der Unterschrift des Friedensabkommens zwischen der Regierung und der FMLN wird in Zukunft die Linke in El Salvador das Schicksal des Landes mitbestimmen können. In Guatemala und Honduras, in Zentralamerika im allgemeinen: ist die Schaffung eines demokratischen Spielraumes nach Meinung des guatemalteken Soziologen Edelberto Torres Rivas das direkte Produkt des bewaffneten Kampfes.¹⁶

In Chile hat die lange Militärdiktatur unter Augusto Pinochet ihr Versprechen, die Wurzel des Marxismus in diesem Land zu beseitigen, nicht einhalten können. Die bunte marxistische Linke in Chile ist heute keine Randerscheinung. Das gilt auch für die Linke in Kolumbien, in Peru, in der Dominikanischen Republik. Die Schattenseiten liegen in solchen Ländern

¹⁵ Siehe: Niederlagen und Chancen. Diskussion mit Frank Deppe. In: Sozialismus 2/90, S. 19 - 22 und Frank Deppe: Gedanken zur Diskussion um die Krise der Arbeiterbewegung. In: Reden zur theoretischen Konferenz September 88, Hamburg, S. 16-24.

¹⁶ Siehe: Edelberto Torres Rivas: Guerre, transition et democratie en Amerique Centrale. In: Les luttes pour la democratie en Amerique Latine, Port-au-Prince 1988, S. 61-97.

wie Argentinien, Puerto Rico, Costa Rica. In Grenada hat die Linke noch nicht die dramatischen Folgen der Zerschlagung der Revolution überwinden können.

Auch Krise der Linken?

Erfolge der Vergangenheit und der Gegenwart sind keine absolute Garantie für die Erfolge der Zukunft, wenn angesichts der neuen Herausforderungen und der alten Unzulänglichkeiten die Arbeit an der Theorie, der Strategie und der Taktik nicht vorankommt. Es tut gut, sich an die althusser'sche Formel zu erinnern: "Die Marxisten wissen, daß weder eine Taktik ohne Strategie noch eine Strategie ohne Theorie möglich ist". Die tiefgreifenden negativen Auswirkungen des Zusammenbruchs des real existierenden Sozialismus machen auch keinen Halt vor der Tür der lateinamerikanischen Linken.

Die kommunistischen Parteien bilden mit den Anarchisten die älteste politische Strömung des Kontinents. Die meisten von ihnen wurden in der Zeit der Komintern (1919-1944) gegründet. Ihre vollständige "Bolschewisierung" im Sinne des 5. Weltkongresses der Komintern (1925) erfolgte mit einem anderen Rhythmus als zum Beispiel die der kommunistischen Parteien in Europa. Nach der Auflösung der Komintern über die Zeit der Kominform hinaus bis zu der späteren Struktur der weltkommunistischen Bewegung wurden die Aktivitäten der kommunistischen Parteien Lateinamerikas sehr eng mit dem Zentrum in Moskau verbunden. Sie waren wegen der besonderen politischen Lage Lateinamerikas, wo im Unterschied zu anderen Erdteilen keine Bedingungen für eine kontinuierliche legale Betätigung bestanden hatten, auf die politische und materielle Unterstützung der KPdSU angewiesen.

Die kommunistische Bewegung des Kontinent erlebte ihre erste Existenzkrise mit dem Sieg der kubanischen Revolution (1959) und ihre zweite mit dem Sieg der nikaraguanischen Revolution (1979). Diese zwei wichtigsten Revolutionen Lateinamerikas der neuesten Zeit wurden nicht von der jeweiligen kommunistischen Partei in diesen Ländern angeleitet.

Die erste Periode der kubanischen Revolution wurde durch eine scharfe Auseinandersetzung Fidel Castros mit einigen kommunistischen Parteien des Kontinent gekennzeichnet. Dafür zeugt zum Beispiel die Kontroverse mit der kommunistischen Partei Venezuelas, besonders in der Rede Fidel Castros vom 13. März 1967, in der er auch mit anderen lateinamerikanischen kommunistischen Parteien abrechnete. Er sagte: "Jeder Beliebige kann sich als "Adler" bezeichnen und keine einzige Feder auf dem Rücken tragen ... Ebenso nennen sich einige "Kommunisten" und haben nicht ein Haar von einem Kommunisten an sich. Die internationale kommunistische Bewegung, wie wir sie sehen, ist weder eine Kirche, noch eine religiöse oder Freimaurersekte ... Unsere Position im Hinblick auf die kommunisti-

schen Parteien wird auf eindeutig revolutionären Prinzipien beruhen ... Und wenn in irgendeinem Land die vorgeblichen Kommunisten ihre Aufgaben nicht erfüllen können, so werden wir diejenigen unterstützen, die, ohne sich Kommunisten zu nennen, in Kampf und Aktion als wahrhafte Kommunisten auftreten".¹⁷

Die kubanische Revolution löste in der lateinamerikanischen Linke die erste grundlegende Organisationsdebatte seit Jahren aus. Unterschiedliche Lehren wurden aus ihr gezogen. So ist zum Beispiel die FSLN, die Organisation, die zum Erfolg der zweiten lateinamerikanischen Revolution der neuesten Zeit führte, Produkt der tiefen politischen Auswirkungen der Revolution auf der Karibikinsel. Die zwei marxistischen Parteien in Nicaragua wurden dem Verständnis des historischen Auftrages ihrer Organisationen so wenig gerecht wie früher die PSP, die Sozialistische Volkspartei, die marxistische Partei Kubas.

Die nikaraguanische Revolution stürzte erneut die kommunistischen Parteien in Zentralamerika in eine weitere Existenzkrise. In Guatemala, Costa Rica spalteten sich die PGT, die Guatemaltekeische Partei der Arbeit und die PVP, die Partei der Volksvorhut, die jeweiligen marxistischen Parteien dieser Länder. In El Salvador gewann die Partei wieder an politischer Autorität, nachdem sie sich Ende der 70er Jahre unter der Leitung von Shafik Jorge Handal auf eine neue politische Linie orientiert hatte.¹⁸

Die Perestrojka ab 1985 konfrontierte die kommunistischen Parteien Lateinamerikas mit neuen Fragen. Die Parteien, die national verankert waren und die früher als andere die Korrektur von bestimmten undemokratischen Praktiken der Stalinschen Ära unternommen hatten, fanden sich mit weniger Problemen in den neuen Zeiten zurecht. Dabei denkt man besonders an die kommunistische Partei Uruguays, die schon Ende der 50er Jahre unter der Leitung von Rodney Arismendi einen internen Erneuerungsprozeß und eine Politik der Sammlung der linken Kräfte ohne Sektierertum führte.¹⁹

Die Perestrojka und der Prozeß des Zusammenbruchs des real existierenden Sozialismus haben die interne Krise einiger KP verschärft, so zum Beispiel die der kommunistischen Partei Brasiliens und der kommunistischen Partei Boliviens, die sich gespalten haben. In den KP Argentinien und Kolumbiens hat der seit langer Zeit überfällig gewordene Führungswechsel stattgefunden.

Der Prozeß, der ab März 1985 in der Sowjetunion eröffnet wurde und dessen erklärtes Ziel es war, durch Beseitigung der Entartungen der soziali-

¹⁷ Fidel Castro: Rede vom 13. März 1967. In: Lateinamerika. Ein zweites Vietnam? Hamburg 1968, S. 271.

¹⁸ Siehe das Interview von Marta Harnecker mit Shafik Jorge Handal. In: Pueblos en Armas Nicaragua El Salvador Guatemala. Entrevistas de Marta Harnecker, Mexiko 1984.

¹⁹ Siehe: Rodney Arismendi: Ausgewählte Reden und Aufsätze, Berlin 1981 und: Forjar el viento, Montevideo 1987.

stischen Gesellschaft die Attraktivität des Sozialismus zu erhöhen, wurde zunächst allgemein begrüßt. Die Frage bleibt dabei offen, wieweit alle Parteien die organische Verbindung dieser Bewegung mit dem eigenen Selbsterneuerungsprozeß sahen. Aber mit der Entwicklung der Widersprüche der Perestroika stießen viele Fragestellungen auf Widerstand, besonders als klar wurde, wie fortgeschritten die Krise des real existierenden Sozialismus war. Der Sinn des offenen Briefs der 5 KPs aus Costa Rica, Honduras, der Dominikanischen Republik, aus El Salvador und Argentinien war es, in diesem Zusammenhang vor falschen Ansätzen in der Debatte zu warnen.²⁰

1988 veröffentlichte die Zeitschrift "Probleme des Friedens und des Sozialismus" die stenographische Aufzeichnung einer Diskussion in der Redaktion.

Da meldete sich der Vertreter der KP der Dominikanischen Republik, Jose Riva, zu Wort, um auf die Einheit zwischen Friedenskampf und Kampf für nationale Befreiung aufmerksam zu machen.²¹

Bei einem Symposium in Prag zum Thema: "Revolution und Frieden im Nuklearzeitalter" äußerten die Vertreter der KP Argentiniens und Kubas Kritik an der Fragestellung, in der der Kampf um radikale Veränderungen zugunsten der Erhaltung des Friedens in den Hintergrund gestellt wurde. Mit diesem Komplex setzte sich erneut der Vertreter der KP Kubas mit einem Artikel: "Wann man nicht von Prioritäten sprechen darf" auseinander. Die umstrittenen Punkte wurden deutlicher.

Er schrieb: "Die Durchsetzung der friedlichen Koexistenz als der einzig vernünftigen Existenzform ist heute zur zentralen Aufgabe geworden. Doch die Anerkennung dieser Tatsache darf nicht dazu führen, daß der objektive Charakter der Widersprüche in der Gesellschaft in Vergessenheit gerät".

An einer anderen Stelle problematisiert er eine andere Fragestellung des Neuen Denkens: "... Dennoch wird zuweilen behauptet, alle nationalen Befreiungsprozesse müßten heute der Aufgabe untergeordnet werden, das Überleben der Menschheit zu sichern. Den revolutionären Parteien und Bewegung wird "empfohlen", Mäßigung zu üben und zu verhindern, daß lokale oder regionale Probleme zu einer weltweiten Konfrontation führen ... Mäßigung ist jedoch unakzeptabel, wenn damit gemeint ist, auf die legitime Abwehr einer Aggression des Imperialismus, auch mit militärischen Mitteln, zu verzichten oder patriotische Gefühle, die einen bewaffneten

²⁰ Siehe: Carta a las fuerzas revolucionarias de America Latina. El Dia 22/3/90.

²¹ Die Umgestaltung in der UdSSR und die internationale kommunistische Bewegung. In: Probleme des Friedens und des Sozialismus, 8/88, S. 1223.

Kampf gegen Unterdrückungsregime führen, aufzulösen; denn für sie ... besteht keine Möglichkeit einer friedlichen Regelung".²²

Eine der gründlichen Kritiken an der Perestroika lieferte Schafik Jorge Handal in dem Text vom Juli 1989, der den Titel trägt: "Perestroika, Sozialismusmodell in der Krise und Herausforderungen für die Revolution in der Dritten Welt". Die meisten Argumente wurden in dem Interview mit Marta Harnecker wieder aufgenommen und vertieft. Er hebt dort hervor, daß alle Revolutionäre die Perestroika begrüßten. Seiner Meinung nach war der Sozialismus in der Sowjetunion krank, aber dies war keine tödliche Krankheit. Diese hätte geheilt werden können. Aber die Perestroika entstand ohne eine klare Strategie zur Lösung der Frage wie es werden sollte. Es gab weder Klarheit über die zu erreichenden Ziele, noch über die Schwerpunkte. Es gab nicht einmal eine gründliche Erkenntnis des Landes. Es fehlte auch eine Wirtschaftsstrategie. Bei der Durchführung der Politik von Glasnost gab es kein klares Konzept des ideologischen Kampfes und der Aufgaben der marxistischen Kräfte.²³

Die Identitätskrise der lateinamerikanischen Linke erfaßt alle Strömungen. Von den früheren maoistischen Organisationen ist der "Sendero Luminoso" (Leuchtender Pfad) mit seiner blinden Strategie der Gewalt einer der wenigen Überlebenden.

Von den früheren trotzkistischen Gruppen (Anhänger von Mandel, Lambert, Posadas, Moreno usw.), die in Mexiko, Argentinien, Brasilien, Kolumbien über recht stabile Organisationen verfügten, haben viele in den neuen politischen Organisationen der Linken eine neue politische Heimat gefunden, zum Beispiel in dem PRD (Mexiko), dem MAS (Bewegung zum Sozialismus) (Argentinien), dem PT (Brasilien).

Der lateinamerikanischen Linken ist es noch nicht gelungen, seit dem Beginn der Krise des real existierenden Sozialismus der allgemeinen ideologischen Offensive der Rechten eine wirksame Gegenoffensive entgegenzustellen,²⁴ weil es ihr an begründeten Antworten fehlte. Die Debatten über die Organisationsfrage treten in den Vordergrund. Wie soll die revolutionäre Organisation funktionieren, um den Bürokratisierungsprozeß zu verhindern, an dem die führenden Parteien des real existierenden Sozialismus zugrunde gegangen sind? Wie kann man in einer Partei ein vernünftiges Verhältnis zwischen Demokratie und Zentralismus schaffen?

Einige neue linke Organisationen wie die PT Brasiliens probieren neue Wege. Auf ihrem letzten Parteitag im November letzten Jahres wurde über die Existenz von 10 Tendenzen berichtet. Die größte, Articulacao genannt,

²² Siehe: Revolution und Frieden im Nuklearzeitalter. In: Probleme..., 2/89, S. 229 - 230 und Antonio Diaz-Ruiz: Wann man nicht von Prioritäten sprechen darf. In: Probleme..., 9/1989, S. 1254, 1256, 1257.

²³ Siehe: Marta Harnecker: El Socialismo ..., S. 32.

²⁴ Siehe: Marta Harnecker: Ejes del debate actual de la izquierda. El Dia 17/11/91.

wird von dem Vorsitzenden Lula angeleitet. In der KP Uruguays findet zur Zeit eine scharfe Debatte statt, nachdem der Generalsekretär der Organisation in der Parteizeitung "La Hora Popular" vom 1. September 1991 über die Möglichkeit nachdachte "die Einheit in einer einzigen Partei mit den sozialistischen Genossen zu vollziehen".²⁵

Auch in der FSLN als Folge nicht nur der Wahlniederlage von 1990, sondern auch des Zusammenbruchs des real existierenden Sozialismus, werden neue Fragestellungen zur Organisationsfrage diskutiert. In einem Interview mit der mexikanischen Zeitung "El Dia" problematisiert Dora Maria Tellez die Konzeption der Vorhut wie sie bisher nach dem Modell der kommunistischen Parteien angewandt wurde.²⁶

Ein anderes Diskussionsthema ist die Rolle des bewaffneten Kampfes in der zukünftigen revolutionären Strategie. Die Notwendigkeit wird thematisiert, nach dem Zusammenbruch des autoritären Sozialismusmodells an einer Theorie des Sozialismus zu arbeiten, die den konkreten Bedingungen Lateinamerikas entspricht.

Historische Erfahrungen der lateinamerikanischen Länder, wie die Erfahrung der "Consejos Obreros" (Arbeiterräte) in der Zeit der Unidad Popular Chiles zum Beispiel, sollen aufgearbeitet werden. Es besteht Konsens darüber, daß der Übergangsprozeß zum Sozialismus länger dauern wird. Das Programm der nationalen demokratischen Revolution der FMLN und sein Verhältnis zum Sozialismus soll genauer untersucht werden, weil dort den neuen internationalen, kontinentalen und nationalen Bedingungen Rechnung getragen wird.

Die lateinamerikanische Linke hat große Defizite in dem Bereich der Herausarbeitung von Alternativen zu der herrschenden neoliberalen Politik. Punktuelle Proteste bleiben wirkungslos, solange sie nicht in einem gesamten Gesellschaftsprojekt eingebettet sind. Der Nikaraguaner Angel Saldomando bringt diesen Gedanken auf den Punkt. Er schreibt: "... Auch die Armen geben der Rechten ihre Stimmen, wenn sie keine überzeugende Alternative finden".²⁷

Mit der Frage der Umstrukturierung der kapitalistischen Weltwirtschaft und der neuen Integrationsmechanismen der lateinamerikanischen Wirtschaft ist die komplizierte Frage der ökonomischen und politischen Integration Lateinamerikas verknüpft. Die COPPAL (Konferenz in Permanenz der politischen Parteien Lateinamerikas) hat die progressiven Kräfte aufgefordert, aus dem Thema der Integration eine Angelegenheit der Völker zu machen. Bisher sind genaue Modelle, und Vorstellungen vom Standpunkt der Völker nicht entwickelt worden.

²⁵ Siehe Jaime Perez: El Ocaso y la esperanza. In: "La Hora Popular", 1. September 1991.

²⁶ Irene Selser: Entrevista con Dora Maria Tellez, In: El Dia 21/7/91.

²⁷ Angel Saldomando: La Izquierda: Ser o no ser? In: Pensamiento propio, September 1991.

Die neue Kultur der lateinamerikanischen Linken

Seit dem Beginn der Krise des real existierenden Sozialismus entsteht in den unterschiedlichen Organisationen der Linken ein neues Bedürfnis zusammenzukommen, um nicht nur über die Krise des real existierenden Sozialismus und des Neoliberalismus Gedanken auszutauschen, sondern um gemeinsame, praktische Schritte abzustimmen. Damit gibt die lateinamerikanische Linke den progressiven Kräften in der Welt ein Beispiel einer neuen politischen Kultur. Dieser Prozeß findet auf einer nationalen wie auf einer internationalen Ebene statt. Erwähnenswert ist zum Beispiel in Chile das neue Forum der Linken: "Movimiento de la Izquierda Democratica Allendista" (MIDA) (Bewegung der demokratischen Linke, die sich auf Allende beruft). Sie tagte zum ersten Mal in Santiago und an der ersten Versammlung nahmen die "Bewegung der revolutionären Linken" (MIR), die Kommunistische Partei, die Kommunistische Partei proletarische Aktion, die Sozialistische Partei des Volkes, die Sozialistische Partei Salvador Allende teil.²⁸ Diese Versammlung beriet nicht nur über nationale Themen, sondern auch über internationale Fragen und erklärte sich solidarisch mit dem Kampf des Volkes Haitis, Panamas und der Völker Zentralamerikas.

Auf der internationalen Ebene findet die Suche nach Einheit einen positiven Ausdruck in dem Treffen der Kommunistischen und Arbeiterparteien des Kontinent vom 26. bis 30. November 1990 in Mexiko und in den zwei Treffen von Sao Paulo und Mexiko der linken Parteien und Bewegungen Lateinamerikas, die im Juli 1990 und im Juni 1991 stattfanden.

Die 16 Kommunistischen und Arbeiterparteien gaben am Ende ihres Treffens eine allgemeine Erklärung ab über die politische Lage in der Welt und in Lateinamerika und eine besondere Erklärung zur Solidarität mit Kuba. Alle politischen Strömungen der lateinamerikanischen Linken sind über die kontinentale Bedeutung der kubanischen Revolution und über die Notwendigkeit sie zu verteidigen einig. Auch neu in der politischen Kultur der lateinamerikanischen Kommunisten ist eine Absage an Praktiken des Sektiererturns und das Eintreten für die Einbeziehung aller linken Kräfte als gleichberechtigte Partner in der antiimperialistischen Front. Die Konferenz selbst setzte ein politisches Zeichen. Dort waren unter demselben Namen zwei Abspaltungen der früheren KP Guatemalas, der Guatemalteckischen Partei der Arbeit, vertreten: die einen vertraten die Guatemalteckische Partei der Arbeit (6. Januar) während die anderen die Guatemalteckische Partei der Arbeit (Kern der nationalen Leitung) vertraten.

Waren auf dem ersten Treffen der Parteien und Bewegungen Lateinamerika in Sao Paulo/Brasilien 48 Organisationen, so waren es ein Jahr später 68 aus 22 Ländern.

²⁸ El Siglo vom 15. bis 21. Dezember 1991, Santiago/Chile.

Die Erklärung von Sao Paulo und die Erklärung von Mexiko, die jeweils auf diesen beiden Konferenzen verabschiedet wurden, sind wichtige politische Dokumente, die von der Anstrengung der lateinamerikanischen Linken zeugen, nicht resignativ auf die dramatische Entwicklung in der Welt zu reagieren, sondern die neuen Probleme zu erkennen, um wirksam und gemeinsam in der Zukunft handeln zu können.

Neben Vertretern der kommunistischen Parteien saßen Repräsentanten der Revolutionären Einheit Guatemalas, Abgesandte der Bewegung Lavalas aus Haiti und der kolumbianischen M 19, Guerilleros aus El Salvador, Ex-Tupamaros aus Uruguay und Führer der starken Oppositionsparteien Brasiliens und Mexikos wie Lula, Cardenas usw.

Diese systematische Suche nach politischer Breite und die Einheit zwischen der alten und der neuen Linken des Kontinent sind eine nützliche Erfahrung für die gesamte internationale Linke.

Der Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus beeinflusst die Kampfbedingungen der lateinamerikanischen Linken negativ. Aber er ist für sie eine historische Chance zur Findung einer neuen Identität, zur Versöhnung mit der eigenen nationalen und kontinentalen Wirklichkeit. In der Resolution zum Programm übte die KP Kubas auf ihrem Parteitag im Oktober Kritik an der Tendenz der Vergangenheit, zu viel vom real existierenden Sozialismus übernommen zu haben. Die kubanischen Kommunisten sprechen von ihrer Partei als von der Partei von Marx, aber auch von Marti.

In ihrem neuen Programmentwurf arbeitete die KP Chiles eine Selbstkritik heraus. Sie gibt zu, daß sie durch die Fixierung auf das führende Zentrum die eigene theoretische Tradition vernachlässigte, den Beitrag ihres Begründers Recabarren und anderer lateinamerikanischer Denker unterschätzte. Es sind Zeichen der neuen Zeiten. Die Geschichte der lateinamerikanischen Linken wird erst jetzt aufgearbeitet. Dabei wird thematisiert werden müssen, wie viele Denkanstöße von Llallemant, Mariategui, Mella, Che Guevara, Sandino, Camilo Torres, Salvador Allende in der dunklen Nacht der Vergangenheit spurlos verschwanden.

Eine neue lateinamerikanische Linke mit einem neuen sozialistischen Projekt wird dann den Traum einer anderen Gesellschaft wach halten, wenn sie sich zu ihrer nationalen und kontinentalen Tradition schöpferisch bekennt.

Aber sie wird auch nicht vergessen, daß nach dem Sozialistengesetz in Deutschland, nach dem Fall der Pariser Kommune, nach der Restauration der Bourbonen, nach der Niederlage der ersten russischen Revolution Kämpfer aus Deutschland, Frankreich, Spanien, Rußland usw. andere Erfahrungen mitbrachten und zu ihrem internationalistischen Erbe beitrugen.

Du-Yul Song

Niederlage des Realsozialismus im koreanischen Kontext

1. Spezifische Problemlage

Die Niederlage des Realsozialismus hat eine Reihe von spezifischen Reaktionen unter den Koreanern hervorgebracht, weil die beiden Teile des Landes seit 1945 jeweils auf dem Vorposten im Ost-West-Konflikt gestanden haben. Der erste "Heiße Krieg" während des Kalten Krieges, der Korea-Krieg (1950-53), der noch seinen langen Schatten auf jeden Koreaner wirft, war die erste schwere Hypothek. Im Vietnam-Krieg kämpften südkoreanische Soldaten auf seiten der US-amerikanischen Truppen gegen nationale Befreiungskräfte. Diese zweite schwere Hypothek war entstanden, weil die internationale Pflicht im Kampf gegen den Kommunismus für manche Südkoreaner selbstverständlich zu sein schien. Erst die unvorhersehbare Aufnahme diplomatischer Beziehung zwischen den USA und der VR China ermöglichte es, die veränderte Lage innerhalb der internationalen Politik wahrzunehmen. Die gemeinsame Erklärung von Süd- und Nordkorea am 4. Juli 1972, die die Wiedervereinigung des Landes aus eigenen Kräften mit friedlichen Mitteln auf der Grundlage der nationalen Versöhnung vorschrieb, war eine konkrete Reaktion von beiden Teilen Koreas auf die veränderte internationale Lage um die koreanische Halbinsel. Aber diese Absichtserklärung war gleichzeitig ein Ausweichmanöver für das Regime Park Chung-Hee aus einer innenpolitischen Krise, die durch Korruption und Mißwirtschaft verursacht worden war. Im Oktober 1972 wurde in Südkorea die Verfassung außer Kraft gesetzt und das Kriegsrecht verhängt, während die neue sozialistische Verfassung in Nordkorea im Dezember des gleichen Jahres verabschiedet wurde. Der Präsident Park Chung-Hee legitimierte damit seine Politik des Wirtschaftswachstums um jeden Preis und sah darin den Schlüssel für die "Erneuerung" (Yushin), die Südkorea zu einer stärkeren ökonomischen und militärischen Position im Wettlauf des Systems mit Nordkorea führen sollte. In der Tat leitete die "Wachstumsdiktatur" eine gewaltige Veränderung des sozialen Gefüges in Südkorea ein, so daß einerseits eine acht Millionen starke Arbeiterschaft und andererseits etwa ein Dutzend Konzerne (chaebol) bis zum Ende der 70er Jahre entstanden. Steigende Einkommensdisparitäten und die wachsende Ernüchterung über ausbleibende soziale Segnungen für diese Arbeiterschaft waren aber die Totengräber des Mythos vom wirtschaftlichen Wunder am Han-Fluß. 1979 kam es nach

Jahren verordneter Ruhe zu Massenprotesten, die nach Demokratisierung und verbesserten Lebensbedingungen riefen. Ende Oktober 1979 wurde Präsident Park von seinem eigenen Geheimdienstchef erschossen. Zwar war der Herrschaftsapparat Parks an seiner inneren Starre zerbrochen und dementsprechend war die Chance für die Opposition angesichts der demokratischen Frühlingstimmung groß, aber die Opposition war zersplittert. In diesem Machtvakuum bahnten sich der treueste Gefolgsmann von Park, General Chun Du-Whan, und die ihn stützenden Kräfte des Militärs nach dem blutigen Bürgerkrieg in der Provinzstadt Kwangju im Mai 1980 den Weg zur Macht. Weil es in Kwangju südkoreanische Soldaten waren, die auf Anordnung des gemeinsamen US-Südkoreanischen Oberkommandos unter General Wickham ihre Bajonette gegen das Volk richteten, war der Schutzmachtmythos der US-Truppen in Südkorea gleichzeitig zerstört. Die 5. Republik (1981-87) unter der Führung des Putschgenerals Chun konnte für sich jedoch - trotz ihres politischen Defizits an Legitimation - wegen einer Reihe günstiger außenwirtschaftlicher Rahmenbedingungen (niedriger Ölpreis, niedriger Wechselkurs des koreanischen Won gegenüber dem Dollar und niedriges Zinsniveau auf dem internationalen Kreditmarkt) im wirtschaftlichen Bereich einen unerwarteten Erfolg verbuchen. Dem Bekanntwerden des Foltertodes eines Studenten im Januar 1987 folgte erneut ein nationaler Widerstand, dem sich nun das städtische Bürgertum anschloß. Der internationale Druck auf das Gastgeberland der XXIV. Olympischen Sommerspiele, die am 17. September 1988 in Seoul eröffnet werden sollten, beschleunigte den Zerfallsprozeß der Gewaltherrschaft Chuns, der Ende Juni 1987 dem Volk einen friedlichen Machtwechsel durch direkte Wahlen versprechen mußte. Wegen der Zersplitterung innerhalb der bürgerlichen Opposition vor der Präsidentenwahl im Dezember 1987, die im Grunde aber keine alternative Programmatik gegenüber dem Kandidaten der Regierungspartei, Roh Tae-Woo, anbieten konnte, kam eine ersehnte politische Wende nicht zustande.¹

2. Südkorea: Zwischen Klassen- und nationaler Frage

Hier muß die Frage gestellt werden, welche Rolle die "fortschrittlichen Kräfte", die Jahrzehnte lang gegen die Militärdiktatur mutig gekämpft hatten, bei diesem Wahlfiasco spielten. In Südkorea gilt die Bezeichnung "Linke" als ein absolutes Tabu, weil das berüchtigte "Antikommunistische Gesetz", das seit 1980 zum "Nationalen Sicherheitsgesetz" umbenannt wor-

¹ Vgl. dazu M. Denis/E. Dischereit/D.-Y. Song/R. Werning(Hg), Südkorea: Kein Land für friedliche Spiele, Reinbek 1988.

den ist, strafrechtlich sogar die Lektüre des "Kapital" als einen "subversiven Akt" bis zur Mitte der 80er Jahre verfolgte. Die außerparlamentarische Opposition kann man in Südkorea aber zu dem Kreis der "fortschrittlichen Kräfte" im groben Sinne rechnen, die sich von der konservativen innerparlamentarischen Opposition unterscheiden.

Ein wichtiges Schlagwort für die Ortsbestimmung dieser fortschrittlichen Kräfte in Südkorea heißt Minjung (das Volk). Die selbstreflexive Fragestellung in langwierigen und schwierigen Widerständen entdeckt nun das emanzipatorische Subjekt, das anfangs aber den fixierten Blickwinkel des "Proletariats" als exklusiver Träger der Befreiung vermeidet. Auf einem seit Mitte der achtziger Jahre neu gewonnenen Terrain für die relative Freiheit versuchten die fortschrittlichen Kräfte eine Reihe von differenzierten Bedeutungen des Minjung herauszufinden:

Gegenüber dem offiziellen bzw. offiziösen Paradigma der

"Schwellenländer" sieht ein Teil dieser fortschrittlichen Kräfte in dem exportorientierten Akkumulationsmodell seit den 70er Jahren unter der Regie des "starken Staates" die Entstehungsbedingungen des Staatsmonopolkapitalismus, der jedoch in einem Abhängigkeitsverhältnis zum nordamerikanischen und japanischen Monopolkapital steht. Diese Sichtweise erkennt in der inzwischen erstarkten Arbeiterklasse die führende Kraft für eine post-kapitalistische Transformation Südkoreas an.

Eine andere Position innerhalb der fortschrittlichen Kräfte, die durch die nordkoreanische Sichtweise von der südkoreanischen Gesellschaft beeinflusst wurde, erkennt dagegen die These an, daß sich die südkoreanische Gesellschaft in einem kolonialen Semikapitalismus befinde. Die politische Devise aus diesem Paradigma lautet: Bildung einer breiten Einheitsfront für die nationale Befreiung und Wiedervereinigung des Landes. Die beiden miteinander konkurrierenden Paradigmen führten eine Reihe konkreter Beweise aus der jüngsten politischen Vergangenheit an: Die These vom abhängigen Staatsmonopolkapitalismus führte jene die Exportökonomie Südkoreas zeitweise lahmlegenden Arbeiteraufstände in nahezu sämtlichen Großbetrieben - wie Hyundai und Daewoo - im Herbst 1987 als deutlichen Beleg für das Potential der Arbeiterklasse bei der post-kapitalistischen Umgestaltung Südkoreas an. Die andere These, vom abhängigen Semikapitalismus, sieht ihren Beweis in der offen ausgebrochenen anti-amerikanischen Stimmung unter der Bevölkerung seit der blutigen Niederschlagung des demokratischen Aufstandes im Mai 1980 in Kwangju.

Während diese Gruppierung den Oppositionskandidaten aus jener Provinzhauptstadt, Kim Dae-Jung, unterstützte, bevorzugten jene Kräfte mit der Auffassung vom abhängigen Staatsmonopolkapitalismus einen relativ unbekanntem, unabhängigen Kandidaten. Das Wahldesaster im Dezember

1987 hinterließ nicht nur ein hilfloses Lamento, sondern auch ein Klima gegenseitiger Beschuldigung zwischen den fortschrittlichen Kräften.²

Neben der Schuldfrage wegen des Wahlfiaskos verschärfte die unterschiedlichen Einschätzungen der Perestroika weitere Auseinandersetzungen zwischen den fortschrittlichen Kräften. Während diejenigen, die der These vom abhängigen Staatsmonopolkapitalismus nahestehen, in der Perestroika die Möglichkeit eines zukünftigen Sozialismus in Südkorea sahen, verurteilten diejenigen, die die These vom abhängigen Semikapitalismus vertraten, die Perestroika als Verrat am anti-imperialistischen Kampf. Eine Schwierigkeit bei der positiven Anspielung auf die Perestroika lag offenbar darin, daß die Sowjetunion Südkorea prompt diplomatisch anerkannte. Der erste konkrete Erfolg der "Nordpolitik" des Regimes Roh - eine südkoreanische Variante der westdeutschen "Ostpolitik" - war gerade für diejenigen, die die Sichtweise vom abhängigen Semikapitalismus vertraten, ein Beweis dafür, daß Hauptnutznießer der Perestroika die USA seien, die eigentliche Hegemonialmacht in Südkorea. Zwar war die diplomatische Anerkennung Südkoreas durch die Sowjetunion, der eine südkoreanische Kreditzusage in Höhe von 3 Mrd. Dollar vorausgegangen war, ein Produkt des Eigeninteresses der Sowjetunion im Namen des "neuen Denkens", aber sie erzeugte trotzdem für kurze Zeit ein Gefühl nationalen Stolzes unter den Südkoreanern. Außerdem hat auch der atemberaubende Einigungsprozeß in Deutschland schnell ein Zukunftsszenarium verbreitet, demzufolge eine Art deutscher Lösung in der Wiedervereinigungsfrage in Korea möglich sei. Unter diesen Umständen wurde der Spielraum für die ohnehin zersplitterte außerparlamentarische Opposition beschränkt, obwohl der herrschende Machtblock selbst nicht auf stabilem Boden stand und deswegen über Nacht die Gründung einer neuen großen Regierungspartei im Januar 1990 vornehmen mußte, die dann die gewünschte parlamentarische Mehrheit erringen konnte.

Eine Reihe ungesunder Symptome, vor allem eine vertiefte Kluft zwischen den von Intellektuellen gern bevorzugten Meta-Erzählungen wie "Klassenemanzipation" und "nationale Befreiung" und jenen von den Leuten auf der Straße vorgetragenen kleinen Erzählungen, kann man auch unter den fortschrittlichen Kräften in Südkorea feststellen. Das Verschwinden der UdSSR in die Geschichte hat neuerdings die defätistische Stimmung der kritischen Intellektuellen verstärkt. Der erneut forcierten ideologischen Offensive des herrschenden Machtblocks und der ohnehin verbreiteten anti- und/oder apolitischen Stimmung unter den breiten Bevölkerungsschichten - nur rund die Hälfte der Wahlberechtigten nahm an den letzten Kommunalwahlen im Juni 1991 teil - stehen die fortschrittlichen Kräfte insgesamt zur Zeit ratlos gegenüber. Die Lektüre von Gramsci

² Vgl. D.-Y. Song, Kapitalismus, Soziale Bewegungen und Gesellschaftsformation in Südkorea. Eine kritische Bestandsaufnahme. Forschungsinstitut Dritte Welt/Industrieländer (Osnabrück). Script V, (August 1990).

oder die Beschäftigung mit den postmarxistischen Importwaren von "Postmoderne" bis zum "Analytischen Marxismus" haben bis jetzt aber nicht zum Herauskommen dieser Kräfte aus der Ratlosigkeit beigetragen.

Mit dem Argument, daß unsere Problemlage nicht diejenige in der Sowjetunion oder die in den westlichen Industrieländern sei, versuchen die Anhänger der nordkoreanischen "Dschutsche-Ideen", die besonders unter der studentischen Opposition seit der blutigen Niederschlagung des Aufstandes in Kwangju verbreitet worden sind, ihre spezifische Problemlage zu verdeutlichen. Was ist nun der Kerngedanke dieser "Dschutsche-Ideen"?

3. Nordkorea: Flexibilität in einer bedrängten Situation

Das Wort "Dschutsche" bedeutet Subjekt, was aber nicht im individualistischen, sondern im kollektiven Sinne verstanden werden muß. Die Kollektivsingularität im Dschutsche hat ihre spezifische Bedeutung in der Kolonialgeschichte einer Peripherie herausgebildet, die in ihrer Umgebung nur die Großmächte hat. Eine Rede Kim Il-Sungs im Dezember 1955 über "die Beseitigung des Dogmatismus und Formalismus in den ideologischen Arbeiten und die Befestigung des Dschutsche" übte schon eine scharfe Kritik an der gedankenlosen Übernahme des sowjetischen Modells in Nordkorea. Als die ideologischen Auseinandersetzungen zwischen der UdSSR und der VR China in den 60er Jahren ihre deutlichen Konturen annahmen, befestigte die Führung der "Partei der Arbeit" Nordkoreas ihre Eigenständigkeit in Ideologie, Politik, Wirtschaft und Verteidigung. Dabei wurde ebenfalls der Akzent von einem Kontinuitätsverhältnis zwischen dem Marxismus-Leninismus und den Dschutsche-Ideen auf ein Diskontinuitätsverhältnis zwischen beiden verlegt. Der nordkoreanische Diskurs über die Differenzen zwischen beiden setzt daran an, daß Autonomie, Bewußtheit und Kreativität des Menschen (saram) Ausgangspunkt des Sozialismus darstellen sollten. Diese Auffassung verneint sowohl die abstrakten Menschenbilder in der philosophischen Anthropologie als auch die solipsistisch begründeten isolierten Menschenbilder. Gleichzeitig kritisieren die Dschutsche-Ideen, daß die einseitige Betonung der Kategorie der Produktivkräfte den Marxismus-Leninismus auf eine verflachte, output-orientierte Wachstumsideologie reduziert hat. Auf die Vorwürfe, daß solche Interpretation eher eine Art voluntaristischer oder aktionistischer Interpretation des Marxismus-Leninismus sei, erwidern die Nordkoreaner wiederum, daß die Verabsolutierung der Kategorie der "Negation der Negation" oft den Aspekt des progressiven Lösungsprozesses der Widersprüche vernachlässigte und daß sie schließlich zur katastrophalen Politik - wie z.B. Kulturrevolution in China - führte.

Die Kategorien des Was und Warum, die in der europäischen Tradition der marxistischen Epistemologie eine wichtige Rolle gespielt haben, sind aber hier nicht so wichtig wie die praktisch-moralische Kategorie des Wie genommen worden. Die Einheit von Theorie und Praxis hat im chinesischen Kulturkreis offensichtlich einen anderen Schwerpunkt im Verständnis des Marxismus als im europäischen Kulturkreis, wo die Tradition der Trennung zwischen bios theoretikos und bios praktikos entscheidend blieb und noch bleibt. Die Frage, warum der Realsozialismus ausgerechnet in China, Nordkorea und Vietnam (noch) überlebt, ist angesichts seiner Niederlage in Osteuropa und der Sowjetunion oft gestellt worden. Eine plausible Antwort, daß das Fehlen der Tradition der "Zivilgesellschaft" in dem Sozialgefüge der "orientalischen Despotie" hier das Weiterbestehen des "Kasernenkommunismus" noch ermöglicht habe, ist zwar häufig gegeben worden. Aber man darf dabei die Rolle der kollektiven Identität in diesen Ländern nicht unterschätzen, die in der Zeit der nationalen Befreiungskämpfe ausgebildet worden ist. Nordkorea, das wie China nicht Mitglied des RGW war, sieht einen der wichtigen Gründe der Krise und der Niederlage des Sozialismus in Osteuropa darin, daß die Kommunisten hier nicht konsequent von sowjetischen Einflußnahmen frei waren. Jedoch beurteilen die Nordkoreaner ihre eigene Lage nach dem Zerfall des Realsozialismus in Osteuropa und in der Sowjetunion als ernst. Durch außenpolitische Flexibilität, die sich z. B. am UNO-Beitritt im September des letzten Jahres und an der bevorstehenden Zusage zum Abkommen über Inspektionen seiner Atomanlagen zeigt, versucht Nordkorea, aus einer bedrängten Situation nach dem Golf-Krieg herauszukommen.

Weil Nordkorea dazu unter dem verschärften Druck der Systemkonkurrenz mit dem "Modell Südkorea"³ steht, ist die Entlastung von Militärausgaben ein notwendiger Schritt zur Überwindung der ökonomischen Stagnation. Die Nordkoreaner haben in letzter Zeit die wirtschaftliche Reformpolitik in China sorgfältig studiert und vor kurzem auch eine "freie Wirtschaftszone" im Grenzgebiet zu China und zur GUS eingerichtet. Nordkorea versucht dabei aber einen noch besser kontrollierbaren Gang der ökonomischen Reformen als in China einzuschlagen.

Die nordkoreanische Wirtschaft, die bis jetzt eine dissoziative Entwicklungsstrategie im Gegensatz zur exportorientierten Industrialisierung in Südkorea verfolgt hat, zielt vor allem auf Verbesserung der Qualität von Konsumgütern ab, weil die südkoreanische Industrie in diesem Bereich der nordkoreanischen eindeutig überlegen ist. Dabei wird die Führung Nordkoreas versuchen, die führende Rolle der Partei weiter beizubehalten. Die Spekulation, daß die vorgesehene Übernahme der Parteiführung

³ Eine jüngste Bestandsaufnahme der Leistungen des "Modells Südkorea" im Vergleich zu anderen "Schwellenländern" in Ostasien siehe Du-Yul Song, Wirtschaftliche und rechtliche Rahmenbedingungen in den NICs für Beteiligungen deutscher Unternehmen und Kooperation mit ihnen, in: B. Kumar/H. Haussmann (Hg), Handbuch der internationalen Unternehmens-tätigkeit, München 1992 (i.E.).

durch Kim Chong-Il, den ältesten Sohn des Vorsitzenden Kim Il-Sung, von einer Reihe politischer Krisen begleitet werden würde, scheint unbegründet zu sein, weil der Generationswechsel in der Parteiführung sorgfältig über zwei Jahrzehnte lang vorbereitet worden ist.

Zwar ist Nordkorea innerhalb der "Viererbande" des Realsozialismus (China, Nordkorea, Vietnam und Kuba) - nach einer Beurteilung Eaglebergers, eines stellvertretenden Außenministers der USA - vielleicht das "zäheste" Land (Der Spiegel, 2. September 1991), aber ein flexibler Kurs ist in den nächsten drei bis fünf Jahren für Nordkorea wichtig. Die Kompromißbereitschaft Nordkoreas, die sich in dem Versöhnungsabkommen zwischen Süd- und Nordkorea am 13. Dezember 1991 und auch in der Frage der Inspektion seiner Atomanlagen zeigte, weist schon auf die Richtung einer solchen flexiblen Politik in schwieriger Zeit hin.

4. Ausblick

Im Sog des folgenreichen Zerfalls des Realsozialismus in Osteuropa und der Sowjetunion befinden sich viele Koreaner - je nachdem, welchem politischen Standpunkt sie zuneigen - entweder in einer triumphalen Siegerpose oder in einer depressiven Stimmung. Dabei übersehen viele von ihnen aber die Tatsache, daß sich die gegenwärtige internationale politische Lage um die koreanische Halbinsel herum bereits in einem neuen Zustand befindet, in dem die Koreaner leider selten mitsprechen können.

Genau vor einem Jahrhundert war Korea ein Spielball von vier Großmächten - USA, Rußland, Japan und China - und wurde schließlich zur Kolonie Japans.

Heute ist Korea wieder in einer ähnlichen internationalen politischen Konstellation. Es steht wieder direkt inmitten der Interessenskollisionen und -ausgleiche zwischen den altbekannten Großmächten mit neuen Visagen (Japan als großer Wirtschaftsmacht, China als traditioneller Machtfaktor und beide geschwächte Supermächte, die USA und Rußland). Diesmal könnte das geteilte Korea noch einfacher den Großmächten zum Opfer fallen.

Zwar verweist auch die Sichtweise, die hauptsächlich den Antagonismus zwischen Arbeiterklasse und aus- und inländischen Monopolkapitalisten in Südkorea betont, auf eine solche Gefahr hin, dennoch beharrt sie auf dem Subjekt der revolutionären Arbeiterklasse. Dagegen steht die andere Sichtweise, die die Bewahrung des nationalen Interesses des gesamten Korea für das wichtigste Ziel der gegenwärtigen Politik hält, positiv zur Wiedervereinigungspolitik Nordkoreas, die die Bildung eines konföderativen Staates von zwei Systemen vorschlägt.

In der Bewahrung nationaler Authentizität sind die "nationalistischen" Kräfte in Südkorea und die Nordkoreaner einig. Hier kann man einen charakteristischen Unterschied zwischen den beiden Sichtweisen bemerken: Während die "nationalistische" Fraktion innerhalb der fortschrittlichen Kräfte in Südkorea ihre politische Bodenständigkeit in der Wiedervereinigung des Landes findet, halten die sogenannten "Linken" im europäischen Kontext in Südkorea die Wiedervereinigung für ein populistisches Täuschungsmanöver der Herrschenden in beiden Teilen Koreas. Hier kann man gewiß eine Gemeinsamkeit in der Haltung der sogenannten "ML-Leute" in Südkorea und der "Linken" in der ehemaligen BRD zur Wiedervereinigungsfrage finden. Solches kritisches Verhalten, das sich durch die jüngsten unzähligen ergebnislosen Verhandlungen zwischen Süd- und Nordkorea begründen läßt, könnte aber die spezifische Problemlage auf der koreanischen Halbinsel übersehen.

Auch die Koreaner leben heutzutage in einem Zeitalter, in dem man den bekannten "großen Erzählungen" - seien es "Klassenemanzipation" oder "nationale Befreiung" - kaum Gehör schenkt. Die Dichotomie von Klassen- und nationaler Frage, welche die fortschrittlichen Kräfte in Korea unnötige Energien kostete, gilt es aufs neue zu überdenken. Wenn sich die überlieferten "großen Erzählungen" nicht mit den "kleinen" Alltagserzählungen verknüpfen, bleiben sie Leerformeln. Wenn diese kleinen Erzählungen ihrerseits ohne Bezug zum Grundproblem der tragischen Teilung der Nation bleiben, sind sie perspektivlos.

Es soll hier nun um die mühevollen Verknüpfungsarbeiten kleiner Alltagserzählungen mit der großen Erzählung von nationaler Wiedervereinigung gehen, die trotz aller Enttäuschungen und Resignation aus dem Horizont des Volkes in beiden Teilen Koreas nicht verschwinden mag.

Z auch für die Zukunft sichern!

Mit Z 9 gehen wir den 3. Jahrgang an.
Redaktion und Vertrieb danken allen, die durch ihr Abonnement, durch Spenden und andere Formen der Unterstützung die Herausgabe der Zeitschrift ermöglichen.
Z braucht auch in Zukunft Ihr Engagement!
Sichern Sie durch Spenden, Abo-Werbung und Geschenkabonnements auch weiterhin unser Projekt.

Unsere Bankverbindung:
Forum Marxistische Erneuerung e.V.
Frankfurter Sparkasse (BLZ 500 501 02)
Konto-Nr. 34 595

Z-Redaktion und Vertrieb
Kölner Str. 66
6000 Frankfurt/M. 1

Udo Tremmel

Anmerkungen zur Sozialstrukturdebatte der 80er Jahre

Ein präzisierender Lektürevorschlag nebst Seitenblick auf die linke Kritik

Zu den spektakulärsten und folgenreichsten Ereignissen in den Sozialwissenschaften gehörte in den 80er Jahre die Debatte um Kontinuität oder Differenzierung der westdeutschen Sozialstruktur. 'Pluralisierung der Lebensstile' und 'Individualisierung' sind inzwischen geläufige Vokabeln in den Feuilletons ebenso wie in Therapiegruppen. Sie sind neuerdings zugleich der Unterbau einer deutschen 'Real-Postmoderne', die im Unterschied zur französischen Postmoderne nachdrücklich mit der Behauptung empirischer gesellschaftlicher Veränderungen argumentiert¹. Genau betrachtet drehte sich die Debatte in den 80ern nicht um gesellschaftliche Entwicklungen etwa von der Art der Schrumpfung von Schichten und Klassen oder Ähnlichem. Kern der Diskussion war vielmehr eine theoretische Problemstellung: Die Überwindung überkommener Vorstellungen der Sozialstruktur im Zuge einer (Wieder-)Besinnung auf den vernachlässigten Stellenwert der Subjektivität der Individuen und der Formen, in welchen sich die Prozesse der Vergesellschaftung vollziehen.

Die Sozialstrukturforschung, bekanntlich alteingesessen, umfaßt wissenschaftsgeschichtlich eine durchaus schillernde Bandbreite von Forschungsorientierungen und Vorstellungen und ist nie auf die Sammlung sozialstatistischer Daten begrenzt geblieben.² Sie zielte vielmehr stets auch auf eine theoretisch geleitete Klassifizierung und Quantifizierung der Bevölkerung. Damit einhergehend wurden zugleich Aussagen über die soziale Lage und - zumeist eher implizit! - über die Vergesellschaftung der unterschiedenen Gruppen angestrebt.³ Die neuere Diskussion hat sich hierüber zunehmend Rechenschaft abgelegt und die Vorstellung sozialer Gebilde oder Aggregate in den Vordergrund gestellt; vor allem mit dem (sozialstrukturellen) Milieu-Begriff. - Wie sich zeigen wird, ist die sozialtheoretische Unfähig-

¹ Siehe Fechner (1990).

² Vgl. Glatzer (1989).

³ Mitunter soll des weiteren ein Modell- oder Selbstbild der Gesellschaft geliefert werden; etwa bei Hradil (1987). Insbesondere in linken Varianten der Sozialstrukturforschung werden Aussagen über Herrschaftsverhältnisse gemacht, so bei Bourdieu (1982). - Obgleich bei der eben skizzierten Themenstellung herausgefordert, muß die marxistische Klassentheorie im vorliegenden Beitrag ausgeklammert werden: Das Projekt einer Bilanzierung, Kritik und Weiterführung marxistischer Klassentheorie und -analyse verlangt heute mehr denn je eine eigenständige und umfassende Diskussion, die hier aus Raumgründen nicht aufgenommen werden kann.

keit, soziale Aggregate zu denken (und zu erforschen)⁴ einer der Gründe dafür, daß namentlich die marxistischen Antworten auf Ulrich Beck weitgehend hilflos und defensiv geblieben sind.

Die Sozialstruktur-Debatte hat bei linken SozialwissenschaftlerInnen für Nachdenklichkeit gesorgt, aber auch Widerspruch provoziert.⁵ Die linke Kritik hat dabei leider alles andere als eine gute Figur abgegeben. Man war vor allem bemüht, der rapiden Verflüchtigung von Resten klassentheoretischen Denkens im Alltagsbewußtsein entgegenzutreten, die mit Ulrich Becks »Risikogesellschaft« gerade in linken und gewerkschaftlichen Kreisen weit fortgeschritten ist. Zu diesem Zweck wurde in erster Linie auf die nach wie vor bestehenden, offenkundigen Formen der Ungleichheit in der Gesellschaft gepocht. Es wirft allerdings schon ein bezeichnendes Licht auf die Schwäche der linken Entgegnungen, daß ironischerweise die Umbruch-Theoretiker die Existenz dieser Formen von Ungleichheit gar nicht in Abrede stellen. Ironischerweise ist, wie sich zeigen wird, die offenkundige Fortexistenz von Ungleichheit vielmehr gerade der Anlaß für die Sozialstruktur-Debatte gewesen. - Zugleich wurden in der linken Rezeption im Eifer des Gefechts wichtige theoretische Problemstellungen und Anregungspotentiale der Sozialstruktur-Debatte verpaßt.

Die nachfolgenden Überlegungen wollen einige der grundlegenden Vokabeln der Debatte rückblickend beleuchten. Sie sind vor allem an methodischen und theoretisch-konzeptionellen Aspekten orientiert; auf die Präsentation substantieller Empirie wird dagegen verzichtet. Dafür spricht, daß, wie schon gesagt, die Sozialstruktur- und Individualisierungsdebatte selbst einen 'paradigmatischen' Charakter aufweist, will heißen, es stehen nicht divergierende empirische Ergebnisse im Mittelpunkt, sondern grundlegende theoretische Vorstellungen, analytische Perspektiven und Forschungskonzepte.

Neue soziale Ungleichheiten? Pluralisierung der Lebensstile?

Zunächst soll der Frage nachgegangen werden, welche analytische Schärftiefe und theoretische Leistungsfähigkeit jene Formeln und Konzepte aufweisen, mit denen Anfang der 80er ein historischer Umbruch der Sozialstruktur im Verlauf der Nachkriegszeit diagnostiziert wurde. Diese Formeln und Konzepte sollten Aufschluß darüber geben, wie der behauptete Wandel theoretisch zu fassen und welcher 'Umfang' zu veranschlagen wäre.

⁴ Dazu die schon klassische, leider immer noch gültige Kritik Lockwoods (1985); vgl. Krüger (1990).

⁵ Siehe vor allem die Beiträge von Dörre (1988), Krysmanski (1989), Bischoff/Herkommer (1990), Herkommer (1991) und schließlich auch Ritserts (1988), sowie die durch den sich als "neomarxistisch" verstehenden Ansatz E. O. Wrights angeregte Studie von Erbslöh/Hagelstange u.a. (1990). Vgl. zur Kritik der linken Rezeption v.a. Neckel (1989).

Es zeigt sich dabei rasch, daß die bekannten Umbruchthesen, -konzepte und -formeln nur angemessen beurteilt werden können, wenn man sie aus ihrem Entstehungskontext heraus verfolgt, der Krise des Schichtungsmodells der Sozialstruktur. - Ende der 70er, Anfang der 80er hatte sich weit hin die Überzeugung durchgesetzt, daß mit den klassischen Schichtungsdimensionen Einkommen, Bildung, Prestige, Herkunft etc. - deren Relationen in den letzten 20, 30 Jahren weitgehend stabil geliebt sind - den aktuellen gesellschaftlichen Konflikten und Problemen nicht beizukommen war: Die neuen sozialen Bewegungen, die Auseinandersetzung der Geschlechter, die Dynamik soziokultureller Prozesse u.a.m. schienen sich gleichsam unbeeindruckt von den ausgeklügelten Schichtgrenzen zu vollziehen. Exakt diese paradoxe Konstellation - die Stabilität 'alter' plus das Auftreten sogenannter "neuer sozialer Ungleichheiten" (Kreckel 1983) - ist die Geburtsstunde der Rede von einer Differenzierung oder einem Umbruch der Sozialstruktur. Es erscheint sinnvoll, die Wendung "neue soziale Ungleichheiten" strikt wissenschaftshistorisch zu betrachten, statt sich - wie etwa Jürgen Ritsert (1988) - immer wieder an ihnen abzuarbeiten. Ihre Leistung hat sich inzwischen als recht gering erwiesen, da selbst noch den alten Denkformen verhaftet, und auch in der etablierten Sozialstrukturforschung sind sie inzwischen keine zentrale Begrifflichkeit mehr.

Die Formel 'Pluralisierung der Lebensstile' ist letztlich dem gleichen Kontext der Idee einer Differenzierung der Sozialstruktur verpflichtet. Zumeist lag und liegt dabei die Vorstellung einer historischen Zunahme von sogenannten 'horizontalen'⁶ Gestaltungsmöglichkeiten in der Lebensführung der Individuen zugrunde, die die Schichtung gleichsam 'überlagern' und 'quer' dazu verlaufen. Diese Vorstellung knüpfte logisch an die Rede von den 'neuen sozialen Ungleichheiten' an und entspricht zugleich Ulrich Becks Idee von der Zunahme individualisierter Lebensführungen (dazu unten).

Genauer besehen beschreibt die Formel jedoch nur recht allgemein bestimmte Aspekte historisch-empirischer Entwicklung. Zapf/Breuer u.a. (1987) konstatieren in sehr allgemeiner Weise über lange Zeiträume hinweg (ausgehend vom 19. Jahrhundert) eine Vervielfältigung von "Lebensformen", womit u.a. familiale Formen, Lebenslauf-Muster und Schichtungslinien gemeint sind. In ebenfalls sehr allgemeiner, wenig analytischer Form faßt Hradil (1987) ein ganzes Sammelsurium sozialer Phänomene und sozialwissenschaftlicher Befunde aus der Sozialisations- über die Wahlforschung bis hin zum Wertewandel als 'Pluralisierung der Lebensstile'. Eine ähnliche Verwendung findet sich auch in linken Veröffentlichungen (bspw. Hirsch/Roth 1986).

Kurzum, es ist zu bilanzieren, daß es den sozialwissenschaftlichen Anwendern der Pluralisierungsformel bislang kaum gelungen ist, diese in For-

⁶ Im Gegensatz zu den alten, 'vertikalen' Dimensionen sozialer Ungleichheit, auf die die Schichtmodelle zugreifen.

schungskonzepte so zu übersetzen, daß damit Differenzierungsprozesse bzw. Umbrüche in der Perspektive der Sozialstrukturforschung analytisch aufgeschlossen und empirisch aussagekräftig nachgezeichnet werden könnten. Das Unternehmen krankt sowohl an der genaueren Explikation dessen, was sich pluralisiert hat, wie letztlich auch an einer überzeugenden Umsetzung der Leitidee des Lebensstils. Popularität und Leistung der Formel 'Pluralisierung von Lebensstilen' klaffen weit auseinander und die Brauchbarkeit des Konzepts in der Sozialstrukturforschung ist heute eher unklar, wie auch Vertreter der neueren Lebensstil-Forschung angemerkt haben (Lüdtke 1989, Zapf 1988). Es hat seine Karriere wohl am ehesten noch einer spontanen Plausibilität zu verdanken, mit der es eine Vielzahl spektakulärer sozio-kultureller Erscheinungen der 70er und 80er Jahre auf einen Nenner zu bringen verspricht oder versprach.⁷

Der rationale Kern der Sache besteht m.E. in der (Wieder-)Entdeckung und Hervorhebung des Gesichtspunktes, daß Individuen ihren Lebensprozeß sinnhaft tätig gestalten.⁸ So bedeutsam diese Perspektive zweifellos ist - die Rede von der Gestaltung der Lebensführung quer zu Schichtgrenzen oder sozialen Klassen wirkt undurchdacht und halbherzig, da noch der Denkform der Schichtungsmodelle der Sozialstruktur verhaftet.⁹ Das Konzept verweist so gesehen letztlich auf den Dreh- und Angelpunkt der neueren Sozialstruktur-Debatte: die Zusammenführung von - einerseits - Modellvorstellungen der Sozialstruktur, die auf sozialstatistischen und demographischen Merkmalen und Eigenschaften von Individuen beruhen, und andererseits der Dimensionen der Subjektivität und der kulturellen Institutionen, Formen und Modi der Vergesellschaftung. (Wobei 'Subjektivität' hier lediglich als Kürzel für die Handlungsorientierungen, Dispositionen, 'Mentalitäten' und Deutungsmuster der Individuen zu verstehen ist.)

Um einem Mißverständnis vorzubeugen: Dieser Einschätzung widerspricht nicht, daß in der neueren Forschung diverse Konzepte des Lebensstils eine zunehmende Rolle spielen.¹⁰ Sie ist auch durchaus noch kein Argument gegen Entwicklungen, wie sie die Sozialstruktur-Differenzierungstheoretiker annehmen. Was mit dem Konzept 'Pluralisierung der Lebensstile' intendiert ist, bleibt vielmehr Aufgabe, wie sich im weiteren zeigen wird.

⁷ Als Bezugspunkt mag dabei - unausgesprochen - die modernetheoretische Konzeption der "Pluralisierung der Lebenswelten" (Berger/Berger/Kellner 1977) gedient haben.

⁸ Dieses Verständnis des Lebensstils findet sich freilich schon bei vielen Klassikern der Soziologie, insbesondere bei Weber und Simmel (vgl. Lüdtke 1989).

⁹ Demgegenüber wäre vielmehr die Frage zu stellen, was die jeweils ermittelten Schichtgrenzen tatsächlich abbildeten oder abbilden, ob sie nicht bloße Artefakte der Wissenschaftler waren und sind (vgl. Hradil 1987).

¹⁰ Siehe bspw. Bourdieu (1982), Gluchowski (1987), Lüdtke (1989). Darüberhinaus ist der Lebensstilbegriff inzwischen zu einer Floskel im sozialwissenschaftlichen Alltag geworden, die einfach anstelle von 'Schicht' (oder auch 'soziale Klasse') benutzt wird, ohne aus den Tücken eines simplifizierenden, methodisch naiven Hantierens mit jenen Konzepten wirklich gelernt zu haben.

Die neue Perspektive: Sozialstruktur und Individualisierung

Die zweite große Säule der Sozialstruktur-Debatte sind bekanntlich die Überlegungen Ulrich Becks (1983, 1986). Beck ist schon häufiger von links kritisiert worden; es droht also die Gefahr unnützer Wiederholungen. Gleichwohl, der linken Kritik ist entgangen, daß Becks Leistung gerade in der Zusammenführung von herkömmlichen Denkformen der Sozialstruktur mit den Dimensionen der Subjektivität und der Vergesellschaftungsformen besteht und zudem aufgrund ihrer inneren Widersprüchlichkeit der Motor wichtiger neuer Ansätze in der Forschung ist. Im folgenden soll gezeigt werden, warum Beck eben jener Aufgabe nicht gewachsen war und daß aus der durchaus fruchtbaren Individualisierungsthese nicht notwendig die Auflösung sozialer Aggregate geschlußfolgert werden muß - was auch auf der Linken zumeist geglaubt wurde und dabei zur Verkennung der Individualisierungsthese selbst geführt hat.¹¹

Becks Überlegungen gehen ebenfalls von dem oben erläuterten Paradoxon der Sozialstrukturforschung aus. Sein durchaus origineller Lösungsvorschlag des Paradox besteht in der These eines "Bedeutungswandels" der alten Formen sozialer Ungleichheit (Einkommen, Bildung, Herkunft etc.). Jener ergibt sich bekanntlich daraus, daß infolge der "kulturellen Evolution" in der Nachkriegszeit, der "Enttraditionalisierung der Lebensformen" und der Evolution der Subjektivität (bzw. der Deutung der sozialen Welt seitens der Individuen) gesellschaftliche Großgruppen nicht mehr wie früher "lebensweltlich erfahrbar" seien (1986).

Interessant ist nun, daß Beck sich bei dem strategischen Versuch in Widersprüche verstrickt, die Idee einer Evolution der Vergesellschaftungsformen mit der Frage nach dem historischen Wandel der Sozialstruktur rückzukoppeln - was schließlich scheitert. Diese Inkonsistenz mag zunächst vielleicht wenig bedeutsam erscheinen. Genau ihr aber entspringt jene fatale, letztlich aporetische Auflösungs- und Beliebigkeitsperspektive ohne Ende, die der Erfinder letztendlich selbst nicht mehr gedanklich zu bändigen weiß und die seit Mitte der 80er die sozialwissenschaftliche Szene nachhaltig beschäftigt hat. Mit der Lösungsperspektive drängt sich - als vermeintlich zwingende Schlußfolgerung - eine Betrachtungsweise der sozialen Welt auf, in der die Individuen keinerlei strukturellen Bindungen mehr verpflichtet erscheinen. Eine solche Sichtweise schlägt bei Beck bekanntlich bis in die politische Soziologie durch. Es sieht gar so aus, als sei die Soziologie selbst am Ende ihrer Möglichkeiten angekommen. Unterm Strich bleibt die Gesamtargumentation Becks widersprüchlich; das Neben-

¹¹ Ich strebe im folgenden keine umfassende Behandlung der modernetheoretischen Rede von der Individualisierung bzw. von Individualisierungsschüben nach '45 an, sondern beschränke mich auf den engeren Zusammenhang von Individualisierung und Sozialstruktur.

einander von Auflösungsperspektive und paradoxer Stabilität der Sozialstruktur bleibt theoretisch unvermittelt.

Die linke Kritik hat selten - die marxistische Kritik noch weniger - den Sozialstruktur-Aspekt und den der Individualisierung in Becks Argumentation auseinandergelassen (und hat so noch zur Konfusion beigetragen). Sie hat Becks selbstgebastelte Auflösungsperspektive unkritisch nachvollzogen und sich dann verschreckt auf die oben schon genannte Argumentation mit den weiterhin existierenden 'vertikalen' Ungleichheitsrelationen zurückgezogen.

Die hier vorgeschlagene Kritik weist demgegenüber den Vorzug auf, daß der für die Sozialstrukturforschung so wichtige Gedanke einer Evolution der Vergesellschaftungsformen, von Dispositionen, Mentalitäten und Deutungen etc. grundsätzlich positiv aufgenommen werden kann. Das damit zusammenhängende Anregungspotential der Individualisierungsthese (Flexibilisierung der Lebensführungen, Reflexivwerden von Biographien, neues Verhältnis Individuum - Gesellschaft u.a.m.) wird nicht automatisch mit der Kritik der Beck'schen Vorstellungen bezüglich der Sozialstruktur preisgegeben, sondern kann separat gewürdigt werden. Erst dadurch wird - mit Beck über Beck hinaus - der neuen theoretischen Qualität, die in der Zusammenführung des Sozialstruktur- und des Individualisierungs-Aspekts besteht, tatsächlich Rechnung getragen.

Mit Beck über Beck hinaus

Die Anatomie der oben skizzierten Widersprüchlichkeit bei Beck verdient als aufschlußreiches Lehrstück insofern nähere Betrachtung, als sie etwas von den Schwierigkeiten der Überwindung objektivistischer Vorstellungen der Sozialstruktur zeigt. - Nachdem Beck das Weber'sche Vokabular als veraltet ad acta gelegt hat, lautet sein alternativer Vorschlag zur Konzipierung der Sozialstruktur zunächst: Soziale Ungleichheit gewinnt "... den Charakter von statistischen Verteilungsungleichheiten ...". Dies meint, daß die 'Ungleichheiten' "immer weniger lebensweltlich interpretierbar in dem Sinne sind, daß sie sich in eindeutigen Ungleichheiten von Personen und Gruppen niederschlagen" (1983). In der zweiten Publikation zum Thema, der bekannten »Risikogesellschaft«, wird dann allerdings völlig auf diese Konzeptualisierung verzichtet. Die Formel "statistische Verteilungsungleichheiten" taucht dort gar nicht mehr auf. Vermutlich ist es Beck gedämmert (er gibt uns darüber keine Auskunft), daß jene Formel doch ganz offenkundig in Widerspruch zum Ausgangsbefund steht, der ja zu erklären war: die fortbestehenden Disparitäten bei den alten Ungleichheitsdimensionen. Das Ganze will also nicht so recht zusammenpassen...

Kurzum, Beck hinterläßt letztendlich die ursprüngliche Frage nach der Sozialstruktur der 'individualisierten Gesellschaft' ohne befriedigende Antwort. Stattdessen wird stillschweigend ein folgenreicher Wechsel des wis-

senschaftlichen Blickwinkels vorgenommen: weg von der Frage nach der Sozialstruktur - hier verstanden als die Verteilung sozialstatistischer und demographischer Merkmale - hin zu den Vergesellschaftungsformen und -modi, in welchen Ungleichheit sich reproduziert. Dies zeigt sich deutlich in der Formel "Individualisierung sozialer Ungleichheit", die gerade kein Konzeptualisierungsversuch der Struktur sozialer Ungleichheit darstellt, sondern vielmehr die mit der veränderten Subjektivität der Individuen - also in den Individualisierungsprozessen - sich wandelnde "Bedeutung" von Ungleichheit bezeichnet. Mit dieser Formel wird also ein historisch neuer Modus der sozialen Reproduktion von Ungleichheit behauptet. - Die Irritationen und die heftige Ablehnung, die Becks Überlegungen zur Entwicklung der Sozialstruktur bisweilen provoziert haben, gehen vermutlich zum Gutteil auf eine Interpretation eben jener Formel "Individualisierung sozialer Ungleichheit" zurück, in der diese Wendung irrigerweise als Konzept zur Beschreibung der Sozialstruktur aufgefaßt wird.¹²

Es wurde schon vermerkt, daß es die verdienstvollste Seite der Beck'schen Argumentation ausmacht, daß nachdrücklich auf den Stellenwert historischer Veränderungen in den Vergesellschaftungsformen und -modi orientiert wird, mit deren Wandel Beck zufolge nicht zuletzt die soziale ("lebensweltliche") Erfahrbarkeit von gesellschaftlichen Großgruppen nicht mehr gegeben ist. - Im Anschluß hieran hat Beck übrigens auch die interessante Vermutung formuliert, daß heute offensichtlich die Idee der sozialen Mobilität, also des individuellen Aufstiegs, nicht mehr dieselbe Faszination auf die Menschen ausübt wie früher einmal: Aus der Sicht der Individuen läßt sich die Vielfalt der Handlungsoptionen nicht mehr einem als selbstverständlich geltenden und rasch fixierbaren Oben und Unten der Gesellschaft zuordnen; das Bild der Gesellschaft in den Köpfen der Menschen hätte demnach also bedeutende Veränderungen erfahren.

Die Eigenart der These vom Schwinden der Erfahrbarkeit von gesellschaftlichen Großgruppen, an der sich die linke Kritik oft gerieben hat, ist nun allerdings dergestalt, daß sie nicht unmittelbar unter Hinweis auf empirisches Material rundheraus bestritten werden kann, da schlichtweg unter dem genannten Gesichtspunkt bislang tatsächlich kaum empirische Befunde aufbereitet vorliegen. Auch jedes der bekannten marxistisch-klas-sentheoretischen Argumente könnte hier, wollte man sie als Entgegnung auf Beck ins Feld führen, wenig überzeugen.

Aus diesen Gründen sollte, noch einmal zusammengefaßt, die Hauptkritik an Beck wie folgt lauten: Wie ein möglicher "Bedeutungswandel", d.h. die Evolution der Handlungsorientierungen, Dispositionen, 'Mentalitäten' etc. und der Vergesellschaftungsformen und -modi (darunter der Erfahrbarkeit von Gruppenzugehörigkeiten) einerseits und ein Wandel der Sozialstruktur andererseits letztlich theoretisch zusammenzubringen wären, konnte nicht

¹² So bspw. auch bei Zapf (1988).

restlos und widerspruchsfrei geklärt werden. Die theoretischen Implikationen einer solchen Argumentation wurden von Beck kaum in überzeugender Weise entfaltet.

An dieser Stelle haben nun im Verlauf der 80er Jahre eine Reihe von Forschungen angesetzt, die das Kind nicht mit dem Bade ausschütten wollen. Demnach hat Beck zwar in anregender Weise auf den Stellenwert zeitgenössischer Individualisierungsschübe hingewiesen, aber die wissenschaftliche Aufmerksamkeit lediglich auf die Auflösung der historischen Vergesellschaftungsformen als der 'Innenwelt' sozialer Aggregate gelenkt. Die naheliegende Hypothese historischer Transformationen oder möglicher Neukonstituierungen sozialer Aggregate konnte von Beck nicht in den Blick genommen werden, da die gezeigte Inkonsistenz und die von ihr ausgehende, alles beherrschende Auflösungsperspektive diese Denkmöglichkeit blockiert hat.

Der Sozialstrukturforschung muß es somit darum zu tun sein, "... auf dem Felde wirklich ... (anzutreten), das die Individualisierungstheoretiker für sich bestellt haben: dem der kapitalistischen Vergesellschaftung" (Neckel 1989). Die Aufgabenstellung besteht darin, die Modi und Formen der Vergesellschaftung in der 'individualisierten Gesellschaft' sowie die damit verbundene mögliche Transformation und Neukonstitution sozialer Aggregate analysierbar zu machen und auch historisch-empirisch zu beleuchten. Es liegt nahe, daß hierfür ein bloßer Rekurs auf das vorhandene Instrumentarium der Sozialstrukturforschung nicht ausreicht, sondern daß mit der Erweiterung dieses Instrumentariums erst die Voraussetzungen zu schaffen sind für die Auswertung des aktuellen wie des historischen Materials.

Klassenformierung und die sozialtheoretische Spezifik von Individualisierungsprozessen

Aus dem, was zum Verhältnis von Sozialstruktur und Individualisierung ausgeführt wurde, läßt sich schlußfolgern, daß die im Hinblick auf Prozesse der - marxistisch gesprochen - Klassenformierung außerordentlich brisanten Individualisierungsschübe, welche zu einer "Besonderung" (Giegel 1987) der Individuen führen, nicht primär vermittelt jenes methodischen Zugangs zur sozialen Welt nachweisbar sind, der gemeinhin unter Linken als Sozialstrukturanalyse gilt.¹³

Vielmehr ist Becks Hinweis ernst zu nehmen, daß Individualisierung - die mit dem Wandel der Vergesellschaftungsformen und -modi einhergeht - einen "Gestaltwandel" oder 'kategorialen Wandel' im Verhältnis von Individuum und Gesellschaft" (1986: 205) bedeutet. Hierzu ist wiederholt kritisch vermerkt worden, daß die von Beck als die gesellschaftlichen Grund-

¹³ Er liegt also gewissermaßen jenseits einer Forschungsperspektive, die bislang doch noch als eine relative Stärke marxistischer Sozialforschung galt. Dies zur Beunruhigung!

lagen der Nachkriegsindividualisierung ausgewiesenen historisch-empirischen Momente (Freisetzungs-, Konkurrenz-, Arbeitsmarktindividualisierung etc.) noch nicht die Beweislast für die Behauptung tragen können, daß in existierenden "soziokulturellen Milieus" das "Bewußtsein der gemeinsamen Lage" verloren geht (Giegel1987).

Die sozialtheoretische Spezifik von Individualisierungsprozessen müßte dagegen - so die Überlegungen H.-J. Giegels - in der "Differenzierung von grundlegenden Mustern der biographischen Orientierung" gesucht werden.¹⁴ Giegels Überlegungen können hier nicht abschließend gewürdigt werden, verdienen aber doch als Fingerzeig der Erwähnung.

Danach sind nicht die Praxisformen der Individuen als solche entscheidend, also der Umstand, daß beispielsweise unter ArbeitskollegInnen der eine in der Freizeit Angeln geht, seine Kollegin dagegen in eine Weiterbildung, und ein Dritter sich als Video-Filmer betätigt. Entscheidend ist vielmehr die Bedeutung, die die Praxisformen im Zusammenhang der jeweiligen "biographischen Orientierung" der Individuen besitzen; hier, auf dieser Ebene, finden die einschneidenden Differenzierungsprozesse statt. Die These läßt sich durchaus am Beispiel der selektiven Nutzung von Konsum- und Freizeitmöglichkeiten illustrieren, das der eingangs zitierten Rede von den wachsenden Spielräumen in der Lebensgestaltung entspricht. "Nur weil die Hobbytätigkeit ... in ein spezifisches biographisches Muster eingebettet ist und von ihm her seinen spezifischen Sinn erhält, kann sie zur Besonderung der Individuen führen" (ebd.).

Wenn also etwa H.-J. Krysmanski (1989) Individualisierungsprozesse in erster Linie als Problem des "'theoretischen Klassenkampfes' (Engels)" einstuft und weitgehend an die politisch vermittelte Klassenformierung delegiert, so liegt nach meinem Dafürhalten eine grobe Verkennung der Spezifik jener Prozesse vor, mit denen sich ja gerade die Bedingungen der Formierung einschneidend verändert haben.

Diese Überlegungen bedeuten letztlich auch eine Einschränkung der gelegentlich vorgetragenen Perspektive¹⁵, mit Pierre Bourdieu die Herausforderungen der Individualisierungsthese grundsätzlich schon im Griff zu haben. Auf die zeitgenössische Bundesrepublik (West wie Ost) angewandt, wäre zweifellos Bourdieus Raum-Modell der sozialen Welt, das der Studie »Die feinen Unterschiede« (1982) zugrunde liegt, zweifellos wie kein zweiter Forschungsansatz geeignet, soziale 'Abstände' zwischen Individualengruppen mit gleichem Lebensstil und Habitus aufzudecken. Zu bedenken ist allerdings, daß den eben angeführten Differenzierungsprozessen auf einer methodischen Ebene nachgegangen werden müßte, die sich im Bourdieu'schen Forschungsansatz gleichsam jenseits des Raum-Modells

¹⁴ Giegel schließt hierbei an Konzepte Bourdieus (Habitus) und Leontjews (persönlicher Sinn) an.

¹⁵ Bspw. Dörre (1988), Herkommer (1991)

und der darauf gegründeten Datenanalyse befindet. Gerade hier läßt allerdings das gesamte Design der »Feinen Unterschiede« zu einer deterministischen, reduktionistischen Interpretation kultureller Erscheinungen ein, wie Bourdieu (1989) jüngst auch selbstkritisch bemerkt hat. Des weiteren bedürfte das Bourdieu'sche Habitus-Konzept im Verhältnis zu den oben genannten Momenten erst noch der genaueren Klärung. Es darf aus guten Gründen bezweifelt werden, daß das von Bourdieu angewandte Instrumentarium ausreicht, sich der Art der hier vermuteten Differenzierungsprozesse zuzuwenden.

Sozialstrukturforschung - Ende oder Neuorientierung?

Im Verlauf der 80er Jahre hat sich die zunächst unversöhnliche Frontstellung von Differenzierungs- versus Kontinuitätstheoretikern unter den etablierten Sozialstrukturforschern abgeschwächt. Inzwischen hat man sich unter der diplomatischen Formel "Modernisierung sozialer Ungleichheit und die Neukonturierung ihrer Erforschung" zusammengefunden. Die Umbruch-Verfechter sind in ihren Aussagen bescheidener geworden. Ob Umbruch oder Kontinuität, steht derzeit nicht mehr im Mittelpunkt des Streits; man hat sich vielmehr darauf geeinigt (meiner Meinung nach zu Recht), daß es sich in der Debatte in erster Linie um eine Pluralisierung der analytischen Perspektiven der Forschung gehandelt hat. Es gehe nun darum, diese Vielfalt der Sichtweisen zur Kenntnis zu nehmen und mit neuen Konzepten die Forschung zu intensivieren, statt mit spektakulären Umbruchthesen bei dürftiger Empirie an die Öffentlichkeit zu treten (Berger/Hradil 1990).¹⁶

Gehaltvolle Forschungsergebnisse über empirische Wandlungen im Verhältnis von Sozialstruktur und Vergesellschaftung auf der Grundlage des erarbeiteten Problemhorizonts und unter Anwendung neuer Konzepte der Sozialstrukturforschung stehen erst am Anfang. Darunter erscheint aus der Perspektive linker Erkenntnisstrategien insbesondere eine Forschungsrichtung interessant und erfolgversprechend, die ich hier als 'sozialstrukturelle Milieuforschung' bezeichnen möchte.¹⁷ Diese Forschungsrichtung knüpft - mehr oder minder theoretisch begründet - an den soziologischen Traditionen der Lebenswelt-, der Subkultur- und der Kon-

¹⁶ Spätestens an dieser Stelle muß ergänzend vermerkt werden: Eine dritte Quelle, aus der sich die Sozialstruktur-Debatte gespeist hat, die Wahlforschung (s. bspw. Gluchowski 1987), wurde hier aus Raumgründen ausgeklammert. Kurz bewertet ergibt sich, daß die etablierte Wahlforschung des akademisch-politischen Komplexes auf der Grundlage ihres konzeptionellen Instrumentariums zwar Veränderungen im 'Gruppencharakter' des Wählerverhaltens registriert, diese Befunde bislang aber weder in aktual- noch historisch-empirischen Studien mit dem Problemniveau, das von den Sozialstruktur-Theoretikern erreicht wurde, zu vermitteln wußte. Ansätze hierzu finden sich erst neuerdings und am Rande (bspw. Best 1989).

¹⁷ Zur Bedeutung dieser Forschungsrichtung vgl. Kröll/Maase (1987).

text-Ansätze an, mit einer dreifachen Zielstellung: Erstens geht es um eine Abkehr von einer objektivistischen Vorstellung von der Sozialstruktur und um die Integration von sogenannten 'objektiven' Faktoren (z.B. sozialen Lagen) und der 'Subjektivität' von Individuen (Lebensziele, Konsum- und Freizeitstile, Werthaltungen). Zweitens soll die Gliederungseinheit der Schicht durch 'lebensnähere' - und das heißt vor allem auch: prognostisch leistungsfähigere Kategorien ersetzt werden. Drittens sollen neue Kategorien in der Lage sein, die Um- und Neubildungen sozialer Aggregate zu berücksichtigen.

Seit Anfang der 80er Jahre zieht das Heidelberger Sinus-Institut die Aufmerksamkeit eines breiteren Publikums mit einer 'Milieu-Landkarte' der alten Bundesrepublik auf sich, in der fein säuberlich acht Milieus nach Schichtungsposition und Wertorientierungen ausgewiesen werden.¹⁸ Im Zentrum die Sinus-Forschung, die nicht nur im Marketing, sondern auch längst bei Sozialplanern und Wahlkampfstrategen (SPD) Anklang gefunden hat, stehen sogenannte "Lebenswelt-Explorationen" des "Alltagsbewußtseins" vermittelt Interviews in extrem hoher Fallzahl. Das Milieukonzept verspricht, "wichtige demografische Merkmale und spezifische qualitative Befunde (Einstellungen, Wertorientierungen) auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen" und als "soziale Syndrome" zu fassen. Das Herzstück des Konzepts sind die mittels multivariater Statistik gewonnenen "empirischen Lebenswelt-Dimensionen" - wobei vor allem Wertorientierungen typenbildend sind - und der sogenannte Milieu-Indikator, mit dem auch bei kleineren Anwendungen rationell die Milieu-Zugehörigkeit von Praxisformen (zum Beispiel des Konsums) bestimmbar sein soll (s. Sinus o.J.).

An Sinus knüpfen mehr oder minder alle nachfolgenden Unternehmungen ähnlicher Art in den 80ern an. Stefan Hradils (1987) Neuvorschlag für die Erforschung der Sozialstruktur hat eine breite Resonanz erfahren, da der Autor als prominenter Vertreter der Münchner Schule zugleich selbstkritisch für eine Verabschiedung von der Schichtung als Leitidee votiert. - Hradils Neufassung der Sozialstruktur als Lagen und Milieus ist beim gegenwärtigen Stand nicht mehr als eine Art deskriptiv-empiristische Einkreisungsstrategie von "intervenierenden Faktoren" und sozialen Kontexten, die in einem (statistisch) erkennbaren Zusammenhang zu den Praxisformen von Akteuren stehen. Der analytische und theoretische Gehalt des Konzeptes und seiner Bestandteile ('Lage', 'Lebensstil', 'Milieu', 'Subkultur') nimmt sich dabei mehr als bescheiden aus und der Ansatz hätte, so gesehen, die Hauptarbeit erst noch vor sich.

¹⁸ Was man allerdings in dieser Einfachheit getrost als geschickten Werbeeinfall mit Blick auf die kommerziellen Auftraggeber nehmen darf. Ein Ondit der Szene besagt übrigens gar, Ulrich Becks Individualisierungsthese sei eine gelungene PR-Aktion von Sinus gewesen... - Für den neuen Osten der BRD liegen inzwischen ebenfalls erste Ergebnisse von Sinus vor, die m.W. zehn Milieus ausweisen (Segert/Zierke 1991).

Damit zeigt sich bei Hradil übrigens ein Grundproblem der neueren akademischen Sozialstruktur- und Ungleichheitsforschung. Der Forschungszweig tendiert dazu, gleich einer Superdisziplin nahezu alle gesellschaftlich vorfindlichen sozialen Zusammenhänge, Strukturen und Prozesse, Teilräume und auch Institutionen, auf der Makro- wie der Mikroebene u.s.w., zu seinem Gegenstand zu machen, ohne allerdings über hinreichende, bereichsspezifische theoretische und begriffliche Vorstellungen zu verfügen. Deskriptive, empiristisch angelegte Konzepte reichen aber hinsichtlich einer Theorie sozialer Milieus nicht aus. Weitergehende Vorstellungen sind nötig; die Dimensionen der Herrschaft, der (soziokulturellen) 'Identität' sozialer Aggregate u.a.m. erscheinen unverzichtbar (siehe unten).

In dieser Hinsicht ist ein aktuell- und historisch-empirisch umfassend angelegtes Projekt um M. Vester und P. v. Oertzen (s. Vester/Clemens u.a. 1989) besonders interessant, das abschließend kurz vorgestellt werden soll. - Vester/Clemens u.a. wenden sich explizit gegen Becks Auflösungsperspektive und gehen stattdessen von einer Umstrukturierung des Milieu-Gefüges und der Entstehung neuer ('alternativer') Milieus aus. Nach Vester/Clemens u.a. tun sich Forschungen zu den neuen sozialen Bewegungen, der Grünen-Partei und deren sozialstruktureller 'Basis' schwer, wenn sie mit Klassen- und Schichtmodellen der Sozialstruktur operieren, da sie allenfalls die Entstehung neuer sozialer Lagen und Positionen - infolge wissenschaftlich-technischer Umwälzungen, der Ausweitung des Bildungssystems u.a.m. - erfassen, nicht aber die damit einhergehenden Veränderungen der Alltagskultur und der Lebensstile, der gruppen- und generationsspezifischen Deutungsmuster und Lebensorientierungen, was zusammengekommen erst die Hypothese einer Entstehung neuer sozialer Milieus plausibel mache. Ziel des Projektes ist eine repräsentative Studie zur Sozialstruktur und Milieukultur der BRD.¹⁹ Dazu soll an milieutheoretische Vorstellungen der Wahl- und Parteienforschung sowie insbesondere an der Soziologie Bourdieus angeknüpft werden.

Auf einer ersten Ebene sollen (vor allem mit qualitativen Methoden) anhand von "Manifestationen der Alltagskultur" grundlegende sozio-kulturelle Muster verschiedener sozialer Milieus verglichen und dabei die Identifikation der neuen Milieus versucht werden. Auf der zweiten Ebene wird anhand dieser Ergebnisse eine aktual- und historisch-empirische Beschreibung und Quantifizierung der sozialstrukturellen 'Basis' (Soziodemographie, Berufsgruppenverteilung etc.) der Milieugebilde mittels eigener repräsentativer Befragungen und der Sekundäranalyse vorhandener Massendaten der Umfrage-, der historischen Wohlfahrts- und Surveyforschung angestrebt. Abschließende Ergebnisse des Projektes liegen m.W. zwar noch nicht vor, doch gehen das Forschungsdesign sowie das

¹⁹ Für den Osten siehe Segert/Zierke (1991)

zugrundeliegende theoretisch-begriffliche Inventar deutlich über die "additive Logik" von Sinus hinaus, das "gesellschaftliche Strukturbeziehungen nicht hinreichend einbezieht, insbesondere auch Strukturen der Macht, der Herrschaft, der sozialen Ungleichheit und der gesellschaftlichen Arbeitsteilung".

Nach Vester/Clemens u.a. lassen sich drei sozialwissenschaftliche Verwendungskontexte des Milieubegriffs unterscheiden: Das lokale (regionale) politisch-soziale Milieu; das überregionale (nationale) politisch-soziale Milieu (bei diesen beiden Milieukategorien stehen Organisations- und Herrschaftsstrukturen im Vordergrund); das überregionale Lebensstil-Milieu, das als Ensemble von Sozialstruktur, Wertorientierungen u.a.m. gedacht wird, wobei Organisationszusammenhänge zurücktreten, bestimmte gesellschaftliche Medien und Kommunikationszusammenhänge aber eine besondere Bedeutung haben. Es handelt sich bei dieser letzteren Kategorie um sozial erfahrbare Gruppierungen, um "Gruppen Gleichgesinnter". Ein besonderes Augenmerk soll den Kommunikations- und Repräsentationsformen, oder allgemeiner, den "Kohäsionsformen" der verschiedenen Milieus gelten.

Bei der Durchsicht der zuletzt skizzierten neueren Ansätze und Diskussionen zeigt sich dreierlei. Methodische einfach zu handhabende universelle Kategorien, auf die sich die soziale Welt gleichsam in 'letzter Instanz' reduzieren ließe, hat die neuere Forschung kaum zu entdecken und anzubieten. Sozialstrukturforschung - auch in der Tradition und der Perspektive der Klassenanalyse - läßt sich nur als Ensemble von differenzierten theoretisch-konzeptionellen Vorstellungen und methodischen Zugängen aussagekräftig betreiben. Dabei besteht für eine pauschale Abqualifizierung jener Forschungen und Anregungspotentiale, die als Ungleichheitssoziologie firmieren (so bei Bischoff/Herkommer), durchaus keine Veranlassung, im Gegenteil. - Schließlich ist die in letzter Zeit häufig geäußerte Prognose, wonach die Sozialstrukturforschung für die Analyse sozialer Bewegungen und politischer Vergesellschaftungsprozesse weitgehend ohne Belang sei (siehe bspw. Hirsch 1990), voreilig und so nicht haltbar. Die Analyse politischer Vergesellschaftung unter Anwendung neuer Forschungsdesigns steht vielmehr erst am Anfang.

Literatur

- Beck, U. 1983: Jenseits von Stand und Klasse? In: Kreckel 1983, S.35-74
 Beck, U. 1986: Risikogesellschaft. Frankfurt/M.
 Berger, P. L./B. Berger/H. Kellner 1977: Das Unbehagen in der Modernität. Frankfurt/M., New York
 Berger, P. A. und St. Hradil 1990: Die Modernisierung sozialer Ungleichheit - und die Neukonturierung ihrer Erforschung. In: Dies. (Hrsg.): Lebenslagen, Lebensläufe, Lebensstile. Soziale Welt, Sonderband 7, Göttingen, S. 3-24
 Best, H. (Hrsg.) 1989: Politik und Milieu. St. Katherinen

- Bischoff, J. und S. Herkommer 1990: Von der Klassentheorie zur Ungleichheitsforschung? In: A. Leisewitz und K. Pickshaus (Hrsg.): Gewerkschaften, Klassentheorie und Subjektfrage. Frankfurt/M., S.71-92
- Bourdieu, P. 1982: Die feinen Unterschiede. Frankfurt/M. (frz. 1979)
- Bourdieu, P. 1989: Antworten auf einige Einwände. In: K. Eder (Hrsg.): Klassenlage, Lebensstil und kulturelle Praxis. Frankfurt/M., S.395-410
- Dörre, K. 1988: Risikokapitalismus. 2.Aufl., Marburg
- Erbslöh, B., Th. Hagelstange u.a. 1990: Ende der Klassengesellschaft? Regensburg
- Fechner, F. 1990: Politik und Postmoderne. Wien
- Giegel, H.-J. 1987: Individualisierung, Selbstrestriktion und soziale Ungleichheit. In: B. Giesen und H. Haferkamp (Hrsg.) 1987: Soziologie der sozialen Ungleichheit. Opladen, S.346-368
- Glatzer, W. 1989: Stichwort "Sozialstruktur". In: Wörterbuch der Soziologie, Bd. 3. Stuttgart, S. 647-653
- Gluchowski, P. 1987: Lebensstile und Wandel der Wählerschaft. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage v. 21. März, S. 18- 32
- Herkommer, S. 1991: Individualisierung und Klassenverhältnis. In: F. Deppe/S. Kebir u.a.: Eckpunkte moderner Kapitalismuskritik. Hamburg, S. 122-147
- Hirsch, J. 1990: Kapitalismus ohne Alternative? Hamburg
- Hirsch, J. und R. Roth 1986: Das neue Gesicht des Kapitalismus. Hamburg
- Hradil, St. 1987: Sozialstrukturanalyse in einer fortgeschrittenen Gesellschaft. Opladen
- Kreckel, R. (Hrsg.) 1983: Soziale Ungleichheiten. In: Soziale Welt, Sonderband 2. Göttingen
- Kröll, F. und K. Maase 1987: Politische Kultur - ein Forschungsweg des Marxismus?. In: IMSF (Hrsg.): Umbrüche (Marxistische Studien 13). Frankfurt/M., S. 276-290
- Krüger, H.-P. 1990: "Marxismus-Leninismus" und moderne Gesellschaft schließen einander aus. In: Initial, S.149-154
- Krysmanski, H.-J. 1989: Entwicklung und Stand der klassentheoretischen Diskussion. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpolitik, S.149-167
- Lockwood, D. 1985: Das schwächste Glied in der Kette? Einige Anmerkungen zur marxistischen Handlungstheorie. In: Prokla, Nr. 58, S. 5-33 (engl. 1981)
- Lüdtke, H. 1989: Expressive Ungleichheit. Opladen
- Neckel, S. 1989: Individualisierung und Theorie der Klassen. In: Prokla, Nr.76, S.51-59
- Ritsert, J. 1988: Der Kampf um das Surplusprodukt. Frankfurt/M., New York
- Segert, A. und I. Zierke 1991: Warum sind die Ostdeutschen plötzlich so kompliziert?. In: Initial, S. 206-125
- Sinus o.J.: Sinus Lebensweltforschung. Ein kreatives Konzept. Heidelberg
- Vester, C./B. Clemens u.a. 1989: Der Wandel der Sozialstruktur und die Entstehung neuer gesellschaftlich-politischer Milieus in der Bundesrepublik Deutschland. Projekt Sozialstrukturwandel und neue soziale Milieus, Arbeitsheft 1. Hannover
- Zapf, W./St. Breuer u.a. 1987: Individualisierung und Sicherheit. München
- Zapf, W. 1988: Ein Kommentar zur Individualisierungsthese. In: Zeitschrift für Sozialreform, S. 671-672

Hermann Bömer

Theoretische und praktische Probleme der Transformation realsozialistischer Systeme in kapitalistisch marktwirtschaftliche und erste Erfahrungen

Vorbemerkung

Dieser Text ist im Sept 1991 als geplantes Kap IV meines Beitrages "Zur weltwirtschaftlichen Stellung der Bundesrepublik und ihrer ökonomischen Rolle im Transformationsprozeß Osteuropas " ("Z" Nr 8) geschrieben worden , also noch vor den Ereignissen, die zur Auflösung der UdSSR und zur Bildung der GUS geführt haben. Das Ziel dieser kleinen Abhandlung besteht darin darzustellen, wie ein bekannter Ordnungstheoretiker der Marktwirtschaft (Starbatty) sowie die beiden bekannten Theoretiker des Marktsozialismus Brus und Laski (1989/1990) die Systematik der Transformation beschreiben (Vgl. hierzu auch den Artikel von Jan Prieue in "Z", Nr. 3 Sept. 1990, eine ausführliche Rezension der Arbeit von Brus und Laski). Da in der UdSSR unter Gorbatschow kein systematischer Weg der Durchsetzung wirtschaftlicher Reformen des Sozialismus gefunden, geschweige denn eingeschlagen wurde, ist diese Transformation unvermeidlich geworden, wobei lediglich für die Art und Variante dieser Transformation theoretischer und (viel weniger) praktischer Spielraum besteht. Derartige theoretische Systembetrachtungen und wirtschaftspolitische Gesamtentwürfe müssen auch dann betrieben werden, wenn es in der Politik der neu entstehenden Staaten drunter und drüber geht, und wenn man wie etwa Michael Brie vermutlich zurecht extrem pessimistisch bezüglich der Entwicklung in der ehemaligen UdSSR ist. Denn letztendlich muß ein neues Wirtschaftssystem mit Betonung auf System installiert werden, und es wäre doch paradox und zugleich verhängnisvoll, würde man dieses Systemdenken den Vertretern marktradikaler Konzepte allein überlassen. Ich halte es allerdings für notwendig, daß wir deren Positionen erst einmal zu Kenntnis nehmen und sie mit wissenschaftlichen Maßstäben prüfen.

Vor dem Putschversuch gab es in der UdSSR und auch im Westen einen Streit der Schulen um die günstigsten Methoden und Wege der Systemtransformation (vgl. hierzu im Überblick: H. Conert, Schlechter Rat ist teuer. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 9/1991). Jeffrey Sachs z.B. lehnte technische und finanzielle Hilfe für einzelne ausgewählte Wirtschaftsbereiche als die schlechteste Methode, den sowjetischen Übergang zur Marktwirtschaft zu unterstützen, ab und plädierte stattdessen für den auch von ihm mit ausgearbeiteten Havard-Jawlinski-Plan. Kleine gra-

duelle Reformschritte führten seiner Meinung nach ebenso ins Chaos wie zu geringe finanzielle Hilfe. Die Sowjetunion brauche vielmehr eine radikale und rasche Umwandlung ihres Politik- und Wirtschaftssystems. Der Westen müsse sich darüber im klaren sein, daß er sonst den Antireformkräften in die Hände arbeiten und diesen die Gelegenheit gebe, statt radikale Reformen zu verwirklichen, Reformillusionen vorzugaukeln (FAZ, 21.6.91).

1. Nach dem mißlungenen Putschversuch haben sich im Sinne dieses Planes die politischen Voraussetzungen *radikal verbessert* (aus heutiger Sicht (Jan. 1992) zugegebenermaßen eine recht blauäugige Einschätzung!): der politische Widerstand gegen die Errichtung bürgerlicher Verhältnisse und die 'Marktwirtschaft' scheint gebrochen. Und Jawlinski, einer der Mitautoren des Havard-Planes, ist Vorsitzender der Wirtschaftsreformkommission geworden. Allerdings ist die Dauerhaftigkeit dieser Verbesserung der Rahmenbedingungen daran gebunden, ob harte Konflikte zwischen den Republiken und interne Bürgerkriege verhindert werden können. Im ersten Anlauf hat der neue Staatsrat am 17.9.91 keine Einigung über den von Jawlinski vorgelegten Plan eines Wirtschaftsvertrages zwischen den Republiken erzielen können.

Die *wichtigsten Sequenzen einer Transformation* sind in letzter Zeit breiter diskutiert worden. Bereits im Januar 1990 hatte der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung eine solche Systematik für die DDR entwickelt. Zu den erstrangigen Aufgaben zählt die Herstellung einer nach innen und außen konvertiblen Währung. Die derzeitige Geldverfassung in der UdSSR ist dadurch gekennzeichnet, daß das Papiergeld Rubel seine Funktionen als allgemeines Äquivalent, insbesondere als Zirkulations- und Zahlungsmittel (Kreditgeld) und als Wertaufbewahrungsmittel gar nicht erfüllt. Über weiteste Strecken herrscht primitive Tauschwirtschaft (Ware gegen Ware) oder aber der Dollarstandard vor. Als Konsequenz streben die Regionen und Republiken zwangsläufig nach weitgehender Autarkie (vgl. H. Conert, Lage und Perspektiven der sowjetischen Wirtschaft. In: WSI-Mitteilungen, Heft 8/1991). Es liegt eine *zurückgestaute Inflation* vor. Nicht die Waren (besitzer) suchen hartes Geld, indem sie in den Läden auftauchen und angeboten werden, sondern sie werden zurückgehalten, weil nur wertloses Papier als Gegenleistung angeboten wird. Es ist absurd, die leeren Läden in erster Linie auf Korruption, organisiertes Verbrechen oder Lieferunfähigkeit der Produktionsbetriebe zurückzuführen (was es alles gibt). Vielmehr sind sie in der Masse Ausdruck und Resultat der Funktionsunfähigkeit des Geldsystems. Geld muß knapp sein, wenn es seine Funktionen realisieren soll (vgl. hierzu auch: Hansjörg Herr, Geld, Kredit und ökonomische Dynamik in marktvermittelten Ökonomien - die Vision einer Geldwirtschaft. München/Florenz 1986).

Die Durchsetzung einer harten Währung nach innen (und sicherlich mit Einschränkungen und Zeitverzögerungen nach außen) wäre ein großer Fortschritt in Richtung vergesellschafteter Produktions- und Austauschbeziehungen. Diese Härtung des Geldes ist - so der Ordnungstheoretiker Joachim Starbatty in seinem Grundsatzartikel "Der Weg zur Marktwirtschaft" (FAZ, 7.9.91) - entweder durch eine Währungsreform oder eine Anpassungsinflation bei 'Freigabe der Preise' machbar, unter der Voraussetzung, daß die staatlichen Budgetdefizite nicht mehr mithilfe der Notenpresse finanziert werden, was eine Begrenzung der Subventionen und eine Erhöhung der Staatseinnahmen durch Steuern (und im begrenztem Maße durch Staatsverschuldung auf den Kapitalmärkten) erfordert. "Für eine Währungsreform spricht der symbolhafte Neubeginn, doch ist damit untrennbar die Frage der Entschädigung der Geldgläubiger verbunden. Die Diskussion der Umstellungsquoten würde die Transformation politisch stark belasten, wenn nicht gar blockieren. Daher empfiehlt es sich, zurückgestaute Inflation durch Abschaffung aller (? , H.B.) Preiskontrollen zu einer offenen zu machen, die Ursache der Inflation (Finanzierung von Staats- und Betriebsdefiziten durch Zentralbankgeld) zu beseitigen und die nationale Währung durch Wegstreichen von Nullen "schwerer" zu machen, so wie es Frankreich 1958 gemacht hat und wie Polen es zur Zeit macht" (Starbatty, Der Weg zur Marktwirtschaft, FAZ, 7.9.91). Dies ist möglicherweise ein effizienter, mit Sicherheit natürlich unsozialer Weg, da unter anderem die Sparguthaben entwertet werden.

Welche Rolle kommt in diesem Prozeß der äußeren Konvertibilität zu? Starbatty unterscheidet zwei Typen von wirtschaftspolitischen Maßnahmen: *Unterlassungen*, die sofort realisierbar sind, so z.B. die Unterlassung von Preiskontrollen, und den *Neuaufbau* von Institutionen und sozialen Formationen, z.B. die Schaffung einer Generation von Unternehmern, eines Steuersystems usw., alles Vorhaben, die Zeit kosten. Ein Haupteinwand gegen die Schaffung eines harten Geldes mithilfe der in ihm vorgeschlagenen offenen Anpassungsinflation sei die Existenz von *Angebotsmonopolen*, die bei freier Preisbildung Monopolpreise abkassieren und damit die Inflation weiter anheizen würden. Diese Erfahrung habe Polen machen müssen. [Wir wissen, daß die sowjetischen Planer ganz besonders dem Grundsatz "Ein Produkt-Ein Betrieb" angehangen haben (wegen der 'economies of scale')!] "Daher müssen die Märkte zwecks Disziplinierung der nationalen Monopolisten so weit wie möglich gegenüber ausländischer Konkurrenz geöffnet werden" (ebenda). Es fragt sich allerdings, ob dies bei der Größe der Sowjetunion und dem gegebenen Stand der technischen, sozialen und institutionellen Infrastruktur ein schnell zu realisierender Ansatz ist! Wenn die Angebotsmonopolsituation also nicht durch die Öffnung der Außenmärkte oder die wirksame Entflechtung der Monopolanbieter aufgeknackt werden kann, ist die Freigabe der Preise natürlich eine Einladung zum Abschöpfen extremer Monopolgewinne!

Wo technisch die Voraussetzungen für die Schaffung mehrerer Unternehmen für die gleichen Produkte gegeben sind (dies dürfte in fast allen Bereichen, zumindest in der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie der Fall sein !) müssen die Angebotsmonopole entflochten und nach Möglichkeit zumindest teilweise privatisiert werden. Über das Tempo der Privatisierung herrschen allerdings die größten Unsicherheiten, gibt es die unterschiedlichsten Meinungen. Starbatty, der in Walter Euckens Ordnungstheorie die wichtigste theoretische Grundlage für die Politik der Transformation der ökonomischen Systeme sieht, betont nun, daß die Privatisierung unvermeidbar ein langwieriger Prozeß ist und sein muß. Es sei fehlerhaft, in der Privatisierung das Kernelement der Reform zu sehen. Konstituierende Prinzipien der Marktwirtschaft seien vielmehr ein funktionsfähiges Preissystem, verlässliches Geld, Vertragsfreiheit und offene Märkte, alles Prinzipien, die unumkehrbar verankert werden müßten. Das wettbewerbsorientierte Verhalten der Betriebe, das zu radikalen Kosteneinsparungen führen könne und müsse (darunter auch zu einem drastischen Beschäftigungsabbau), könne auch für Staatsbetriebe erzwungen werden, wenn sie mit Subventionsentzug ("hard budget constraints") konfrontiert würden. Dies sei dann nichts anderes als die bereits von Lenin geforderte "wirtschaftliche Rechnungsführung". Zur "sozialen Marktwirtschaft" gehöre dann natürlich ein soziales Netz. Die unvermeidbare Tragik einer Transformation bestehe darin, daß für dieses soziale Netz aufgrund des desolaten Zustandes der Wirtschaft Osteuropas zunächst wenig Mittel zur Verfügung stehen würden.

Das Grundproblem der Umsetzung einer derartigen Konzeption besteht darin, die "hard budget constraints" auch tatsächlich durchzusetzen. In Polen z.B. ist das Steueraufkommen des Staates noch sehr gering - viele staatliche Betriebe weigern sich oder sind ökonomisch unfähig zu zahlen -. Die defizitären Staatsbetriebe müssen Masseneinlassungen vornehmen bzw. Konkurs anmelden, oder sie werden aus sozialpolitischen Gründen weiter subventioniert. Wegen noch nicht voll funktionsfähiger Kapitalmärkte und mangelnder Kreditwürdigkeit im Ausland können die hieraus resultierenden Staatsdefizite dann nur über die Notenpresse finanziert werden, was wiederum die Inflationsbekämpfung unterminiert. Die von der Regierung geforderte Verweigerung der Subventionszahlungen an die Betriebe, also ein harter Austeritätskurs (der mit Sondervollmachten durchgesetzt werden soll), der in der Logik dieses Transformationskonzeptes liegt, wird vom Parlament abgelehnt. Daher die Tendenzen zur Errichtung einer Präsidialdemokratie bzw. -diktatur, wie immer man diesen Prozeß bezeichnen will.

In der Tschechoslowakei und natürlich in der Sowjetunion werden sicherlich ähnliche Konflikte auftauchen. Die Stahlindustrie der CSFR z.B. wird nach Meinung zweier westeuropäischer Beratungsfirmen 40-50 Prozent der Kapazitäten stilllegen und die Belegschaft von 160.000 auf etwa 60.000 reduzieren müssen (FAZ, 16.9.91). Vor der Realisierung eines derartigen

Sanierungsprogramms sind Privatisierungschancen nicht zu erwarten, zumal wenn man bedenkt, daß selbst unter den gesamtwirtschaftlich unergieblicheren Rahmenbedingungen in Ostdeutschland die Privatisierung der dortigen Stahlindustrie auch nur schleppend vorankommt. Wohl aber scheint es der Treuhandanstalt zu gelingen, die Belegschaftszahlen sehr schnell zu reduzieren. Dies ist aber nur deshalb politisch durchsetzbar, weil Westdeutschland die Finanzierung des auf individuelle Risikoabsicherung zielenden sozialen Netzes bislang weitgehend garantieren kann, eine Möglichkeit, die den osteuropäischen Ländern fehlt.

Es gibt gewichtige Stimmen, die bezweifeln, ob, wie Starbatty unterstellt, bei einem langsamen Privatisierungsprozeß (der aber nahezu zwangsläufig ist, da sich nicht genug Übernahmeinteressenten finden lassen!), d.h. bei überwiegendem Staatseigentum, die harten Budgetrestriktionen politisch und ökonomisch durchgesetzt werden können. Hier hätte eine Diskussion der Theorie und Praxis des Marktsozialismus stattzufinden, die meines Wissens am gründlichsten von W. Brus und K. Laski, vorgenommen wurde (vgl. dies., Von Marx zum Markt. Der Sozialismus auf der Suche nach einem neuen Wirtschaftssystem. Oxford 1989, Marburg 1990). Beide Autoren sind inzwischen der Überzeugung, daß bei überwiegend öffentlichem Eigentum die harten Budgetrestriktionen nicht durchsetzbar sind.

Andere Stimmen verweisen stattdessen auf das englische Beispiel der 80er Jahre. Es bestätigt zwar schnelle Durchsetzungsmöglichkeiten (und ihre brutalen sozialen Konsequenzen) für die Sanierung einzelner Branchen (Stahlindustrie, Bergbau, Automobilindustrie). Die Wettbewerbsfähigkeit der Gesamtwirtschaft und Leistungskraft der Sozialpolitik war dennoch im England der 80er Jahre ungleich höher einzuschätzen als die der osteuropäischen Länder heute, wenn Großbritannien auch im Vergleich zur Bundesrepublik diesbezüglich sehr schlecht abschneidet. Auch das britische Beispiel ist deshalb nur begrenzt vergleichbar. Andere Ländererfahrungen wie z.B. die Brasiliens sprechen eher dagegen, daß dieser Kernpunkt der Herstellung einer stabilen Währung schnell durchgesetzt werden kann.

Als Ergebnis dieser Überlegungen bleibt festzuhalten, daß mit hoher Wahrscheinlichkeit die ehrgeizigen Zeitpläne zur Transformation nicht eingehalten werden können, (was allerdings nur dann gegen sie spricht, wenn es realistische Alternativen für einen anderen Reform- und Transformationsweg gibt!). Vielmehr muß damit gerechnet werden, daß die Programme immer wieder nachgebessert werden müssen.

Sie sind um so leichter erfolgreich durchzusetzen, je wirksamer sie - wie es der Havard-Jawlinski-Plan vorsieht - von außen, also von den westlichen Industrieländern, massiv gestützt werden, wobei zu berücksichtigen ist, daß hier durchaus unterschiedliche und konträre Interessen wirken, so daß die schließlich eingeschlagenen Wege nur schwer prognostizierbar sind: überwiegt das Interesse an einer stabilen Welt, insbesondere an einem stabilen

Osteuropa einschließlich der Sowjetunion, oder setzen sich kurzfristige fiskalische Interessen durch?

Es ist außerdem klar, daß die westliche Unterstützung nicht so konzipiert sein kann und darf, daß der innere Transformationswille geschwächt wird.

In jedem Fall scheint klar, daß dieser Transformationsprozeß mit riesigen sozialen Problemen und Kosten begleitet sein wird und die Wahrscheinlichkeit hoch ist, den Anschluß auch auf Dauer nicht zu schaffen.

Die Tragik des realen Sozialismus besteht darin, daß er nicht nur als solcher gescheitert ist, sondern in diesen Ländern auch die Rückkehr zum (sozialen) Kapitalismus mit relativ hoher Wahrscheinlichkeit scheitern wird. Dennoch gibt es hierzu keine Alternative.

Nachbemerkung

Vergleicht man die Entwicklung in China und der UdSSR bzw der GUS, so fällt ein wesentlicher Unterschied sofort auf, den der marktradikale Prof Wolfram Engels als Kolumnist der Wirtschaftswoche (Nr. 46 v. 8.11.1991: "Von China lernen") auch genüßlich ausgebreitet hat:

In China gibt es seit dem Ende der fundamentalistischen Experimente der "Viererbande"(1978) eine systematische und schrittweise wirtschaftliche Reformpolitik bei Beibehaltung und Ablehnung pluralistischer, auf den Westen orientierter politischer Reformen. Wolfram Engels konstatiert, daß diese Wirtschaftsreformen China zu dem Gewinner der 80er Jahre schlechthin gemacht haben mit durchschnittlichen jährlichen Wachstumsraten von über 10%. Er stellt fest, daß die Blitzsystemtransformation, wie sie in der UdSSR in verschiedenen Varianten konzipiert worden war und auch von vielen westlichen Beraterteams gefordert wurde und wird, zum Scheitern verurteilt ist, weil die Durchsetzung neuer gesellschaftlicher Strukturen, die Bildung von Klassen usw. schlicht Zeit benötigt. Allerdings hinkt dieser Vergleich UdSSR bzw GUS und China meiner Meinung nach in wesentlichen Punkten: China ist immer noch überwiegend eine agrarisch strukturierte Gesellschaft, die über eine lange Tradition der Bauernschaft verfügt, die "nur" für 10 Jahre von dem System der Volkskommunen unterbrochen wurde, während in der UdSSR der achtziger Jahre die große Industrie bereits einen ganz anderen Stellenwert hatte, die Landwirtschaft aber, auf die mechanistisch die Prinzipien der sozialistischen Industriepolitik übertragen worden war, und deren bäuerliche und unternehmerische Tradition und Schicht unter Stalin systematisch ausgerottet worden war, eine verheerend offene Achillesferse geworden ist und noch sein wird. Insofern bleibt die Befürchtung, daß die Transformation um so schwieriger ist, je stärker die realsozialistischen Länder industrialisiert waren, es sei denn, sie verfügen noch über eine personelle Bindung an die kapitalistische Ara. Aber selbst dann wird dieser Systemübergang extrem schwierig sein, wie die Entwicklung in Polen und selbst in Ungarn zeigt.

Hans-Jörg Schimmel

Rationalität und Kohärenz in der politischen Ökonomie

Eine evolutionstheoretische Analyse des Scheiterns der Systeme des realen Sozialismus

Durch das Scheitern des Sozialismus in den Ländern Osteuropas fühlen sich zwei völlig gegensätzliche politische Grundpositionen gleichermaßen bestätigt: Für die prinzipiellen Gegner des Sozialismus ist endlich die Einheit der Realität mit dem Denken wieder hergestellt. 40 Jahre DDR - ein Betriebsunfall der Geschichte. Aber auch viele seiner prinzipiellen Befürworter fühlen sich letztlich bestätigt. War der Sozialismus doch nur von seiner Idee her gut. Der tatsächliche war schlecht, und so ist sein Scheitern nur folgerichtig. In der Gegenüberstellung dieser beiden Positionen wird deutlich, daß der Gang der Geschichte in einer einfachen Kausalbeziehung nicht adäquat zu erfassen ist, sobald es um mehr als die Begründung eines - wie wir gesehen haben - beliebigen Werturteils geht.

Ich möchte mit der in dem vorliegenden Beitrag entwickelten Begrifflichkeit den Versuch einer Präzisierung politökonomischer Herangehensweise unternehmen, so daß es möglich ist, Brüche in der gesellschaftlichen Entwicklung zu fassen und die Entwicklung in ihrer eigenen Logik zu begreifen, so daß auf ein vorgefaßtes Werturteil verzichtet werden kann.

Das Rationalitätsproblem in der Ökonomie

"Rationalität" ist einer der am häufigsten benutzten Begriffe bei der Beschreibung ökonomischer Systeme. Bei aller Vielschichtigkeit dieses Begriffs möchte ich hier zunächst das Handeln einer Person auf der ökonomischen Ebene als "rational" bezeichnen, wenn sie sich berechnend und berechenbar verhält und damit einen Aspekt menschlichen Handelns betonen, der die Möglichkeit der Formalisierung beinhaltet. Jedes systemtheoretische Vorgehen stößt hier sofort auf das Problem, daß eine Modellierung der Wirkungszusammenhänge des Systems allein auf dieser Ebene nicht möglich ist. Ich bezeichne daher die auf der Ebene des konkreten Verhaltens der beteiligten Personen - der "Agenten" - zu konstatierende Struktur als die Oberflächenstruktur des ökonomischen Systems.

Gelingt es, daß das ökonomische System sich durch rationales Verhalten der Agenten selbst reproduziert, so besitzt es eine Rationalität als das Verhalten der einzelnen Agenten übergreifendes Strukturmerkmal. Die auf der Ebene des Gesamtsystems angesiedelten und dem Verhalten der einzelnen Agenten entzogenen Wirkungszusammenhänge nenne ich die Tiefenstruktur des ökonomischen Systems. Wir werden im folgenden se-

hen, inwieweit sich ökonomische Systeme mit diesem Begriffspaar tatsächlich fassen lassen.¹

Nach Adam Smith stellt das Konkurrenzprinzip als "invisible hand" eine Rationalität par excellence dar, weil jeder "von einer unsichtbaren Hand geleitet (wird), welche er sich nicht vorsetzte", weil "jedermann alle Kräfte auf(bietet), das jährliche Einkommen der ganzen Gesellschaft so viel nur möglich zu vermehren."² Das Postulat dieser Rationalität soll nun einer Überprüfung unterzogen werden.

Die Gödelschen Sätze und das Paradoxon der vollkommenen Konkurrenz

So alt wie die aus dem Konkurrenzprinzip in der Realität resultierenden Widersprüche sind die Versuche, die "Rationalität" dieses Prinzips mit Hilfe der Mathematik theoretisch zu beweisen. Die bekannteste Variante stellt die Modellierung eines "Pareto-optimalen Konkurrenzgleichgewichtszustandes" dar, die auf einem von Pareto um die Jahrhundertwende formulierten Definitionsvorschlag eines Nutzenoptimums³ basiert. Unter der von A. Smith formulierten "rationalen Hand" fallen danach ein Gleichgewichtszustand von Produktion und Konsumtion und ein Nutzenoptimum im Kapitalismus der freien Konkurrenz zeitlich zusammen.

Konfrontiert man diese Grundaussage mit der kapitalistischen Wirklichkeit, so stellen sich zwei grundsätzliche Fragen:

1. Wie ist das kapitalistische System entstanden, und warum ist das Stadium der freien Konkurrenz verschwunden, obwohl die "rationale Hand" das System in diesen Zustand hätte führen müssen?
2. Ist die Ungleichverteilung des Eigentums an Kapital "begründet"?

Als Ausweg aus diesem peinlichen Fragenkomplex ist den Apologeten des Kapitalismus immer nur die Lösung eingefallen, von der strengen mathematischen Beweisführung abzurücken und den bestehenden Zustand der Ungleichverteilung zum offenbar bestmöglichen zu erklären, womit die "Tugenden" des Konkurrenzprinzips gerettet sind. Die Frage 1 - eine Tatsachenfrage - spielt dann keine Rolle mehr, da man mit dem Recht der Fakten argumentieren kann. Das kapitalistische System ist also entstanden, weil es das beste ist, und es ist das beste, weil es entstanden ist.

¹ Das ursprünglich für die Linguistik entwickelte Begriffspaar wurde z.B. von János Wolf für wissenschaftstheoretische Fragestellungen verallgemeinert. Akademie der Wissenschaften der DDR, Institut für Theorie, Geschichte und Organisation der Wissenschaft, Colloquien 59 (1987) und 69 (1989).

² Adam Smith, Untersuchung über die Natur und die Ursachen des Nationalreichtums, Breslau 1794 - 96, Bd. 3, 4. Buch, S. 45.

³ V. Pareto, Anwendungen der Mathematik auf Nationalökonomie, in: Enzyklopädie der mathematischen Wissenschaften, Bd. I/2, S. 1094 - 1120, Leipzig 1900 - 1904.

Um aus der Sackgasse herauszuführen, in die die ökonomische Wissenschaft durch eine derartige Konfrontation mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit gerät, genügt es freilich nicht, nur auf den ideologischen Charakter der Argumentation zu verweisen. Die Problematik der mit formalisierten Begriffen arbeitenden Theorie selbst muß untersucht werden. Die Ergebnisse, die die oben dargestellte Theorie mit Hilfe der Mathematik liefert, sind nämlich ambivalent und führen - unabhängig von jeder ideologischen Argumentation - auf ein systemtheoretisches Paradoxon.

Angenommen, die Erreichbarkeit eines Optimums durch das Prinzip der freien Konkurrenz sei nachweisbar und die Bewegung des Systems mathematisch berechenbar. Dann müßte es genauso möglich sein, das System gerade nach diesen Berechnungen zu planen. Aus der Sicht dieser Theoriebildung erweist sich also das System der freien Konkurrenz als identisch mit seinem Gegenteil, dem System der vollkommenen Planung, also der Ausschaltung jeder Konkurrenz in der Wirklichkeit. Somit läßt sich auf Basis dieser Argumentation weder der Nachweis des Kapitalismus als einzig rationalem System noch der Nachweis der Unmöglichkeit rationaler Kalkulation in der sozialistischen Ökonomie erbringen. Es gibt gar keinen positiven wissenschaftlichen Grund, das eine System dem anderen vorzuziehen. So sind die prinzipiellen Gegner einer Planungsökonomie gezwungen, ihre Grundposition letztlich außerökonomisch zu begründen. Z.B. schreibt Pierre Massé: "Wir fragen uns nicht, ob ein totalitäres System genauso effizient sein könnte wie das unsere: wir wollen, koste es was es wolle, eine gewisse Freiheit bewahren."⁴ Massés Dogma findet sich auch im bundesdeutschen Verfassungsverständnis wieder, wonach das ökonomische System der herrschenden Interpretation der Grundrechte - mit dem Kernpunkt Privateigentum - nicht widersprechen darf.

Man könnte hier geneigt sein, eine mathematische Analyse als für die Beschreibung ökonomischer Systeme prinzipiell ungeeignet zu verwerfen. Im Gegensatz dazu möchte ich hier die Problematisierung der mit formalisierten Begriffen arbeitenden Theorie konsequent zu Ende denken. Die Mathematik verfügt nämlich über das Instrumentarium, auch über die beschriebene paradoxe Situation Aussagen zu treffen. Der österreichische Mathematiker Gödel wies 1930 nach, daß jede reichhaltige, formalisierte Theorie zwei Wesensmerkmale aufweist:

1. Es lassen sich auf Basis der Theorie Aussagen formulieren, die im Rahmen der Begrifflichkeit der Theorie nicht mehr entscheidbar sind.
2. Die Erfassung der Theorie in ihrer Gesamtheit ist mit den Mitteln der Theorie selbst nicht möglich. Hierzu ist eine Metatheorie nötig, deren

⁴ Pierre Massé, Le Plan ou l'Anti-Hasard, Paris 1965, S. 56.

Begriffe auf der Ebene der eigentlichen Theorie nicht faßbar, d.h. nicht formalisierbar sind.⁵

Damit steht jede Theorie ökonomischer Systeme vor dem Problem, daß sie "das System" als rein ökonomisch nicht fassen kann und daß eine formale Definition "des Ökonomischen" unmöglich ist. Maurice Godelier⁶ hat das Problem erkannt und schlußfolgert: "Daher ist das Ökonomische ein Aspekt der Funktionsweise der nicht-ökonomischen Tätigkeiten: der Verwandtschaftsbeziehungen, der Religion, der Politik, der Erkenntnis usw." Wir werden im folgenden sehen, daß diese Charakterisierung der Problematik zwar Rechnung trägt, aber den Wirkungszusammenhang nicht erfaßt.

Die Grundproblematik der Warenproduktion

Um von der oberflächlichen Beschreibung der Ökonomie abzuheben, tat A. Smith nur einen halben Schritt in die richtige Richtung, indem er ein an der Oberfläche sichtbares Konkurrenzverhalten zum Grundprinzip erklärte, womit es ihm nicht gelang, die Tiefenstruktur des Systems wirklich zu treffen. Das Attribut "invisible" ist ein Ausdruck dieses Sachverhalts. Um tatsächlich von der Oberflächenstruktur des ökonomischen Systems abzuheben, mußte ein Wertbegriff gefunden werden, der sich unabhängig vom Verhalten des Einzelnen definieren läßt. Dies gelang Ricardo, der den Wert einer Ware als die zu ihrer Herstellung durchschnittlich notwendige Arbeitszeit definierte. Damit konnte das Wertgesetz formuliert werden, nach dem sich der Preis eines Produktes an diesem Wert orientiert und durch die Konkurrenz auf dem Markt realisiert wird. Die Dynamik der Bewegung des kapitalistischen Systems konnte damit aber noch nicht erfaßt werden, was darauf hindeutet, daß eine vollständige Beschreibung des Systems mit dem Wertgesetz nicht möglich sein kann. Marx erkannte, daß gerade die Ware "menschliche Arbeitskraft" diesen im Sinne des Wertgesetzes widersprüchlichen Charakter trägt, da sie in der Lage ist, mehr Wert zu schaffen als zu ihrer Produktion und Reproduktion erforderlich ist. Damit gelang es ihm, die Tiefenstruktur aufzudecken, die durch folgende vier Grundzüge gekennzeichnet ist:

1. Zyklische Überakkumulationskrisen
2. Zwang zur Produktivkraftentwicklung
3. Tendenzieller Fall der Durchschnittsprofitrate
4. Tendenz zur Konzentration und Zentralisation

⁵ K. Gödel, Über formal unentscheidbare Sätze der Principia Mathematica und verwandter Systeme, in: Monatshefte für Mathematik und Physik, Bd. 38, Berlin 1931.

⁶ Maurice Godelier, Rationalität und Irrationalität in der Ökonomie, Paris 1966, dt. Übers. Ffm. 1972, S. 35.

Marx' besondere Leistung besteht in der Darstellung des Wirkungszusammenhanges, nach dem sich die Tendenzen 2 bis 4 gerade im Wirken von 1 durchsetzen, womit eine geschlossene Theorie über die Tiefenstruktur vorliegt.

Vor dem Hintergrund der Gödelsätze und dem von Marx aufgedeckten Charakter der menschlichen Arbeitskraft steht nun jede warenproduzierende Gesellschaft vor folgendem Grundproblem: Es muß erreicht werden, daß die widersprüchliche, mit dem Wertgesetz nicht vollständig erfassbare Größe "menschliche Arbeitskraft" für das ökonomische System derart verfügbar gemacht wird, daß innerhalb der ökonomischen Sphäre der Gesellschaft ein rationales Verhalten der Agenten erreicht wird. Die hierfür benötigten Steuerungsmechanismen können gerade nicht in der ökonomischen Sphäre angesiedelt sein und insbesondere nicht mit dem Wertgesetz erfaßt werden. Sie liegen im politisch-kulturellen Überbau, der damit mitnichten eine über die ökonomischen Verhältnisse frei sich "erhebende" Sphäre bildet, sondern gezwungen ist, sich der ökonomischen Sphäre in der Weise anzupassen, daß Steuerungsmechanismen bereitgestellt werden müssen, die gewährleisten, daß das ökonomische System sich reproduzieren kann. Damit wird das ökonomische System überhaupt erst als "System" konstituiert.

Damit muß festgestellt werden: Ein ökonomisches System, das aus seinen eigenen Wirkungszusammenhängen eine "Rationalität" konstituiert, ist logisch unmöglich, und der Wirkungszusammenhang zwischen ökonomischer und nicht-ökonomischer Sphäre besteht gerade darin, daß das ökonomische System die außerökonomische Sphäre zur Herausbildung geeigneter Strukturen zwingt. Damit ist sowohl die oben angegebene Charakterisierung von Godelier als auch die Begrifflichkeit des Paares "Oberflächenstruktur und Tiefenstruktur" überschritten.

Die politische Ökonomie als Wissenschaft steht somit vor der Aufgabe, den Zusammenhang zwischen der ökonomischen und der nicht-ökonomischen Sphäre der Gesellschaft präziser zu fassen. Da genau dieser Zusammenhang entscheidend ist, führe ich an dieser Stelle den Begriff der Kohärenz ein und definiere:

Ein Gesellschaftssystem ist kohärent, wenn es über außerökonomische Steuerungsmechanismen verfügt, die gewährleisten, daß sich das ökonomische System dadurch reproduziert, daß sich die Agenten auf der ökonomischen Ebene rational verhalten.

An einem Beispiel soll die Tragfähigkeit der neuen Begrifflichkeit dargestellt werden:

Während der Kolonialisierung stießen die europäischen Eroberer auf Gesellschaften, in denen die Geld- und Güterzirkulation noch nicht voll entwickelt war. Statt dessen waren die Güter in hierarchisch geordnete Kategorien eingeteilt. Der strengen Isolierung und Rangordnung der Güter

korrespondierte ihre Verwendung im Funktionszusammenhang gesellschaftlicher Beziehungen: Verwandtschaftssystem, Religion usw. Im gegenseitigen Bezug der Kategorien der Warenproduktion und Zirkulation einerseits und der Struktur des gesellschaftlichen Beziehungsgeflechts andererseits besteht oder bestand die Kohärenz dieser Gesellschaften, die z.T. derart vollkommen war, daß die Gesellschaften über Jahrhunderte unverändert blieben. Durch eine von außen eingeführte Geldwirtschaft und die Konfrontation mit Waren völlig neuen Typs wird der Funktionszusammenhang aufgelöst. Die Gesellschaften werden inkohärent und so auch ohne direkte Gewaltanwendung nach und nach zerstört.

Kohärenz und Inkohärenz im Kapitalismus

Für die vorkapitalistische handwerkliche Produktion stellte das Geld nur eine Vermittlerrolle dar. Nach dem Verkauf der Produkte auf dem Markt wurde der Erlös sofort wieder in Waren eingetauscht. Demgegenüber besteht die Formverwandlung des Kapitals in dem Zyklus "Geld - Ware - Geld" ($G - W - G'$). Eine Rationalität des Handelns der Agenten setzt hier voraus, daß die Geldwertentwicklung über den gesamten Zyklus hinweg kalkulierbar bleibt. Anderenfalls setzen Spekulation und Flucht in andere - stabilere - Werte ein, das Handeln der Agenten wird irrational. Um die Geldwertstabilität zu gewährleisten ist ein zweistufiges Bankensystem erforderlich, in dem das Monopol für die Notenausgabe bei einer Zentralbank liegt, die der politischen, d.h. außerökonomischen Kontrolle unterliegt. Das Beispiel der Reaktionen der Bundesbank auf die ökonomische Entwicklung zur Gewährleistung der Geldwertstabilität bestätigt die oben theoretisch hergeleitete Aussage, daß ökonomische Systeme sich nicht aus ihrer Eigendynamik heraus stabilisieren - rational sind. Die Interventionen der Bundesbank ergeben sich nicht aus dem Profit- bzw. Konkurrenzprinzip. Ihr Kriterium ist die Gewährleistung der Rationalität der Geldzirkulation als Bestandteil des Gesamtsystems, dessen Bestand zu sichern Ergebnis des bestehenden politischen Kräfteverhältnisses ist. Es handelt sich hier um ein die jeweiligen Partialinteressen der einzelnen Fraktionen des Kapitals übergreifendes Interesse, aus dem sich die für die Kohärenz im Kapitalismus notwendige Bedingung ergibt, daß der Staat von den einzelnen Fraktionen des Kapitals getrennt in einem gewissen Abstand gehalten werden muß, damit einem Abgleiten in die Irrationalität, das die ökonomische Sphäre ständig als Tendenz produziert, wirksam entgegengesteuert werden kann. Im deutschen Faschismus ordnete sich das Monopolkapital zuerst der Schwer- und später auch der chemischen Industrie den Staatsapparat mit Hilfe der faschistischen Bewegung unter und machte ihn seinen Partialinteressen dienstbar. Durch die Aufhebung der Sphärentrennung wurde die Kohärenz beseitigt. Das System reproduzierte sich nicht mehr selbst, es mußte in einem Amoklauf expandieren. Angesichts der im Ergebnis des Krieges zu Ungunsten des deutschen Monopolkapitals veränderten Kräfte-

verhältnisse war dieses mit der unappetitlichen Vorstellung konfrontiert, nach einer weiteren derartigen Entgleisung auch den noch verbliebenen Einflußbereich abgeben zu müssen. Das politische System der Bundesrepublik mußte daher mit Strukturen versehen werden, die nicht nur eine Absicherung gegen systemsprengende Kräfte von links leisten. Sie mußten außerdem Spielraum für eine systemimmanente politische Willensbildung bereitstellen, die mit der ökonomischen Entwicklung Schritt hält und auf drohende Inkohärenzen durch die rechtzeitige Herausbildung geeigneter Steuerungsmechanismen reagiert. Daß dies bisher erfolgreich geleistet wurde, zeigen m.E. die drei Einschnitte in der Entwicklung der Bundesrepublik, die Ablösung der Adenauer-Ära, die sogenannte Wende zu Beginn der 80er Jahre und der Vollzug der deutschen Einheit.

Ich möchte mich nun der sozialistischen Gesellschaftsformation zuwenden. Wir werden sehen, daß eine Kohärenzdefinition hier keine ganz leichte Aufgabe ist.

Das Paradoxon der vollkommenen Planung

Wie beim Konkurrenzprinzip führt der Versuch, eine "Rationalität" einer sozialistischen Ökonomie aus dem Prinzip der gesellschaftlichen Planung abzuleiten, ebenfalls auf ein Paradoxon: Der Versuch des Erreichens eines Planungsoptimums gemäß den gesellschaftlichen Bedürfnissen führt zu der notwendigen Konsequenz, daß alle der Planung zugänglichen Ressourcen auch verplant werden müssen. Anderenfalls setzt nämlich die Spekulation über die Verwendung der überzähligen Ressourcen ein. Es bildet sich eine zweite ökonomische Sphäre heraus, in die die nicht vom Plan erfaßten Ressourcen eingehen. Hierdurch wird das Planungsprinzip unterlaufen und eine Rationalität des Handelns verhindert. Sind nun aber alle Ressourcen verplant, sind bei unvorhergesehenen Engpässen fehlende Güter nicht mehr zugänglich und insbesondere nicht für Geld zu erhalten. Dies zwingt die Agenten zur Ressourcenhortung als Vorsorgemaßnahme. Die Planung wird auch hier unterlaufen und muß unterlaufen werden - das Prinzip des Planungsoptimums produziert sein gerades Gegenteil.

Zwar läßt sich aus dem Gesagten keine prinzipielle Ablehnung des Planungsprinzips ableiten, handelt es sich hier doch nur um die spezifisch planungsökonomische Variante der Unmöglichkeit der Selbstkonstituierung eines rationalen ökonomischen Systems, trotzdem muß man sich über die Konsequenzen im Klaren sein, die der einfachen Apologie des Sozialismus einen Strich durch die Rechnung machen, und ich betone es hier, weil es der Schlüssel zum Verständnis der Schwierigkeiten bei der Entwicklung von Systemalternativen zum Kapitalismus ist: Die Vorstellung, der Sozialismus sei dem Kapitalismus bereits dadurch überlegen, daß die "irrationale" Anarchie der Produktion durch die "rationale" gesellschaftliche Planung abgelöst werde, ist logisch falsch und real unzutreffend. Ein

Urteil im Vergleich der Gesellschaftssysteme ist daher ohne konkreten historischen Bezug nicht möglich.

Kohärenz und Inkohärenz im Sozialismus

Um zu einer Kohärenzdefinition zu gelangen, knüpfte ich an die Äußerungen der marxistischen Klassiker über die neue Gesellschaftsformation an. Im Gegensatz zur SPD, die den Sozialismus als eine "Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität verwirklichende Gesellschaft" charakterisiert, also eine Utopie anhand allgemeiner Prinzipien formuliert und damit sowohl die Absage an das Ziel der sozialen Revolution legitimiert als auch dem Bewußtsein die angenehmere Möglichkeit des Stehenbleibens gibt, versucht Marx, die historische Notwendigkeit des Übergangs des Kapitalismus in eine neue Gesellschaftsformation aus der Entwicklungslogik des Kapitalismus selbst abzuleiten und prognostiziert die Herausbildung einer Gesellschaft, die den für den Kapitalismus spezifischen und für ihn unlösbaren Widerspruch aufhebt: den Widerspruch zwischen dem vergesellschafteten Charakter der Produktion und der privaten Aneignung der Produkte. Die Aufhebung dieses Widerspruchs wird vollzogen in einer Vergesellschaftung des Besitzes und einem "allmählichen Übergang der gesamten Produktion in genossenschaftliche"⁷. Die entsprechenden Strukturen sind im Kapitalismus nicht vorgegeben. Die neue Gesellschaft "muß im Laufe ihrer Entwicklung die materiellen Bedingungen einer neuen Gesellschaft erst produzieren, und keine Kraftanstrengung der Gesinnung oder des Willens kann sie von diesem Schicksal befreien."⁸ In seinen i.a. recht zurückhaltenden Äußerungen über die neue Gesellschaft wird deutlich, daß Marx wohl erkannt hatte, daß eine Charakterisierung anhand allgemeiner Prinzipien problematisch ist und daß das Augenmerk auf den Entwicklungsprozeß der Gesellschaft gelegt werden muß. Ich möchte nun versuchen, Kohärenz bzw. Inkohärenz einer sozialistischen Gesellschaftsformation begrifflich zu fassen.

Da das Profitprinzip als die die Motivation des Verhaltens der Agenten liefernde Triebkraft wegfällt, muß diese Triebkraft die Bedürfnisstruktur der Individuen selbst liefern. Daher bietet sich folgendes, allerdings unzureichendes Kriterium für "Kohärenz" an: "Eine sozialistische Gesellschaft ist kohärent, wenn sie über außerökonomische Strukturen verfügt, die der ökonomischen Sphäre Bedingungen setzen, so daß eine Güterproduktion gemäß der Bedürfnisstruktur gewährleistet wird." Diese Definition blendet die gesellschaftliche Entwicklung als Prozeß aus und führt damit geradezu in das Paradoxon der vollkommenen Planung. "Kohärenz" kann also nicht als Zustand, sondern nur als Merkmal eines Entwicklungsprozesses begriffen werden. Ich möchte daher folgende Definition vorschlagen:

⁷ MEW, Bd. 36, S. 261.

⁸ MEW, Bd. 4, S. 339.

Eine sozialistische Gesellschaftsformation ist kohärent, wenn sie über außerökonomische Strukturen verfügt, die in der ökonomischen Sphäre einen Prozeß der Vergesellschaftung des Besitzes bewirken, der mit der konkreten, historisch gewachsenen Bedürfnisstruktur der Individuen korrespondiert.

Ich möchte hier nicht darüber spekulieren, wie diese Strukturen konkret aussehen könnten. Statt dessen soll mit Hilfe der hier entwickelten Definition nachgewiesen werden, daß und warum die Staaten des realen Sozialismus inkohärent sind bzw. waren.

Die Inkohärenz des realen Sozialismus

Betrachtet man die Staaten des realen Sozialismus vor dem Hintergrund des oben dargestellten Paradoxons der vollkommenen Planung, so kann zunächst festgestellt werden, daß im Ergebnis der Tatsache, daß sowieso stets nur eine "unvollkommene Planung" gelang, sämtliche der genannten Erscheinungen herausgebildet wurden, also Ressourcenverknappung, Ressourcenhortung und die zweite ökonomische Sphäre. Bereits hier kann auf eine Inkohärenz der Gesellschaften geschlossen werden, da eine Rationalität des Verhaltens der Agenten nicht zu gewährleisten ist oder war. Weiterhin muß festgestellt werden, daß der Prozeß der Vergesellschaftung des Besitzes nach der Verstaatlichung in keinem sozialistischen Land weitergeführt wurde, mithin die nötigen außerökonomischen Strukturen also nicht entwickelt wurden. Nach der oben genannten Kohärenzbedingung hätte dies aus der Bedürfnisstruktur der Individuen heraus geschehen müssen. Betrachtet man nun die durch die konkrete historische Situation gesetzten Rahmenbedingungen, so wird deutlich: Die Systemkonfrontation zwingt die sozialistischen Gesellschaften zur Entwicklung von Strukturen, die den Bestand der Systeme als "Systeme" sichern müssen und die nicht aus der Bedürfnisstruktur der Individuen selbst erwachsen. Sie müssen daher von außen, d.h. staatlich, gesetzt werden. Damit kommt gerade dem militärischen Aspekt der Konfrontation eine Schlüsselbedeutung zu. Für die Rüstung muß nämlich gerade derjenige Teil des Produktionsapparates eingesetzt werden, in dem der höchste Grad an Vergesellschaftung der Produktion herrscht. Dieser wird aber dem Prozeß der Vergesellschaftung des Besitzes entzogen. Seine Effizienz hängt vom Gelingen der staatlichen Steuerung ab. Durch die Verflechtung der Wirtschaftszweige wird notwendig auch die zivile Produktion der staatlichen Steuerung unterworfen. Um diese Steuerung zu gewährleisten, muß dann letztlich auch die außerökonomische Sphäre dieser Zielsetzung untergeordnet werden. Die Frage der gesellschaftlichen Entwicklung wird zur Frage der Staatspolitik, die Frage nach der Legitimität des Systems als Ganzem wird zur Machtfrage.

Ulbricht wollte "den Westen einholen und überholen", womit deutlich wird, daß nicht mehr ein der sozialistischen Gesellschaftsformation inhärentes

Moment die gesellschaftliche Entwicklung bestimmte, sondern daß das Standhalten (und evtl. sogar Sich-Durchsetzen) in der Systemkonfrontation zum Grundkriterium geworden war. Da dies nur mit staatlich aufgesetzter Steuerung möglich ist, liegt hier das Wesen der Inkohärenz des realen Sozialismus.

Auswirkungen der Inkohärenz im realen Sozialismus

Der Durchgriff der staatlichen Steuerung auf alle gesellschaftlichen Sphären führt zur dualen Aufspaltung der Gesellschaft in Leitende und Geleitete, die sich im Bewußtsein durch eine gemeinsame Fixierung auf die Staatspolitik auszeichnen. Das "Philosophische Wörterbuch" beschreibt den Zustand als den einzig denkbaren: "Der sozialistische Staat ist das entscheidende Machtinstrument beim Aufbau der entwickelten sozialistischen Gesellschaft. Durch seine wirtschaftlich-organisatorische und kulturell-erzieherische Tätigkeit leitet er die sozialistische Entwicklung der Gesellschaft und übt Kontrolle über das Maß der Arbeit und Konsumtion aus."⁹ Die Bürger bekommen folgende Stellung zugewiesen: "Ihr staatsbürgerliches Denken und Handeln, ihre schöpferische Aktivität in der Produktion und in anderen gesellschaftlichen Bereichen ist vom Vertrauen in die Partei- und Staatsführung durchdrungen und findet in der breiten Unterstützung der Nationalen Front als der sozialistischen Volksbewegung ihren politischen Ausdruck."¹⁰ Hatte Marx noch von einem "Absterben" des Staates gesprochen, so finden wir hier die Formulierung: "Schließlich darf ein 'Absterben des Staates' nicht mit dem Abbau der gesellschaftlichen Organisiertheit und Leitung gleichgesetzt werden. Vielmehr wird an die Stelle staatlicher Organisation und Leitung eine qualitativ höhere gesellschaftliche Organisation und Leitung treten, die nur über eine ständige Qualifizierung der sozialistischen staatlichen Leitung, über maximale Entfaltung der sozialistischen Staatsorganisation erreichbar ist."¹¹ Ein gesellschaftliches Paradoxon tritt auf: Absterben des Staates durch Zunahme der Staatstätigkeit. Der bestehende Zustand wird zum Ziel. Die Fixierung auf die Staatspolitik prägt auch das Verhältnis von öffentlicher Sphäre und Privatsphäre und führt zur Entfremdung der Menschen von der Arbeit in der öffentlichen Sphäre. Nach Dienstschaft verwandelt sich die Gesellschaft in einem gewaltigen Salto mortale in eine große Solidargemeinschaft, in der jeder jedem hilft, den Unbilden des Sozialismus zu trotzen. In der Privatsphäre werden die wichtigsten Informationen ausgetauscht und die entscheidenden Beziehungen geknüpft. Vielleicht bildete sich hier im Keim die neue Gesellschaft. Zumindest muß man Günter Gauss recht geben, wenn er hier einen wichtigen Wesenszug der DDR herausstellte und sie als "Nischengesellschaft" bezeichnete.

Durch den beschriebenen Charakter der gesellschaftlichen Sphären hatte man zur Arbeit und zu vielen in der öffentlichen Sphäre produzierten Wa-

ren kein Wertverhältnis, was die Verschwendung vieler Produkte erklärt. Außerdem wurden häufig Waren in einer Art und Weise als minderwertig angesehen, die sich nicht allein aus evtl. geringerem Gebrauchswert, schlechter Verpackung und dem ständig vorgespiegelten Vergleich mit den Westwaren erklären läßt. Vielmehr wurde die aus der intuitiven Wahrnehmung der Inkohärenz der Gesellschaft resultierende Einstellung ihr gegenüber auf die in ihr produzierten Waren übertragen. Die Lösung dieses gesellschaftlichen Problems wäre nicht einfach in einer Verbesserung der Qualität der in der öffentlichen Sphäre produzierten Waren zu werkstelligen gewesen. Sie wären geblieben, was sie waren: Ostwaren.

Der Entwicklungsgang aus evolutionstheoretischer Sicht

Man mag über eine Entwicklung der sozialistischen Staaten ohne Systemkonfrontation spekulieren. Ziel meiner Überlegungen war es zu zeigen, wie sich die beschriebene Inkohärenz dadurch gesetzmäßig herausbildete, daß neben anderen vielleicht möglichen Varianten derjenige Steuerungstyp durch die Rahmenbedingungen herausselektiert wurde, der durch die Hegemonie des ökonomischen und politisch-ideologischen Kommandos des Staates gekennzeichnet ist. Damit kann der Entwicklungsgang der sozialistischen Staaten nicht als eigenständiger, ausschließlich durch die eigenen Entwicklungsgesetze induzierter Prozeß angesehen werden. Er stellt vielmehr einen Bestandteil der Entwicklung des kapitalistischen Weltsystems dar, aus dem er hervorgegangen ist und dem er für die Zukunft seinen Stempel aufgedrückt hat - ein Sachverhalt, der sich nicht dadurch erfassen läßt, daß man behauptet, die sozialistischen Staaten seien in Wahrheit kapitalistisch gewesen.

Auch die Feststellung, die Entwicklung zeige, daß der Sozialismus keine Alternative zum Kapitalismus sei, greift damit logisch ins Leere, da sie einen Teil einer Struktur als Alternative zur Gesamtstruktur zu denken versucht.

Damit muß aber auch die aus dem sozialistischen Lager selbst formulierte und von großen Teilen der westdeutschen Linken übernommene Leitdoktrin, bei der Systemkonfrontation zwischen Kapitalismus und Sozialismus handele es sich um den "Grundwiderspruch unserer Epoche", als Fehleinschätzung eingeordnet werden. Dieses aus mißverständlicher Dialektik heraus gebildete Konstrukt meint, den Grundwiderspruch als Widerspruch zwischen zwei Strukturen und nicht als den einer Gesamtstruktur inhärenten Widerspruch fassen zu können.

Das Auftreten des Sozialismus auf der Bühne des Weltgeschehens soll entweder zum Fehlgriff der Geschichte erklärt oder legitimiert werden, womit eine Kritik begründet wird, die nach Marx ihr Ziel nicht erreicht, da sie "die Gegenwart nur zu be- oder verurteilen, aber nicht zu begreifen vermag."

⁹ Georg Klaus, Manfred Buhr, Philosophisches Wörterbuch, Leipzig 1975, S. 1120.

¹⁰ ebd. S. 1167.

¹¹ ebd. S. 1165.

Die Mörder des Gedächtnisses (1987) Teil III

Übersetzt und vorgestellt von Hartwig Zander

VI. Auschwitz und die Dritte Welt

Es gibt nichts Gewöhnlicheres, nichts erschütternd Banaleres in der Geschichte der Menschheit als Massaker. Die Assyrer praktizierten sie und häuften die Köpfe zu Pyramiden. Die Israeliten verurteilten die feindlichen Völker auf Geheiß Jachves in den Bann: "So zeuch nun hin und schlag die Amalekiter und verbanne sie mit allem, das sie haben; schone ihrer nicht, sondern töte beide, Mann und Weib, Kinder und Säuglinge, Ochsen und Schafe, Kamele und Esel"¹. Der König Saul (11. Jahrhundert v. Chr.) wurde im übrigen von Jachve deshalb bestraft, weil er nicht bis zur letzten Konsequenz gegangen war. So geschieht es, daß man das "auserwählte Volk" zum Erfinder des Völkermords macht, und wahrscheinlich hatte Hitler dieses Bild auch vor Augen. Nun passiert es auch, daß zeitgenössische Historiker nicht ohne Bosheit diese Ausrottungstradition in Erinnerung rufen.² Sie vergessen dabei, daß in der in Frage stehenden Region die Praxis wechselseitig war. Was Jachve den Israelis befahl, das befahl Camos, der Gott Moabs seinem Volk auf Kosten Israels: "Und ich tötete alle, nämlich 7 000 Männer und Kinder und freie Frauen und junge Mädchen und Sklaven und weihte sie Astar-Camos"³. Doch die Bibel ist und bleibt Teil unserer Kultur... Weshalb also fortfahren, Tamerlan gedenken, oder, vor allem anderen, der Ausrottung der amerikanischen Indios im 16. Jahrhundert, sei es durch unmittelbare Massaker oder noch mehr durch ansteckende Mikroben, tragische Folgen der Vereinheitlichung des Planeten.

Solche Parallelen besitzen nur ein relativ geringes Gewicht, da sie vielleicht mit Ausnahme der amerikanischen Indios Teil unserer Kultur sind und nicht Teil unseres Gedächtnisses. Aber schon das Beispiel der Indios und das der Schwarzen, Opfer des Sklaventums, zeigt, daß Auschwitz oder Treblinka nicht überall so wahrgenommen werden können wie wir es wahrnehmen.

Wir werden es im übrigen als ganz normal hinnehmen, daß sich bei uns wie auch in der benachbarten Dritten Welt, im Maghreb wie im übrigen

¹ I. Buch Samuel, 15, 1 - 3.

² Ein Beispiel unter vielen: G.E.M. De Ste-Croix, *The Class Struggle in the Ancient Greek World*, Duckworth, London 1981, 331f., s. dort im Index unter "genocide".

³ Stele von Mesa, König Moab (IX^e siècle), im Louvre; übers. von E. Renan, *Histoire du peuple d'Israel*, in: *Oeuvres complètes*, VI, Calmann-Lévy, Paris 1953, 501.

auch in jener "Dritten Welt", die in den Vorstädten beginnt, wie es Alain Geismar formulierte, das Bild von Auschwitz und der von Hitlerdeutschland begangenen Massaker gewandelt haben muß. Versuchen wir also einige Phasen und unsere Erinnerung daran genauer zu kennzeichnen.

Persönlich bin ich in den Kampf gegen den Algerienkrieg und insbesondere gegen die Folter⁴ - die im übrigen, worüber wir uns schnell Rechenschaft ablegten, nicht zum Schlimmsten zählte - unter einem beständigen Bezugspunkt eingetreten: die beharrliche Erinnerung an unsere nationalen Ungerechtigkeiten - vor allem an die Dreyfus-Affäre - und an die Verbrechen, die der folternde und ausrottende Nazismus begangen hatte. Der Bezug auf andere Verbrechen, nämlich die des Kolonialismus, gelangte nur zögernd in unseren Kampf, Fortschritt des historischen Bewußtseins.

Während des ganzen Krieges wirkte der Bezug auf den Nazismus. Am Tage, der dem Pogrom vom 17. Oktober 1961 in Paris folgte (ich halte auch heute noch die Verwendung dieses Ausdrucks für gerechtfertigt), unterzeichneten z.B. einige Intellektuelle, zu denen ich auch zählte, eine Initiative der *Temps Modernes*, der Zeitschrift J.P. Sartres, ein Manifest, in dem man unter anderem lesen konnte: "Durch ihre Passivität machen sich die Franzosen zu Mittätern der rassistischen Wut, deren Theater zur Zeit Paris ist, und die uns zu den schwärzesten Tagen der Nazibesetzung zurückführt - wir weigern uns, einen Unterschied zu machen zwischen den Algeriern, die im Sportpalast zusammengepfercht sind und darauf warten, 'ausgewiesen' zu werden und den Juden, die in Drancy vor ihrer Deportierung eingeschlossen wurden". Es versteht sich von selbst, daß die Formel absurd war, so scheußlich auch die Verbrechen waren, die am 17. Oktober und den folgenden Tagen begangen wurden: In ihre "Herkunftszeldörfer" ausgewiesen, gingen die Algerier gleichwohl nicht nach Treblinka. Doch die Logik des Protestes blieb verständlich. Ich erinnere mich daran, daß einer, nämlich René Capitant, die Unterschrift verweigert hatte. Die Algerier, sagte er uns, sind Kämpfer. Die Juden waren reine Opfer. Im Grunde genommen hatte er natürlich recht.

In den beiden Lagern, die damals einander gegenüberstanden und sich bekämpften, ließ man den Ausrottungsphantasmen, aber eben nur Phantasmen, freien Lauf. So konnte Alex Moscovitch, damals Stadtrat von Paris, am 27. Oktober im Rathaus erklären: "Alle Agenten des Feindes müssen vom Territorium des Mutterlandes ausgewiesen werden. Seit zwei Jahren schon verlangen wir die Möglichkeit, dies zu vollziehen. Was wir brauchen, ist einfach und klar: die Ermächtigung und genügend Schiffe. Das Problem, das darin bestände, die Schiffe zu versenken, fällt leider nicht in die Zuständigkeit des Pariser Stadtrates"⁵. Dieser Wunsch zumindest wurde nicht erfüllt. Ich ziehe es gleichwohl vor, damals im anderen Lager gewesen zu sein.

⁴ Vgl. *La Torture dans la République*, Editions de Minuit, Paris 1972, Neuauflage bei Editions Maspéro, 1975; und: *Les Crimes de l'armée française*, Maspéro, Paris 1975.

⁵ *Bulletin municipal officiel de Paris*, Debatten, Sitzung vom 27. 10. 1961. Herr Moscovitch sollte am 15. Januar hinzufügen: "In der Tat habe ich es bedauert, daß die Feinde Frankreichs nicht vernichtet wurden ... und ich bedaure es weiter", *Le Monde*, 17.1. 1962.

Wie aber argumentierte zu jener Zeit der Anwalt Jaques Vergès, der damals schon das war, was er heute ist: ein zynischer Vermittler zwischen dem Schrecken und der Justiz? Gemeinsam mit den Mitgliedern seines Kollektivs forderte er zumindest *Nürnberg für Algerien*.⁶ Im November 1961 wandte er sich öffentlich an Dr. Servatius, der damals gerade in Jerusalem Adolf Eichmann verteidigt hatte⁷: "Sie sagten gegenüber den israelischen Richtern, indem Sie sich das Recht anmaßen Eichmann zu urteilen, schaffen Sie einen Präzedenzfall für die Kolonialisierten, die ihre ehemaligen Herren verurteilen wollen; aber glaubten Sie, daß ich Ihnen ein neues, so zahlreiches Klientel wie die Neokolonialisten anbieten würde? Gewiß, denn 1946 dachten Sie nicht daran, so etwas zu sagen, trotz der ganz frischen 45 000 Leichen aus Constantine"⁸. Die Anspielung an die Massaker vom Mai 1945, die mitten im Enthusiasmus über den Sieg geschahen, ist sicherlich bedeutsam, aber es ist gleichwohl bemerkenswert, daß es der Prozeß von Jerusalem war, der als Bezugspunkt dient. Israel war damals, in den Augen J. Vergès, nicht das Symbol des Kolonialismus, sondern der Entkolonialisierung.

Jedenfalls wurde zu jener Zeit das Wort Völkermord von algerischen Anwälten, Oussedik oder Ben Abdallah benutzt, und alle Welt sah darin eine Anspielung an den Völkermord an den Juden. Ich habe das Wort nicht benutzt, aber ich könnte jederzeit Texte zitieren, die ich unterschrieben habe oder Erklärungen, die ich selbst geschrieben habe, denen dieser Gedanke nahestand.

Der Vietnamkrieg folgte dem Algerienkrieg als Fixpunkt der intellektuellen und jugendlichen Protestmärsche - wir nähern uns der Zeit, wo man in der Straße schrie: CRS = SS; das Russel-Tribunal, das sich in Roskilde, in Dänemark, versammelt hatte, verurteilte am 1. Dezember 1967 die Vereinigten Staaten wegen des Völkermordes am vietnamesischen Volk. Gemeinsam mit Laurent Schwartz, der einer der Richter war, zählte ich zu den Gründern des nationalen Vietnamkomitees und ich griff damals vergeblich ein, um eine Entscheidung zu verhindern, die ich für nicht vernünftig hielt. In den *Temps Modernes* des Monats Dezember veröffentlichte Jean-Paul Sartre seinen Bericht über den Völkermord, in dem er unter dem Druck des türkischen Richters und seines pakistanischen Kollegen aus der Geschichte den Völkermord an den Armeniern gestrichen hatte. Der innere Frieden der "Gerechtigkeit"...

Es schien mir immer schwierig zu sein, die Verbrechen der Kolonialkriege zu denen der Nazis in eine Beziehung zu setzen. In einer Antwort auf General Massu schrieb ich im Jahr 1972, daß er "weniger schuldig sei als

Eichmann und schuldiger als Klaus Barbie"⁹. Was die Zahl der Opfer betrifft, so hatte ich sicherlich recht. Es ist immer noch richtig zu sagen, daß viele der Opfer damals im Sinne der französischen Gesetzgebung unschuldig waren. Es bleiben gleichwohl die Kinder von Izieu und ihr Geschick, das ich nicht kannte, und das das einzige Verbrechen war, demgegenüber Klaus Barbie seine Unschuld ausdrücklich beteuerte.

Mittlerweile hat sich das Bild Israels zutiefst verändert. Nicht so sehr in den arabischen Ländern, für die dieses Land immer eine in die arabische Welt hineingesetzte fremdländische Kolonie bedeutete, gebildet aus ehemaligen "Protegierten" (*dhimmi*), die sich zu einem Staat formiert hatten, sondern vielmehr in Afrika, für eine bedeutende Gruppe der Dritten Welt und für all die, die man etwas unbestimmt die neue europäische Linke nannte. Das Bild Israels umfaßte eine Reihe von Sachverhalten, die alles andere als mythisch waren. Israel war vor 1967 gewiß eine in einem Kolonialprozess konstruierte Gesellschaft¹⁰, aber sie bildete keine oder nur zu äußerst geringem Maße, einzig dank der Tatsache, daß die Mehrheit der Palästinenser ausgeschlossen waren, eine Kolonialgesellschaft. Die Eroberung des übrigen Palästinas führte zur Bildung von zwei Gesellschaften in einer tödlichen Umarmung und ließ sie sich rasch zu einer Apartheidsgesellschaft entwickeln. Selbst heute ist dieser Vorgang noch nicht abgeschlossen. Aber wer wollte seine Evidenz leugnen? Nun waren die Israelis Juden, nicht gerade ein günstiges Zeichen in der arabischen Welt, aber relativ gleichgültig für einen großen Teil der Dritten Welt, und dieses nach dem großen Massaker positive Zeichen für Europa, neigte nun dazu sich in einen klassischen Vorgang umzukehren: einmal mehr wurden die Opfer zu Henkern. Schon im Jahr 1967 konnte man in der deutschen National- und Soldatenzeitung den Titel lesen: "Das israelische Auschwitz der Wüste". Israel erschien als der Feind der Dritten Welt. Das Argument, das dieses Schema trug, enthielt sicher unglaubliche Vereinfachungen. So verschleiert z.B. die Vorstellung von einer Dritten Welt, die, reines Leiden, einem Abendland entgegengesetzt wird, das selbst reine Ausbeutung, verschleiert wesentliche Konflikte. Sollte man z.B. Saudi Arabien für ein Land der Dritten Welt halten? Man vergaß einfach, daß die schwarzen Sklaven ausgeliefert und verkauft wurden durch ebenfalls schwarze Herren und daß die Araber dabei eine wesentliche Rolle gespielt hatten. Die blutigen Ereignisse in Rwanda, in Indonesien und in Kambodscha bewiesen, daß die Dritte Welt Anschluß gewonnen hat, wenn ich so sagen darf, an die Würde des Völkermordes. Und was soll man in der Gegenwart über den Krieg zwischen dem Irak (welcher der Aggressor war) und dem Iran sagen?

Die israelische Invasion in den Libanon am 7. Juni 1982 und die unter dem Schutz der israelischen Armee im September in Sabra und Shatila begangenen Massaker verschlimmerten die Sache für Israel und im gleichen Atemzug für die Juden. Nicht daß diese Invasion, wie man damals sagte,

⁶ Das ist der Titel einer Broschüre, die unter seiner Leitung 1961 bei Maspéro veröffentlicht wurde.

⁷ J. Vergès, "Lettre au docteur Servatius sur la défense de Robert Lacoste", in: *Les Temps Modernes*, nov. 1961, 563 - 565.

⁸ Anspielung an die Unterdrückung, die der Demonstration vom 8. Mai 1945, vor allem in Sétif folgte. Die Zahl von 45 000 Opfern ist übertrieben, doch es stimmt, daß die Unterdrückung entsetzlich war. Man vgl. diesen Artikel mit dem, den er in *Temps Modernes*, März 1962, 1283 - 1295 über "Le crime de colonialisme" veröffentlichte. 1946 ist eine Anspielung an den Nürnberger Prozeß, bei dem Servatius Verteidiger war.

⁹ *Le Monde*, 22. März 1972.

¹⁰ Die Beweisführung lieferte Maxime Rodinson in seinem klassischen Artikel: "Israel, fait colonial?", der in dem Sonderheft (1967) der *Temps Modernes* erschien und in der Aufsatzsammlung *Peuple juif ou problème juif*, Maspéro, Paris 1981 wieder abgedruckt wurde.

ein "Völkermord des libanesisch-palästinensischen Volkes" gewesen sei, noch daß man die Belagerung Beiruts irgendwie hätte mit der Zerstörung des Ghettos von Warschau vergleichen können. Aber wir sahen gleichwohl, wie Anni Kriegel versuchte, das Spiel der Faurisson zu spielen, indem sie auf zwei Karten zugleich setzte: Einerseits versuchte sie zu erklären, daß die Zahl der Opfer von Sabra und Shatila in Wirklichkeit unendlich klein gewesen sei, und andererseits zu suggerieren, daß die wirklichen Täter möglicherweise nicht die mit den Israelis verbündeten Phalangisten gewesen seien, sondern ganz einfach Russen.¹¹ Und gewiß gab es nach den Massakern die große Demonstration von Tel Aviv, vielleicht der einzige wirkliche Protestmarsch gegen den Krieg im Libanon; es gab die Untersuchungskommission, die unendlich verantwortlicher und seriöser die Dinge angeht als die "Ehrenkommission", die im Jahr 1957 Guy Mollet ins Leben gerufen hatte; doch die Unschuld Israels war dahin.

Dies ist alles andere als ein bloßer Rückblick. Die schlimmsten Verbrechen, welche die Israelis begehen könnten, wären nicht durch Treblinka zu rechtfertigen; aber umgekehrt würden sie kein Jota am völlig verbrecherischen Charakter der Taten ändern, die in Auschwitz und Treblinka begangen wurden. Die Gegenwart kann das Bild der Vergangenheit verändern; die Gegenwart hat nicht die Möglichkeit, die Vergangenheit in ihrer Realität zu verändern. Aber es ist ebenso wahr, daß die Menschen genausowenig wie sie allein vom Brot, allein von der Wirklichkeit leben.

Der Prozeß Klaus Barbie (11. Mai bis 4. Juli 1987) sollte diesen Wertwandel auf die Probe stellen. Der Advokat Vergès hatte, bevor er sich, gleichsam um die Einheit der Dritten Welt zu symbolisieren, mit einem kongolischen Anwalt, M'Bemba, und einem algerischen Anwalt, Bouaïta, umgab, zwischen der Auslieferung (oder dem Verkauf) Barbies durch Bolivien (6. Feb. 1983) und der Prozeßöffnung im Mai 1987 das Terrain sorgfältig sondiert.

Ursprünglich sollte dies ein Prozeß werden zwischen Frankreich, das - in fernen Zeiten - aus der Résistance hervorgegangen war und dem Nazi-Polizisten, der Kinder und jüdische Erwachsene ausgeliefert hatte, dem Folterer und Mörder von Widerstandskämpfern; tatsächlich wurde es ein Prozeß mit vielfachen Facetten; denn Vergès führte in diesen Prozeß herein das Vichy-Frankreich und das Frankreich des Algerienkrieges, den israelischen Staat als Symbol des Bösen zugleich mit dem Hitlerstaat, die jüdische "Kollaboration" und das gesamte Abendland als Verantwortliche für den Kolonialismus, ganz zu schweigen von einem Widerstand, dessen Spannungen und möglichen Verrat er mit Hilfe ungeheuerlicher Anklagen einfach entstellte.¹² Der Algerienkrieg diente ihm als Abschlußrampe. Einer algerischen Wochenschrift, die in Paris erscheint und die dem 25. Jahrestag des Pogroms vom 17. Okt. 1961 eine Sondernummer gewidmet hatte, erklärte er, nachdem er in Erinnerung gerufen hatte, daß er gerade im Namen der algerischen Klienten "wegen Verbrechen gegen die

¹¹ Annie Kriegel, *Israel est-il coupable?* Robert Laffont, Paris 1982, 149 - 180.

¹² Vgl. H. Noguères, *La Vérité aura le dernier mot*, Seuil, Paris 1985, dessen Beweisführung mir unwiderlegbar erscheint.

Menschlichkeit" Klage erhoben hatte, daß das Berufungsgericht nun seinerseits zu erklären habe, "ob das Verbrechen gegen die Menschlichkeit nur das Verbrechen sei, das von den Nazis den Juden gegenüber begangen wurde oder ob es sich um ein viel weiterreichendes Verbrechen, um ein mit Blick auf die Zukunft viel schrecklicheres Verbrechen handele, nämlich das, das von Imperialisten den Völkern gegenüber begangen wurde, die für ihre Befreiung kämpften"¹³. *Nazis, Juden*; diese Worte waren nicht zufällig gewählt, denn sie brachten die Wiederherstellung der Geschichte zum Ausdruck. Dies Manöver führte J. Vergès dann im April 1987 in Algerien fort¹⁴, was zwischen April und Juni in den algerischen Wochenblättern *Algérie-Actualité* und *Révolution africaine* heftige antisemitische Angriffe zur Folge hatte, die sich insbesondere gegen Jean Daniel richteten.

Einmal abgesehen vom "Fall Vergès"¹⁵ trifft es indessen zu, daß der Prozeß Klaus Barbie auf unerträgliche Widersprüche stieß, aus denen es niemandem gelungen ist, sich herauszulösen¹⁶.

Da gab es den Widerspruch der Anklage. Barbie war beschuldigt und verurteilt worden wegen - zum ersten Mal überhaupt in Frankreich - "Verbrechen gegen die Menschlichkeit". Nun, was ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit? Gemäß Art. 6c des Statuts des Internationalen Militärgerichtshofs von Nürnberg handelt es sich um "Gewalttaten und Vergehen, einschließlich der folgenden, den obigen Tatbestand jedoch nicht erschöpfende Beispiele: Mord, Ausrottung, Versklavung, Zwangsverschleppung, Freiheitsberaubung, Folterung, Vergewaltigung oder andere an der Zivilbevölkerung begangene unmenschliche Handlungen, Verfolgung aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen, ohne Rücksicht darauf, ob sie das nationale Recht des Landes, in welchem die Handlung begangen worden ist, verletzen". Aber es gibt eine Art Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die sich, wenn ich so sagen darf, auf einer höheren Stufenleiter vollzieht, und das ist der Völkermord. Der Völkermord wurde definiert durch die internationale Konvention über den Völkermord, den die Vereinten Nationen einstimmig am 9. Dezember 1951 beschlossen hatten: Völkermord ist definiert durch die Ausrottung nationaler, ethnischer, rassischer und religiöser Gruppen, nicht aber wirtschaftlicher oder sozialer. Die Konvention betrifft z.B. nicht das Massaker an den Kulaken. Eine schöne Konvention, die jedoch niemals angewandt wurde; denn die Staaten weigern sich, sich selbst strafrechtlich zu verfolgen.

Die Anklagekammer von Lyon hatte sich darauf verständigt, die Strafverfolgung auf die alleinige Mittäterschaft beim Völkermord zu beschränken,

¹³ *Actualité de l'émigration*, 15.10.1986; gemeinsam mit Didier Daenincks und Jean-Luc Einaudi hatte ich an dieser Nummer mitgearbeitet. Unser Protest wurde am 29.10. veröffentlicht, begleitet von einem entmutigenden Kommentar.

¹⁴ Vgl. *Le Monde* vom 24./25. Mai (den Artikel von F. Fritscher).

¹⁵ Um die Person kennenzulernen, halte man sich, mehr als an das unter diesem Titel von Jacques Givet veröffentlichte Buch (Lieu commun, Paris 1986) an das Selbstportät, das er, unterstützt durch J.-P. Chabrol in *VSD*, 21. 27. Mai 1987, von sich gegeben hat; das in der folgenden Nummer veröffentlichte Teildementi hat niemanden überzeugt.

¹⁶ Ich habe versucht, in *Le Monde* vom 16. Juni 1987 ("Les degrés dans le crime") einige dieser Widersprüche herauszustellen.

also auf die Rolle, die Barbie bei der Deportation und dem Tod der Juden (unter Ausschluß der Folter, der Morde und der Deportation der Widerstandskämpfer, die als Kriegsverbrechen betrachtet wurden und aus diesem Grunde bereits verjährt waren) gespielt hatte. Doch die Strafkammer des Berufungsgerichts hielt in ihrer Verfügung vom 20. Dezember 1985 eine weniger restriktive Definition der Verbrechen gegen die Menschlichkeit fest: "Unmenschliche Handlungen und Verfolgungen, die im Namen eines Staates begangen wurden, der eine Politik ideologischer Hegemonie praktiziert (v.V. hervorgehoben), die nicht allein gegenüber Personen auf Grund ihrer rassischen oder religiösen Zugehörigkeit verübt wurden, sondern auch solche, die gegenüber den Gegnern dieser Politik, gleichgültig in welcher Form diese Gegnerschaft sich ausdrückte, getätigt wurden." Diese Definition erlaubte zugleich, als Verbrechen gegen die Menschlichkeit - im Gegensatz zu den Kriegsverbrechen unverjährbar - auch die Deportierung von Widerstandskämpfern zu verurteilen. Der Anwalt Vergès hat sich natürlich mächtig über diese Verfügung gefreut; denn nach seiner Auffassung stützte diese Definition die Behauptung, daß auch Frankreich in Indochina, auf Madagaskar, in Algerien Verbrechen begangen hat, die denen vollkommen gleichzustellen sind, die der Text des Internationalen Militärgerichtshofs von Nürnberg verurteilte.

Und nun muß man einfach konsequent sein: wenn man Barbie strafrechtlich verfolgte, so mußte man auch die französischen Verantwortlichen der Kolonialverbrechen strafrechtlich zur Verantwortung ziehen; denn deren Taten waren genauso unverjährlich wie die des Nazi-Folterers; wenn man aber sich weigerte zuzugeben, daß die Verbrechen der französischen Armee Verbrechen gegen die Menschlichkeit waren, also unverjährlich, so mußte man gleichfalls darauf verzichten, Barbie zu verurteilen ... zumindest für die Verbrechen, die den oben genannten gleichwertig sind.

Dieser logische Widerspruch kann nicht einfach mit einer Handbewegung beiseite gewischt werden. Aber es ist vielleicht auch nicht so evident wie J. Vergès vorgibt. Zunächst einfach deshalb, weil seine eigene Logik auf halbem Weg stehenbleibt: wenn er die Verbrechen der französischen Armee denen des Nazismus gleichstellt, so muß er diese Gleichstellung auch auf andere Verbrechen ausdehnen, wie z.B. die Verbrechen von Melouza, jenem Dorf, das die FLN Ende Mai 1957 ausgerottet hatte; was Vergès sich wohl hütete zu tun.

Doch es ist auch das von Vergès behauptete Prinzip, demgemäß die von uns begangenen Verbrechen mit dem Völkermord Hitlers identifizierbar seien, was anzweifelbar ist. Unsere Regierung hat die französischen Verbrechen en bloc zwischen dem 22. März und dem 14. April 1962 amnestiert, ohne daß dabei zwischen den "Kriegsverbrechen" und den "Verbrechen gegen die Menschlichkeit" unterschieden worden wäre. Die Unverjährbarkeit der letzteren ist im übrigen in die französische Gesetzgebung erst nach den Amnestiedekreten eingeführt worden, und zwar am 26. Dezember 1964. In der Tat wurde erst zu diesem Zeitpunkt die in Nürnberg angenommene internationale Gesetzgebung in unser nationales Recht integriert. Und niemand dachte dabei an Frankreich: man hielt sich an die Naziverbrechen. Es ist richtig, daß diese im Namen einer in sich

selbst verbrecherischen Ideologie begangen wurden. Währenddessen proklamierte die Ideologie des französischen Algeriens die prinzipielle Gleichheit der Algerier und der Franzosen innerhalb der französischen Republik und gerade nicht die Überlegenheit der letzteren über die ersten. Der Staat des Guy Mollet ermächtigte insgeheim die Folter, er proklamierte nicht, *urbi et orbi*, das Recht zu foltern. Ich habe 1961, damals als die vier Generäle putschten, folgendes Argument gehört: inwiefern tötet eine gaullistische Kugel weniger wirksam als eine Kugel der Putschisten? In diesem Argument liegt ein wahrer Kern. Doch es ist nicht weniger wahr, daß die demokratischen Institutionen, die Existenz einer öffentlichen Meinung es auch ermöglichen, auf die Verhandlungen hin den entscheidenden Schritt zu tun.

Die Verbrechen eines Massu, eines Bigeard und eines Robert Lacoste waren den Gesetzen der Republik *zuwider*; währenddessen die Verbrechen eines Himmler und eines Eichmann den Prinzipien eines Hitlerdeutschlands *konform* waren, und hierin liegt eine ihrem Wesen nach entscheidende Differenz zwischen diesen beiden Verbrechen, ganz im Gegensatz zu den Behauptungen J. Vergès. Ist das nun ein Grund, um über die ersten den Schwamm zu wischen? Dies will mir nicht unbedingt einleuchten.

Greifen wir einmal folgendes Argument auf: Der innere Widerspruch des Barbieprozesses bleibt, denn mehrere der Personen, die für ihre Beteiligung am Völkermord an den Juden hätten einstehen müssen und beschuldigt sind, wie z.B. Leguay oder Papon, sind immer noch nicht verurteilt worden. Mit dem historischen Abstand ziehen es die Staaten vor, diejenigen nicht zu verurteilen, die einmal den Staat verkörpert hatten.

Umgekehrt saß die Verteidigung auch in der Falle. Denn sie konnte sich nicht erlauben zu "faurissonieren", und dieses Wort wurde als Bezeichnung einer elenden Handlung von dem Anwalt Bouaita während seines Plädoyers am 2. Juli 1987 benutzt.¹⁷ Aber sie mußte eben auch versuchen, zu einem Freispruch Barbies zu gelangen, ihn als unschuldig darzustellen, zu erklären, daß die Folter eigentlich nur imaginäre Foltern waren, und vor allen Dingen, daß ein Dokument (das Telex, das von der Operation Izieu handelte und von Barbie unterzeichnet war) nur eine Fälschung sein konnte; denn es war vorgelegt worden vom zeithistorischen Zentrum für jüdische Dokumentation, das der Anwalt Vergès, ebenso wie es Paul Rassinier machte, für eine Fabrik für Fälschung hält.¹⁸

Hieß nun der Versuch, einen Folterer und einen Mörder freizusprechen, die Algerier zu verteidigen? Der Anwalt Vergès ließ auf seine Art und Weise eine der Versuchungen der durch England und Frankreich kolonialiserten arabischen Welt wieder aufleben: das Bündnis mit Hitlerdeutschland. Nun es sind, wie der Anwalt Rappaport hervorhob, die Demokratien gewesen, die nach wieviel vergossenem Blut auch, die Kolonien emanzipierten. Selbst der bloße Gedanke eines Kampfes gegen den Algerienkrieg wäre unter einem totalitären Regime unvorstellbar gewesen. Zwei ehemalige algerische Führer, Hocine Ait Ahmed und Mohammed Harbi, sagten es

¹⁷ Vgl. *Libération* vom 3.7. (Artikel von Véronique Brossard), "Cette jeune génération montante d'intellectuels qui faurissonnent sur le colonialisme".

¹⁸ Vgl. J. M. Théolleyre, *Le Monde* vom 5./6. Juli 1987.

dann auch: "Man verteidigt nicht einen Folterer dadurch, daß man andere Folterer zur Schau stellt; seien es auch unsere Feinde von gestern (...); unser Kampf während der Kolonialisierung kann und muß sich identifizieren mit dem Kampf des französischen Widerstandes während der deutschen Besatzung". Es wäre sicherlich auch heute besser, die Menschenrechte in den nun unabhängigen Ländern zu verteidigen als gerade den, der ihr Henker hätte sein können.¹⁹

Unüberwindbare Widersprüche treten hier sicher in den Augen desjenigen auf, der von einer kohärenten Justiz träumt. Aber vielleicht auch ein erzieherischer Vorteil: Die Vorführung der Shoa vor einem großen Publikum hat das Gedächtnis wieder in seine Rechte gestellt, das man ein neues Mal ermorden wollte.

VII. Die Verwirrung der Gefühle

Die Monate während des Prozesses waren in Frankreich auch die Monate einer "revisionistischen" Offensive ohnegleichen, während der u.a. die beiden ersten Nummern der *Annales d'histoire révisionniste* veröffentlicht wurden. Nicht hier lag wahrscheinlich der entscheidende Punkt, sondern vielmehr in einer gewissen Verharmlosung des Phänomens. Schon im April hatte die "satirische" Zeitschrift *Zéro* eine Untersuchung in Gang gesetzt und Interviews mit P. Guillaume, dem Führer der Sekte, die das Evangelium nach Faurisson propagiert, mit Faurisson selbst und dem Verfasser dieses Artikels veröffentlicht, der über diese Wiedergabe nicht unterrichtet war und dem "sein" Text nicht vorgelegt wurde. Im Mai zirkuliert im Gymnasium Voltaire ein Flugblatt²⁰ mit dem Vermerk, es unter die Schülervertreter, von denen mehrere Minderjährige sind, zu verteilen. Der Direktor, der weder Nazi ist noch Antisemit, vollzieht das in aller Ruhe und verschickt das Flugblatt, versehen mit einem Stempel des Gymnasiums, ohne irgendeinen Hinweis auf seine Nutzung hinzuzufügen.²¹ Am 28. Mai veröffentlicht die "Leserrubrik" von *Libération* zwei revisionistische Briefe, die anderen Tags eine aufsehenerregende Klarstellung von Seiten Serge Julys - der sich nicht immer so sorgfältig erwiesen hat - und die Entlassung des für die Leserbriefe verantwortlichen Redakteurs provoziert.

Weitere Flugblätter zirkulieren, von denen eines unterzeichnet ist von einem Mann, der behauptet, 47 Monate in Mauthausen zugebracht zu haben; und ich sehe nicht, warum wir seinen Worten nicht Glauben schenken sollen. Betrachten wir ein wenig genauer diese unterschiedlichen Dokumente. Neun Jahre nach Beginn der Kampagne haben sich die Argumente überhaupt nicht verändert. Immer noch ist es das Wort einer Sekte, völlig unfähig sich zu entwickeln, auf Argumente zu antworten, selbst auf eine Diskussion einzugehen, die anderwärts von ihnen laut gefordert wird. Es

handelt sich um eine, vielleicht um mehrere religiöse Sekten, die dadurch gezeichnet sind, daß ihnen "die Dummheit auf dem Kopf geschrieben steht", gezeichnet durch die Unfähigkeit, mit irgendjemandem zu kommunizieren, der nicht unmittelbar in ihr Spiel einsteigt, was für Sekten charakteristisch ist.

Betrachten wir nun die beiden Briefe an die *Libération*. Der eine verschont sich in der technischen Beweisführung wie sie Faurisson liebt: Wieviel Verbrennungsstoff wären eigentlich notwendig gewesen, um 4 Millionen Menschen nach Auschwitz zu bringen, dort zu vergasen und zu verbrennen? Natürlich ist die Zahl falsch; gewiß, aber sie gilt als "allgemein angenommen". Der zweite Brief sagt nichts genaues aus über die Gaskammern, doch er erwägt, daß die Massaker, alle Massaker, die an den Juden wie die an den Palästinensern, die von Dresden und von Hiroshima, die reine Anwendung der Logik des Kapitals bilden. Zu behaupten, es habe während des Krieges Lager gegeben, die unendlich schlimmer gewesen seien als andere, würde nur bedeuten, "diesen unvergleichlichen Tötungen, die Zigmillionen von Opfern erbrachten, einen Sinn zu verleihen; denn kann man es zulassen, daß eine solche Hekatombe notwendig war, um die ökonomische Krise von 1929 zu absorbieren und dem Kapitalismus zu erlauben, rüstig wieder von vorne zu beginnen?"

Der im Gymnasium Voltaire und anderwärts verbreitete Aufruf fügt eine neue Note hinzu: "Hitler wollte keine Juden mehr in Europa. Seit 1933 wollten die Juden den allgemeinen Krieg gegen ihn. Den Kreuzzug der Demokratien, sie haben ihn gehabt. England und Frankreich haben Hitler den Krieg erklärt.(...) Und Deutschland im Krieg hat die Juden als die Feinde behandelt, die sie auch waren, hat sie verjagt und interniert. Niemals ausgerottet. Das deutsche Volk hat in Phosphor und Vertreibung mit zusätzlichem Massaker bezahlt". Die Deutschen sind zugleich die Opfer der Juden und, vermittelt durch die Kapitalisten, ihre Nutznießer. "Die Juden werden es niemals zulassen, daß die Deutsche Mark in Gefahr gerät. Denn sie ist das Geld der 'Wiedergutmachungen'".

Hören wir mit dem Spiel, mit den Zitaten auf. Es ist zum Kotzen! Aber was tun? Jede Gesellschaft hat ihre Sekten und ihre Wahnsinnigen. Sie zu bestrafen, würde zu nichts anderem führen, als ihre Art zu vervielfachen. Es gibt solche Persönlichkeiten, so, wie es Geheimagenten der Polizei oder Spione gibt. Hat man sie einmal identifiziert, so ist es besser, sie zu überwachen und einzugrenzen. Nimmt man sie in Haft oder weist sie aus, setzen sich andere an ihre Stelle und die sind dann schwieriger aufzufinden. Die strafrechtliche Unterdrückung ist eine gefährliche Waffe und sie kann sich gegen die wenden, die sie in der Hand haben. Der 1978 von verschiedenen antirassistischen Organisationen gegen Faurisson angestrebte Prozeß endete mit einer Entscheidung des Pariser Berufungsgerichts vom 26. April 1983, in der, was unglaublich ist, die Seriosität der Arbeit Faurissons anerkannt wird. Verurteilt wurde er nur deswegen, weil er böswillig gehandelt habe, indem er seine Thesen in Slogans zusammenfaßte. Deutschland hat die Erfahrung gemacht mit einer Gesetzgebung, die in spezifi-

¹⁹ Auszüge und Zusammenfassung eines am 8.5.1987 unterzeichneten Manifestes, das am 10. 7. 1987 im *Nouvel Observateur* veröffentlicht wurde.

²⁰ Das in Z 8, Anm. 19, zitierte Flugblatt.

²¹ Die exakteste Darstellung über diese Angelegenheit brachte der *Matin* vom 1.6.1987.

scher Weise den Leugnern²² angepaßt wurde. Betrachtet man indessen die Masse der offen oder diskret revisionistischen Veröffentlichungen, die in diesem Land erscheinen, so hat man nicht das Gefühl, dies sei von großer Wirkung gewesen. Vielleicht ist die Verachtung eine sicherere Waffe.

Ich will damit natürlich nicht sagen, daß man sich überhaupt nicht der justiziellen Waffe bedienen sollte. Es gibt ein Gesetz über die Verbreitung diffamatorischer Schriften, und es gibt ein Gesetz, das sich auf rassistische Umtriebe bezieht. In Kalifornien hatte das Institut, das die revisionistischen Tätigkeiten finanziert, demjenigen, der die Existenz einer Gaskammer beweisen könne, 50 000 \$ in Aussicht gestellt. Ein Bürger, M. Mermelstein, der gesehen hatte, wie ein Teil seiner Familie in Auschwitz verschwand, nahm die Herausforderung an. Natürlich waren die Bedingungen für die Beweisvorlage so gefaßt, daß im Grunde genommen nur ein Toter als Zeuge hätte vortreten können. Die Prämie wurde folglich wegen unzureichender Beweise verweigert. Der Kandidat klagte, seine Klage wurde angenommen, und ein Schiedsgericht traf unter der Kontrolle des "Superior Court" von Los Angeles seine Entscheidung: das Institute for Historical Review entschuldigte sich bei dem Kläger und zahlte die entsprechende Summe Geld.²³ Soweit, so gut, nur verlange man nicht von den Gerichten, eine historische Frage zu entscheiden, sondern eine Rechtsfrage. Denn würde man einen solchen Schritt unternehmen, so hieße das, dem Gedanken recht geben, es gebe zwei historische Schulen, und die eine von ihnen könne die andere vernichten. Nun, es gibt nicht zwei historische Schulen, oder genauer, es gibt sehr viel mehr, und neben ihnen gibt es die, die nein sagen und die immer nein sagen werden. "Der Historiker kann Faurisson nicht überzeugen wollen, wenn dieser eine andere Diskursart 'spielt', in der die Überzeugung, das heißt die Erlangung eines Konsenses über eine definierte Wirklichkeit, nicht auf dem Spiel steht. Besteht der Historiker weiter auf diesem Weg, so wird er sich in der Stellung des Opfers wiederfinden". Dies ist, nach J.-F. Lyotard, der *Widerstreit*.²⁴ Jeder Mensch hat die Fähigkeit zu sagen nein, zu allem nein, und dabei selbst Schüler zu gewinnen. Es gibt heroische Formen der Negation, es gibt aber auch perverse.

Heißt das nun, daß man vor der Negation kapitulieren sollte, nach und nach auf eine Welt hingeleiten, wo alles gilt, der Historiker und der Fälscher, das Phantasma und die Wirklichkeit, das Massaker und der Verkehrsunfall?

Zwanzigstes Jahrhundert, alter Basar
fiebernd und problembeladen.²⁵

Gewiß müssen wir uns damit abfinden, daß es in dieser Welt Faurissons gibt, so, wie es Zuhälter gibt und wie es Gesellschaften gibt, die pornographische Filme herstellen. Gleichwohl kann es sich nicht darum handeln, denen das Feld zu überlassen.

In dieser Sache reicht es nicht aus, global recht zu haben; vielmehr muß man unermüdlich arbeiten, also die Fakten auf den Tisch legen; nicht für die, die sie kennen und die irgendwann verschwinden werden, sondern für die, die legitimerweise fordern, daß die Fakten der Qualität des Beweises standhalten. Die archäologische Arbeit war 1945 nicht nötig, weil die Ruinen noch rauchten und die Zeugen es in alle Welt hinausschrien; heute ist sie unerlässlich geworden.²⁶

Man sollte auch aufhören, den Gedanken nicht der Revisionisten, deren Meinung wenig bedeutet, sondern ganz einfach denen der ehrenhaften Menschen eine Blöße zu geben. Gewiß, kein Historiker würde heute behaupten, in Auschwitz seien vier Millionen Menschen verschwunden. Von einer Million Toten zu sprechen, ist eine vernünftige Hypothese²⁷ und gewaltig. Es stimmt, daß die Zahl vier Millionen überall in Auschwitz von den Polen ausgegangen wird. Und Claude Lanzmann hat nur recht, wenn er schreibt, daß "ernsthafte Schätzungen heute auf 3 1/2 Millionen hinauslaufen"²⁸. Ich verstehe ihn besser, wenn er schreibt: "Man muß sehen und wissen, wissen und sehen, unlöslich. Das ist eine zerreißende Arbeit"²⁹. Wissen und sehen, das bedeutet auch, denen das Monopol auf das Gedächtnis, das sie sich angemäht haben und das sie dem Publikum der Massenmedien darbieten, zu entreißen. Es ist nicht notwendig, sie hier zu benennen, jeder wird verstanden haben. Im übrigen...

VIII. Anstelle einer Schlußfolgerung

Während ich diesen melancholischen Essay vorbereitete, machte mich mein Freund François Gèze mit *Cambalache* vertraut, einem Tango des argentinischen Dichters Enrique Santos Discépolo. Er fand, und ich finde es auch, daß er sehr schön diese unsere Welt beschreibt, in der trotz allem einige Blüten der Wahrheit sprießen, die hoffen lassen und die ich, so gut ich kann, zusammen mit vielen anderen hege, ohne eigentlich zu wissen, wie mensch sie wieder zum Wachsen bringt. Hier ist es also:

²² Zu dieser Gesetzgebung vgl. E. Stein, "History Against Free Speech: The New German Law against the 'Auschwitz'- and other '-Lies'", in: Michigan Law Review, 85, 2 (nov. 1986), 277 - 323

²³ Vgl. E. Stein, loc. cit., 281, sowie N. Fresco, "Les Redresseurs de morts", in: Les Temps modernes, Juni 1980, 2150 - 2211.

²⁴ Vgl. J.-F. Lyotard, Der Widerstreit, S. 43.

²⁵ Aus "Cambalache", einem Tango des argentinischen Dichters Enrique Santos Discépolo (den dieser 1935, von einer langen Europareise nach Buenos Aires zurückgekehrt, schrieb. H.Z.).

²⁶ Ich denke an die Arbeit J.-Cl. Pressacs, eines ehemaligen Revisionisten, der in Auschwitz erschüttert wurde von der Evidenz dessen, was er zuvor geleugnet hatte. Ich denke natürlich auch an den Beitrag Georges Wellers.

²⁷ Nach J. Baynac und N. Fresco (*Le Monde* vom 18. 6. 1987) erinnere ich daran, daß dies die Schlußfolgerung war, zu der R. Hilberg in seinem Buch *Die Vernichtung der europäischen Juden*, Olle & Wolter, Berlin 1982, gelangte.

²⁸ Vorwort zu Filip Müller, *Trois ans dans une chambre à gaz d'Auschwitz*, Pygmalion 1980, 12 (F. Müller, Sonderbehandlung, München 1979).

²⁹ *Ibid.*, 17.

CAMBALACHE

Daß die Welt ein Dreck war und immer sein wird
 ich weiß
 Fünfzehnhundertundsechs
 Und auch im Jahr zweitausend
 Daß es immer Räuber gab
 Schwindler und Betrüger
 Zufriedene und Enttäuschte
 Moral und Trug.
 Doch daß das 20. Jahrhundert eine reißende Flut
 Anmaßender Bosheit ist,
 Niemand wird das mehr leugnen wollen.
 Wir leben in einem schäumenden Wirbel
 Und im selben Schlamm
 Sind wir alle manipuliert.
 Heute, nichts macht mehr einen Unterschied
 Loyal zu sein oder ein Verräter
 Unwissend, gelehrt, Dieb,
 Großmütig oder Betrüger.
 Alles ist gleich, nichts ist besser,
 Ein Esel gilt als großer Professor.
 Weder Strafe noch Belohnung,
 Die Unmoralität hat uns erwischt,
 Wenn mensch im Schwindel lebt
 Und nur noch seinem Ehrgeiz frönt
 Was macht es, Priester,
 Polsterer, Spielkönig,
 Dickkopf oder ausgemachtes Schwein.
 Welch ein Mangel an Achtung
 Welch eine Beleidigung der Vernunft
 Jeder sei ein Herr,
 Jeder ein Dieb.
 An der Seite Staviskys
 Mischt sich Don Bosco und die Hure
 Don Chicho und Napoleon
 Carnera und San Martín.
 Gleich einem frechen Schaukasten
 Alter Bazar
 Hat sich im Leben alles vermischt:
 Und Du siehst die Bibel,
 Durch einen klapprigen Säbel verletzt,
 Sich weinend an einen Badeofen lehnen.
 Zwanzigstes Jahrhundert, alter Bazar
 Fiebrig und problembeladen

Wer nicht fordert, der hat nichts
 Und wer nicht stiehlt, ein Schwachkopf.
 Mach nur, tu Dir keinen Zwang an
 Wir finden uns alle in der Hölle wieder.
 Denk nicht d'rüber nach, bleib in Deiner Ecke,
 Niemand will wissen, ob Du anständig begannst.
 Alles ist gleich: der Tag und Nacht
 Stromert wie ein Ochs,
 Der von den Frauen lebt,
 Der tötet, der heilt,
 Oder der, der sich vogelfrei macht.
 Wird die Wahrheit das letzte Wort haben? Wie gerne wäre mensch
 sich dessen gewiß ...

(Enrique Santos Discépolo, 1935)

Veröffentlichungen des IMSF e.V.

IMSF Forschung und Diskussion 4

Demokratisierung

Marxismus, Demokratietheorie, alternative Strategien
 Beiträge von N. Paech, J.H. v. Heiseler, J. Meyer-Siebert,
 M. Kutscha, J. Reusch
 Frankfurt/M. 1990, 79 S., DM 9.80

IMSF Forschung und Diskussion 5

André Leisewitz/Klaus Pickshaus (Hrsg.)

Gewerkschaften, Klassentheorie und Subjektfrage

Beiträge von H. Bierbaum, J. Bischoff, A. Engelhardt,
 Th. Hagelstange, S. Herkommer, J. Hirsch, H. Jung, A. Leisewitz,
 K. Pickshaus, G.v.Randow, J. Schattmann, H. Schauer, A. Schwarz,
 H.-J. Urban, H. Werner, L. Winter.
 Frankfurt/M. 1990, 226 S., DM 24.80

IMSF Forschung und Diskussion 6

Heinz Jung

Abschied von einer Realität

Zur Niederlage des Sozialismus und zum Abgang der DDR.

Ein politisches Tagebuch – Sommer 1989 bis Herbst 1990.
 Historischer Abriss, Chronik und ausgewählte Dokumente von
 Fritz Krause
 Frankfurt/M. 1990, 436 S., DM 29.80

IMSF Forschung und Diskussion 7

Lothar Peter

Dogma oder Wissenschaft?

Marxistisch-leninistische Soziologie und staatssozialistisches System in
 der DDR
 Frankfurt/M. 1991, 110 S., DM 12.80

Marx-Engels-Forschung heute 3

AG Marx-Engels-Forschung beim IMSF e.V. in Verbindung mit der
 Marx-Engels-Stiftung Wuppertal (Hrsg.)

Naturwissenschaften und Produktivkräfte bei Marx und Engels

Materialien der vierten Sitzung der AG Marx-Engels-Forschung
 Einleitende Beiträge: H.J.Sandkühler, Sozialistische Studiengruppen,
 M. Beyer, E.Th.Mohl

IMSF Forschung und Diskussion 8

Frankfurt/M. 1991, 186 S., DM 19.80

Bestellungen bei Ihrer Buchhandlung oder direkt bei

Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) e.V.
 Kölner Str. 66, 6000 Frankfurt/M. 1

Robert Katzenstein

Die Transformation - ein Problem?

An sich sollte an dieser Stelle das Buch von Michael Heinrich, "Die Wissenschaft vom Wert", rezensiert werden.¹ Ich will mich mit einer Empfehlung begnügen. Sie ist uneingeschränkt. Das Buch erleichtert dem Anfänger wie dem Fortgeschrittenen die Erschließung der Marxschen Werttheorie sicherlich erheblich, ebenso den Widerstreit der ökonomischen Theorien in dieser Frage. Vor allem die präzise Sorgfalt, mit der die ökonomischen Kategorien analysiert und aufgegliedert werden, trägt dazu bei. Sie ist ungewöhnlich und erinnert ein wenig an die methodische Akribie in den Naturwissenschaften. Vergleichbares gibt es im geisteswissenschaftlichen Bereich nur in der Jurisprudenz. Leider, muß man hinzufügen, denn sie verleiht dem Denken jene Präzision, die für die wissenschaftliche Arbeit notwendig ist und die wir, sicherlich dank seiner juristischen Studien, auch bei Marx finden. Das mußte vorausgeschickt - und soll nochmals unterstrichen - werden, weil ich mich weiterhin ausschließlich mit einer Schwäche des Buches beschäftigen will. Das Buch hat einen Bruch.

Heinrich möchte sich gern auf die logische Ableitung der Kategorien und ihrer Bewegung beschränken. Die historisch-logische Methode lehnt er ab (s. S. 144ff., 181). Mir scheint sogar, daß er die Bedeutung dieser Methode für Marx verkennt, denn er bemerkt bei ihm Ambivalenzen, die keine sind. Was er bei Marx als Ambivalenz ansieht (vgl. z.B. S. 164ff., 181, bes. a. 255), ist in Wirklichkeit häufig nur ein Rekurs auf die praktischen Grundlagen seiner logischen Ableitungen und dient dazu, sie bildhaft zu machen oder gar zu verifizieren. Auch das finden wir in der Jurisprudenz. Tatbestände sind zu Normen verdichtete Verallgemeinerungen aus der Praxis des gesellschaftlichen Lebens und wenn der Vergleich der Sachverhalte mit diesen Normen zeigt, daß sie das lebendige Leben nicht mehr richtig erfassen, müssen sie diesem angepaßt werden. Das vermittelt Rückschlüsse auch auf den ökonomischen Bereich. Heinrich unterscheidet in der Warenproduktion nicht zwischen einfacher und kapitalistischer, er lehnt diese Unterscheidung sogar deutlich ab (vgl. S. 203, 249ff). Die rechtliche Fassung der bürgerlichen Gesellschaft, der Code Napoleon, ist aber eben nicht mit dem Übergang zur einfachen, sondern erst mit dem zur kapitalistischen Warenproduktion verbunden, während vorher das feudale Recht ausreichte. Warum? Dafür muß es doch Gründe geben. Wenn man sie finden will, kommt man ohne die Verknüpfung der begrifflich-logischen Zusammenhänge mit ihren historischen Grundlagen nicht aus. In der Öko-

nomie schon gar nicht. Heinrich verkennt das. Das führt dazu, daß er fundamentale Veränderungen in der Praxis und ihre Auswirkungen selbst dann übersieht wenn sie neue Rahmenbedingungen auch für die Bewegung der logischen Kategorien setzen.

Besonders deutlich wird das an der Identifizierung von Werttheorie und Kapitaltheorie (S. 202ff.). Dabei übersieht er völlig die Zäsur, die der Übergang von Produktivkräften individuellen zu solchen gesellschaftlichen Charakters, auf die Marx und explizit auch Engels hinweisen, in diesem Zusammenhang darstellt. Heinrich kommt mehrmals auf diese Hinweise zu sprechen, aber er nimmt sie nicht ernst. Heinrich begreift zwar die Lohnabhängigkeit als Voraussetzung des Kapitalverhältnisses (S. 212ff.), aber er übersieht, daß erst diese Veränderung im Charakter der Produktivkräfte die unmittelbaren Produzenten von ihren Produktionsmitteln scheidet und sie dauerhaft vom Lohn abhängig werden läßt. Auf diesen Zusammenhang zwischen den Veränderung im Charakter der Produktivkräfte und der Bewegung der logischen Kategorien, der Veränderung ihres Inhalts, kommt er nicht. Dabei liegt er auf der Hand. Erst die Maschinerie, namentlich als Maschinensystem, konkurriert das Handwerk nieder, verdrängt den einfachen Warenproduzenten aus seiner Selbständigkeit und macht ihn für seinen Lebensunterhalt vom Verkauf seiner Arbeitskraft, d.h. vom Lohn, abhängig. Solange die Produktivkräfte individuellen Charakter haben, kann der unmittelbare Produzent diesem Schicksal entgehen. Erst die Produktivkräfte gesellschaftlichen Charakters machen die handwerkliche Produktion dauerhaft unmöglich und versperren ihm diesen Ausweg. Solange die Produktivkräfte ihren individuellen Charakter behalten, kann man sich also auch logisch eine lange Periode einfacher Warenproduktion vorstellen, die sich immer weiter verbreitet ohne in die kapitalistische Form überzugehen. Ganz im Gegensatz zu der Auffassung Heinrichs. Dabei hat sich die Warenproduktion ja auch in der Praxis jahrhundertlang in ihrer einfachen Form entwickelt und erweitert. Selbst das ambivalente Verhalten des Städtebürgertums gegenüber dem Feudaladel, seinem Hauptgegner, mit dem es immer wieder Bündnisse einging, wenn dessen Herrschaft bedroht war, wie im Bauernkrieg, und die Tatsache, daß es sich erst ernsthaft gegen ihn wandte als sich die Produktivkräfte gesellschaftlichen Charakters entwickelt hatten, läßt sich nicht nur durch den Druck der Massenproduktion erklären, sondern auch dadurch, daß es vorher der feudalen Zustände (z.B. der Zunftgesetze) und des feudalen Bestandes bedurfte um die bürgerlichen Herrschaftsverhältnisse selbst aufrechterhalten zu können. Anders konnten die Lohnarbeiter jener Zeit nicht im Kapitalverhältnis festgehalten werden. Die ursprüngliche Akkumulation, auf die sich Heinrich im Hinblick auf die Entstehung des Kapitalverhältnisses beruft, betrifft dagegen nur die Akkumulation des nötigen Geldkapitals. Mit Geld allein hätte sich aber keine dauerhafte Lohnabhängigkeit begründen lassen.

¹ VSA-Verlag, Hamburg 1991, 271 Seiten.

Ein zweiter Punkt, an dem Heinrich für meine Begriffe auf den Zusammenhang zur Bewegung des konkreten Kapitals hätte zurückgreifen müssen, ergibt sich beim Transformationsproblem (S. 214ff.). Heinrich stellt hier die gängige Argumentation dar und übernimmt ihr Resultat, daß die Marxsche Lösung des Transformationsproblems falsch sei. Freilich geht er auch hier einen ganzen Schritt über die gängigen Transformationsproblem-Aussagen hinaus und macht deutlich, daß von einem vor dem Austausch fixierten quantitativen Wertsystem nicht die Rede sein kann, wenn man von der Marxschen Werttheorie ausgeht. Es verwundert ein wenig, daß ausgerechnet er, der zuvor in so glänzender Weise mit dem Warenfetischismus aufräumt und den Wert als gesellschaftliches Verhältnis zwischen den Produzenten darstellt, an dieser Stelle wieder dem Warenfetischismus aufliegt. In der Tat ist das Problem, um das sich die gelehrte Welt seit über achtzig Jahren streitet, für meine Begriffe nur aus der Vorstellung vom Wert als dinglicher Eigenschaft der Waren entsprungen.

Ich will hier nicht im einzelnen wiederholen, worum es bei diesem Problem geht. Heinrich selbst hat das in der vorigen Nummer von Z bereits ausführlich gemacht.² Die Existenz einer allgemeinen Profitrate ist nicht strittig, ebensowenig, daß sie sich über die Kapitalwanderung herstellt. Kapitale streben immer in Branchen, in denen die Profitraten besonders günstig sind, steigern dort das Warenangebot und drücken so deren Preise. In dem Moment, in dem die Profite so auf ein allgemeines Durchschnittsniveau herabgedrückt worden sind, entfällt auch die Motivation für neue Kapitalanlagen in diesen Bereichen, die Kapitalwanderung hört auf. In Bereichen mit unterdurchschnittlichen Profitraten vollzieht sich dieser Prozeß in umgekehrter Richtung, das Kapital wandert aus. Das Ergebnis des kapitalistischen Strebens nach den besten Gewinnmöglichkeiten führt also immer zu einer Nivellierung der Profitrate auf ein allgemeines Durchschnittsniveau. Das alles ist nicht strittig.

Die einzelne Branche betrachtet, erhält das Kapital also nicht mehr den dort tatsächlich produzierten Mehrwert, sondern nur den seiner Größe am Gesamtkapital entsprechenden Anteil daran. Folglich stimmen, die einzelne Branche betrachtet, die Wert- und Preissummen der dort produzierten Waren nicht mehr überein, und ebensowenig die Summe des dort produzierten Mehrwerts mit der des dort realisierten Profits. Nach Marx geht es bei diesem Prozeß nur um eine Umverteilung des Mehrwerts zwischen den einzelnen Branchen. Die Summe der Werte und Preise aller von der Gesellschaft produzierten Waren insgesamt muß dagegen nach wie vor ebenso übereinstimmen, wie die Summe des insgesamt produzierten Mehrwerts und des realisierten Profits.

² Vgl. dazu auch Heinrich, Die Marxsche Werttheorie - mit dem Transformationsproblem erledigt?, Z 8/91, S. 198ff.

Marx hat diese Umverteilung des Mehrwerts an einem Schema bildhaft gemacht. Von Bortkiewicz hat dieses Schema formalisiert, dabei auch gleich die Veränderungen in der organischen Zusammensetzung des Kapitals mit eingearbeitet - was Marx versäumt hatte -, die sich aus der Kapitalwanderung ergibt und festgestellt daß auf gesamtgesellschaftlicher Ebene nicht mit Wertgrößen gerechnet werden kann. Von den beiden Bedingungen für die Gültigkeit der Marxschen Werttheorie konnte immer nur eine erfüllt werden. Entweder stimmten die Wert- und Preissummen der Waren überein und die Mehrwert- und Profitsumme nicht, oder umgekehrt.

Hält man sich nun an die Marxsche Methode und stellt den Prozeß schematisch dar, anhand der Marxschen, freilich auf zwei Branchen reduzierten Schemata, so kommt man jedoch zu einem anderen Ergebnis als v. Bortkiewicz. Das Marxsche Schema sieht dann so aus; Mehrwertrate = 100 Prozent und keine Berücksichtigung des fixen Kapitals:

a) Vor der Ausbildung der Durchschnittsprofitrate

	Kapitale	Mehrwert	Profitrate	Warenwert	
I.	80c+20v	20	20 %	120	
II.	60c+40v	40	40 %	140	
				140c+60v	60
					260
					Summe
				70c+30v	30
					30 %
					Durchschnitt

b) Nach der Ausbildung der Durchschnittsprofitrate

	Kapitale	Mehrwert	Profitrate	Warenwert	Warenpreis
I.	80c + 20v	20	30 %	120	130
II.	60c + 40v	40	30 %	140	130
				140c + 60v	60
					30 %
					260
					260

Marx stellt also nur die Umverteilung des Mehrwerts bildhaft dar. Berücksichtigt man die Kapitalwanderung und die Veränderungen in der organischen Zusammensetzung des gesellschaftlichen Gesamtkapitals, die sie hervorruft, so ergibt sich, alles andere gleichgeblieben, folgendes Schema:

	Kapitale	Warenwert	Profiträte	Profit	Warenpreis
I.	40c+10v	60	35 %	17,5	67,5
II.	90c+60v	210	35 %	52,5	202,5
	130c+70v	270	35 %	70	270

Bringt man die Kapitale wieder auf gleiche Größen, d.h. auf jeweils 100 c+v, und überträgt die neuen Bedingungen der Wert- und Mehrwertproduktion auf das Schema - die Mehrwertrate ist nunmehr = 116,66 % -, dann stellt sich die Sache folgendermassen dar:

	Kapitale	Mehrwert	Warenwert	Profit	Warenpreis
I.	80c+20v	23,34	123,34	35	135
II.	60c+40v	46,66	146,66	35	135
	140c+60v	70	270	70	270

Durch die Kapitalwanderung haben sich also die relativen Größen der Wert- und der Mehrwertproduktion geändert; durch die Veränderung der durchschnittlichen organischen Zusammensetzung des Kapitals und das relative Wachstum seines variablen Teiles. Die Masse des produzierten Mehrwerts und damit auch die Summe der Warenwerte, die Summe der Warenpreise und ebenso die Durchschnittsprofiträte haben sich erhöht. Hätte sich die Kapitalwanderung in der entgegengesetzten Richtung vollzogen, in den Zweig mit höherer organischer Zusammensetzung des Kapitals, also mit der geringeren Zahl von Arbeitskräften und folglich geringerer Mehrwertproduktion, so wären die Masse des produzierten Mehrwerts, die Summen der Warenwerte und -preise sowie die Durchschnittsprofiträte kleiner geworden. In dem einen wie dem anderen Falle unterscheiden sich diese Summen - notwendigerweise - von den entsprechenden Summen vor der Wanderungsbewegung. Aber auch in der neuen Zusammensetzung stimmen die Summen der Warenwerte und der Warenpreise ebenso überein wie die Summe des Mehrwerts und des Profits! Wo liegt also das Problem?

Natürlich müßte man das alles noch an komplizierteren schematischen Darstellungen überprüfen. Nur, wenn man die wirklichen Verhältnisse des Kapitalwanderungsprozesses schematisch festhält und dabei berücksichtigt, daß das Kapital in der Regel als Geldkapital und nicht als Sachkapital wandert, sich also in diesem Prozeß nur Wertform- aber keine Wertgrößenveränderungen ergeben können, jedenfalls nicht, was das wandernde

Kapital sondern allenfalls was die Größe des von ihm produzierten Werts und Mehrwerts betrifft, so kann man sich hier eigentlich auch kein anderes Ergebnis denken. Hier werden eben nicht in Produktionspreise transformierte fixe Werte verglichen, sondern zwei durch die Kapitalwanderung veränderte und deshalb unterschiedliche Gleichgewichtszustände eines gesellschaftlichen Produktionsorganismus. Die Marxsche Lösung des Transformationsproblems ist durchaus schlüssig. Das Problem liegt im theoretischen Ausgangspunkt.

Erstaunlicherweise ist da auch Heinrich unsicher. Er flüchtet sich ins Geld, d.h. in die allgemeine Äquivalentform. Das ist ein richtiger Schritt, weil die Transformation ohne Geld nicht denkbar ist. Hier rächt es sich, daß er die theoretisch-historische Betrachtungsweise ablehnt. Eine Wirtschaft ist doch ein lebendiger Organismus und kein synthetisches Produkt. Es geht bei der Transformation eben nicht um eine ständige Verschiebung produzierter Werte: Heinrich bemerkt durchaus den Fehler der Transformationsproblematiker, die von der falschen Vorstellung ausgehen, sie müßten ein vor dem Austausch fixiertes Wertesystem arithmetisch in ein Produktionspreissystem transformieren.³ Er sieht aber nicht, daß die Transformation bei dem Übergang von der einfachen zur kapitalistischen Marktwirtschaft vor sich geht, eine Transformation zu einem neuen Gleichgewichtszustand, die sich notwendig aus der Bewegung des Kapitals ergibt. Das Produktionspreissystem ist die Erscheinungsform des Wertesystems im Kapitalismus. Die Transformation findet gegenüber dem Wertesystem statt, wie es sich in der einfachen Marktwirtschaft darstellt. Der Produktionspreis ist der dem Kapitalismus adäquate Gleichgewichtszustand zwischen Angebot und Nachfrage, bei freier Konkurrenz. Sinkt der Warenpreis unter den Produktionspreis (Kostpreis plus Durchschnittsprofit), so fließt Kapital aus diesem Bereich ab, weil sich woanders mehr verdienen läßt, das Warenangebot sinkt und der Preis steigt wieder. Steigt der Preis über den Produktionspreis, so fließt diesem Bereich neues Kapital zu, weil sich dort mehr verdienen läßt als anderswo, das Angebot steigt wieder und der Preis sinkt. Im Kapitalismus der freien Konkurrenz ist der Produktionspreis der neutrale Punkt, an dem sich Angebot und Nachfrage ausgleichen. Der marktwirtschaftliche Preismechanismus formt also für das jeweilige Kapital Warenpreise aus, über die ihm ein seinem relativen Anteil am Gesamtkapital entsprechender Anteil am produzierten Gesamtmehrwert zufließt: wobei dieser Anteil sich ändern kann, wenn sich die Bedingungen der Konkurrenz ändern. Mit dem Aufkommen der Produktivkräfte gesellschaftlichen Charakters haben sich eben auch die Gleichgewichtsbedingungen auf dem Markt geändert.

In ähnlicher Weise sind auch die gebrauchswertmäßigen Austauschproportionen zwischen den Zweigen der gesellschaftlichen Produktion zu be-

³ Ebd., S. 202

trachten, die nach der arithmetischen Transformation der Werte in Produktionspreise nicht mehr zusammenpassen. Es versteht sich doch von selbst, daß Verschiebungen in den Größenordnungen der Produktionsphären auch das alte Marktgleichgewicht zwischen den Abteilungen zerreißt. Sofern man überhaupt davon ausgehen könnte, daß ein solches Gleichgewicht bestanden hat, denn unterschiedliche Profitraten signalisieren ja gerade, daß zwischen Angebot und Nachfrage Ungleichgewichte bestehen, die durch die Kapitalwanderung erst ausgeglichen werden müssen. Davon abgesehen aber sind die beiden Gleichgewichtszustände gar nicht unmittelbar vergleichbar. Mit der Veränderung der organischen Zusammensetzung des gesellschaftlichen Gesamtkapitals verändert sich auch der Umfang der zur Produktion der Waren durchschnittlich notwendigen gesellschaftlichen Arbeit, also gewissermaßen das relative Gewicht der Warenwerte. Wie hoch der durchschnittlich gesellschaftlich notwendige Arbeitsaufwand zur Produktion einer Ware tatsächlich ist, richtet sich beispielsweise u.a. auch nach den Absatzmöglichkeiten für diese Waren in einem gegebenen Wirtschaftsorganismus. Diese Absatzmöglichkeiten unterscheiden sich wiederum je nach dem Entwicklungsstand eines Landes und begrenzen ihrerseits den technischen Stand der Produktionsanlagen, die in diesem Land zur Produktion der jeweiligen Ware noch rentabel eingesetzt werden können. Gerade heutzutage, da sich die Arbeitsproduktivität unter Umständen sprunghaft erhöht, erleben wir es in der Praxis, daß die Kapazitäten, bei der Neuanlage von Kapital, häufig recht erheblich über die gegebenen Absatzmöglichkeiten hinaus ausgedehnt werden. Man spricht dann davon, daß der Markt noch in die Kapazitäten hineinwachsen müsse. In solchen Fällen kann die gesellschaftlich durchschnittliche Kapazitätsauslastung, die die zur Produktion der betreffenden Ware gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit mitbestimmt, geringer sein als in dem vorherigen Gleichgewichtszustand, obwohl die Zahl der produzierten Waren gestiegen, die einzelne Ware also billiger ist als zuvor. Mehr noch, der Warenwert und sein stofflicher Inhalt und damit auch die Austauschproportionen verschieben sich noch laufend in dem Maße, in dem der "Markt in die Kapazitäten hineinwächst" und die Konkurrenz die höhere Auslastung allgemein als Maßstab des gesellschaftlichen Arbeitsaufwandes durchsetzt. Es sind also sehr unterschiedliche Gleichgewichtszustände miteinander zu vergleichen, Zustände, die sich gewissermaßen in unterschiedlichen Aggregatzuständen befinden. Die stofflichen und wertmäßigen Austauschverhältnisse sind größenordnungsmäßig jeweils unterschiedlich. In der Praxis ist das ein einfacher, leicht überschaubarer Prozeß. Die wandernden Kapitale passen sich, gesteuert vom Profit, hinsichtlich ihrer organischen Zusammensetzung etc. automatisch den Bedingungen in dem neuen Zweig an, in den sie einwandern. Beim schematischen Vergleich bereitet das Problem keine Schwierigkeiten. Bei der Formalisierung wurde aber an beide Aggregatzustände der gleiche Maßstab angelegt. Das konnte nicht funktionieren.

Diese wert- und preistheoretischen Zusammenhänge spielen in der Praxis durchaus auch eine gewichtige Rolle. Beispielsweise ist die tiefe Krise, in die die DDR im Zuge der Wiedervereinigung Deutschlands gestürzt worden ist, wesentlich darauf zurückzuführen, daß hier ein Elefant die formalen Schranken zwischen zwei getrennten und an jeweils anderen Gleichgewichtsbedingungen gewachsenen Wirtschaftsorganismen abrupt niedergetrampelt hat. Natürlich waren in der DDR erhebliche Strukturveränderungen nötig. Aber die tiefe Krise, der sogar relativ produktive, moderne Unternehmen zum Opfer fielen, ist nur dadurch zu erklären, daß die DDR-Unternehmen plötzlich aus den Wirtschaftszusammenhängen herausgerissen wurden, die vorher den zur Produktion ihrer Waren gesellschaftlich durchschnittlich notwendigen Arbeitsaufwand bestimmten. Solche Prozesse müssen längerfristig und gezielt angegangen werden; auch die Kapitalwanderung ist ein längerfristiger Prozeß, bei dem zudem, wenn man einmal vom Krisenzyklus absieht, die eventuelle Kapitalvernichtung noch durch Kapitalzuwanderung ausgeglichen wird.

Wie schon gesagt, diese Kritik richtet sich in erster Linie an die Transformationsproblematiker, weniger an Heinrich. Heinrich kommt übrigens in seinem Artikel auch schon dicht an die Einschätzung des Transformationsproblems als Rückfall in den Warenfetischismus heran, wenn er darauf hinweist, daß man von einem schon vor dem Austausch fixierten Wertsystem nicht sprechen kann.⁴

Jürgen Köster

Ein Lebenszeichen marxistischer Kapitalismusforschung

isw-forum in München

Das vor einem Jahr gegründete isw-sozial-ökologische Wirtschaftsforschung München e.V. hat mit bisher acht isw-reports wesentliche Beiträge zur Analyse des real existierenden Kapitalismus geleistet, vor allem zu Themen der Weltmarkt-Strategien transnationaler Konzerne und zur Entwicklung des bundesdeutschen Imperialismus nach der Einverleibung der DDR.

Daß sich das isw so schnell überregional einen Namen machen konnte, liegt neben der Qualität der Beiträge auch daran, daß nach den verheerenden auch psychologischen Wirkungen des Zusammenbruchs des Sozialismus nur wenige marxistische Ökonomen schnell die Kraft fanden, wieder an wissenschaftlicher Analyse zu arbeiten, während gleichzeitig jedem po-

⁴ Ebd., S. 202

litisch Aktiven klar sein muß, daß nur auf Grundlage solcher Analysen neue antikapitalistische Strategien entwickelt werden können.

Eine gewisse Zusammenfassung, Diskussion und Weiterentwicklung des bisher Erarbeiteten leistete am 8. und 9. November 1991 im Münchner Gewerkschaftshaus das erste isw-forum "Globalisierung der Märkte - Strategien transnationaler Konzerne", an dem sich über 100 Ökonomen, Gewerkschafter und politisch Interessierte aus der ganzen Bundesrepublik beteiligten. Im Mittelpunkt des ersten Tages stand das Referat Prof. Frank Deppes "Jenseits der Systemkonkurrenz - Überlegungen zur neuen Weltordnung". Die Epoche des Antagonismus der Systeme (Bipolarität USA-UdSSR) sei beendet, was auch die Gesamtstruktur der Bündnisbeziehungen der kapitalistischen Länder verändere. Die USA seien angesichts des wachsenden Widerspruchs zwischen ihrer Weltmachtaufgabe und ihrem ökonomischen Potential dabei, die Führungsposition zu verlieren.

Gerade ehemals sehr linke Intellektuelle neigten heute dazu, unter Mißbrauch des marxistischen Begriffs "Zivilgesellschaft" (Gramsci) das Hauptübel in Kapitalismuskritik zu sehen, die zum "Totalitarismus" geführt habe. Für sie stehe heute, da Hoffnungen in eine Überwindung des Kapitalismus verfliegen seien, eine Verteidigung zivilgesellschaftlicher Elemente der "modernen Gesellschaft" in den kapitalistischen Metropolen im Vordergrund, so daß schließlich sogar eine Verteidigung des Golfkrieges herausgekommen sei. Dies sei jedoch eine Wahrnehmung, die dem Kern der Veränderungen nicht gerecht werde, nämlich dem Übergang zum transnationalen Kapitalismus, in dessen Rahmen sich die Widerspruchspotentiale der Zukunft, gerade auch die Themen der sozialen Ungleichheit neu entwickeln werden.

Der heutige Imperialismus sei transnationaler Kapitalismus, angepaßt an Krisenprozesse der 70er und 80er Jahre. Merkmal sei, daß sich die wirtschaftliche Entwicklung auf die Triade (Nordamerika/USA, Pazifisches Becken/Japan, Westeuropa/BRD) konzentriere, also lediglich für 25 % der Weltbevölkerung stattfinde. Konflikte entwickeln sich so nicht nur in Richtung Nord/Süd, sondern auch West/West. Ein schwieriges Problem sei, wie sich die Tendenz zur Globalisierung der Wirtschaft auf die Bedeutung der Nationalstaaten auswirke. Gerade die EG-Entwicklung führe offensichtlich nicht zu einer Auflösung der Nationalstaaten zugunsten einer neuen "Supranationalität"; es sei daher falsch, von einer generellen Tendenz gegen den Nationalstaat zu sprechen. Gerade in ihm finde nach wie vor das jeweilige Kräfteverhältnis der Klassen seinen Ausdruck.

Zur neuen Weltordnung sagte Deppe, daß die von Gorbatschow angestrebte neue globale Verantwortung der Weltmächte nur eine kurzlebige Hoffnung war. Die Ersetzung der bisherigen Bipolarität (USA-UdSSR) durch eine Unipolarität (USA als einzige Weltmacht), wie von den USA angestrebt, sei angesichts der schwindenden ökonomischen Führungsrolle

der USA nur die "Ideologie einer sterbenden Weltmacht", die jedoch gefährlich bleibe.

Bei der anstehenden multipolaren Ordnung (die drei Zentren der Triade als Führer der Weltwirtschaft und -politik) gebe es zum einen das von den transnationalen Konzernen angestrebte Projekt relativ friedlicher Übereinkommen innerhalb der Triade, es stünde eine zunehmende Nationalisierung der Politik bevor, die in der Perspektive keine Übereinstimmung, sondern Zuspitzung bis hin zu einem neuen imperialistischen Weltkrieg zwischen den Hauptländern der Triade beinhalte. Sind die Völker ohnmächtige Zuschauer bei der Beantwortung der Frage, welche dieser Varianten sich durchsetzen wird? Insofern nicht, als es kein Modell neuer Weltordnung gebe, das nicht auch auf einem spezifischen Konzept der Klassenbeziehungen im eigenen Land beruhe. So sei der deutsche Faschismus unmittelbar mit der Zerschlagung der Arbeiterbewegung verknüpft ebenso wie die Politik des US-Imperialismus nach 1945 mit dem McCarthyismus und weitgehender Schwächung der Gewerkschaften und linker Tendenzen im eigenen Land. Das in Deutschland noch vorherrschende, aber von rechts angegriffene Konzept des Genscherismus und Edzard Reuters (nicht Angst machen nach außen, sondern günstige Bedingungen für das Kapital schaffen), beruhe noch auf dem westeuropäischen Modell der Regulation der Klassenbeziehungen, das seinerseits auch Ausdruck des Zwanges zu Zugeständnissen angesichts der Existenz des Sozialismus war.

Prof. Deppes Referat setzte den Rahmen für die Diskussionen des zweiten Tages, die durch sehr kompakte und inhaltsreiche Kurzreferate eingeleitet wurden. Prof. Peter Heß sprach über "Neue Entwicklungstendenzen im internationalen Kapitalismus" (Bedeutung des Finanzkapitals), Frank Deppe über "Aktualität der Imperialismustheorien", Fred Schmid über die "Schlacht auf dem Weltmarkt - Krieg der Konzerne in der Triade", Charles Pauli über "Globalisierung - G 7 - Dritte Welt", Manfred Szameitat über den "Finanzsektor - letzter Hort des national organisierten Kapitals?", Axel Köhler-Schnurra über den Bayer-Konzern "Vom Multi zum Globi" und Franz Garnreiter über "Internationale Konkurrenzfähigkeit und Energiepreise".

Drei Fragestellungen, die auch unmittelbare Bedeutung für politische Strategien haben, standen immer wieder im Vordergrund der Diskussion.

- 1.) Das Verhältnis Globalisierung / Bedeutung der Nationalstaaten. Während etwa Fred Schmid weiterhin von einer nationalstaatlichen Bindung der Konzerne ausgeht (staatliche Subventionen, politische Entscheidungen, Infrastruktur), nehmen etwa Peter Heß und Manfred Szameitat eine zunehmende Auflösung nationaler Bindungen der Konzerne an.
- 2.) Wird die ungleiche Entwicklung der imperialistischen Hauptländer (ein Aspekt der Aktualität von Lenins Imperialismustheorie) zu einer neuen

Runde inner-imperialistischer Verteilungskämpfe führen, oder ist demgegenüber von einer Angleichung innerhalb der imperialistischen Metropolen angesichts der Verflechtung internationaler Märkte mit gemeinsamer Frontstellung gegen die Peripherie (3. Welt) auszugehen? Leo Mayer etwa meinte in der Diskussion, gerade der Niedergang der USA sei als Verlust eines Produktivitätsvorsprungs zu begreifen, als Tendenz zur Angleichung innerhalb der Triade, was gegen innerimperialistische Kriege spreche.

- 3.) Ist von einer Abkoppelung der 3. Welt, also von ihrem Ausschluß aus Weltmarkt und Modernisierung auszugehen (Fred Schmid), oder handelt es sich vielmehr um eine Peripherisierung im Sinne einer Integration der 3. Welt in die internationale Arbeitsteilung nach dem Diktat der imperialistischen Metropolen bei gleichzeitiger Herausbildung von Investitionsrandzonen (Thailand, Malaysia, Indonesien und Chile als "kleine Tiger"), wie Charles Pauli referierte?

Bei all diesen Fragen sind heute erst Tendenzen abzusehen. Eine wichtig Erkenntnis jedoch ist, daß die Frage, welche Tendenzen sich durchsetzen, nach wie vor auch durch die Entwicklung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse in den einzelnen Nationalstaaten, vor allem der Metropolen, entschieden wird. Die Völker sind nicht staunende Zuschauer weltweiter ökonomischer Prozesse, auch wenn große welt-revolutionäre Entwürfe zur Zeit nicht realistisch scheinen. Viel wäre schon erreicht, heute die jeweils aggressivsten und das Überleben der Menschheit unmittelbar in Frage stellenden Varianten zu verhindern; hierzu sind breite nationale und internationale Allianzen notwendig. "Globalisierung der Märkte - Strategien transnationaler Konzerne" - es handelt sich um Klassenkampf, der neue Strategien auch der antikapitalistischen Kräfte erfordert. Hierzu erstes Rohmaterial geliefert zu haben, ist das Verdienst des isw-forums.



Strukturen im Umbruch

Jochen Hippler, *Die neue Weltordnung*, hrsg. vom Institut für Internationale Politik, Hamburg, Konkret Literatur-Verlag 1991, 184 Seiten, 22,- DM

Der Begriff "Neue Weltordnung" wurde bekanntlich vom amerikanischen Präsidenten Bush im Januar 1991 in seiner Rede zur Eröffnung des Golfkrieges geprägt. Er umfaßte damals zugleich den Anspruch der US-Regierung, die Führungsrolle bei der Neuordnung der Welt zu spielen. Dieser Anspruch wurde durch die dominante Rolle der USA in der Anti-Irak-Koalition sowie durch den Erfolg des im wesentlichen amerikanischen Militärapparates am Golf eindrucksvoll unterstrichen. Das führte zu der These, die neue Weltordnung werde im Unterschied zur alten nicht mehr bipolar - mit den USA und der Sowjetunion als den beiden bestimmenden Polen - sondern unipolar sein, mit den USA an der Spitze.

Für Jochen Hippler hat diese These "wenig mehr als modischen Charakter", denn sie "ignoriert die Geschichte des letzten Vierteljahrhunderts zu Gunsten einer griffigen Phrase" (S. 168). Mit dem Zusammenbruch des wirtschaftlichen und politischen Systems in der Sowjetunion sei zwar die alte Weltordnung relativ schlagartig von der Weltbühne verschwunden, und es werde sich eine neue Struktur der internationalen Beziehungen herausbilden. Als Hinweis für die Gestalt dieser neuen Weltordnung

seien aber weniger der Golfkrieg als vielmehr die Tendenzen geeignet, die sich auch schon - teilweise lange - vorher herausgebildet und die alte Weltordnung untergraben hätten. Dies seien vor allem:

Erstens "die Machtverschiebung der Wirtschaft zu Gunsten Japans und Westeuropas auf Kosten der USA",

zweitens "die Reduzierung der Sowjetunion von einer Weltmacht zur regionalen Großmacht mit ungewisser Zukunft" und

drittens der "schleichende Kontrollverlust der ersten über die Dritte Welt seit dem Zweiten Weltkrieg" (164).

Im vorläufigen - und zukünftig veränderbaren - Ergebnis dieser Tendenzen bleibe die USA zwar einerseits Supermacht, sie werde sogar zur einzigen Supermacht in der Welt, während weder die gestärkte BRD noch Europa noch "der eigentliche Sieger des kalten Krieges", nämlich Japan, das Zeug zur Weltmacht hätten und es auf absehbare Zeit auch nicht bekämen. Andererseits seien die USA aber nicht in der Lage, ihre Interessen gegenüber den übrigen westlichen Ländern in ähnlicher Weise wie in den fünfziger und sechziger Jahren durchzusetzen. "Wenn die letzte Supermacht heute von ihrer "Führungsrolle" spricht, dann meint sie nicht mehr alleinige Führung, der andere wohl oder übel folgen müssen. Führung ist heute eine moderierende Tätigkeit, die Rolle des Ersten unter Gleichen. Das mag man immer noch Führung

nennen, es handelt sich aber um etwas grundlegend anderes als die amerikanische Führungsrolle in den fünfziger oder sechziger Jahren." (170)

Statt einer Tendenz zur Unipolarität sei daher die zur Multipolarität und zur Regionalisierung vorherrschend, wie sie bereits seit längerem in der politikwissenschaftlichen Diskussion erörtert werde. Dabei würden die EG und Deutschland in Mittel- und Osteuropa, Japan im Pazifik, Frankreich in weiten Teilen Afrikas und die USA im Nahen und Mittleren Osten, der Karibik und weiten Teilen Lateinamerikas die Rolle des Ordnungsfaktors spielen. Die Flexibilität dieser "Ordnungsarrangements" würde lokalen Akteuren größere Spielräume als früher eröffnen. Überhaupt sei die Herausbildung der neuen Weltordnung weder bereits abgeschlossen noch ihre Struktur bereits feststehend und unbeeinflussbar. Die analysierten Tendenzen stellten vielmehr nur die Rahmenbedingungen dar, deren Ausfüllung viele Gestaltungsmöglichkeiten eröffne. "Die Zeit der Herausbildung einer neuen Ordnung gibt größere Gestaltungsspielräume als andere Perioden" (172).

Diese Skizze einer neuen Weltordnung, die Hippler auf den letzten zehn Seiten seines Buches präsentiert, stellt allerdings nur eine rohe und teilweise stark vereinfachte Zusammenfassung der durchweg sehr viel differenzierteren Ausführungen in den vorhergehenden Kapiteln dar, die viele Fragen - zu Recht - offener lassen als es im Schlusskapitel den Anschein hat. Sie behan-

deln im ersten Teil ("Die alte Ordnung") die Strukturprinzipien der bipolaren Weltordnung und die obengenannten Veränderungen, im zweiten Teil ("Die neue Weltordnung") die aktuellen Tendenzen ab Ende der achtziger Jahre. Dabei spielen vor allem folgende Probleme eine besondere Rolle:

Erstens der ökonomische und politische Machtverfall der Sowjetunion. Bei der Erörterung hierüber bleiben allerdings einige Fragen offen, beispielsweise: Was waren die Ursachen der sowjetischen Wirtschaftskrise, die Hippler ohne weitere Erklärung als "strukturell" bezeichnet? Entsprach die Gorbatschowsche Politik wirklich den "notwendigen Anpassungsleistungen" an die verfahrenere Situation, oder hätte es Alternativen der Politik gegeben? War das Scheitern der Gorbatschowschen Politik zwangsläufig, oder hätte es Möglichkeiten gegeben, etwa durch seriöse wirtschaftspolitische Konzeptionen, den Reformkurs besser abzustützen? Diese Fragen fallen vielleicht nicht in das Gebiet des Politikwissenschaftlers, sie markieren aber doch Probleme, deren intensive Bearbeitung erforderlich ist, um Lehren aus den (Fehl-) Entwicklungen der vergangenen Jahre zu ziehen.

Zweitens: Die Entwicklung der Dritten Welt. Hippler zeigt, wie der ursprüngliche Einbezug in das Supermacht-Muster und die Stilisierung von Konflikten zu Stellvertreterkonflikten im Rahmen dieses Musters schon in den fünfziger und sechziger Jahren oft an ihrem Kern als innergesellschaftlichen Kon-

flikten vorbeiging. Dieser Kern entfaltet sich in dem Maße, indem die Supermächte sich Ende der achtziger Jahre aus ihrem militärischen Engagement in der Dritten Welt zurückziehen. Ob damit auch ein relevanter Verlust an Kontrolle über die Dritte Welt - oder den größten Teil hiervon - verbunden ist, wie Hippler behauptet, kann jedoch bezweifelt werden: Einerseits sind die meisten Länder in den neunziger Jahren wirtschaftlich abhängiger als in den siebziger Jahren, andererseits richten sich auch politische und militärische Kontrollperspektiven des Nordens zunehmend auf den Süden der Welt.

Drittens: Die Neustrukturierung Europas. Sie gehört zum Kernbereich der Herausbildung der NWO und wird erstens durch die Wiedervereinigung und damit Stärkung Deutschlands, zweitens den dominanten Einfluß Deutschlands und der EG in Osteuropa und drittens schließlich durch den Bedeutungsverlust der NATO als Instrument der amerikanischen Dominanz in Europa geprägt. Dennoch - so Hippler - wird Europa es auf absehbare Zeit nicht zu einer Weltmachtrolle bringen, weil die westeuropäischen Staaten nicht über die Fähigkeit verfügen werden, "ihre Interessen im Weltmaßstab notfalls unter Zwang durchsetzen zu können" (139).

Viertens: Der Aufstieg Japans. Die diesbezüglichen sechseinhalb Seiten bleiben weit unter dem Niveau der ansonsten differenzierten Erörterungen und gehören zu den schwächsten des ganzen Buches. Die sehr weit reichende Aussage

"Der eigentliche Sieger des Kalten Krieges heißt Japan" (154) wird im wesentlichen durch drei Tabellen über die Entwicklung der Handelsbilanzen und des Netto-Auslandsvermögens der USA und Japans sowie über die zehn größten Banken der Welt belegt. Hieraus ergeben sich in der Tat spektakuläre Verschiebungen zugunsten Japans und zuungunsten der USA. Zur Begründung eines fundamental veränderten weltpolitischen Kräfteverhältnisses taugen sie allerdings nicht. Denn erstens könnten den angeführten Indikatoren andere - etwa für die Zahl der Unternehmensneugründungen oder der neu geschaffenen Arbeitsplätze in den achtziger Jahren - entgegeng gehalten werden, die zugunsten der USA ausfallen. Darüber hinaus lassen die erhebliche Abhängigkeit von Rohstoffzufuhren sowie die militärische Irrelevanz Japans die Fähigkeit dieses Landes zur Weltmacht grundsätzlich zweifelhaft erscheinen.

Ein letzter kritischer Einwand richtet sich gegen den Schlußappell des Verfassers, den ich eher für den Ausdruck von Wunschdenken als für das Resultat einer Analyse halte. Weshalb unter den neuen Bedingungen, die von zunehmenden politischen und militärischen Konflikten sowie dem Siegeszug kapitalistischer Marktradikalität geprägt sind, ausgerechnet größere Spielräume für fortschrittliche Lösungen oder Gestaltung von Problemen der Ökologie, der Diskriminierung von Frauen oder des Rassismus ausgehen als früher, ist mir schleierhaft. Mir scheint viel-

mehr, daß Fortschritte in diesen Fragen unter den neuen Bedingungen schwieriger werden als unter den alten - was gewiß kein Grund sein kann, sie von der Tagesordnung abzusetzen.

Trotz dieser kritischen Hinweise: Es handelt sich um ein sehr materialreiches und differenziert argumentierendes Buch. Es analysiert eine Fülle nebeneinander existierender, sich mehr oder weniger gegenseitig beeinflussender Probleme, die nach dem Zerfall der traditionellen Nachkriegsordnung eine neue Dynamik erhalten. Daß dabei trotz mancher deutlicher Tendenzen letztlich kein eindeutiges Bild der NWO entsteht, ist eher ein Vorzug der Arbeit, denn diese Ungewißheit und Offenheit dürfte dem gegenwärtigen Zustand der Welt entsprechen.

Jörg Huffschmid

Zusammenbruchstheorie pur

Robert Kurz, *Der Kollaps der Modernisierung; Vom Zusammenbruch des Kasernensozialismus zur Krise der Weltökonomie*, Eichborn Verlag Frankfurt/Main 1991, 228 Seiten, DM 44,-

"Es ist also zu erwarten, daß die bürgerliche Welt des totalen Geldes und der modernen Ware ... noch vor dem Ende des 20. Jahrhunderts in ein dunkles Zeitalter (Hervorhebung R. Kurz) von Chaos und Zerfall ... eintritt, wie es noch niemals in der Weltgeschichte dagewesen ist." (257) Scheinbar rei-

chen heute solche düsteren Zukunftsvisionen, um ein Buch "womöglich zu den am meisten diskutierten Herbstneuerscheinungen" (Frankfurter Rundschau) zu machen.

Der Autor weiß genau, was das angezielte Klientel vor allem hören will: Daß trotz ihres ideologischen Siegeszugs die "Welt des totalen Geldes" dem (alsbaldigen) Untergang geweiht ist. Es ist Balsam in die Wunden auch nichtkommunistischer Kapitalismuskritiker, wenn er behauptet: Der Zusammenbruch des "Kasernensozialismus" sei keineswegs, wie die Ideologen der Marktwirtschaft behaupten, der Beleg für die Überlegenheit des Kapitalismus (und um diesen handelt es sich, auch wenn solche schönen Formulierungen wie "warenproduzierende Moderne" vortäuschen, der Autor habe eine neue Idee), sondern er läute im Gegenteil dessen Krise ein; weil der reale Sozialismus nur eine unentwickelte und verkrüppelte Variante des "warenproduzierenden Gesamtsystems" (99) war, kündige sein Zusammenbruch tatsächlich das Ende eben dieses Gesamtsystems an. Fast zu schön, um wahr zu sein!

Leider kann Kurz trotz seines "überlegenen Kopfes" (Klappentext) nicht einlösen, was er verspricht: Gestützt auf viele mehr oder weniger gut ausgewählte Zitate zeigt er auf, daß der Sozialismus am Widerspruch zwischen der Warenproduktion (Produktion der Betriebe für einen anonymen Markt) und der fehlenden Konkurrenz zugrunde gegangen ist. Dies

ist nun eine verbreitete und durchaus konventionelle Erklärung. Daß Kurz sie nochmal vorbringt, macht sie nicht falsch. Nur: Er erhebt ja den Anspruch, den Zusammenbruch der realsozialistischen Ökonomien aus Faktoren abzuleiten, die beiden Varianten der "Arbeitsgesellschaft" gemeinsam sind. Faktisch aber führt er nur für den Realsozialismus spezifische Momente an.

Noch größer wird der Widerspruch zwischen Anspruch und Analyse, wenn man rauszubekommen versucht, warum die Marktvariante der Arbeitsgesellschaft angeblich ausgerechnet jetzt vor dem völligen Zusammenbruch steht, was denn nun die behauptete "Krise der Weltökonomie" ausmacht. Wieder wird man lange durch die Präsentation von Zeitungszitaten und ähnlichem "Quellenmaterial" hingehalten, durch das belegt werden soll, wie sich in der Welt Armutszonen ausbreiten, daß die Dritte Welt verarmt, daß die internationale Verschuldung zunimmt, daß Handelsbilanzdefizite und Börsenkrisen zu beklagen sind (leider ist Kurz hier oft nicht auf dem neuesten Stand). Solche Szenarien aber haben sich auch in der Vergangenheit oft mit mindestens der gleichen Berechtigung ausmalen lassen und wurden auch ausgemalt: Die Krisenperiode nach 1873, der Zeitraum nach 1914, die Weltwirtschaftskrise 1929 ff. haben nicht weniger Massenelend produziert. Die Schilderung von Krisenfolgen ersetzt keine Krisenanalyse.

Man hätte doch gerne gewußt, warum die Arbeitsgesellschaft It.

Kurz ausgerechnet jetzt (in den nächsten acht Jahren) untergangsunfähig ist. Schließlich kritisiert Kurz ja Lenin u. a. herb, die 1917 ff. übersehen hätten, daß "in Wirklichkeit die kapitalistische Produktivkraftentwicklung auch im Westen noch weit vom Erreichen ihrer Krisenschwelle entfernt war". (49) Die kommunistischen Revolutionäre sind einfach eine Etappe zu früh gekommen! Erst heute ist die Welt reif! Also: Was macht die "Krisenschwelle" aus?

Erst auf den letzten Seiten (immerhin) läßt Kurz die analytische Katze endlich aus dem Sack: Der Kapitalismus (Verzeihung: "die moderne Arbeitsgesellschaft") ist heute an einer absoluten, unübersteigbaren Schranke angelangt, weil es angesichts der hohen Arbeitsproduktivität nicht mehr gelingt, "die globale Gesamtmasse der produktiv vernutzten Arbeit" auszuweihen. (263) Immer mehr Einzelkapitale scheiden aus, weil sie bei stagnierender Mehrwertproduktion nicht mehr in der Lage sind, die angesichts hoher Kapitalintensität erforderlichen Kapitalmassen zur Ausdehnung der produktiven Arbeit aufzubringen. Die dominierenden Kapitale und Regionen können ihre Verwertung nur noch auf dem Wege gewaltsamer Umverteilung sichern, d.h. indem sie sich die Mehrwertmassen schwächerer Kapitale und Weltregionen aneignen. Dies hätte schon lange zum Zusammenbruch geführt, wenn der mit dieser Strategie verbundene Ausfall der verarmenden und deindustrialisierten Regionen nicht durch Spekulation, Ver-

schuldung, d.h. durch parasitäre Aufblähung des Geld und Kreditsystems überdeckt worden wäre. Aber: "Wenn der letzte hauchfeine Faden zwischen Realakkumulation und Kreditüberbau reißt, muß die gesamte Spekulation krachend zusammenbrechen ... und die warenproduzierende Welt auf den Boden ihrer eigenen Tatsachen herunterdrücken". (253)

Dies ist nun ein in der marxistischen Krisendiskussion altbekanntes Erklärungsmuster, für das vor allem der Name Henrik Grossmann steht. Aber auch in der bundesrepublikanischen marxistischen Krisendebatte der achtziger Jahre ist die These vom Auseinanderklaffen zwischen Geldkapital- und Realkapitalakkumulation als Krisenfaktor umfänglich diskutiert worden, so daß es schon etwas merkwürdig berührt, wenn dies nun als brandneue Erkenntnis verkauft wird. Gleichwohl: Dadurch allein wird die Aussage nicht falsch.

Das Problem bei Kurz ist nur, daß er sich nicht die Spur einer Mühe macht, sein Endzeitszenario zu belegen. Seine Kernaussage, es sei heute ein konjunkturübergreifender Rückgang von produktiver Arbeit zu beobachten, die Mehrwertproduktion schrumpfe weltweit, bleibt bloße Behauptung. Ein paar Zeitungszitate reichen wirklich nicht aus zum Beleg einer solchen These. Nach einem fast zehnjährigen Konjunkturaufschwung im Westen, bei steigenden Beschäftigtenzahlen in der OECD, neu in den Industrialisierungsprozess einbezogenen Ländern in Asien und Südeuropa dürfte ein empirischer Beleg auch

schwer fallen. Aber wie dem auch sei: Diese Mühe macht sich Kurz erst gar nicht. Was bleibt, ist die sprachlich aufgemotzte Neuauflage bekannter Erläuterungsmuster ohne Versuch einer Aktualisierung.

Fazit: 44 DM kann man wirklich besser anlegen und der Eichborn-Verlag sollte sich hüten, weiterhin derartig seichten Journalismus in seine Andere Bibliothek aufzunehmen

Jörg Goldberg

Reflexionen über den Golfkrieg

Werner Ruf (Hrsg.), *Vom kalten Krieg zur heißen Ordnung? Der Golfkrieg - Hintergründe und Perspektiven*, Münster, Hamburg, Lit Verlag, 1991, 2. Aufl., 214 S., 19,80 DM

Das noch vor dem Ende des Krieges, Anfang März 1991 abgeschlossene Buch versucht, "Zusammenhänge und Hintergründe aufzuzeigen, die nicht der Rechtfertigung der einen oder anderen Position dienen können, die aber dazu beitragen sollen, Prozesse erklärbarer und verständlicher zu machen" und "verstehen sich... auch als Handreichung für eine informationsdurstige und kritische Öffentlichkeit, die aufwachend aus dem Traum von einer nach Schwinden des Ost-West-Konflikts und nach Erreichung der deutschen Einheit friedfertig werdenden Welt feststellen muß, daß Kriege nicht nur weiterhin möglich sind, sondern daß die Akzeptanz für ihre

Führbarkeit wieder tief in unserem Bewußtsein verankert werden soll" (S. IV).

Werner Ruf, Professor für Politikwissenschaft am Fachbereich Gesellschaftswissenschaft der Gesamthochschule Kassel, schrieb neun der 15 Beiträge des Bandes. Zwei weitere stammen von einem wissenschaftlichen Mitarbeiter, Peter Strutyński, und einem Doktoranden, Michael Berndt, des Kasseler Fachbereichs. Zwei Aufsätze steuerte Norman Paech, Hamburger Professor für Völkerrecht, bei und je einen die Berliner Politologen Friedemann Büttner, Professor an der FU, und Frank Gesemann, Diplompolitologe und Doktorand.

Das Buch ist in drei Kapitel gegliedert (I. Die Hintergründe des Krieges: Schlaglichter auf die Geschichte des Nahen Ostens; II. Die neue Welt-(Un)-Ordnung; III. Weitere Perspektiven), die ergänzt werden durch einen Anhang von 15 Dokumenten (drei zum Palästina-Konflikt; 11 zum Golfkrieg; dazu Art. 5 des NATO-Vertrages zum "Bündnisfall").

Die fünf Beiträge des ersten Kapitels (allesamt von W. Ruf) enthalten zusammenfassende Darstellungen (1) der Kolonialgeschichte, des anticolonialen Widerstandes der sich herausbildenden arabischen Nationalbewegung vom Anfang des 19. bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts sowie des Islam und des "Islamismus", (2) der wichtigsten Etappen von Entstehen und Politik des Staates Israel, (3) der Grundzüge des Palästina-Problems und der Entwicklung der palästinensi-

schen Befreiungsbewegung, (4) von Vorgeschichte und Hintergründen des ersten Golfkrieges (Irak-Iran) sowie (5) der Herausbildung, der ökonomischen Potenz und Rolle und der sozialen Struktur des "Familienunternehmens" Kuwait.

Für alle diese Beiträge trifft leider die Vorbemerkung des Autors zu, daß "das Unterfangen, die Komplexität und Vielschichtigkeit des Nahen Ostens auf kurzem Raum einigermaßen verständlich aufzudröseln, ...auf den wenigen hier zur Verfügung stehenden Seiten kaum möglich (ist)" (S. 3). Das "eher schlaglichtartig(e)" Verweisen "auf die wichtigsten Konfliktfelder nahöstlicher Politik" (ebd.) führt hier fast zwangsläufig zu z.T. bedenklichen Verkürzungen, wie v.a. beim Aufzeigen von Hintergründen der Entstehung Israels, bei dem der Zusammenhang zwischen faschistischer Judenvernichtung, Auswanderungsdruck und UNO-Teilungsplan als Konföderationskonzept (zweier Staaten) fast völlig fehlt. So wird u.a. auch die Entwicklung der PLO-Linie (in Bezug auf das Existenzrecht Israels) bis hin zur 19. Tagung des Nationalrats (Proklamation des Staates Palästina und Anerkennung Israels) zu "glatt" dargestellt und das Problem der (immer noch) anders formulierten Nationalcharta ignoriert. Hinzu kommt, daß die recht willkürliche Verwendung der Begriffe "israelisch", "zionistisch", "jüdisch" die nötige Differenziertheit und Behutsamkeit vermissen läßt.

Der Beitrag über Kuwait ist sogar in seiner Grundtendenz fragwürdig.

In geschichtlichen Arbeiten von Orientalisten unterschiedlichster Couleur sind keine eindeutigen Belege derart zu finden, daß man von Kuwait umstandslos als vom früheren "Teil der osmanischen Provinz von Basrah" (S. 41) sprechen kann. Das Beziehungsgeflecht zwischen den Sabah und den jeweiligen (oft sezessionistische Absichten verfolgenden) Gouverneuren von Basra hatte eine wechselvolle Geschichte, hatte aber jedenfalls niemals zur Folge, daß Kuwait Teil des osmanischen Reiches geworden wäre. Zwar erklärt Ruf den "Gebietsanspruch" des Bagdader Regimes als "im streng (! der Rez.) völkerrechtlichen Sinne... absurd" und belegt das mit einigen stichhaltigen Hinweisen auf die Widersprüchlichkeiten und Taktierereien verschiedener irakischer Regierungen seit 1961. Dennoch relativiert der Autor selbst in der Folge wiederholt die Existenzberechtigung des Staates Kuwait, indem er z.B.

verständnisvoll darauf hinweist, daß sich "die Frage der Grenzen für den (Hervorheb. durch den Rez.) arabischen Nationalismus" "anders als für das formale Völkerrecht stellt" (S. 41),

"das politische System Kuwaits" gleich zweimal als "Kuriösum" bezeichnet (S. 42, 46)

und darauf hinweisen zu können glaubt, daß dieser Staat "als Fremdkörper in der Region erscheint und von der überwiegenden Mehrzahl der Bewohner der Region auch so wahrgenommen wird" (S. 47).

Obwohl nirgendwo explizit ausgesprochen, ist diese Darstellungsweise geeignet, Verständnis für die Annexion des Saddam-Hussein-Regimes zu wecken. Dabei sind alle von Ruf genannten Zweifelhaflichkeiten von Grenzen und Regime wie auch die Kuwait verliehenen Attribute in ähnlicher Weise zutreffend für fast jeden Staat der Region und die Mehrzahl der Staaten der "Dritten Welt". Fehlende Vergleiche mit der politischen, sozioökonomischen und rechtlichen Verfaßtheit anderer arabischer Staaten (gerade auch mit der des Irak!) verstärken diesen Eindruck. Sie hätten auch manches stark relativiert, denn gemessen an den Menschenrechtsverletzungen des irakischen Baath-Regimes z.B. hätte sich der kuwaitische Sabah-Clan als eine Ansammlung von "Waisenknaben" erwiesen.

Um zu dem Ergebnis kommen zu können, daß der Krieg der USA gegen den Irak unangemessen und unverhältnismäßig, in seinen Mittel z.T. völkerrechtswidrig und verbrecherisch, also ganz und gar abzulehnen war und ist, bedarf es keiner Verharmlosung der vorangegangenen Aggression gegen Kuwait.

Das zweite Kapitel bildet mit seinen sieben Beiträgen den Kernbestandteil des Buches. Im einleitenden Aufsatz ("Vom Krieg in die Krise zum Krieg") zeichnet W. Ruf die politische Entwicklung zwischen dem Ende des ersten und dem Beginn des zweiten Golfkrieges nach (1988 bis 1990/91), schildert anhand der wichtigsten Konferenzen und Verlautbarungen den Verlauf der Auseinandersetzungen zwi-

schen Irak und Kuwait (bzw. der Mehrheit der OPEC) um Ölfördermengen und Ölpreisgestaltung wie auch um das umstrittene, im Grenzgebiet unter beiden Staaten liegende Ölfeld Rumaila. Darüber hinaus macht der Autor auf einige "Ungereimtheiten" der US-Politik in der letzten Phase vor dem irakischen Überfall aufmerksam, die zur Zeit der Abfassung des Beitrags noch kaum zur Kenntnis genommen worden waren und ihn zurecht zum Untertitel "Der Golfkrieg: Eine bewußte Eskalation?" veranlaßten. Ruf beschreibt hier auch den US-Aufmarsch, der "entsprechend den Szenarien, die z.T. seit mehr als zehn Jahren entworfen worden waren" (S. 57), verlief, und die Maßnahmen, die die US-Administration zielstrebig ergriff, um die politischen Voraussetzungen für ihre - offenbar längst beschlossene - militärische Intervention zu schaffen. Außerdem werden mehrere denkbare und plausible Faktoren für das konsequente Verfolgen der militärischen Option durch Washington genannt (Supermacht-Demonstration, angeschlagene eigene Ökonomie, drohende drastische Kürzung des Rüstungshaushalts etc.), denen aus heutiger Sicht zwei, drei weitere hinzugefügt werden könnten: Mißbrauch Iraks und Kuwaits als "Testgelände" für die US-Rüstungsindustrie, Demütigung der irakischen Bevölkerung und großer Teile der arabischen Welt als Abschreckungssignal für die "Dritte Welt" insgesamt und als Ergänzung zu den aufgeführten innenpolitischen Beweggründen der damals in

den USA beginnende Vorwahlkampf zu den Präsidentschaftswahlen des November 1992. Wie dem auch sei: monokausal wird die Entscheidung des "Weißen Hauses" wohl kaum begründet gewesen sein.

Eines der Glanzlichter des Bandes stellt die folgende, von Norman Paech verfaßte Abhandlung dar: "Die Vereinten Nationen und Ihr Krieg. Vom Umgang mit dem Völkerrecht" (S. 62 - 73). Paech schildert die Etablierung des "System(s) ökonomischer und militärischer Zwangsmaßnahmen im VII. Kapitel der UNO-Charta" und stellt seine Bestandteile vor, um dann Parallelitäten zwischen dem ersten Einsatz von Truppen unter UNO-Flagge (1950 gegen Nordkorea) und dem Verhalten des UN-Sicherheitsrates im vorliegenden Fall zu konstatieren: "Was seinerzeit als Auslieferung der UNO an die USA kritisiert wurde, hat sich im November 1990 wiederholt. Zwar hat die Sowjetunion nie wieder ihren Fehler begangen, den Sicherheitsrat zu boykottieren (wie 1950; der Rez.). Aber mit der Akzeptierung des Ultimatums an Saddam Hussein in der Resolution 678 am 29. November 1990 hat sie sich einem Automatismus ausgeliefert, der sie ihrer politischen Handlungsmöglichkeiten ebenso beraubte als wenn sie dem Sicherheitsrat ferngeblieben wäre. Die USA hatten von Anfang an zu erkennen gegeben, daß sie ihre Truppen auf keinen Fall einem kollektiven Oberkommando der UNO unterstellen würden. Damit war nicht nur die militärische Leitung, sondern die

ganze strategische Verfügung der UNO entzogen" (S. 65). Es folgen eine Reihe differenzierter Erörterungen zu den Fragen, ob und wie der Sicherheitsrat "Herr der Lage" hätte bleiben können, inwieweit die verschiedenen zuvor ergangenen Beschlüsse sich im Einklang mit der UNO-Charta befanden (oder auch im Widerspruch zu ihr) und inwiefern die US-Kriegsführung Völkerrechtsvorschriften mißachtete, um am Ende zusammenfassend zu resümieren: "Dies ist eine Niederlage der Vereinten Nationen", hatte der UNO-Generalsekretär am ersten Tag der Luftangriffe gesagt. In der Tat, die UNO und ihre Charta mußten für ein Unternehmen herhalten, welches sich immer mehr als das entpuppt hat, als das es offensichtlich geplant war: die Etablierung einer neuen Herrschafts- statt einer Friedensordnung" (S. 73).

"Aussichten auf die neue Welt-UN-Ordnung" zeigt sodann - illustriert an verschiedenen Aspekten des Golfkrieges - W. Ruf, indem er in komprimierter Form die wesentlichsten Tendenzen und Kräftekonstellationen in der Welt nach dem Ende der Systemkonfrontation darstellt. Seines Erachtens - und dafür benennt er eine Reihe handfester Fakten - wird die bisherige Bipolarität abgelöst werden durch eine "Tripolarität Japan-USA-Europa". Diese aber, so Ruf, "verspricht keineswegs mehr Stabilität im Bereich der Großmächte. Ganz im Gegenteil deutet sie darauf hin, daß Einflußzonen in der Zwei-Drittel-Welt in Zukunft verstärkt mit militärischen Mitteln gesichert werden,

wobei hier Stellvertreterivalitäten zwischen Europa und den USA und möglicherweise Japan nicht nur zunehmend wahrscheinlicher erscheinen, sondern möglicherweise auch ihrerseits Konfliktsachen begründen könnten" (S. 95). Auf insgesamt zehn Seiten (S. 85-95) veranschaulicht Ruf hier die Entwicklung der Westeuropäischen Union (WEU) von ihren Anfängen 1948 als "Bollwerk gegen die Gefahren eines Wiederauflebens des deutschen Militarismus" (S. 86) bis hin zu ihrer aktuellen Verfaßtheit und Entwicklungsrichtung, die maßgeblich durch deutsche und französische Interessen geprägt ist: "Mit bundesdeutscher Unterstützung kann Frankreich seine Rolle als dritte Nuklearmacht der Welt fortsetzen, im Bündnis gewinnt die Bundesrepublik über kurz oder lang hierüber Verfügungsgewalt. Die übrigen europäischen Länder werden gezwungen sein, dieser Achse in der einen oder anderen Weise zu folgen. Gegenüber den USA (und Japan) vermag sich so Europa zu einem neuen Pol der Weltpolitik zu emanzipieren, in dem das vereinigte Deutschland eine Führungsrolle einzunehmen vermag" (S. 94).

Zur Wahrnehmung einer solchen "Führungsrolle" gehört nach den Vorstellungen maßgeblicher Kreise unseres Landes v.a. auch die Möglichkeit, Bundeswehreinheiten auch außerhalb des NATO-Geltungsgebietes einsetzen zu können, zunächst oder zumindest im Rahmen von UNO-Missionen. Mit der Frage "Die Bundeswehr im Welteinsatz?" befaßt sich Norman

Paech (S. 97-113), der eingangs kritisch anmerkt, daß "in der vorersten Linie der Kritik" an den Ambitionen der Bundesregierung "merkwürdigerweise verfassungsrechtliche Argumente (stehen), was darauf hindeutet, daß der politische Widerstand schon mit dem letzten Aufgebot seiner Argumente beginnen muß, ehe auch nur die gegenseitigen Positionen richtig aufgebaut worden sind" (S. 97). Er klopft sodann aber die in Frage kommenden Artikel des Grundgesetzes und der UNO-Charta daraufhin ab, "ob die Bundeswehr bei einem Krieg, wie ihn die Alliierten unter der Flagge der UNO gegen den Irak geführt haben, oder im Rahmen von Friedenstruppen sich beteiligen könnte". "Sodann", so weiter Paech, "steht der Einsatz der Bundeswehr im sog. Bündnisfall des Art. 5 NATO-Vertrag zur Debatte. Und schließlich sind einige Anmerkungen zu den Plänen notwendig, die Westeuropäische Union zum Ausgangspunkt des 'out-of-area'-Einsatzes zu machen" (S. 98). Es würde den Rahmen dieser Rezension sprengen, die faktenreiche und differenzierte Erörterung dieser Probleme nachzuzeichnen. Für den juristischen Laien nachvollziehbar und plausibel wird argumentiert und aufgezeigt, daß für die NATO und mehr noch für die WEU jeder Bundeswehreininsatz "unmittelbar an die Verteidigung des Bundesgebietes" gebunden (S. 108) bzw. "eindeutig auf Europa beschränkt" bleiben (S. 112) muß. Im Unterschied hierzu sieht Paech keine rechtlichen Hindernisse für den Einsatz der Bundeswehr im Rah-

men von Beschlüssen des UNO-Sicherheitsrates, denn "beim Beitritt zur UNO wurde kein Vorbehalt hinsichtlich der UNO-Verpflichtungen diskutiert", geschweige denn, daß von der Bundesregierung beantragt worden wäre, daß die BRD "generell von der Teilnahme an (UNO-) Zwangsmaßnahmen ausgenommen wird", was z.B. für Österreich Voraussetzung für seinen UNO-Beitritt gewesen war und was für Deutschland "aufgrund seiner besonderen Geschichte" mehr als plausibel wäre (S. 101).

Von den weiteren Beiträgen des Bandes sind noch besonders hervorzuheben Frank Gesemanns kompakte und fundierte Analyse der "Auseinandersetzung um das Schwarze Gold" (Unterzeile: "Krieg um Macht und Öl") und Peter Strutynskis ebenso gelungener Aufsatz "Von der Rüstungsexportkontrolle zum Rüstungsproduktionsstopp".

Beide Autoren zeichnen sich hier m.E. vor allem dadurch aus, daß sie in beispielhaft konzentrierter Form die wesentlichsten Fakten zu ihrer jeweiligen Thematik präsentieren und sowohl die Hintergründe für die destabilisierende und gefährliche Situation in beiden Bereichen aufzeigen wie auch auf notwendige und gangbare Alternativen hinweisen. Beide Beiträge tragen wesentlich dazu bei, daß politisch engagierte LeserInnen auch nach dem ersten Lesen häufiger zu diesem Band greifen werden.

Den Schlußpunkt setzt ein Essay von Friedemann Büttner über "Perspektiven einer neuen regio-

nenalen Ordnung nach dem Golfkrieg" (Untertitel), den er aber (realistischer) mit dem Titel versah "Wieviele Kriege noch bis zum Frieden?" (S. 188-198) Obwohl kurz nach Beginn des Luftkrieges gegen den Irak geschrieben, bleiben die meisten der hier getroffenen Aussagen über die unbedingt notwendigen Bestandteile des "Rahmen(s) einer Friedensordnung" in der Region weiter gültig. Aber auch sie werden Makulatur bleiben müssen, wenn die Kernfrage des Nahostkonflikts einer Lösung nicht nähergebracht wird: "In jedem Fall wird ein gerechter und dauerhafter Frieden in der Region nur möglich sein, wenn eine Lösung für das Palästina-Problem gefunden wird." (S. 198)

Klaus D. Fischer

Abstrakter Materialismus

Hans Heinz Holz, Niederlage und Zukunft des Sozialismus, Edition Marxistische Blätter, Neue Impulse Verlag, Essen 1991, 120 Seiten, DM 12,80.

Mit dieser Broschüre meldet sich der kommunistischen Bewegung seit seiner Jugend verbundene marxistische Philosoph Hans Heinz Holz in der aktuellen Debatte zu Wort. Aus der Position der Interessen des fiktiven (ideellen und ideologischen) Gesamtkommunisten, wie er sie versteht, entwickelt er Angebote zum Verständnis der jüngsten Entwicklung und zur Orientierung für kommunistische Politik und Perspektiven. Das Ergebnis

der Lektüre ist zwiespältig. Überall dort, wo Holz mit marxistischen Argumenten die Realität der jüngsten Zeit erschließt und dabei auch unverzichtbare Grundlagen der marxistischen Theorie in Erinnerung ruft, möchte man ihm zustimmen. Andererseits empfindet man seine Darlegungen dort als unzulänglich, wo sein Beharren auf der marxistischen Theorie in der Fassung der Vergangenheit in ein Abschotten vor geschichtlichen Erfahrungen umschlägt. Dies gilt auch dann, wenn man in Rechnung stellt, daß Holz ausdrücklich für das Publikum der DKP geschrieben hat und vor allem diesen Lesern politisch-moralisch den Rücken stärken möchte. Nach Lage der Dinge wird die DKP in der Alt-BRD die stärkste politische Organisation der marxistischen Linken bleiben. Schon deshalb verbietet sich ein Desinteresse gegenüber ihrer innerparteilichen Entwicklung. Holz leistet mit seinem Angebot eines abstrakten Materialismus, wie es dem Rezensenten scheint, jenen Kräften Vorschub, die mit marxistisch-leninistischem Rigorismus und politischem Sektierertum aus der Krise herausfinden möchten.

Die Urteile zu den Sachverhalten variieren mitunter und trotz der dies suggerierenden Gliederung ist die Broschüre keine systematische Abhandlung. Es handelt sich um zwischen Oktober 1989 und Dezember 1990 geschriebene und zusammengeheftete Beiträge. Das Ende des Realsozialismus ist absehbar. Aber das Ausmaß und der Ablauf der Implosion können na-

türlich noch nicht vorweggenommen werden.

Zum Schluß schreibt Holz: "Wie dagegen sozialistische Politik aussehen muß, auch ohne daß es ein realsozialistisches Staatensystem gibt, wissen wir noch nicht." (110) Demgegenüber sind aber seine Abhandlungen darauf angelegt, Gewißheiten von früher zu bestätigen oder erneut zu befestigen, ohne sie der kritischen Überprüfung zu unterwerfen. Dies ist bei Holz vor allem bei der Bestimmung der Grundlagen und historischen Funktionen einer kommunistischen Partei heute der Fall, ein Gegenstand, der auf der Ebene der "geschichts-philosophisch-kategorialen Bestimmung" (51) erfaßt werden soll. Was dabei bestenfalls herauskommen kann, ist eine abstrakt-normative Beschreibung der Soll-Realität in den Termini von gestern, freilich streckenweise mit der unverbrauchten Frische des Philosophen, den die Probleme auf der Ebene des Besonderen, ganz zu schweigen des Einzelnen, kaum scheren. Dabei ergeben sich schöne Sätze, wie die folgenden: "Darum werden Theorie und Praxis der Avantgarde-Partei zu Lehrstücken der Arbeiterklasse insgesamt, in deren Prüfung und Rezeption sich das Klassenbewußtsein weiterentwickelt. Einer kommunistischen Partei, die dieser hohen Verantwortung genügt, wächst die führende Rolle in der Arbeiterklasse zu." (50) Den Kommunisten, die auch heute unberührt durch die jüngsten Erfahrungen das leninistische Parteiverständnis in der Lesart von H.H. Holz reklamieren, erteilt

er die Weihe als "ausnehmend besondere" politische Subjekte, die auch bei ungünstigen Verhältnissen und kleiner Zahl "die Wege erst bahnen, auf denen dann das Hauptheer des Fortschritts vorrücken kann". (68) Es ist zu bezweifeln, ob mit dem Suggestieren eines Eliteverständnisses dieser Art die DKP in die Lage versetzt werden kann, die heute anstehenden Probleme zu lösen.

Vehement und durchgehend wendet sich Holz gegen die Feststellung einer Krise des Marxismus. Er begründet dies vor allem damit, daß heute ja selbst die bürgerliche Wissenschaft in breiter Front geistige Anleihen bei der marxistischen Theorie aufgenommen habe und daß der Marxismus als Theorie und Methode nach wie vor in der Lage sei, die Welt zu erklären. Dem kann aus der Sicht des Rezensenten nicht widersprochen werden. Aber als Reflexionssystem der Epoche, wie Holz den Marxismus an einer Stelle bezeichnet (74), schließt er ja das reflektierende und handelnde Subjekt ein. Bildlich gesagt, der Marxismus reduziert sich nicht auf den Instrumentenkasten, sondern dazu gehören immer auch die Fertigkeiten und Fähigkeiten der Anwender. Gerade hier muß aber die aktuelle Krise verortet werden. Sie kann nicht mit Ignoranz gebannt werden. Ihre Überwindung erfordert vielmehr eine Realitätsverarbeitung, die neue erfolversprechende Eingriffsmöglichkeiten erschließt.

Nicht anfreunden kann sich Holz auch mit der pluralistischen Reali-

tät im heutigen Marxismus. Seine Abneigung gilt gleichermaßen dem politischen Pluralismus in der Arbeiterbewegung und besonders in kommunistischen Parteien, aber auch in sozialistischen Gesellschaften. Auch in dieser Frage verdrängt Holz die geschichtlichen Erfahrungen und nimmt die Grundprobleme einer Erneuerung des Marxismus schon gar nicht mehr wahr. Er zählt die Diktatur des Proletariats, wohl in der Version des Einparteiensystems, nach wie vor zu den Essentials kommunistischen Selbstverständnisses (90), ohne eine Ahnung dafür zu entwickeln, daß auch im Falle der Arbeiterklasse ein Klasseninteresse unterschiedliche politische Ausdrucksformen inklusive ihrer parteipolitischen Fixierungen offen läßt.

Gegenüber der eher rituellen Beschwörung der Überlegenheit des Marxismus und Marxismus-Leninismus als philosophischer Systeme (73ff) und dem Brevier-Charakter seiner 10 Punkte theoretischen kommunistischen Selbstverständnisses (24ff) enthalten seine Darlegungen zu den globalen Problemen, dem Charakter der gegenwärtigen Epoche, den Ursachen der Niederlage des Sozialismus u.a. anregende Überlegungen und Einsichten.

Holz verweist auf die Unreife der ökonomischen Bedingungen, das Bürokratieproblem und die "Verarmung" der Theorie. Den XX. Parteitag der KPdSU sieht er in erster Linie als falsche Weichenstellung der gesellschaftspolitischen Entwicklung und als Öffnung für

das Konsum-Modell des entwickelten Kapitalismus. Aus der Konstellation zurückgebliebener Produktionsstandard -Verlagerung des Systemwettbewerbs auf den Konsumsektor - zunehmende Orientierung am westlichen Konsummodell ergibt sich die Erosion des Sozialismus.

Zu Recht lehnt er den z.Z. vielfach strapazierten "deterministischen Fatalismus" (108) bei der Betrachtung des zu Ende gegangenen Versuchs einer sozialistischen Gesellschaft ab und hebt die Rolle der Reflexion und des politischen Subjekts für die Entwicklung hervor. Dementsprechend erlangt die Theorie einen zentralen Stellenwert bzw. in der Erstarrung dialektischen Denkens wird ein wesentliches Moment des Versagens des subjektiven Faktors gesehen. Ob angesichts dessen die Dauerbeschwörung von Hans Heinz Holz, daß von einer Krise des Marxismus nicht die Rede sein könne, weiterhilft, muß bezweifelt werden.

Heinz Jung

Anregungen für den Gesellschaftswissenschaftler

Jürgen Kuczynski, *Probleme der Selbstkritik*, PapyRossa Verlag, Köln 1991, 255 Seiten, DM 24,-

Die Sammlung von Aufsätzen, Vortragskonzepten und Tagebucheintragen entstammt zu mehr als der Hälfte den Jahren 1990, 1991 und zu einem Drittel der zweiten Hälfte der achtziger Jahre.

Bemerkenswert ist, wie selbstkritisch der Autor seine eigene Rolle in der DDR sich zu hinterfragen bemüht. Man gewinnt den Eindruck, daß er seine eigenen Möglichkeiten im persönlichen Umgang mit Erich Honecker unterschätzt haben könnte. Nur einmal (1968) bat er den Generalsekretär um etwas, der dann sofort half. War das nicht geradezu eine Ermutigung für weitere Bitten? Eine Frage ist, ob es nur die aufgezeigte Alternative Widerstand oder Stillschweigen gibt. Eine andere Möglichkeit wäre es gewesen, einen wirklich weisen Ratschlag zu geben, eine Hilfe unter alten Genossen, eine Warnung vor dem, was sich unten zusammenbraute. Zugehört hätte Honecker bestimmt, "wegen des Verhältnisses von Erich zu mir" (S. 91). Jürgen Kuczynski stellt sich die Frage: "War meine Taktik der Beschränkung der Kritik, wenn ich mit 'ganz Oben' sprach, ... moralisch richtig? ... auch heute kann ich diese Frage nicht beantworten." (S. 19)

Mir scheint die Erörterung der gegenwärtigen Lage der Ex-DDR (Teil I: Probleme der Gegenwart), zu der es eine Fülle von klugen Bemerkungen gibt, nicht unbedingt der wesentlichste Teil dieses Buches zu sein. Wichtig ist hierbei in jedem Fall Kuczynskis Rückgriff auf die Werke von Marx und Lenin, um die aktuelle Lage zu verstehen, und die durch historische Analogien erhärtete Überzeugung, daß der Sozialismus auch in Deutschland in "gar nicht so ferner Zukunft" (S. 65) sich entwickeln wird.

Das Wichtigste sagt Jürgen Kuczynski im zweiten Teil des Buches (Kultur und Wissenschaft), in dem er über die Gesellschaftswissenschaften schreibt, vor allem in "Mit Zorn und Eifer. Grundlegende Forderungen an und für die Gesellschaftswissenschaftler (1988)". Was hier erörtert wird, behält zu einem großen Teil seine Gültigkeit über die Existenz der DDR hinaus. Vieles läßt sich genauso für die BRD sagen, etwa über abstrakte, schönfärberische oder verlogene soziale und ökonomische Berichte, über Ideenlosigkeit oder die Qualität von Rezensionen. Wohl nur ein marxistischer Wissenschaftler wird Forderungen an Gesellschaftswissenschaftler stellen, für die ein Kapitalist vielleicht nur ein müdes Lächeln haben würde: "Die Gesellschaftswissenschaftler ... sollen eifrig arbeiten, ehrlich sein, ... besessen sein von der Suche nach Wahrheit, ... über Zivilcourage verfügen -". Ihre Aufgabe ist es, "Vorschläge zu neuen, kühnen Fortschritten vorzutragen". (S. 94 ff) In "Die 'drei Kulturen'" (1988) macht er interessante Vorschläge zur Reform des Bildungswesens. Wer "Der wahre Reichtum des Menschen'. Mensch und Technik" (1978) liest, wird anerkennen müssen, daß es nie eine menschengemäße, humanere Ordnung gesellschaftlicher Verhältnisse geben kann, als die von Marx für eine ferne Zukunft vorausgesagte kommunistische. Denn die Technik soll dem Menschen "nicht in erster Linie mehr materielle Produkte" beschaffen, sondern mehr Freizeit, wodurch "dann die künstlerische,

wissenschaftliche etc. Ausbildung der Individuen" für jedermann Realität wird (S. 152). Nicht teilen kann die Rezensentin den Standpunkt von Jürgen Kuczynski, daß die Intelligenz generell nicht zur Arbeiterklasse gehöre ("Intelligenz und Arbeiterbewegung", 1987); denn sie hat stets den Standpunkt vertreten, daß es von der Höhe der Entlohnung, das heißt von der Teilhabe oder Nichtteilhabe am Profit, somit an der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, abhängt, zu welcher Klasse ein Angehöriger der Intelligenz zählt.

Im dritten Teil (Theorie des Marxismus) ist lobenswert, daß an einiges erinnert wird, was kein Marxist aufgeben kann: 1. Die Überzeugung von der Unvereinbarkeit von Kapitalismus und Sozialismus, weil Ausbeutung zum Wesen des ersten gehört. 2. Die Überzeugung von der wachsenden Verelendung der Arbeiterklasse im Kapitalismus, egal ob der Lohn "hoch oder niedrig" ist, da zur Verelendung nach Marx auch "Unwissenheit, Brutalisierung und moralische Degradation" gehören (S. 179). 3. Die Überzeugung, daß alle "die Gesellschaft betreffenden Gesetze ... nur als Tendenzen" wirken (S. 221), weshalb das Zutagetreten von entgegenwirkenden Gesetzen nicht theoretisch zu verunsichern braucht.

Man muß es Jürgen Kuczynski hoch anrechnen, daß er erstens eigene Fehler in seinen Arbeiten eingesteht (S. 171), zweitens Erich Honecker nach wie vor positiv zitiert (S. 133) und drittens Stalin

Gerechtigkeit widerfahren läßt. Die Tagebucheintragungen von 1966 "Über den Stalinismus" sind der faszinierendste Beitrag des Buches. Er nennt eine Vielzahl von Mängeln des Stalinismus als System, erkennt aber die ungewöhnliche Begabung Stalins als Politiker (S. 80) und seine Einmaligkeit als Propagandist unter allen Parteiführern, "größer auch als Engels, Marx oder Lenin ... Stalin war ganz einzigartig befähigt, komplizierte Probleme einfach, wie aus logischem Stein gehauen, in großen Zügen darzulegen. Die meisten Stalinschen Werke sind großartige Einführungen in Probleme und in die Analysemethoden des Marxismus-Leninismus - ... Der Personenkult während des Krieges hatte ganz zweifellos auch eine positive Bedeutung ... Wir waren keine Lakaien Stalins. Wir waren dem Bild, das wir uns von ihm gemacht hatten ..., treu und ehrlich ergeben." (S. 245 f, 249). Später, so schreibt Kuczynski, habe er "den albern, unmarxistischen, 'stalinistischen' Brauch der völligen Negierung Stalins" (S. 251) nicht mitgemacht.

Es konnten nur einige interessante Aspekte angedeutet werden, vielleicht wird mancher ganz andere Aspekte für die wesentlichen halten.

Elisabeth Bessau

Nach Rückschlägen vorwärts

Heidi Beutin, Wolfgang Beutin, Bodo Brücher (Hrsg.): Nach Rückschlägen vorwärts. Im Streit für eine humane Welt. Lorenz Knorr zum 70. Geburtstag, VSA-Verlag, Hamburg 1991, 106 Seiten

Die Zeit gravierender politischer Umbrüche und gesellschaftlicher Veränderungen geben uns noch so manches "Rätsel" auf. Wie wird sich unser Erdball weiter entwickeln? Was sind die eigentlichen Ursachen für den Zerfall des Realsozialismus usw. usf.? Da ist ein Blick zurück in die Vergangenheit, nicht im Sinne abstrakter "Lehren", sondern geschichtlicher Erfahrungen eines Akteurs im politischen Raum durchaus nützlich. Lorenz Knorr, dessen 70. Geburtstag Anlaß für dieses Buch war, wie die Herausgeber betonen, ist einer der Zeitzeugen, der "die tiefen Täler und wenigen Höhen unserer Epoche durch- und überschritten hat". Mehr noch. Der Rezensent kennt Lorenz Knorr durch konkrete Zusammenarbeit als Journalist persönlich. K. war und ist heute noch im Spektrum der Linken eine Persönlichkeit, die trotz des Zerfalls des Realsozialismus und der Niederlagen der internationalen Arbeiterbewegung geprägt ist "von einem realistischen Optimismus der Tatkraft, dem Gegenteil von Resignation und Quietismus, (...) markiert durch beharrliches Festhalten an seinen Zielvorstellungen, dem Gegenteil von Opportunismus und Wendehals-Mentalität" (S. 7).

Knorrs historischer Optimismus findet nicht nur in seinen Aktivitäten für die Arbeiterklasse eine Widerspiegelung. Knorr wuchs auf in den turbulenten Jahren der Weimarer Republik, kämpfte als Antifaschist und Antimilitarist in den Schützengräben des "tausendjährigen Reiches" Hitlers und seiner Clique, entwickelte sich zum humanistischen Sozialisten, als 1945 alles auf eine neue Gesellschaft hinzudeuten schien (letztendlich aber in die Restauration des Adenauer-Staates mündete), wirkte führend in der Sozialistischen Jugend-Die Falken, arbeitete in verschiedenen Leitungsgremien der Vor-Godesberg-SPD, stritt ab 1960 für Frieden, Abrüstung und blockübergreifende Verständigung in der Deutschen Friedens-Union, bleibt trotz des Zusammenbruchs des Realsozialismus Marxist. Letzteres wird in einem Disput mit Walter Grab ("1989 - Ursachen und Folgen. Brief an Lorenz Knorr" - S. 84 ff) sichtbar.

Lorenz Knorr skizziert m. E. durchaus richtig wichtige Ursachen des Zerfalls des Realsozialismus. Er schreibt dazu: "Die gegenwärtige Krise der UdSSR ist nur z. T. rüstungsbedingt. Das alte - zunächst existenziell notwendige - Mißverhältnis von Schwer- und Leicht- bzw. Konsumgüterindustrie, die unmarxistische Überschätzung des quantitativen ökonomischen Wachstums ("Tonnen-Ideologie") zu Lasten des qualitativen (mit anfangs weniger meßbaren Steigerungsraten); die Drangsalierung persönlicher Initiativen und die dogmatische Reglementierung der

Wissenschaften; vor allem die z. Zt. besonders bremsende Rolle des alten Apparates, natürlich auch jahrzehntelanger kapitalistischer Boykott sind die wichtigsten Ursachen dieser Misere" (S. 97). Trotz der Realität des Zusammenbruchs des Realsozialismus und sicherlich auch des Zerfalls der UdSSR konstatiert L. Knorr zuversichtlich: "Mein historischer Optimismus ist ungebrochen analog zur marxistischen Geschichtsphilosophie und angesichts vieler positiver und negativer globaler Faktoren, die zum Realismus zwingen. Rückschläge zu ertragen, war ich von 1933 bis 1945 gewohnt, ohne das Ziel preizzugeben... Alle bisherigen Gesellschaftsformationen entwickeln sich in voneinander unterschiedlichen Phasen. Dies gilt unter neuen Voraussetzungen auch für Marxens und der demokratischen Arbeiterbewegung humanen Sozialismus - trotz Degeneration in der ersten Phase" (S. 98).

Und von der Zeitspanne von 1933 bis 1945, aber vor allem auch danach, in der Phase des Nachkriegsdeutschlands mit allen ihren politischen Problemen handeln die anderen Abschnitte des Buches. Sie enthalten wichtige Aspekte der Zeitgeschichte ab 1945. Hier wird der Beitrag L. Knorrs in der SJD-Die Falken gewertet und gewürdigt. Arno Klönne betrachtet die SPD in der Auseinandersetzung um die Remilitarisierung der BRD - insbesondere die Haltung der antimilitaristischen Basis. Knorr zählte zu ihr. Erinnert wird an die Ablehnung der Wiederaufrüstung der BRD und ihrer Integration in die

NATO durch die Mehrheit der sozialdemokratischen Mitgliedschaft und Anhänger. Diese Haltung resultierte nicht nur aus den Erfahrungen aus Faschismus und Krieg. Die Remilitarisierung der BRD wurde zu Recht als ernsthaftes Hindernis auf dem Wege zur Einheit Deutschlands gesehen. Die Linke - und dazu war die Mehrheit der SPD zu rechnen - hielt damit den Weg für die Wiedervereinigung Deutschlands offen. Die CDU/CSU und die anderen bürgerlichen Parteien in der Bundesrepublik bauten dagegen mit ihrer "Politik der Stärke" und der Integration der BRD in die NATO unüberwindbare Hindernisse auf und vertieften den Graben zwischen der BRD und der DDR. Daran erinnert Arno Klönne. Renate Riemack würdigt den Beitrag von L. Knorr beim Entstehen der Deutschen Friedens-Union (DFU) und bei ihrem Kampf um Frieden und Verständigung mit den realsozialistischen Ländern. Auch Heidi Beutin/Wolfgang Beutin würdigen L. Knorrs Tätigkeit als Antimilitarist und Aktivist für Frieden und Verständigung der Völker. Heinrich Hannover zählt ebenfalls zu den Autoren dieses Buches. Er beleuchtet ein wichtiges Kapitel der Nachkriegsgeschichte, das angesichts der heutigen Siegermentalität aktuelle Bedeutung besitzt: "Hitlers Generale und deutsche Richter".

"Nach Rückschlägen vorwärts" ist für Linke eine Schatzkammer. Denn es strahlt Optimismus aus - nicht Zweckoptimismus, nein, durchaus nicht, es analysiert die Vergangenheit, nicht abstrakt, son-

dern gemessen an der historischen Realität. L. Knorr wurde zu Recht und aus gutem Grund zu seinem 70. Geburtstag in den Zeugenstand der Geschichte gerufen. Möge sein historischer Optimismus auf alle Linken in unserem Lande austrahlen. Sie haben es bitter nötig.

Fritz Krause

Der "etwas andere" BetrVG-Kommentar

Nach zweijähriger Pause erscheint jetzt wieder der Kommentar von Siebert/Becker zum Betriebsverfassungsgesetz. Die 7., aktualisierte und erweiterte Auflage (bis 6. Aufl. Siebert/Degen/Becker im ehemaligen Nachrichten-Verlag) kommt im März/April im Verlag Pahl-Rugenstein Nachfolger heraus. Die Verlagswerbung spricht von dem "etwas anderen" Kommentar für "mutige" Betriebsräte und Gewerkschafter. Unter Beachtung der herrschenden Rechtsprechung, aber auch in Auswertung mutiger und trickreicher Praxis haben die Autoren ein Werk verfaßt, daß bewußt auf "wertneutrale" Positionen verzichtet und speziell Betriebsräten als Beistand für die Interessenvertretung dienen soll.

Siebert/Becker, Betriebsverfassungsgesetz, Kommentar für die Praxis, ca. 700 Seiten, gebunden, Subskriptionspreis bis 1. Mai 57,- DM, danach 69,- DM. Bestelladresse: Pahl-Rugenstein Verlag Nachfolger GmbH, Breite Str. 47, 5300 Bonn 1.

Podium Progressiv

Andreas Malycha /
Wladislaw Hedeler
Die Stalinisierung der SED
100 S., Br., DM 9.-

Peter Bierl
Rosa Luxemburg -
Die rote Demokratie
112 S., Br., DM 9.-

Richard Schwarz
**Aspekte einer neuen
Machttheorie. Michel Foucault**
44 S., Br., DM 4.-

Sebastian Reinfeldt
**Rassismus:
Die unsichtbare Gewalt**
3. erweiterte Auflage
128 S., Br., DM 9.-

Manon Tuckfeld /
Jens Christian Müller
**Kritik der Theorie eines
ökologischen Kapitalismus**
2. Auflage
72 S., Br., DM 5.-

Fordern Sie unser Gesamtverzeichnis an!

PDS/Linke Liste
Postfach 3346, 6500 Mainz

AutorInnen

- Elisabeth Bessau - Wuppertal, Dipl.-Volkswirtin, Schriftstellerin
Dr. Hermann Bömer - Dortmund, Hochschullehrer
Fidel Castro - Havanna, Generalsekretär der KP Kubas
Dr. Horst Dietzel - Berlin, Gesellschaftswissenschaftler
Dr. Yves Dorestal - Hamburg, Politologe
Klaus D. Fischer - Frankfurt/M., Politologe, Redakteur von Z
Dr. Jörg Goldberg - Frankfurt/M., Mitarbeiter der MEMO-Gruppe
Prof. Dr. Keizo Hayasaki - Morioka (Japan), Hochschullehrer
Wladislaw Hedeler - Berlin, Philosophiehistoriker
Prof. Dr. Jörg Huffschnid - Bremen, Hochschullehrer, Mitherausgeber von Z
Prof. Dr. Shigekazu Ikeda - Morioka (Japan), Hochschullehrer
Dr. Heinz Jung - Weilrod/Ts., Ökonom, Mitherausgeber und Redakteur von Z
Dr. Robert Katzenstein - Berlin, Ökonom
Jürgen Köster - München, Lehrer
Nicos Kotzias - Athen, Publizist
Dr. Fritz Krause - Frankfurt/M., Historiker, Mitherausgeber von Z
Prof. Dr. Harald Neubert - Berlin, Historiker
Hans-Jörg Schimmel - Berlin, Doktorand
Dr. Tom Schmid - Wien, Wirtschaftswissenschaftler
Gerd Siebert - Borstorf/Mölln, Journalist
Dr. Du-Yul Song - Berlin, Privatdozent, Soziologe
Udo Tremmel - Marburg, Soziologe
Pierre Vidal-Naquet - Paris, Historiker

Veröffentlichungen des Forschungsinstituts Dritte Welt/ Industrieländer (FDI)

in der Adolf-Reichwein-Gesellschaft e. V.
Kommenderiestr.41 D-4500 Osnabrück

FDI-Schrift 1:
Amir Ghaffari
OPEC-Entwicklung und Perspektive. Auswirkungen der Mengen- und Preispolitik der OPEC-Staaten auf die Organisation
1989, 220 Seiten, broschiert, DM 28,-
ISBN 3-923881-31-2

FDI-Schrift 2:
Du-Yul Song
Metamorphosen der Moderne. Betrachtungen eines Grenzgängers zwischen Asien und Europa
1990, 128 Seiten, broschiert, DM 16,80
ISBN 3-923881-36-3

FDI-Schrift 3:
Ismail Wais
Dschibuti. Entwicklungsprobleme und Perspektiven kleiner Staaten - Ein Fallbeispiel
1991, 346 Seiten, broschiert, DM 65,00
ISBN 3-9802658-1-1

FDI-Schrift 4:
Sven Hansen
Philippinen. Guerilla und Revolution. Ursprünge, Entwicklungen und Krise der NDF
1991, 174 Seiten, broschiert, DM 19,80
ISBN 3-923881-45-2

FDI-Schrift 5:
Peter Strack
Vor Gott, Gemeinschaft und den Gästen. Funktionen und Wandel traditioneller Festsymbole in den ehemaligen Jesuitenreduktionen von Chiquitos/Ostbolivien
1991, 416 Seiten, broschiert, DM 48,00
ISBN 3-927085-51-0

FDI-Script I:
Rainer Werning, Herrschaftskrise und Krisenherrschaft in den Philippinen (1986-1989), 1989, 30 S., geheftet, DM 4,50
ISBN 3-923881-34-7

FDI-Script II:
Rainer Werning, Korea - Nacholympische Wende?, 1989, 26 S., geheftet, DM 4,50
ISBN 3-923881-35-5

FDI-Script III:
Sven Hansen, Der Brady-Plan, 1990, 34 S., geheftet, DM 4,50
ISBN 3-923881-38-X

FDI-Script IV:
Elizabeth P. Marcelino, Zum Verständnis der Psychologie des Filipino, 1990, 50 S., geheftet, DM 7,00
ISBN 3-923881-43-6

FDI-Script V:
Du-Yul Song, Kapitalismus, soziale Bewegungen und Gesellschaftsformation in Südkorea, 1990, 18 S., geheftet, DM 4,50
ISBN 3-923881-41-X

FDI-Script VI:
Mohssen Massarrat, Die Krise am Persischen Golf, 1991 (2. Aufl.), 43 S., geheftet, DM 5,-
ISBN 3-9802658-0-3

*Erhältlich im Buchhandel oder direkt über
das Forschungsinstitut Dritte Welt/Industrieländer (FDI)*